

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

FRAUEN ERWERBS TÄTIGKEIT



Dollarpolitik
Sowjetische
Wirtschaftskrise
Kriegsgefahr

Frauenbewegung, Faschismus, Philosophie und Friedensbewegung – unsere Neuerscheinungen 1983 auf einen Blick.



ca. 120 Seiten, ca. DM 15,-
Heutigen Tages schärft sich das Bewußtsein der Doppelnatur des menschlichen Wesens. Der Mensch, durch Arbeit und Tätigkeit unaufhörlich Natur verändernd und umgestaltend, sich als Herr der Natur und diese als das Andere empfindend, kurz: homo naturans muß erfahren, daß die Resultate seines Forschens, Planens und Handelns dazu führen, seine eigene Existenz zu gefährden. Er entdeckt die Grenzen seiner Tätigkeiten in der Tatsache, daß er selber ein Naturwesen, homo naturatus, ist und bei Strafe seines Untergangs zur Solidarität mit der Natur gezwungen wird. Von diesem Spannungsverhältnis handeln die Beiträge über Humanismus und Anthropologie, Reden, die vornehmlich auf den Internationalen Hegelkongressen der letzten Jahre gehalten wurden.



339 Seiten, DM 22,-
Christine Wittrock untersucht in ihrer Arbeit die Vorstellungen verschiedener Repräsentantinnen der konservativen Mehrheit und des linken Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung in den 20er und 30er Jahren und analysiert das Frauenbild, wie es sich aus den Texten von führenden Vertreterinnen der faschistischen Frauenorganisationen ergibt. Neben zum Teil beträchtlichen Differenzen im Frauenbild der faschistischen Frauen sieht sie teilweise erhebliche Übereinstimmungen zwischen den Vorstellungen der Repräsentantinnen der bürgerlichen Frauenbewegung und denen der faschistischen Frauenorganisationen. In einem dritten Teil wird das offiziöse Frauenbild des Faschismus anhand von Inhaltsanalysen von Schulbuchtexten und der inhaltlichen Ausrichtung der weiblichen Erziehungssituationen untersucht.



147 Seiten, DM 20,-
Prof. Dr. Wilhelm Raimund Beyer, Gründer und Ehrenvorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft, stellt verschiedene großzügige (programmatisch und summarisch verfahrenende) Hegel-Deutungen vor und setzt sich kritisch mit ihnen auseinander. Besonderes Augenmerk bei der Beschäftigung mit den Nachwirkungen Hegelschen Denkens liegt auf einer teilweisen Verballhornung Hegels als »reiner« Gegenstand eines parteipolitischen und von persönlichen Ambitionen geleiteten Philosophiebetriebes. Hierbei handelt es sich vor allem um eine Auseinandersetzung mit der Vereinnahmung Hegels für die osteuropäische Staatsphilosophie marxistisch/leninistischer Provenienz sowie um eine Kritik an Spenglers Denkanleihen bei Hegel und der austromarxistischen Hegelkritik.

Elisabeth Weber
Die Opposition gegen
die Blockbindung Deutschlands
1945 – 1955
Broschüre, 48 Seiten, DM 5,-



ca. 170 Seiten, ca. DM 15,-
Der französische Sozialwissenschaftler, Gewerkschaftsjournalist und Sozialist Daniel Guérin bereiste im August/September 1932 und im April/Mai 1933 Deutschland. Die Reportagen seiner beiden Reisen erschien damals vor allem in französischen Gewerkschaftszeitungen. Diese authentischen Berichte über das Alltagsleben der verschiedenen Schichten des deutschen Volkes und die politische Situation »vor« und »nach der Katastrophe« vermitteln ein eindringlicheres Bild über die Lage und Stimmung in Deutschland zu Beginn der Herrschaft des Faschismus, als es viele Analysen geben können. Distanz und Nähe kennzeichnen die Reportagen Guérins – die Distanz eines ausländischen Wissenschaftlers, der die Fehler und die drohenden Ereignisse besser sieht, als viele im Land; – die Nähe eines engagierten Gewerkschafters und Sozialisten, der mit den arbeitenden Klassen solidarisch ist gegen die drohende Barbarei.

Auf der Buchmesse
Stand 6E/A127

VERLAG
Sendler

Auslieferung und Bezug über:
BUCHVERTRIEB HAGER
Mainzer Landstr. 147 · Postfach 111162
6000 Frankfurt am Main 11
Tel. 06 11/730234

IN DIESEM **Kommune** HEFT...

Editorial	4
Krieg der Waffen – Krieg den Waffen	5
Genfer Zwischenlösung ein Sieg?	7
Grün wählen, was denn sonst?	9
Wirtschaft & Politik	10/11
Neuer Anlauf in alter Sache Albrechts Thesen	11
Nur Mut	12
35-Stunden-Woche, Lohnausgleich, Lohnarbeiteridentität	16
Mit dem Rücken zur Wand Bremer Werften	17
Ick heff mol en Hamburger Veermaster sehn ünnergehn Leben und arbeiten unter west- deutscher Flagge (II)	20
Frauenarbeit:	22
Lebenslänglich „Heim und Herd“ – Perspektive kaum einer Frau Zur Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in den letzten 30 Jahren	26
Männerarbeit ist nicht Frauensache Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt Frauenarbeitslosigkeit	32
„Das System Khomeinis funktioniert nicht“	35
Interview mit Vafa Kermanshani Der Weg der Dollarmacht Zur Entwicklung des Weltwährungssystems nach dem II. Weltkrieg	38
Internationales	44
Schwerpunkt: Krise des sowje- tischen Staatsmonopolismus Sind durchgreifende Reformen zu erwarten?	45
Diskussion: Vergesellschaftung der Stahlindustrie – aber wie?	51
Die Arbeiterbewegung im Kampf um die Medien	55
Besuch in China, Bahro im Gepäck	60
Zeitschriften: Was uns auffiel „Heißer Herbst“ – Vielfalt und Massenhaftigkeit sind angesagt	64
Leser(innen)briefe / Termine	66

Titel: Oskar Schlemmer, „Bauhaustreppe“

Super- mächte in der Bredouille

Die Zinspolitik der USA sei schuld an der Wirtschaftskrise, eine so oft gehörte wie unzureichende Erklärung. Aufstieg, Fall und Gegenmaßnahmen des Dollarimperiums untersuchen *Joachim Fischer*, *Hansjörg Herr* und *Klaus Voy* auf dem Hintergrund der Entwicklung der Weltmarktposition der USA. **Seite 38**



Auf dem anderen Pol wurden Reformexperimente angekündigt. Werden sie die Ökonomik des „Durchwurstelns“ in irgendeinem positiven Sinn überwinden helfen? *Joscha Schmlerer* sucht den Charakter der Krise der sowjetischen Wirtschaft sowie die allen bisherigen Reformen innewohnende Widersprüchlichkeit zu ergründen. **Seite 45**

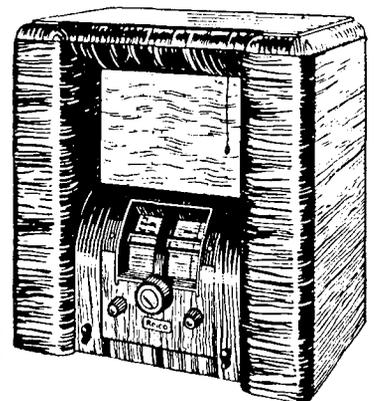
Krieg und Frieden '83

Gewaltfrei blockieren und sich abschleppen lassen? Dialog mit Polizei und Staatsgewalt? Vielfältige Aktionen allüberall? – Der Streit in „der“ Friedensbewegung um die angemessene Aktionsform spiegelt eine Veränderung der Kräfteverhältnisse wider, die die Grundannahmen der sozialrevolutionären Konzeption der 68er Bewegung erschüttert hat. Diese These entwickelt *Joscha Schmlerer* **Seite 5**

Zum jüngsten Andropow-Vorschlag in Richtung Genf und zur Bedeutung einer eventuellen Zwischenlösung äußert sich *Günther Kruse* in einem Kommentar **Seite 7**
Willi Preßmars Fahrplan durch den Raketenherbst **Seite 65**

Erleben Sie die **GROSSEN** **TAGE DER NATION** und ihr **ECHO IN DER WELT**

Nicht erst in der Ära der „neuen Medien“ sehen sich Leute, die den offiziellen (staatlichen oder öffentlich-rechtlichen) Medien was Eigenes entgegenzusetzen wollen, einem „Netz von Stacheldrahtverhauen“ gegenüber. Vom Umgang der alten Arbeiterbewegung mit Foto, Film und Radio gelangt *Rolf Surmann* zu Folgerungen für die aktuelle Mediendiskussion **Seite 55**



„ATLANTIS“

Kombination mit eingeleitetem voll-
dynamischem Lautsprecher und praktischer
Programm-Leselampe
RM 175.— o. R.

editorial

Das Letzte von jedem Heft der *Kommune* ist das Editorial, obwohl es eingangs steht. Meist wird es erst geschrieben, wenn das ganze übrige Heft schon gesetzt und umbrochen ist. So gewinnen wir Zeit, um im Editorial entweder zu einer Frage was zu schreiben, die im übrigen Heft nicht aufgegriffen wurde, zu der wir uns aber äußern wollen; oder ein Ereignis zu kommentieren, das gerade erst stattgefunden hat, oder eben, wie wir es manchmal auch gemacht haben, einen gewissen Überblick über das ganze Heft zu geben; über das, was wir uns bei der Redaktion gedacht haben und was wir für die nächste Nummer vorhaben, Rechenschaft zu legen. Weil das Editorial meist unmittelbar vor Abgabe an die Druckerei geschrieben wird, haben wir auch keine Zeit, es vor oder nach Niederschrift groß zu besprechen oder es gar wie eine Beschlußfassung der Redaktion auszuhandeln. Bisher habe ich als verantwortlicher Redakteur das Editorial geschrieben, und ein oder zwei Redaktionsmitglieder haben es nochmal gegengelesen, bevor es dann in den Satz ging, eingeklebt wurde und das ganze Heft von uns aus abgeschlossen wurde. Wir sind auch nicht der Ansicht, daß ein Editorial was so Hochoffizielles ist, daß wir an unserer bisherigen Vorgehensweise mehr ändern müßten, als daß wir das Editorial in Zukunft mit den Kürzeln des Redaktionsmitgliedes zeichnen, das es geschrie-

ben hat. Damit wird sichtbar, daß es zwar aus dem Inneren der Redaktion kommt, aber nicht mehr darstellt als die persönliche Meinungsäußerung des Verfassers.

Anlaß dafür, daß wir die Editorials künftig zeichnen wollen, ist eine Auseinandersetzung über das letzte, die sich auch in zwei Leserbriefen niedergeschlagen hat. Wie weit dieses Editorial auch sonst so aufgefaßt wurde, daß hier für den „alten Adam“ eine Lanze gebrochen werden sollte, weiß ich nicht. Es war auch nicht meine Absicht, mich über allbis bundestäglichen Sexismus lustig zu machen, sondern über den Umgang respektabler grüner Männer mit der „neuen Moral“ wobei mir ihr Fall viel sympathischer ist als ihr vorheriger Aufstieg.

Da auch eine Zeitschriftenschau unter dem Titel „Was uns auffiel“ nicht ohne persönliche Ansichten, die von anderen nicht immer geteilt werden, abgeht, soll auch sie in Zukunft gezeichnet werden. Dem Verfasser der Zeitschriftenschau in diesem Heft können dabei die früheren nicht zugeschrieben werden. Mit Ausnahme der Besprechung der *tip*-Serie übers Fernsehen gehen sie auf meine Kappe. Bleiben also die Rubriken Wirtschaft & Politik, Gewerkschaften und Internationales. Was in ihnen nicht gezeichnet ist, wird von Friedemann Bleicher (Wirtschaft & Politik), Gerd Heinemann (Gewerkschaften) und Theo Mehlen (Internationales) verantwortet. Wenn wir es in Zukunft mal für notwendig halten sollten, als Redaktion insgesamt Stellung zu nehmen, dann werden wir auch ausdrücklich als Redaktion unterschreiben.

Mit den *Modernen Zeiten* haben wir uns jetzt darauf geeinigt, in der Zeit der Buchmesse in Frankfurt ein gemeinsames Diskussionsforum durchzuführen. Als weiterer Veranstalter kommt die Zeitschrift *links* dazu. Als Diskutanten sind Rudolf Bahro, Thomas Ebermann und Joschka Fischer vorgesehen, wobei wir Bahro noch nicht erreicht haben. Daher

können wir auch das Datum des Diskussionsforums noch nicht mitteilen. Neben den Genannten soll noch je ein Mitglied der drei Redaktionen mitdiskutieren (Michael Stamm, *MOZ*, Horst-Dieter Zahn, *links*, Joscha Schmierer *Kommune*).

Am 10./11. September führen wir eine erste Besprechung von Mitarbeiter/innen/n durch, auf der wir anhand der bisherigen Hefte über die Konzeption der Zeitschrift reden wollen, wie der Mitarbeiter und Leserkreis erweitert und gefestigt werden kann usw. Daß wir uns mehr regelmäßige Mitarbeiter/innen und Leser/innen wünschen, ist kein Geheimnis. Zeigt die Zeitschrift doch ein bißchen rum, hilft uns, daß sie in den linken Buchläden etwas besser ausgelegt oder überhaupt vertrieben wird. Wenn noch mehr unserer Leser/innen sich zu Abos oder wenn möglich, Förderabos entschließen könnten, wäre unsere wirtschaftliche Basis auch schon ein bißchen solider und leichter zu kalkulieren. Eigentlich kann man doch langsam absehen, daß mit einem Abo keine Katze im Sack gekauft wird. *js*

*

Können Frauen in einer der 68er und ihr nachfolgenden, ganz spezifischen Tradition entsprungenen Zeitschrift ihrer Befreiung was nützen? Wenn sie in der angestellten Redaktion noch dazu hoffnungslos unterrepräsentiert sind? Beweist nicht der Streit uns letzte Editorial das gerade Gegenteil? – Mit einigermaßen gemischten Gefühlen haben wir im Juni eine Frauenredaktion gebildet, die bis auf eine Ausnahme aus Frauen besteht, die hier unbezahlt mitarbeiten. Ein unter anderem deshalb umstrittener hoffentlich dennoch nicht ganz aussichtsloser Versuch, Sichtweisen und Diskussionen von Frauen zu „großen“ und „kleinen“ Fragen in die Zeitschrift zu tragen und vor allem mehr Frauen zur Zusammenarbeit mit uns zu ermutigen. *cf*

Impressum *Kommune*. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift. **Herausgeber:** M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Simon, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla. **Redaktion:** M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer. **Gestaltung:** M. Ackermann. **Beiträge**, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Adresse der Redaktion:** *Kommune*-Redaktion, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611 / 73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d. **Verlag und Anzeigenverwaltung:** Kühl Verwaltungen GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11. Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983. **Satz und Druck:** CARO Druck GmbH, Frankfurt. **Vertrieb, Bestellungen und Abonnements:** Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611 / 73 02 34. **Postscheckkonto PschA Ffm, Kto.-Nr. 18 74 90-607 (BLZ 500 10060)**. **Bezugsbedingungen:** Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM, Förderabonnement 100 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung. „Mit Rücksicht auf die Umsatzsteuererhöhung zum 1.7.1983 werden die Abonnements, die vor dem 1.7.1983 begonnen haben und nach dem 30.6.1983 enden, in zwei Abrechnungszeiträumen mit entsprechenden Teilleistungen aufgeteilt. Der erste Abrechnungszeitraum endet am 30.6.1983, der zweite beginnt am 1.7.1983. In dem auf die Zeit bis zum 30.6.1983 entfallenden zeitanteiligen Betrag des Bezugsgeldes ist die Umsatzsteuer in Höhe von 6,5 v.H. des Entgelts (6,1 v.H. des anteiligen Bezugsgelds) enthalten, in dem zeitanteiligen Bezugsgeld für die Zeit nach dem 30.6.1983 in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. des anteiligen Bezugsgelds). Beginnt ein Abonnement am 1.7.1983 oder später, so enthält das Bezugsgeld insgesamt die Umsatzsteuer in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. Bezugsgelds).“ **Spendenkonto:** „Kommune“ Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00). **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe Nahme“ ist keine Auslieferung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtauslieferung zurückzusenden. ISSN 0723-7669



Foto: Klaus Malorny

Krieg der Waffen – Krieg den Waffen

Von Joscha Schmierer

Ostern '68 stießen die Reste der Anti-Atom-Tod-Kampagne und die aufbrechende Jugendbewegung in den Ostermärschen zueinander vor allem aber stießen sie aufeinander. Unter anderem und dem Anschein nach hauptsächlich war die Jugend- und Studentenbewegung Solidaritätsbewegung. „Sieg im Volkskrieg!“ und „Schafft zwei, drei viele Vietnam!“ hießen die Losungen, die die traditionellen Losungen der Ostermarschierer verdrängten. Nach Ostern '68 war es mit den Ostermärschen auf einige Zeit vorbei. Wie ein Zupfgeigenhansel gegen die Bombe latschen, wollten wir nicht. Wir waren ziemlich sicher, daß die Menschen den Waffen überlegen sind. Mit Reis und Gewehr bekämpften und besiegten die vietnamesischen Freiheitskämpfer die amerikanische Interventionsarmee. Der US-Imperialismus war ein Papiertiger trotz seiner fliegenden Festungen und Atombomben.

Nicht nur in Vietnam, sondern auch in den USA selber und in der amerikanischen Armee gaben die Menschen den Ausschlag

und nicht die überlegenen Waffen. Weder gegen die vietnamesischen Guerillakämpfer noch gegen das amerikanische peace-movement konnte die Atombombe eingesetzt werden, und die amerikanischen GIs nutzten jede Gelegenheit, sich abzusetzen, nicht ohne manchmal die Gewehre gegen die eigenen Offiziere zu wenden. Menschen, nicht Waffen entscheiden. Dahinter stand die Vorstellung, daß in der sich weltweit verschärfenden Auseinandersetzung das Bündnis von bäuerlichen Massen der Dritten Welt und Arbeitermassen in den Metropolen die Gewaltmittel der Staatsapparate unterlaufen könnte und diese den Machthabern letztlich nichts nutzen würden. Weil die Auseinandersetzung nicht zwischen, sondern quer durch die Staaten verlief, schien die Gefahr eines Atomkrieges im Schwinden.

Das Weltbild der Friedensbewegung sieht heute, 15 Jahre später ganz anders aus. Die Waffen scheinen alles zu entscheiden, und nichtmal die Großen der Welt, die Machthaber der beiden Supermächte, sind



Vietnamdemonstration 1973

imstande, sie zu beherrschen, sondern liefern sich mehr und mehr dem Mechanismus der Waffenarsenale aus.

Eines der weitverbreitetsten Szenarien des drohenden Weltkrieges und -untergangs ist der versehentliche Ausbruch eines Atomkrieges. In seinem Spiegelbuch „Angst vor Freunden. Die Atomwaffenstrategie der Supermächte zerstört die Bündnisse“ schreibt Oscar Lafontaine im Anschluß an ein solches von US-Senator Mark O Hatfield entworfenes Szenario:

„Am 9 November 1979 führte ein Programmierfehler von US-Computern zu der Meldung, daß die Sowjetunion mit ihren auf U-Booten stationierten Raketen das amerikanische Festland angreifen würde. Nach amerikanischen Angaben brauchte man sechs Minuten, um herauszufinden, daß es sich um einen Schaltfehler im Computer handelte; erst dann konnte die Maschinerie des atomaren Gegenschlags, die bereits angelaufen war, gestoppt werden. In vielen Diskussionen und Veranstaltungen habe ich die Frage gestellt, was die sowjetischen Techniker bei einem solchen Fehlalarm tun sollen. Sie wissen, daß in sechs Minuten die ersten Pershing-Raketen ihr Ziel erreichen. Eine Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Der Sowjetunion bleibt nur die Möglichkeit, ihre Systeme auf ‚launch-on-warning‘ umzustellen. Ein oft gebrauchtes Gegenargument ist, daß auch die SS-20 in enorm kurzer Zeit ihre europäischen Ziele erreicht. Das ist richtig. Aber die Kurzstreckenraketen des Warschauer Paktes erreichen schon lange in noch kürzerer Zeit diese Ziele.

Der Unterschied ist der daß man im

amerikanischen Einsatzzentrum abwarten kann, ob die Meldung, daß SS-20 auf Europa fliegen, ein Fehlalarm ist. Die Sowjetunion dagegen kann nicht warten, ob die Meldung, daß eine Pershing II auf Moskau im Anflug ist, richtig ist.“

Mit einem von den Menschen, einschließlich der Machthaber unabhängigen Mechanismus der Waffensysteme argumentiert auch Alfred Mechttersheimer gegen die Stationierung von Pershing II, obwohl er über zogene Interpretationen der Pershing II als Erstschlagswaffen, die in der Lage seien, der Sowjetunion die Fähigkeit zum Gegenschlag zu nehmen, ausdrücklich zurück weist:

„Doch das Entscheidende ist, die sogenannte Nachrüstung ist deshalb nicht weniger gefährlich, im Gegenteil, als sogenannte Ersteinsatzwaffen sind sie weitaus gefährlicher Ersteinsatzwaffen sind sie im doppelten Sinn. Zum einen hat die Nato zur Doktrin, die Nuklearwaffen bereits wenige Tage nach einem konventionell begonnenen Krieg einzusetzen.

Aber selbst dann, wenn die Nato diese Nuklearwaffen nicht einsetzen möchte, wird sie gezwungen sein, dies zu tun, weil die Pershing II als landgestützte Rakete in hohem Maße verwundbar ist, woran auch die gewisse Mobilität prinzipiell nichts ändert fürchtet die Sowjetunion diesen Einsatz, und dazu gibt schon die politische Ideologie in der US-Administration genug Anlaß, muß sie darauf bedacht sein, diese Raketen auszuschalten, bevor sie eingesetzt werden, weil es sonst keinen Schutz gibt. Andererseits gilt für die Nato das Prinzip ‚fire or loose them‘ In diesem teuflischen

Mechanismus liegt ein Selbstzündungscharakter der aus einer Krise oder einem konventionell begonnenen Krieg die Vernichtung Europas machen kann.

In dieser strukturellen Kriegsgefahr liegt der Kern der Friedensgefährdung, die mit der sogenannten Nachrüstung heraufbeschworen wird.“

Liegt es aber tatsächlich nur an einer weiteren Drehung der Rüstungsspirale, daß heute wieder die Vorstellung vorherrscht, die Sachen und ihre von den Menschen unabhängigen Mechanismen riefen die Kriegsgefahr hervor und deshalb käme es in erster Linie darauf an, gemeinsam mit allen Menschen einschließlich der Machthaber die Wirkung der Sachen zu beschneiden und ihre Mechanismen einzuschränken, statt den Schwerpunkt auf gesellschaftliche Umwälzung und den Sturz der Machthaber zu legen? Dabei handelt es sich nicht einfach um Nuancen der Betrachtungsweisen, weil ja so oder so die Atomwaffen vernichtet werden sollen und dazu so oder so die Machtverhältnisse verändert werden müssen. In den unterschiedlichen Betrachtungsweisen kommt selber eine Veränderung der Kräfteverhältnisse zum Ausdruck, eine tiefgreifende Änderung der Lage gegenüber den 60er und frühen 70er Jahren. Und bestimmt ist es kein Zufall, daß die heutigen Sprecher der Friedensbewegung sozialdemokratischer bis konservativer Herkunft sind und teilweise in der Bewegung der 60er Jahre auf der anderen Seite der Barrikade standen, wie etwa Pastor Albertz. Zweifellos haben diese Leute gelernt, und das ist ja auch gut, aber haben auch wir die 68er und die Kräfte der revolutionären Bewegung der frühen 70er Jahre gelernt oder sind wir einfach dabei, uns sozialdemokratischer bis konservativer Ideologie sang- und klanglos anzupassen, statt die geänderte Lage selber zu verstehen und unsere revolutionären Auffassungen dieser geänderten Lage anzupassen, statt sie einfach über Bord zu werfen?

Genau betrachtet standen schon zu Beginn der 68er Bewegung mehrere strategische Niederlagen, die wir in ihrer Bedeutung nicht erkannten und deren Auswirkungen uns erst nach und nach bewußt werden, obwohl sie von Anfang an wesentliche Grundannahmen unserer mehr oder weniger klar ausgesprochenen Konzeption erschütterten.

Im Westen wurde in Frankreich die gesellschaftliche Aufstandsbewegung vom Mai 1968 aufgefangen und mündete in eine Neukonsolidierung des konservativ-reaktionären Regimes bis in die 80er hinein. Die Kehrseite dieser Entwicklung war die Ausbildung der Linksunion unter Hegemonie solcher Kräfte, die der Maibewegung gera-

Genfer Zwischenlösung — ein Sieg?

de erst in den Rücken gefallen waren. In Westdeutschland ging der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung verloren und kam als Ergebnis der gesellschaftlich-politischen Bewegung gerade noch eine jahrzehntelange Regierung der sozialliberalen Koalition heraus. In den USA wurden der sozialrevolutionäre Flügel der Bewegung zerschlagen, und in Italien gelang es, die Erfolge der Arbeiterkämpfe auf die Fabrik zu beschränken, während die PCI den historischen Kompromiß zu suchen begann. Die sozialrevolutionäre Welle wurde im Westen gebrochen, bevor sie überhaupt richtig zur Entfaltung gekommen war. Ganz verästel und diesseits der Frage der politischen Macht entwickelte sich dafür eine breite linksreformerische Bewegung, vor allem in der BRD und in den USA, den beiden prototypischen westlich-kapitalistischen Ländern.

Im sowjetischen Machtbereich wurde der Prager Frühling zerschlagen, nachdem schon vorher die Staatsmacht in Polen gegenüber der aufkeimenden Studentenbewegung rigoros durchgegriffen hatte. Mit der Zerschlagung des Prager Frühlings konsolidierte sich der sowjetische Block und blieb während der ganzen 70er Jahre als Weltmacht ungestört von inneren Widersprüchen handlungsfähig.

Mit dem Scheitern der Tet-Offensive in Vietnam scheiterte auch der Versuch, gestützt auf die eigenen Kräfte den US-Imperialismus zu vertreiben, ohne vollends in die Rivalität der beiden Supermächte und die Abhängigkeit der Sowjetunion hineinzugeraten. Seither ist es keiner der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt gelungen, sich aus der Rivalität der beiden Supermächte herauszuhalten und gestützt auf die eigene sozialrevolutionäre Entwicklung die Dritte Welt zu einem aktiven Zentrum der weltweiten gesellschaftlichen und politischen Umwälzung zu machen. Die Schwächung der USA und der traditionellen Kolonialmächte führte so nicht zu einer entsprechenden Stärkung der Dritten Welt, sondern vor allem zur Stärkung der anderen Supermacht, zur Ausbildung von regionalen Hegemonialmächten, die mit den Supermächten paktieren und von ihnen militärisch und ökonomisch abhängig sind, zu einer Zersetzung der Kraft der Blockfreienbewegung, wenn auch nicht zu ihrer offiziellen Spaltung.

In China erwies es sich als unmöglich, durch die Kulturrevolution den Aufbau des Sozialismus zu beschleunigen und drohte im Gegenteil, verborgen unter dem revolutionären Gestus, sich ein staatsmonopolistisches Regime vollends zu etablieren.

Im großen und ganzen bestand die Übersicht der 68er Bewegung darin, in einem Bündnis der sozialrevolutionären Bewegun-

Nicht zum erstenmal hat die Sowjetunion bewiesen, daß sie in der Lage ist, ihre Abrüstungsvorschläge geschickt zu plazieren. Widersprüche zwischen europäischen Regierungen und der US-Administration, die sich z.B. in der erneuten Debatte der Waldspaziergangslösung ausdrücken, könnten verschärft werden.

Und in der Tat: Betrachtet man die Positionen der beiden Supermächte seit Beginn der Genfer Verhandlungen, so hat die Sowjetunion bisher zweifellos am meisten zurückgesteckt: Von den „Forward Based Systems“ (FBS), also den amerikanischen Bombern in Großbritannien, die ursprünglich mit berücksichtigt werden sollten, spricht Andropow nicht mehr. Eine deutliche Reduzierung der Mittelstreckenraketen (einschließlich von SS-20) hat sie, auch mit Zahlenvergleichen, angeboten und mittlerweile mit der neuesten Erklärung Andropows noch einen weiteren Einwand der Nato-Staaten ausgeräumt: Die zu reduzierenden Raketen sollen verschrottet werden. Es gibt mittlerweile nur noch ein Argument der Nato, mit dem ihre starre Haltung begründet wird (denn welches Entgegenkommen war schon bisher von seiten der USA zu vernehmen?): die Anrechnung der Nuklearwaffen Frankreichs und Großbritanniens sei nicht annehmbar.

Inwieweit dies Argument reichen wird, die Interessen der USA an einer vollständigen Stationierung gegen die europäischen Staaten, die eher einen Teilerfolg in Genf brauchen, um sich gegen die Friedensbewegung zu behaupten, durchzusetzen, erscheint mir nicht ganz sicher. Wenn auch unwahrscheinlich, so könnte doch ein Ergebnis in Genf in der Richtung: keine Pershing II, aber Stationierung der Cruise Missiles, Reduzierung der SS-20 möglich sein.

Ein Sieg der Friedensbewegung? Weniger Raketen als bisher zweifellos vor allem auf Druck der Friedensbewegung. Also: Zwei meines Erachtens recht gewichtige Argumente wollen bei mir keine rechte Freude ob solcher Aussicht aufkommen lassen:

Erstens könnten die Nato und vor allem Reagan Argumente für sich verbuchen. Denn die Sowjetunion hat ja schon etwa 240 SS-20, die heute auf Mittel- und Westeuropa gerichtet sind. Sie würden reduziert, und wer wollte darüber nicht froh sein. Dies sei nur ein Verdienst der Standhaftigkeit und des ernststen Willens der USA und der Nato, würde Herr Reagan (und mit ihm

alle anderen Regierungen) argumentieren. Und wer wollte dies widerlegen? Die Kraft einer Friedensbewegung hier hätte sicher nicht die Reduzierung der SS-20 erzwungen.

Und zweitens: Von einer Änderung der Militärstrategie kann in diesem Zusammenhang offensichtlich auf beiden Seiten nicht gesprochen werden, höchstens davon, daß die Strategie der „flexible response“ innerhalb der Nato ins Gerede gekommen ist. An einen in diesem Zusammenhang wichtigen Unterschied sei hier nochmals kurz erinnert: Die Strategie der SU für einen Krieg in Mitteleuropa ist stärker auf die konventionellen Streitkräfte ausgerichtet, weniger auf die Nuklearwaffen. Ganz anders auf seiten der Nato. Weshalb die SU denn auch leichter auf Mittelstreckenraketen verzichten kann als die USA.

Worauf es mir aber hier ankommt: Wenn die SU auf Waffensysteme wie die SS-20 verzichtet, die sie stationiert hatte, bevor die Nato ihre Waffen, deren Aufstellung es zu verhindern gilt, aufzustellen begonnen hat; und wenn sie dies tut, ohne sonstige Änderung ihrer Militärstrategie, so bleibt für die Stationierung der SS-20 nur eine Interpretation: Diese Massenvernichtungswaffen wurden stationiert, um zu sehen, ob sich nicht daraus ein Vorteil ergäbe, oder um sie als Verhandlungsmasse gegen die USA zu haben. Man ist derlei Überlegungen von Reagan gewohnt und zu Recht erhebt sich dagegen massiver Protest. Allzu sowjetfreundlichen Friedensfreunden kann man nicht oft genug beweisen, daß die SU nach demselben menschenverachtenden Machtkalkül vorgeht.

Müßte nun die USA ihrerseits bei einem „Kompromiß“ wie skizziert auf einen Ausbau ihrer Kriegsführungsfähigkeit in Europa verzichten? Mitnichten. Die Stationierung der Cruise Missiles ließe sich im Gegenteil mit Sicherheit erheblich leichter bewerkstelligen.

Alles in allem wäre das, was ich als Ergebnis in Genf nicht für wahrscheinlich, aber doch für denkbar halte, für die Friedensbewegung eher ein Pyrrhussieg. Zumindest, wenn sie sich allein an der Raketenfrage festbeißt. Im anderen Fall, geht die Politik darüber hinaus, könnte man ja sagen: Gut, daß weniger Raketen stationiert sind — aber ist damit eine der Forderungen der Friedensbewegung erfüllt, ist damit auch nur eine der möglichen Kriegsursachen beseitigt? Günther Kruse

gen der Dritten Welt mit sozialrevolutionären Bewegungen im kapitalistischen Westen und im staatsmonopolistischen Osten die Konfrontation zwischen den Staaten unterlaufen und die Rivalität der beiden Supermächte aufbrechen und in den Hintergrund drängen zu können. Mao Tsetung brachte das auf die Formel: Entweder wird die Revolution den Krieg verhindern, oder der Krieg wird die Revolution hervorbringen. Die Haupttendenz aber bleibt die Revolution. Unabhängig davon, ob sich diese Perspektive langfristig als richtig erweist oder nicht, steckte sie jedenfalls voller Illusionen über Tempo, Tiefgang und Gleichzeitigkeit der sozialrevolutionären Entwicklung in der Dritten Welt, im Westen und im Osten.

Schon die frühen Niederlagen wiesen auf die Brüchigkeit der revolutionären Konzeption hin, und im Laufe der 70er Jahre er wiesen sich diese Niederlagen als die vorherrschenden Tendenzen. Selbst Siege wie in Angola verwandelten sich durch die Intervention der Supermächte in Niederlagen. Nicht die internationale sozialrevolutionäre Bewegung bestimmt das Feld, sondern die Staatsmächte und allen vora die beiden Supermächte mit ihren Arsenalen für den Welt- und Atomkrieg. Diese Änderung in der Situation, die sichtbare Verschiebung in den Haupttendenzen der internationalen Entwicklung, die Tatsache, daß die Supermächte und ihre Rivalität das Feld beherrschen, daß sich nicht der Befreiungskrieg und die Revolution entwickeln, sondern die Gefahr des Krieges zwischen den beiden Supermächten wächst, der nur ein Atomkrieg sein kann und zuerst und vor allem Europa vernichten würde, all diese Tatsachen und

nicht irgendwelche geheimnisvollen Stimungs- und Gefühlsänderungen scheinen für den Charakter der heutigen Bewegung in der BRD und insbesondere der Friedensbewegung den Ausschlag zu geben.

Da wieder die Staatsmächte und ihre Atomwaffenarsenale das Feld beherrschen, wie das schon in der Zeit des Kalten Krieges der Fall gewesen ist, entwickelt die Friedensbewegung auch wieder Züge, die an die damalige Bewegung erinnern. Die Ziele der Bewegung sind gegenwärtig notwendig auf Forderungen an die Staatsmächte beschränkt und nicht auf die Beseitigung der Staatsmacht ausgerichtet.

Notwendig treten die Vernichtungsmittel der Supermächte in den Vordergrund und nicht ihre relative Schwäche gegenüber sozialrevolutionären Bewegungen, die ihre Herrschaftssysteme von innen her gefährden.

Verständlicherweise entwickelt sich angesichts der Ohnmacht, die herrschenden Mächte selber zu beseitigen, die Hoffnung darauf, die einzelnen Menschen einschließlich der Machthaber unter Hinweis auf die Gefahren für die Menschheit insgesamt zu verändern. Es hat schon seine innere Logik, wenn Petra Kelly das Gespräch mit den Machhabern in Ost und West sucht und sich davon mehr als die Entlarvung dieser Machthaber verspricht.

Der Staat ist ohnehin eine fremde, unpersönliche Macht, was wunder daß die Ursachen der Kriegsgefahr nicht in Menschengruppen, den gesellschaftlichen Verhältnissen und Interessen in erster Linie gesucht werden, sondern in den Dingen, den Waffen, die sie hervorbringen. Und wenn die

Dinge, Atomwaffen und Mittelstreckenraketen die Kriegsgefahr hervortreiben, ja wenn sich ihr Mechanismus gegenüber den Menschen verselbständigt, ist es dann nicht folgerichtig, auf dem Allgemeinen, dem Unterschied zwischen Menschen und Dingen, der Menschlichkeit als solcher die ganze Bewegung aufzubauen und die Gewaltfreiheit zum alles entscheidenden Prinzip zu erklären, in dem man sich auch mit den Feinden einig wissen will? Auch die Verhandlungen mit der Polizei sind der Bewegung nicht von irgendwelchen Verrätern äußerlich und insgeheim aufgedrückt, sondern entspringen wenigstens teilweise aus der Logik der gegenwärtigen Bewegung. Weder die eurozentristischen noch die auf den eigenen Block beschränkten Sichtweisen sind angesichts der Ungleichzeitigkeit und des unterschiedlichen Charakters der Bewegung in der Dritten Welt, im Osten und im Westen durch bloße Appelle zu überwinden.

Gleichzeitig ergeben sich sowohl aufgrund der Inhalte wie der Formen der Bewegung, Minimalprogramm plus Gewaltfreiheit bis hin zur Demütigung vor der Staatsmacht, Bündnismöglichkeiten bis weit ins staatstragende Lager hinein mit Kräften, die sich an Dingen wie Atomwaffen reiben, während sie den Staat selber als sakrosankt betrachten. Weil diese Bündnisse tatsächlich möglich sind und dann auch ihre eigene Logik entfalten, lassen sich auch die politische Konzeption der Minimalforderung wie die staatsfrommen Handlungsformen schwerlich durch bloße Aufklärung überwinden.

Über all das mag man manchmal vielleicht schier verzweifeln oder auch die Augenbrauen hochziehen, aber wir können uns ja nicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere eigenen Grundannahmen im Verlauf der 70er Jahre gründlich und weltweit erschüttert worden sind und daß auch Leute, die Revolutionäre sind oder sich dafür halten, praktisch keine andere Perspektive haben als die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Bewegung selber. Die gesellschaftliche und politische Bewegung kann sich nicht unabhängig von und entgegengesetzt zur Entwicklung der objektiven Bedingungen entfalten.

„Von der Drohung totaler Vernichtung sind wir zur Besinnung auf den Sinn unseres Daseins zurückgewiesen. Die Möglichkeit der totalen Zerstörung fordert unsere ganze innere Wirklichkeit heraus. Als ein besonderes Problem kann die Atombombe nicht genügend erfaßt werden. Nur wenn der Mensch als er selbst auf die in seine Hand gegebene Möglichkeit antwortet, kann er ihr gewachsen sein. Wenn er die Sache nur als Schwierigkeit unter anderen behandelt, wird er ihrer nicht Herr werden.“

Ostermarsch 1962



Grün wählen, was denn sonst?

Die Atombombe als Anlaß zur Besinnung, das könnte von jedem Sprecher der Friedensbewegung auf dieser oder jener Friedenskundgebung gesagt werden. Das Zitat stammt aber nicht aus einer Rede von 1983, sondern aus der Vorbemerkung Karl Jaspers' zu seinem Buch „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“, das in den fünfziger Jahren erschienen ist. Mao Tse tung hatte nicht einfach unrecht, wenn er meinte, auch die Atombombe sei ein Papiertiger aber wenn die Supermächte das Feld beherrschen und die Staatsmacht die inneren Widersprüche unter Kontrolle halten kann, dann haut diese Aussage nicht nur daneben, sondern scheint auch zynisch. Damit ist die Frage nicht erledigt, wie haltbar und unveränderlich eine solche Situation ist. Je schroffer die Blockkonfrontation, je unterdrückter die Widersprüche innerhalb der Blöcke, je unangefochtener die Staatsmacht und speziell die beiden Supermächte, desto größer die Gefahr des Atomkrieges. Auch wenn sich die Friedensbewegung in vielen ihrer Äußerungen nur gegen Atomwaffen wendet und nicht gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie hervorbringen, richtet sie sich in ihrer Praxis als Massenbewegung gegen die menschlichen Ursachen der Kriegsgefahr. Keine Bewegung kann man einfach an ihren Ideologien messen.

Vielleicht ist es für viele ganz unsinnig, angesichts des „heißen Herbstes“ solche Überlegungen anzustellen. Für mich und vielleicht auch manche andere sind sie eine Bedingung, um an Aktionen der Friedensbewegung teilzunehmen oder sie mit Sympathie zu verfolgen, die mir ehrlich gesagt, ziemlich fremd sind, so fremd wie manche Aspekte der Friedensbewegung überhaupt. Andererseits bin ich sicher daß der Mechanismus von Waffenarsenalen auch dann noch gestört werden kann, wenn sie etabliert sind, vorausgesetzt die bestehenden Kräfte- und Machtverhältnisse kommen wieder in Bewegung.

Wir haben gesehen, daß die Aussichten der 60er Jahre verdunkelt und zerstört werden konnten. Aber auch die jetzige Situation ist historisch und nicht einfach durch die Bombe und Raketen bestimmt. Es bleibt eine Tatsache, daß in den 60er und frühen 70er Jahren die Atomkriegsgefahr schwand, weil die bestehenden Machtverhältnisse erschüttert wurden. Dennoch war das Wettrüsten weitergegangen. Es gibt keinen Selbstlauf in den Atomkrieg, weil die Zahl der Bomben wächst und ihre Qualität immer „besser“ wird. Nach wie vor kommt es darauf an, sich mit den Befreiungskräften in aller Welt zu verbinden, gerade weil sie sich gegen den Status quo richten, statt aus Furcht vor der Bombe im Status quo Sicherheit zu suchen.

Im Grunde geht es bei den hessischen und Bremer Wahlen darum, ob die Grünen die Rolle einer linksoppositionellen Sammlungsbewegung weiterhin erfüllen können. Wenn man erstmal die Stimmzettel anschaut, dann sieht man schon, daß nicht alles glatt geht. In Hessen kandidieren neben den Grünen die Liberalen Demokraten (LD) und die Demokratischen Sozialisten (DS). Wieso treten sie in parlamentarischen Wahlen mit den Grünen in Konkurrenz?

Zum Teil wollen sie wohl nicht einsehen, daß die linksoppositionellen Kräfte nur dann eine gewisse Chance haben, die Kräfteverhältnisse in den Parlamenten wenigstens zu beeinflussen, wenn sie sich neu sammeln, statt entsprechend ihrer politischen Herkunft oder ihrer traditionellen Beziehung zu den Organisationen des etablierten Parteiensystems mit alten, aber linksangehauchten Etiketten getrennt aufzutreten. Andererseits wollen oder können die Grünen bisher nicht wirklich alle Kräfte sammeln und ihnen auch einen Platz einräumen, die sich von unterschiedlichen Ausgangspunkten her vom etablierten Parteiensystem lösen. Das liegt nicht einfach an sektiererischen Tendenzen bei den Grünen, die es zumal in Hessen reichlich gibt, sondern an den tatsächlichen Schwierigkeiten, unterschiedliche Kräfte zu sammeln, aber so, daß sie sich nicht gegenseitig lähmen, sondern als Sammlung stärker sind als die jeweiligen Teile.

Es gibt halt noch keine vereinheitlichende strategische Konzeption grüner Politik, die gegenüber den traditionellen Links/Rechts-Schemata tatsächlich nach vorn weisen und damit links und rechts neu definieren würde. So gibt es auch einen wirklichen Widerspruch zwischen grünem Fundamentalismus etwa und grün eingefärbtem Liberal- oder Sozialdemokratismus. Praktisch haben die Grünen zwar reformerische und revolutionäre Kräfte gesammelt und mehr oder weniger miteinander verbunden. Das muß wenigstens in der gegenwärtigen Situation auch sein. Aber wie das programmatisch zusammengehen soll, d.h. in längerer Perspektive, ist ein ungelöstes Rätsel. Vielleicht auch ein unlösbares, wenn man es programmatisch lösen will? Dann könnte man die programmatische Klärung einfach vor sich herschieben, ohne daß daraus in der politischen und speziell der parlamentarischen Praxis unüberwindbare Schwierigkeiten entstehen müßten. Aber gerade dort tritt das Problem von

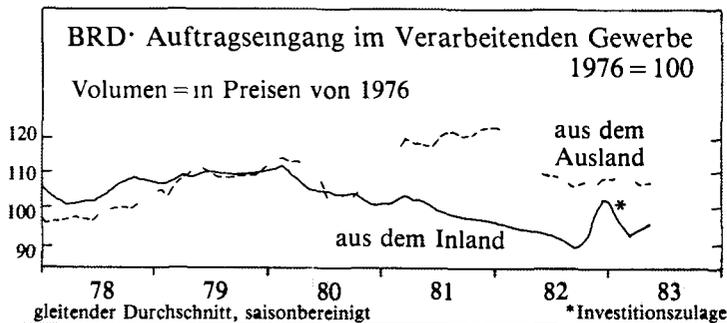
Einheit und Widerspruch wieder auf, zum Beispiel auch in Form- und Organisationsfragen. Zu Recht haben sich die Grünen früh auf das Konsensprinzip geeinigt. Ohne nach Übereinstimmung statt einfach nach Mehrheiten zu streben, wäre eine linksoppositionelle Sammlungsbewegung gar nicht denkbar. Aber mit der Aufnahme der parlamentarischen Geschäfte stellen sich sogar schon in der Opposition praktische und taktische Alternativen, auf die sich die unterschiedlichen Kräfte einer Sammlungsbewegung nur schwer vereinheitlichen können. Das führt dann zu Mehrheitsentscheidungen, die den bisherigen Konsens zu sprengen drohen, oder es führt dazu, Entscheidungen umgehen oder auf die lange Bank schieben zu wollen.

Die Fraktionsauseinandersetzungen etwa bei den hessischen Grünen haben ihre Ursachen kaum einfach in Machtgelüsten dieser oder jener Leute, vielmehr handelt es sich um das Problem einer programmatisch notwendig etwas verschwommenen Sammlungsbewegung, die aber aufgrund der tatsächlichen Zugzwänge insbesondere der parlamentarischen Politik immer wieder zu Entscheidungen gezwungen ist. Daraus entspringt die Tendenz, sich weltanschaulich und programmatisch vereinheitlichen zu wollen oder anders gesagt, sich innerhalb der Linken abgrenzen zu wollen, während andere Teile der linksoppositionellen Sammlungsbewegung es von vornherein für besser halten, getrennt zu marschieren.

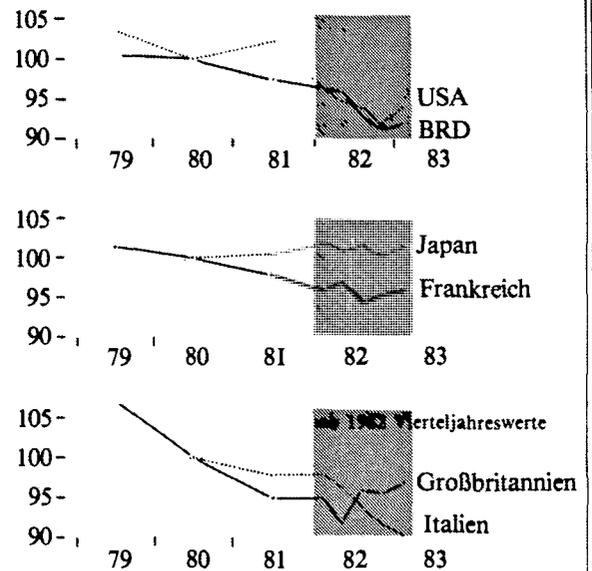
Erst recht in Bremen könnte man leicht über die „Fehler“ der Grünen die Nase rümpfen, weil sie hier die Rolle einer Sammlungsbewegung weitgehend verfehlt zu haben scheinen. Wahrscheinlich ist das eine optische Täuschung. In einer linksoppositionellen Sammlungsbewegung haben Kräfte wie Olaf Diné oder wie die DKP tatsächlich keinen Platz, und daß sie, wenn sie wollen, in irgendeiner Form kandidieren, ist nicht zu vermeiden. In Hessen und in Bremen wird entscheidend sein, ob die Linken unterschiedlicher Herkunft an dem Ziel einer linksoppositionellen Sammlung festhalten. Dann werden sie die Grünen wählen. Die Probleme einer solchen Sammlungsbewegung sind damit noch nicht gelöst, aber werden für lösbar angesehen. Nach den Wahlen in Hessen und Bremen wird man genauer wissen, welche Basis für diesen Versuch nach den ersten Enttäuschungen noch vorhanden ist.

Joscha Schmierer

In einer Reihe von Ländern hat die Industrieproduktion Anfang des Jahres wieder etwas zugenommen; ungewiß, ob dieser Trend von Dauer ist. Auch in der BRD bleibt die Lage unsicher. Offenbar waren Mitte letzten Jahres die Lager des inländischen Groß- und Einzelhandels so weit abgebaut, daß dieser wieder mehr Bestellungen an die Industrie gab. Diese ihrerseits baute ihre Vorräte an Rohstoffen und Vormaterial wieder etwas auf. Mittlerweile aber sind die Fertigwarenbestände wegen mangelnder Endnachfrage wieder angewachsen, so daß diese Impulse nachlassen werden. Da auch die anvisierte Investitionsbelegung auf die Mitnahme der Investitionszulage beschränkt blieb und auch die Aufträge aus dem Ausland verhalten bleiben, dürfte die Krise weiter vor sich hingären.



Indizes der Industrieproduktion
1980 = 100



Europawahl '84 und die Grünen

Wieder stehen im kommenden Jahr große Wahlen vor der Tür: Die Wahl des Europaparlaments. Eine Arbeitsgruppe der Grünen hat sich seit kurzem an die Vorbereitung gemacht und ist dabei auf allerhand Schwierigkeiten gestoßen. Klar ist nur, daß eine Wahlbeteiligung nicht zu umgehen ist. „Die Alternative der Beteiligung oder Nichtkandidatur zur Europawahl gab es von Anfang an so gut wie nicht mehr da die Rückerstattungsgelder für den Europawahlkampf in fast allen Landesverbänden im Haushalt 83/84 schon verplant sind“ berichtet ein Mitglied der Arbeitsgruppe. Überhaupt gibt es einen erheblichen organisatorischen Vorlauf. In Brüssel fand sich bereits eine europaweite Koordination von grünen Parteien, die so etwas wie eine „Föderation der ökologischen Parteien Europas“ mit Plattformtext, Büro usw gründen wollten. Diese Grünen aus England, Frankreich, Schweden, Belgien usw hatten sich von der seit fünf Jahren bestehenden „Koordination der radikalen und alternativen Organisationen“ (AGENOR) abgesetzt; Gründe waren deren „Linkslastigkeit“ mangelnde ökologische und gewaltfreie Orientierung. Aus Kreisen der BRD-Grünen heißt es allerdings, die bisherige Plattform sei eher platt als Form. Aber auch in der Arbeitsgruppe gehen die Meinungen noch weit auseinander, sobald es um die Konzeption einer Europa-Politik

geht. Sie reichen von der Ablehnung der gesamten EG und des EG-Parlaments bis zur Forderung nach erweiterten Kompetenzen, etwa durch eine europäische Polizeibehörde, die die Emissionsschutzgrenzen in den einzelnen Ländern durchsetzen soll. □

Die Instrumentalisierung der Meinungsbilder

Die Tagesschau habe „für viele Zuschauer nahezu Verkündungscharakter“ schrieb jüngst das „Institut der deutschen Wirtschaft“ die Sprecher seien „quasi-amtliche Personen mit hoher Glaubwürdigkeit“ Ein großes Wort wird da gelassen hingeschrieben – weshalb die Redakteure nicht gleich in Amtspersonen verwandeln? Denn darum geht der derzeitige Grabenkampf um das richtige Fernsehbild; Repräsentation von Volksmeinungen widerspricht dem Prinzip des ausgeklügelten Proporz institutionalisierter Lobbyisten. Wie Heiner Geißler sagt, die Entscheidung über die Nachrüstung sei mit der Wahl der CDU/CSU gefallen, was immer die Meinung der Bevölkerungsmehrheit ist. Ebenso kriegen wir nun das Fernsehen, das die christlich-liberale Union will, eine Schlüsselfunktion erfüllen dabei die Nachrichtensendungen. Da wurde Edmund Gruber wieder gegen den Widerstand der Redaktion zum Chefredakteur der Tagesschau gemacht und das Redaktionsstatut außer Kraft gesetzt, während gleichzeitig so ehrenwerte Männer wie H.-D. Gen-

sch den nötigen Beschluß von außen liefern. Man soll nicht denken, solches Trommelfeuer bliebe ohne Wirkung auf die Redaktionen, selbst wo es nicht zu sichtbaren Änderungen kommt. Eine der letzten Maßnahmen in diesem Zusammenhang ist die Kündigung des Koordinierungsabkommens des ZDF mit der ARD, weil in Nordrhein-Westfalen ein Fünftel der „heute“-Zuschauer zur gleichzeitig laufenden Nachrichtensendung des WDR-Regionalprogramms übergegangen sind. Aber auch bundesweit ist die Einschaltquote der „heute“-Nachrichten im ersten Halbjahr '83 deutlich zurückgegangen: von durchschnittlich 24 Prozent (Januar) auf 16 Prozent (Juni). Müssen sich also die Programm Direktoren was einfallen lassen, um die Leute wieder vor die Glotze zu treiben, wenn das amtliche Bonn sein tägliches Bulletin verkündet. □

Mehr Festnahmen durch Computerausweis

Der neue Personalausweis, Typ 1984, werde „zur schnelleren und intensiveren Kontrolle insbesondere im grenzüberschreitenden Personenverkehr führen“ ließ Innenminister Zimmermann jüngst verlauten. Und in schlichter Sachlichkeit erläuterte er: „Weil er maschinell lesbar ist, kann der einzelne Beamte in gleicher Zeit wesentlich mehr Kontrollen durchführen.“ Eben – die Totalkontrolle wäre mit der alten Technik nicht möglich, ob der derzeitige Innenmini-

ster sie nun schon vorhat oder nicht. Zimmermann erhält in dieser Sache fast täglich Unterstützung; so hat der Präsident des Bundeskriminalamtes, Boge, erklärt, der neue Ausweis brächte einen „erheblichen Sicherheitsgewinn“ und der muß das ja wissen. Er nannte auch Zahlen; derzeit würden bloß etwa 3% der Personen beim Grenzübertritt fahndungsmäßig kontrolliert. Dabei seien im ersten Halbjahr 1983 13644 Menschen festgenommen worden. Wenn sich nun der Anteil der Kontrollen mit Hilfe der maschinenlesbaren Ausweise um ein Prozent steigern ließe, so würden daraus „etwa 4500 weitere Festnahmen resultieren“ Diese Logik fortgesetzt würden aus einer Vollkontrolle allein an den Grenzen knapp eine Million Festnahmen pro Jahr „resultieren“ der „Sicherheitsgewinn“ im Sinne eines Boge wäre ganz enorm. Je mehr Kontrolle, desto höher die Sicherheit. □

Dioxin-Gefahr nach Kurzschluß

Zweimal innerhalb eines Tages ist mitten in Frankfurt aus zwei Transformatoren hochgiftiges Clophen ausgetreten. Die Transformatoren der Bundesbahn stehen im Freien; im einen Fall ein Marder im anderen eine Katze lösten einen Kurzschluß aus, der zur Explosion führte und das als Kühlmittel verwendete Clophen austreten ließ. Bei etwa 300 Grad Hitze



entsteht aus jenem das Seveso-Gift Dioxin. Der Lichtbogen, der beim Kurzschluß entstand, erreichte Temperaturen von rund 3000 Grad; ob bei dem Unfall tatsächlich Dioxin entwichen ist, blieb jedenfalls zunächst ungeklärt. Die durch das Kühlmittel entstehende Gefährdung ist seit Jahren bekannt, dennoch bleiben die Zeitbomben unbehelligt. 60000 Transformatoren sind in der BRD mit Clophen gekühlt, die lediglich seit Frühjahr in den Alarmplänen der Feuerwehren gekennzeichnet werden. An ein Auswechseln des giftigen Kühlmittels ist nicht gedacht, an ein Verwendungs- und Produktionsverbot ebensowenig. Allerdings wäre eine geordnete Beseitigung auch unmöglich, denn die einzige Anlage, in der die Chemikalie verbrannt werden kann, hat eine Kapazität von 1000 Tonnen im Jahr – die 60000 Transformatoren enthalten aber 30000 Tonnen. Reaktion der Elektro-Industrie: Nur keine Panik machen, sonst wird das Zeug womöglich noch illegal weggekippt. Also bleibt's legal drin, bis die nächste Katze auf den Zünder tritt. Und der Gesetzgeber läßt die Entsorgung durch das Altöl-Beseitigungsgesetz regeln! □

Mütter konsolidieren Bundeshaushalt

Es bleibt dabei, es war ein Sturm im Wasserglas. Ohne Wenn und Aber haben die honorigen Herren vom CDU-Präsidium die Pläne ihres Finanzministers Stoltenberg absegnet: *Auch das Mutterchaftsgeld wird gekürzt.* Späth und andere, die öffentlich Widerspruch angemeldet hatten, stellten ihre Bedenken zurück – die sie etwa bei der Kürzung des Arbeitslosengeldes erst gar nicht hatten. Die Zauberformel, die alles erschlägt, lautet, erst müsse der Haushalt konsolidiert werden; und unter der Lüge, es sei kein finanzieller Spielraum da, wird die wahre Prioritätensetzung versteckt. Zur Debatte beim Mutterschaftsgeld steht nur noch, ob das Schwergewicht der Kürzung durch Verkürzung der Bezugsdauer auf drei Monate (nach der Mutterschutzfrist) oder durch Senkung des Zahlbetrages erreicht werden soll. Die FAZ nannte den Streit ums Mutterschaftsgeld „töricht“ so weit sind die heruntergekommen. Die Frage der finanziellen Minimal-Absicherung der jungen Mütter ist schon gar kein Thema mehr – Allerdings muß der Vollständigkeit halber erwähnt werden, daß nach derzeitigem Stand die Kürzung in Baden-Württemberg durch das landeseigene Familiengeld zum Teil aufgefangen wird. □

Neuer Anlauf in alter Sache

Lambsdorffs „Konzept“ vom vergangenen September, das Gutachten des wissenschaftlichen Beirats vom Februar, Haimo Georges „Denkanstöße“ und jetzt Albrechts „Thesen“ – das ist alles ein Duft und eine Sprache, das hat alles das gleiche große Ziel der zwangsweisen Huldigung an eine irdische Ordnung, in der nicht die Produzenten über ihre Produkte verfügen, sondern umgekehrt die Sachen die Menschen zu beherrschen scheinen.

Sachlich bietet Ernst Albrecht buchstäblich nichts Originelles, dennoch macht sein Papier Furore, wird von einem denkfaulen Informationsapparat aufgesogen und wieder ausgeschüttet, vermarktet, kommentiert, moderiert, produziert Stellungnahmen und beifälliges Kopfnicken.

Neu ist die Situation, in die Albrecht platzt. Der Rausch der „Wende“ ist verflogen, die Regierungspolitik fürs erste an ungebrochenen Machtkonstellationen und unerläßlichen Rücksichten festgeritten. Ein neuer Anlauf wird benötigt.

„Mit den bisher eingeleiteten Maßnahmen allein ist weder ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung noch ein Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen“, schreibt Albrecht. Eine Neuigkeit ist das wahrlich nicht, auch wenn in den Wahlschulden der Union der „Aufschwung“ schon vorprogrammiert schien. Spuren müssen verwischt werden. Der durch den Wahlsieg der Union ausgelöste „psychologische Aufschwung“ sei erschöpft, behaupten die „Thesen“, während sich bloß die wahlpropagandistischen Versprechungen der christlichen Union vor der Wirklichkeit bliamieren haben. Es müsse jetzt der nächste Zerschlag kommen, folgert Albrecht.

Die Flucht nach vorn soll die Märchen von gestern vergessen machen. Albrecht bemüht sich noch nicht mal, auch nur einen Anhaltspunkt für den erneut suggerierten Eindruck zu nen-

nen, das Programm bringe nun den echten „Aufschwung“.

Doch Ernst Albrecht fordert nicht nur, nein, er schiebt auch Begründungen vor. Vor allem die unzureichenden Erträge der Wirtschaft seien am Anwachsen der Arbeitslosigkeit schuld. Und dann allen Ernstes: „Volkswirtschaftlich ausgedrückt: Die Entlohnung des investierten Kapitals ist zu gering, die Entlohnung der Arbeit zu hoch.“

Selbst wer sich in solchen schlichten Vorstellungen wohlfühlt, kann nicht hinweglügen, daß über 20% des produktiven Kapitals unbeschäftigt herumstehen und Geldkapital zu Dutzenden von Milliarden rund um die Welt vagabundiert. Wenn schon behauptet wird, die Nichtauslastung des Arbeitspotentials liege an den zu hohen Ansprüchen der Arbeitskraftbesitzer, so müßte umgekehrt die Ursache der Nichtauslastung der Sachkapazitäten auch in den überhöhten Ansprüchen der Kapitaleigner gesucht werden. Die aber sind tabu. Ohne Profit, ja, ohne viel Profit geht nichts, und damit sind die Verhältnisse auch schon auf den Kopf gestellt. Wir produzieren nicht mehr – „volkswirtschaftlich ausgedrückt“ –, um die im weiteren Sinn fürs Leben notwendigen Güter herzustellen, sondern wir produzieren, damit sich das Kapital verwerthe – was sich noch vor jeder Pleite dahingehend konkretisiert, daß die Bank weiterhin Zinsen zieht, auch wenn schon kein Unternehmensgewinn mehr bleibt.

Arbeitslöhne sind immer nur relativ zu hoch, relativ zu den Ansprüchen des Kapitals, denen die Produzenten ihre Ansprüche unterzuordnen haben. Mittel und Zweck sind verkehrt.

So kann denn Albrecht von den Vorzügen des technischen Fortschritts schwelgen und im selben Atemzug zur Dankbarkeit neue Opfer der Arbeitenden verlangen. „Maschinen sind wirtschaftlich und technisch in der Lage, die Handar-

beit zu ersetzen. Die hierdurch bedingte gewaltige Freisetzung von Arbeitskräften müßte zu einem Sinken der Arbeitskosten führen. Unser gesellschaftliches System verhindert aber diese Anpassung der Kosten. Die Anpassung vollzieht sich deshalb in Form von Arbeitslosigkeit.“

Merkwürdige Logik. Wenn Maschinen Arbeit ersetzen, also gleiche Masse Gebrauchswert mit weniger Arbeit produziert werden kann, so wäre die nächstliegende Folge doch, die Arbeitszeit bei unverändertem oder sogar steigendem „Reallohn“ zu verkürzen. Weshalb Ersparung von Arbeit pro Produkt den Produzenten zur Einschränkung seines materiellen Konsums zwingen soll, bleibt das Geheimnis der niedersächsischen Staatskanzlei und des CDU-Wirtschaftsrats.

Der Haken liegt darin, daß das Kapital alle Früchte des Produktivitätsfortschritts an sich zu reißen sucht, und das setzt voraus, daß ein Kapitalgebener Größe möglichst viele Arbeiter außer Lohn setzt.

Albrecht vermag sich nicht aus dem Umkreis seiner Vorurteile zu erheben, sie geben die Basis seiner „Thesen“ ab. Dabei wäre es für „Denkanstöße“ doch angebracht, mal hinter die ökonomischen Formen zum Inhalt des Wirtschaftens zu stoßen, ehe dann wieder das Verhältnis zur Wirtschaftsordnung gesucht wird.

Ohne Wachstum – und zwar Wachstum von Kapital! – haben wir keine vernünftige Zukunft, dieses Dogma hätten unsere Staatslenker gern in den Rang eines allgemeinen Volksvorurteils erhoben. In Wirklichkeit gibt es den unbedingten Zwang zu dieser Sorte Wachstum nur in einer Wirtschaftsweise, in der alle Arbeitsprodukte als Kapital produziert werden. Ansonsten kann eine entwickelte Gesellschaft die Erhöhung der Produktivkraft ganz gut zur besseren Erfüllung ihrer Bedürfnisse, einschließlich der Verkürzung der Arbeitszeit, nutzen. fb.



Nur Mut

„Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung“ beschäftigten auf einer wissenschaftlichen Konferenz der IG Metall Wissenschaftler und Gewerkschaftsführer mit Rang und Namen. von Altvater, Berger, Ferlemann, Hickel über Janßen, Loderer, Negt bis Zimmermann und Zoll Neben der obligatorischen Auseinandersetzung um den „vollen Lohnausgleich“ durfte auch über den Ausstieg aus der Wachstumsgesellschaft und die Überwindung der Lohnarbeiterrolle sowie über die Aufgaben der Gewerkschaften dabei nachgedacht werden.

Wer immer heute über Arbeitszeitverkürzung diskutiert, kommt anscheinend nicht um die meist inquisitorische Frage „Wie stehst du zum vollen Lohnausgleich?“ herum. Damit wird in Freund und Feind geschieden oder auf der Tagung in die, die dem „betriebswirtschaftlichen Kostendenken“ verhaftet sind, und jene, die Umverteilungsneutralität nicht akzeptieren und die Kosten den Kapitalisten im Kampf abzwängen wollen. Oder, in die, die wissen, wie das „Tarifgeschäft“ läuft, und in die Wissenschaftler, die schon jetzt wissen wollen, worauf die IG Metall sich hinterher einlassen wird (s. Kasten Lohnausgleich).

Die Gretchenfrage „Voller Lohnausgleich“

Die Auseinandersetzung hat inzwischen Ideologiecharakter angenommen. Natürlich kann und muß man wie Altvater und Hickel darauf hinweisen, daß die Arbeitszeitverkürzung auf jeden Fall kostet und

daß diese Kosten von den Kapitalisten getragen werden müssen. Angesichts einer seit fast zehn Jahren rückläufigen Lohnquote mit der Ausnahme 1979 – und den Erfahrungen aus der letzten Tarifrunde ist man damit aber auch noch nicht weiter

Wenn Altvater gegen die Enge des „betriebswirtschaftlichen Kostendenkens“ dar auf hinweist, daß die Kosten der „perversen Form der Arbeitszeitverkürzung – der Arbeitslosigkeit“ – auch bedacht werden müssen, richtig! Ebenso richtig, daß die aus der Arbeitslosigkeit entstehenden Kosten von der volkswirtschaftlichen auf die betriebswirtschaftliche Ebene als höhere Steuern, höhere Versicherungsbeiträge und über die steigende Staatsverschuldung als höhere Zinsen durchschlagen.

Die beschworene „Gesamtvernunft“ stellt sich aber unter den realen gesellschaftlichen Verhältnissen hier nur verzerrt dar und führt nicht zum vollen Lohnausgleich. Die eine Seite in der Volkswirt-

schaft, die Kapitalisten, versuchen ja gerade jetzt zu erreichen, daß diese Kosten nicht auf die Betriebe und ihre Profite durchgreifen.

Aber auch bei der anderen Seite, den Lohnabhängigen, setzt sich das Gesamtinteresse nicht einfach durch. Dem Lohnabhängigen erscheint das Wohlergehen „sei-

Von G. Heinemann

nes“ Kapitals oder auch der Kapitalisten als die Voraussetzung für seine Existenz als Lohnarbeiter

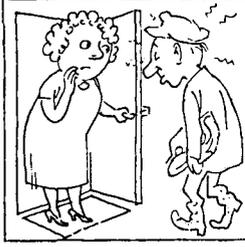
Ob der im „Wiesenthal-Modell“ des gesellschaftlichen Lohnausgleichs von Berger vorgezeichnete Weg die Klassenspaltung überwindet und von der abstrakten gesamtwirtschaftlichen Rechnung zur realen Kraft wird, ist zumindest zweifelhaft. Wenn gegen einen Lohnausgleich per Tarifvertrag mit „bestehenden Kräfteverhältnissen“ argumentiert wird, so läßt sich Gleiches auch



Zur Frau sagt August: „Wir gehn aus heut'abend!“



Hier zieht man August mählig ruckern, so daß ihm alle Glieder schlackern.



Total erledigt kommt er dann zu Haus bei Mutterm wieder an.



Sie hat auf's Ausgeh'n sich gefreut, doch August ist bedient für heut'



Der Julius hört, daß durch seine Kraft in den letzten 10 Jahren so viel ward geschafft.



Und weiter klart ihn die Zeitung auf: die Dividenden kletter'n rauf.

gegen eine Auseinandersetzung auf der staatlichen Ebene einwenden.

Andererseits, wenn es zu einer Verallgemeinerung der 35-Stunden-Woche kommen soll, ist sicher eine gesetzliche Regelung notwendig und auch ein solcher Lohnausgleich über Änderungen im Steuersystem denkbar

Kompromisse und „Verrat“

Augenblicklich bietet sich ein schönes Bild: Gewerkschaftsführung und -opposition Hand in Hand für vollen Lohnausgleich. Die Prinzipienfestigkeit der Gewerkschaftsführungen ist aber keine des Prinzips „Reallohnsicherung“ sondern das „Prinzip“ der Tarifverhandlungen. In ihnen gehört es dazu, vor den Verhandlungen Drohgebärden zu machen, daß man keinen Schritt zurückweichen wird, feste Entschlossenheit demonstrieren usw – um damit für die Verhandlungen Eindruck zu schinden. Nur weiß auch die Gegenseite von diesem Ritual und macht es dadurch eigentlich wertlos. Das wiederum weiß auch so ein „Tarifgeneral“ wie Janßen und redet deshalb in Andeutungen von Kompromissen, die am Ende stehen werden. Mit dem Resultat, daß die Opposition empört aufschreit über den vorweggenommenen „Verrat“ obwohl je der weiß, daß es Kompromisse geben wird. Deshalb bewirkt der Aufschrei meist wenig. Das eigentliche Problem dabei ist nur daß durch die Tabuisierung der Debatte über den Lohnausgleich die Mitglieder von der Debatte über richtige und falsche Kompromißlinien ausgeschlossen sind.

Beschäftigungswirksamkeit

Wie vordergründig die Debatte ist und auf welchen schwachen Punkt sie sich konzentriert – unter der Maßgabe, hier sei die Entscheidungsschlacht zu schlagen –, zeigt sich auf einem anderen Feld. Einerseits sagt die IG Metall, daß sie keinen Deut vom vollen Lohnausgleich abrücken werde, andererseits wird im selben Atemzug, wohl um zu beweisen, daß die Arbeitszeitverkürzung für die Kapitalisten tragbar sei, erklärt, eine Arbeitszeitverkürzung sei nur zur Hälfte „beschäftigungswirksam“ Das heißt, die andere Hälfte werde durch Intensivierung der Arbeit kompensiert. Eine Einladung an die Kapitalisten, sich zu bedienen.

Die 50%-Annahme bei der Wirksamkeit sei „gesichert“ so Janßen. Solche Sicher

heit kommt wohl durch die ständige Wiederholung einer alten Untersuchung. Die IG Metall kann sich jedenfalls nichtmal auf die 50% verlassen. „Sicher“ ist nur daß man es erst hinterher feststellen kann. Neue Untersuchungen, so eine ifo-Unternehmensbefragung, rechnen nur mit einer Wirksamkeit von 14%. Sicher ist Skepsis gegenüber „Unternehmensbefragungen“ angebracht. Allerdings muß gerade bei den

gegenwärtig nicht voll ausgelasteten Produktionskapazitäten eine geringe „Wirksamkeit“ der Arbeitszeitverkürzung befürchtet werden.

Aber es gibt auch gegenläufige Tendenzen. Je mehr die menschliche Arbeit mit der Maschinerie verknüpft und die Arbeit ergonomisch durchgestaltet ist, desto geringer sind die Möglichkeiten, eine Arbeitszeitverkürzung allein durch die Erhöhung der Ar

Kein Zwang von den drei Forderungskomponenten abzurücken

Hans Janßen, IG Metall-Vorstand

Wir haben gesagt und bleiben dabei, daß wir unter vollem Lohnausgleich verstehen, daß nach erfolgter Arbeitszeitverkürzung die nominalen Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer nicht niedriger sein dürfen als zuvor (...)

Wenn Arbeitszeitverkürzungen zusammenfallen mit Lohn- und Gehaltserhöhungen, dann gilt im Grunde, so meine ich, das gleiche Prinzip: Was an Löhnen und Gehältern vorher gezahlt wurde, wird auch weiter gezahlt, und was dann an Löhnen und Gehältern realisiert wird, ist das, was nachträglich im Verteilungskampf herausgeholt werden kann. (...) In der Vergangenheit hat die IG Metall in aller

Regel ihre Forderungen bei Lohn- und Gehaltserhöhungen mit drei Komponenten begründet: Inflationsausgleich, dann Produktivitätszuwachs und dann die Umverteilungskomponente. Es besteht, unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen auch immer, kein Zwang, von diesen Begründungen und Komponenten abzurücken. (...) Aber mit dem, was dann gefordert ist, und diesen drei Komponenten wird dann so zu verfahren sein, daß der eine sich eben irgendwie in der Quantität und der andere eben in der Qualität des Arbeitslebens, mehr Freizeit und verkürzter Arbeitszeit niederschlägt.

Größere Schritte durchsetzen ...

Fritz W. Scharpf, Wissenschaftszentrum Berlin

Was wir gehört haben, war ausschließlich die Formel des vollen Lohnausgleichs beim Übergang zur 35-Stunden-Woche. Wir haben nicht präzisiert bekommen, ob damit gemeint ist, wie es der DGB formuliert hat, Nominallohnsicherung oder ob damit Reallohnsicherung gemeint ist. Ich unterstelle, daß das zweite gemeint ist.

Wenn das aber so gemeint ist, dann muß man sich darüber klar sein, daß die Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche einen erheblichen Teil ihrer beschäftigungspolitischen Bedeutung einbüßen kann. Die plausibelste Form der Reallohnsicherung, die erreicht werden kann, ist, wenn man die Arbeitszeitverkürzung auf den Zeitbeitrag beschränkt, der durch das normale Produktivitätswachstum kostenneutral abzukassieren ist. Das heißt, wenn man statt der Forderung nach Reallohnsteigerung Reallohnkonstanz mit ei-

ner geringfügigen Arbeitszeitverkürzung fordert. In der Praxis wird man über eine Arbeitszeitverkürzung von einer Wochenarbeitsstunde im Jahr nicht hinauskommen. Das ist in Frankreich gemacht worden ... und es ist aber so gut wie nirgendwo zu Neueinstellungen gekommen. (...)

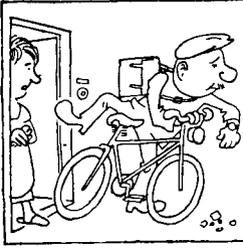
Das gleiche kann uns passieren, wenn es uns nicht gelingt, größere Schritte der Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, die über die 2,5 Prozent Produktivitätsfortschritt hinausgehen. Aber wenn man größere Schritte will, dann muß man sich auch darüber klar sein, daß sie nicht mehr Realeinkommen sichern und die Realstückkosten konstant halten können. Dann bewegt man sich in einem Bereich, in dem Verteilungskonflikte entstehen und in dem reale Kostensteigerungen oder Reallohnverzicht in Kauf genommen werden müßten.



Die Leistungskurve zeigt ihm dann, daß wirklich sich keiner belügen kann —



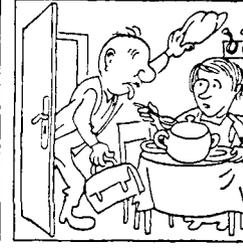
außer ihm selbst! Jetzt ist er soweit und fordert die kürzere Arbeitszeit.



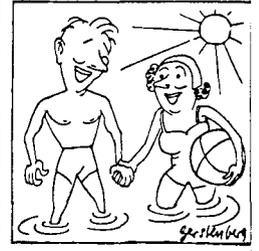
Die mittags muß am Samstag werken der Fritz; erst dann kann er sich stärken.



Der 40-Stunden-Hans spannt aus und bleibt am Samstagfrüh zu Haus.



Der abgespannte Fritz muß traben, will er am Wochenende was haben.



Derweil hat Hans sich ausgeruht, ihm ist ganz kreuzfidel zumut.

beitsintensität wieder wett zu machen. Eine englische Untersuchung geht sogar davon aus, daß die 40-Stunden-Woche eine Grenze bilde, jenseits der Intensivierungseffekte gegen Null gehen. Deutsche Untersuchungen nehmen an, daß bei der Büroarbeit das größte Intensivierungspotential liegt und Arbeitszeitverkürzungen hier nur zu 20% wirksam werden. Im Gegensatz dazu wird für die eigentliche Kernproduktion 80%

angenommen. Im gesellschaftlichen Mittel nimmt deshalb das WSI eine Wirksamkeit von 66% an.

Angesichts solcher vagen Annahmen steht es der IG Metall schlecht an, passiv abzuwarten, was denn die Kapitalisten zulassen werden. Nötig wäre eine aktive Einflußnahme, um die Leistung und das Arbeitstempo zu begrenzen und Veränderungen des Arbeitsprozesses durchzusetzen.

Auf diesem Feld könnten auch die Lohnabhängigen so in den Arbeitskampf einbezogen werden, daß in den Aktionen selbst solche Begrenzungen und Veränderungen durchgesetzt und erprobt werden. Im Gegensatz zu dem ewigen „Raus aus der Fabrik“ „Rein in die Fabrik“ der Neuen Beweglichkeit wäre dies ein zusätzliches Moment der Mobilisierung. Aber es soll auf diesem Gebiet nach dem Willen des IG Metall-Vorstands stillgehalten werden: „Umfassendere Vorschriften, wie sie beispielsweise im Entwurf des Rahmentarifvertrags vorgesehen sind können nicht mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gekoppelt werden.“

Individuelles Interesse der Akteure

Johannes Berger, Uni Bielefeld

... ich würde drittens meinen, daß es Formen des Lohnausgleichs gibt, die das Ganze und den ganzen Streit weniger zu einer Streitfrage, die nur unter den Tarifparteien ausgetragen wird, als vielmehr zu einer gesamtgesellschaftlichen Angelegenheit machen. Die Tarifparteien sind allein, glaube ich, überfordert in der Sache Arbeitszeitverkürzung. Man kann vorkommen, wenn man, Pläne von H. Wiesenthal und vom WZB in Berlin aufgreifend, versucht, die öffentliche Hand an dem Lohnausgleich zu beteiligen, also die Differenz zwischen den Netto- und Bruttolöhnen sich in der Form zunutze zu machen, daß in dem Maße, wie Unternehmen einstellen, den Arbeitnehmern die Nettolohnkonstanz garantiert wird. Die Unternehmer sind am Bruttolohn interessiert, und ihnen wird geholfen, in dem Maß, wie die Arbeitslosigkeit abgebaut wird, die Konstanz der Bruttolohnsumme zu ertra-

gen. Das ist die Idee. Die Arbeitnehmer sind an Nettolöhnen interessiert. Auf jeden Fall ist bis zu bestimmten politisch festzulegenden Einkommen die Konstanz der Netto-Nominal-Löhne zu halten ... Daß auch nicht gesagt wird „kein Lohnausgleich“, sondern bis zu einem bestimmten auszuhandelnden Niveau. Den Unternehmen, die einstellen, kann man helfen durch Manipulation der Steuern und der Sozialabgaben, das ist die Idee. (...)

Nur so kann man etwas, was gesamtwirtschaftlich rational ist, zu einem individuellen Interesse der Arbeitsmarktakteure machen. Wer wirklich interessiert ist an der Arbeitszeitverkürzung, der kann sich einem solchen Gedankengang nicht versperren, weil es, glaube ich, der Sache weiterhilft; oder anders gesagt, wer die Latte ganz hoch legt, der muß auch zeigen können, wie er darüber springen will.

Wie kann eine Gewerkschaft 50% Wirksamkeit festschreiben?

Hans Gerhard Mendius, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München

Es gibt einen Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung. Dies heißt aber keinesfalls, daß ein beliebiger Austausch zwischen beiden Varianten möglich ist.

(...) Ich höre immer wieder, man kann ausgehen von 50 Prozent beschäftigungswirksamer Arbeitszeitverkürzung. Diese Marke war wahrscheinlich richtig, bezogen auf die Vergangenheit. Was ich mich nur frage, wie kann eine Gewerkschaft, die mit einer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ins Feld zieht, dazu kommen, einen Wirkungsgrad von 50 Prozent programmatisch festzuschreiben. Kein Mensch kann garantieren, daß das so sein wird. Die Unternehmer können sich ja gerade

aufgefordert sehen: Ihr habt uns 50 Prozent konzidiert.

Dies kann meines Erachtens nicht sinnvoll sein, und damit komme ich zu einem anderen Punkt. Wenn Umverteilung der Arbeit einen Sinn macht, dann doch den, die Ware Arbeitskraft wieder knapp zu machen. Wenn dies geht, werden auch die Verteilungsspielräume wieder realistischer. Deshalb ist es von vorneherein falsch zu sagen, wir rechnen mit einem Wirkungsgrad von 50 Prozent. Wir müssen sagen, wir wollen 100 Prozent, und wenn wir dann unter 100 Prozent kommen, können wir sagen, jetzt haben wir den Spielraum für eine Lohnerhöhung, weil es ja nicht so teuer gekommen ist.

Re-Monetarisierung der Tarifpolitik

Abgesehen von den genannten Einwänden gegen eine Fixierung auf den „vollen“ Lohnausgleich geschieht dadurch in einem Moment, in dem das Scheitern eines radikalisierten Lohnkampfes offensichtlich ist, eine erneute Re-Monetarisierung der Tarifpolitik. Trotz aller guten Absichten ist zu befürchten, daß dabei auch die Moneten nicht gesichert werden können.

Denn der Lohnausgleich sichert den Lohn im günstigsten Fall nominell bis zum nächsten Tarifabschluss, ohnehin nur den tariflichen Anteil. Das Reallohniveau ist bedroht durch Preissteigerungen, Währungsschwankungen, Faktoren, auf die die Lohnabhängigen kaum Einfluß nehmen können. Für die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit ist der Lohn und der Lohnausgleich der Festlegung gegenüber der Arbeitszeit die abhängige Variable.

Die Variable, auf die die Lohnabhängigen in erster Linie Einfluß nehmen müssen, ist die Verausgabung der Arbeitskraft in der Zeit und auch die Menge von Arbeitskraft auf dem Markt. Mit einer Verknappung des Arbeitskräfteangebots durch eine Arbeitszeitverkürzung würden auch die Preise für die Ware Arbeitskraft von dieser Seite her nach oben gedrückt werden. Ein „sich selbst finanzierender Lohnausgleich“ Dadurch können die Voraussetzungen für neue Verteilungskämpfe erstmal verbessert werden. Verknappung ist die elementarste Voraussetzung, daß es den Kapitalisten nicht gelingt, beim Wert der Ware Arbeitskraft auch über den Lohn einen entscheidenden Einbruch durchzusetzen.

Man sollte nicht gegen die Formel „voller Lohnausgleich“ auftreten, wichtig ist je-



Muß man zu lang am Fließband stehen, kann's einem wie dem Erwin geh'n.



Weil er so schrecklich abgepannt, tad' er ins Unglück fast gerannt.

Zeitform und Lohnarbeiteridentität

Rainer Zoll, Uni Bremen

doch, sich zu einigen, auf welcher Richtung ein möglicher Abschluß gesucht werden sollte: Vorrang vor dem Geld sollte die möglichst schnelle und radikale Verkürzung der Arbeitszeit haben. Aber dazu ist heute schon Mut nötig.

Arbeitszeitverkürzung und Alltagssolidarität

Zu den Erwägungsgründen für eine Arbeitszeitverkürzung zählen meist nur die „objektiven Faktoren“ die auf den ersten Blick sichtbar sind: Verschleiß der Arbeitskraft, Erschöpfung während der Arbeit, Erholungszeit, Zeitbedürfnis für gesellschaftliche Tätigkeit, Lohn und Lohnausgleich.

Aber offensichtlich spielen noch andere, mehr verdeckte Motive bzw. Barrieren eine Rolle. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß ein erheblicher Anteil der Lohnabhängigen gegen eine Arbeitszeitverkürzung überhaupt und insbesondere gegen die 35-Stunden-Woche ist? „35 Stunden, da brauche ich ja gar nicht mehr zur Arbeit gehen!“ eine nicht ganz untypische Reaktion eines Werftarbeiters. Auf der gleichen Linie liegen die Schwierigkeiten von Rentnern, wenn sie zu Müßiggang verurteilt sind oder von Arbeitslosen in der gleichen Situation.

R. Zoll geht mit seinen Thesen (s. Kasten) über den Ansatz hinaus, daß das selbsterarbeitete Einkommen wesentliches konstituierendes Moment der Lohnarbeiteridentität sei. Die abstrakte Arbeit, bzw. die dem Kapitalismus eigene lineare Zeitordnung als Maß der Werte und deren Verinnerlichung im Verlauf eines langen Prozesses präge wesentlich das Lohnarbeiterbewußtsein.

Weil die dominierende Arbeitszeit allen anderen Zeitbereichen des Lohnarbeiterlebens ihren Stempel aufdrückt, fordert Zoll die weitere Reduzierung der täglichen Arbeitszeit auf 6 Stunden, damit die Arbeitszeit gegenüber der Nichtarbeitszeit, in der diese kapitalistische Zeit nicht gilt, zum Randbereich wird.

Begleitet werden müsse dieser 6-Stunden-Tag damit, daß in der Arbeitszeit durch Er kämpfung von Pausen und Leistungsbegrenzungen die kapitalistische Zeit bereits durchbrochen wird. Ergänzt werden soll das Ganze durch die Entwicklung einer „Alltagssolidarität“ „-kultur“ und durch kollektive Selbsthilfe.

Die Zeit, an der wir uns jedoch im allgemeinen orientieren, ist die lineare Zeitform der kapitalistischen Gesellschaft. In vorkapitalistischen Gesellschaften herrschten andere Zeitformen. (...)

a) Die für die kapitalistische Zeit charakteristische Form der Zeiterfahrung ist ein Bestandteil von Arbeiteridentität. Das hat Konsequenzen für den Kampf um Arbeitszeitverkürzung.

b) Wenn das Ziel der Arbeitszeitverkürzung unter anderem sinnvolle Freizeit sein soll, dann müssen wir uns fragen, ob sie überhaupt möglich ist, wenn die Lohnarbeiter dieselben Zeitstrukturen, die für ihre Arbeit bestimmend sind, in die Freizeit mit hineinnehmen. (...)

Wie Max Weber in seiner klassischen Analyse über den „Geist des Kapitalismus“ gezeigt hat, ist diese Art des Umgangs mit Zeit nicht nur eine objektive Struktur dieser Gesellschaft, sie ist zugleich eine subjektive Struktur, sie ist eine Ethik, die zutiefst unsere Identität und damit unser Handeln bestimmt. Sie gilt nicht nur für die Lohnarbeit, sondern greift auf die anderen Lebensbereiche über.

Wenn aber – was eigentlich jeder Gewerkschaftsfunktionär weiß – das Leistungsprinzip und damit eine bestimmte Form der Zeiterfahrung das Bewußtsein der Lohnarbeiter prägt, dann hat das Konsequenzen für den Kampf um Arbeitszeitverkürzung. Die Verinnerlichung des Leistungsprinzips und damit der kapitalistischen Zeitstrukturen sagt zunächst noch nichts aus über die grundsätzliche Zustimmung oder Ablehnung einer Arbeitszeitverkürzung, sie bestimmt aber weitgehend die Argumentation, mit der diese Haltungen begründet werden, und damit auch die Handlungsorientierung. Aufgrund der weiten Verbreitung der Verinnerlichung des Leistungsprinzips – in anderen Worten: aufgrund der Dominanz des epochalen Deutungsmusters der protestantischen Ethik ist also zu vermuten, daß nur ganz wenige Arbeiter und Angestellte die 35-Stunden-Woche fordern, weil sie das Leistungsprinzip ablehnen. Nur bei jüngeren Arbeitnehmern könnte sich hier ein Wan-

del zeigen, was jedoch noch einer intensiveren empirischen Untersuchung bedarf. (...)

Eine gewichtige Gruppe von Arbeitnehmern lehnt die Arbeitszeitverkürzung in Form der 35-Stunden-Woche ab, weil sie – nicht zu Unrecht – eine weitere Intensivierung der Arbeit befürchtet. (...)

Solche Befürchtungen enthalten implizit eine gewisse Kritik des Leistungsprinzips; explizit richtet sich die Kritik dieser Arbeitnehmer jedoch nur gegen die übermäßige Vernutzung ihrer Arbeitskraft. Das Prinzip selbst wird nicht in Frage gestellt. (...)

Eine weitere, ebenfalls recht bedeutende Gruppe von Arbeitnehmern lehnt die 35-Stunden-Woche ab, ohne daß die Begründung unmittelbar verständlich ist. In einigen Fällen läßt sich jedoch der latente Sinnzusammenhang einer solchen Begründung relativ leicht aufdecken und das heißt auch den versteckten Begründungszusammenhang verständlich machen. So sagt etwa ein Werftarbeiter: „35-Stunden-Woche? Nein. Das ist doch Blödsinn. Da brauche ich ja gar nicht mehr zur Arbeit zu gehen.“

Nun erfahren aber Arbeitnehmer, die „gar nicht mehr zur Arbeit gehen“, also arbeitslos sind, ihr Leben als sinnlos. Sie sind in ihrer auf Leistungsfähigkeit und Leistungshergabe gegründeten Identität zutiefst erschüttert – viele von ihnen werden psychisch krank, einige physisch. Der Tod ist die extreme, aber keineswegs auszuschließende Konsequenz. Die Lohnarbeit, das heißt die Verausgabung ihrer Arbeitskraft im Tausch gegen Lohn, der Tausch von Lohn und Leistung, war ihr Lebensinhalt. Das belegen fast alle intensiven Untersuchungen über die Folgen von Arbeitslosigkeit, was am eindringlichsten Ali Waeker nachgewiesen hat. (...)

Allein schon der Gedanke an eine Arbeitszeitverkürzung wird daher von vielen als eine Bedrohung empfunden, weil eine Zustimmung zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche für sie bedeuten würde, daß sie nicht mehr bereit sind, so viel zu leisten wie bisher. Das ist ihnen angesichts der Krise unmöglich, der Gedanke ist ihnen wirklich un-er-träglich.

Diese Materialien sind Auszüge von Referaten und Diskussionsbeiträgen auf der Arbeitstagung „Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung“ vom 25. – 27.8.1983 in Sprockhövel. Sie sind teilweise redaktionell von uns überarbeitet.

Solange aber die Arbeit unter dem „kapitalistischen Zeitregime“ die Basis der gesellschaftlichen Reproduktion bildet, wird selbst eine radikale Arbeitszeitverkürzung noch nicht den Ausstieg aus der Lohnarbeiteridentität bringen. Bei Übergang vom 12-Stunden-Tag auf den 8-Stunden-Tag zeigte sich nichts derartiges. Im Gegenteil in den acht Stunden herrschte die kapitalistische Zeitökonomie noch schärfer

Neben dem Aufbrechen der kapitalistischen Zeitordnung in der Arbeitszeit durch Erkämpfen von Pausen, Leistungsbegrenzungen etc. liegt die Perspektive wohl eher in der Weiterentwicklung der kollektiven Selbsthilfe und der praktischen Alltagssoli-

darität und -kultur zu einem selbständigen zweiten gesellschaftlichen Reproduktionskreis, in dem die kapitalistische Zeitordnung überwunden ist.

Obwohl Janßen auf dem Kongreß „Mut zur Freizeit“ forderte und daß „Freizeit und Müßiggang keine Schande ist“ wird es nicht leicht sein, die Gewerkschaften hier zur Übernahme von Aufgaben zu bewegen, denn gerade die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben nicht unerheblichen Anteil an der Verallgemeinerung der „protestantischen Arbeitsethik“

Andererseits hat die IG Metall den Mut gehabt, sich dieser Diskussion immerhin zu öffnen. □

gewerkschaften



Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird die AG Weser Bremen geschlossen und werden die noch 2020 Beschäftigten entlassen, zusätzlich weitere 500 auf dem Vulkan.

Was überrascht, ist die Vehemenz, mit der die Werftarbeiter gegen den Kahlschlag kämpfen, und das in aussichtsloser Position. „Weg mit dem Schließungskonzept“, heißt es, und positiv dann: „Erhöhung der Reeder und Schiffsbauxporthilfen“ Gefordert wird, die fetten Profite der Werfteigentümer von Anfang der 70er Jahre bzw den 800 Mio.-Kredit der Bundesregierung statt zum Bau neuer Fregatten für

chen Auftragsbestand. Und die Gedanken von alternativer Produktion bleiben noch bloße Suche nach Marktnischen innerhalb der kapitalistischen Logik. Aber dort gibt es solche kaum. Als Notnagel wird dann der Staat eingefordert. Damit ist es dem blödesten Dorfpolitiker ein Leichtes, mit Hinweis auf die Sachzwänge der sozialen Marktwirtschaft solche Vorstellungen auszuhebeln.

Die Schwäche ihrer Position liegt nicht an den Werftarbeitern selbst. Sobald es um solche Größenordnungen geht, ist alternative Produktion kaum denkbar ohne Organisation der Verbraucher und auch des

Mit dem Rücken zur Wand

die Türkei zur Umstrukturierung der Werften auf schiffsbaufremde Produktionen und zur Modernisierung des Schiffbaus zu verwenden.

Wahrscheinlich ist jedoch Lamsdorff nicht zu widerlegen, der darauf verweist, daß selbst wenn man noch so mächtig subventioniere und alle europäischen Schiffbauaufträge für westdeutsche Werften an Land ziehen könne, dies nicht zu ihrer Auslastung reiche. Die Modernisierung ist eine Illusion, was nichts deutlicher zeigt, als daß es jetzt gerade die modernste der beiden Großwerften, die AG Weser erwischt – just aus wirtschaftlichen Gründen. Hat diese doch seit 1981 ein 20 Millionen Mark-Investitionsprogramm durchgezogen und hochproduktive Maschinerie angeschafft, von der etwa der Vulkan zur Zeit nur träumen kann. Sicher kann hier mit weniger Arbeitszeit produziert werden – aber nicht zu geringeren Kosten. Einige Maschinerie auf dem Vulkan z.B. ist gewiß schon dreimal voll abgeschrieben und steht immer noch in ihrer Gebrauchsgestalt im Produktionsprozeß. Die 20 Mio. der AG Weser hingegen wollen abgeschrieben und, soweit Kredit, auch verzinst und getilgt werden. Deutlich werden diese unterschiedlichen Kostpreise im unterschiedlichen

Kredits in genossenschaftlicher Regie.

Die Werftarbeiter werden von der kommenden Fusion betroffen, indem die einen zu Stingl geschickt, die anderen doppelt rangenommen werden. Aber die bevorstehende Degradation geht tiefer. Der Werftarbeiter bleibt auf der Werft, würde nie tauschen mit dem Tankstutzeneinbau bei Daimler nicht taylorisiert zu sein, heißt ein Stück weit mehr zu leben. Die Industrialisierung des Schiffbaus mußte sich bisher immer mit dem kunsthandwerklichen, typischen Schiffsbau arrangieren. Die Werftarbeit hält einen Teil selbstbewußter ganzheitlicher Produzenten am Leben. Aus den direkten Schiffsbauabteilungen hat das politische und moralische Rückwirkungen auf alle normalen Abteilungen wie Dreherei, Werkzeugbau usw

Für die Rolle, die die Werftbelegschaften etwa in Bremen gespielt haben, für die große Schnauze, die von der November-Revolution bis zu den 70er Streiks bekannt ist, gibt dies die Grundlage ab. Hart war der direkte Schiffsbau schon immer aber nie öd, immer auch ein Reiz des Spiels der eignen Muskeln und des Hirns. Immer mit Poren für Gebrauchswertproduktion für den persönlichen Bedarf, Kommunikation, Schiffsbau-Schach und Za-

charnoff – sagt der Alte und lacht.

Und die Alten! 1973 war auf dem Vulkan die Hälfte der Arbeiter über 40 Jahre. Seitdem ist die Struktur noch alterslastiger geworden. Altern auf der Werft ist gewiß ein Elend, aber man wird nicht völlig demoliert, zum Portier oder Kauenwärter gemacht. Die Arbeit in Kolonnen sorgt immer für den jungen Macker der lernt und ausführt, was nur der Alte weiß. Man ist alt, aber Altenrat und nicht Alteisen, Schrott.

Die Umstrukturierung und die Entlassungen werden gerade die Alten erwischen. Der Schiffsbau wird ein Stück weiter rationalisiert, sie werden ein Stück mehr entbehrlich. Zunehmende Öde und Kälte wird die Werftarbeit erreichen. Die reelle Unterwerfung unters Kapital schreitet voran. Die Entlassenen und vorwiegend Alten wird Daimler nicht haben wollen, umgekehrt dito. Die Herunterrechnung der Zahl der zur Entlassung vorgesehenen wird durch die Bilanzierung mit 1000 Neueinstellungen bei Daimler-Bremen kaum gelingen. Die Entlassenen werden nicht am Hungertuch nagen, solange das Versicherungssystem hält. Keine Wurst mehr auf dem Brot oder so ist auch nicht. Wie der Kredit für die Hütte weiter getilgt und die Zinsen gezahlt werden sollen, trifft die materiellen Probleme viel eher und diese Probleme sind nicht kleiner wenngleich nicht derart existenziell.

Noch gibt es den Zustand der Hoffnung, oder besser Raum für Hoffnung und damit Raum zur Entwicklung von Vorstellungen, die außerhalb und gegen die kapitalistische Logik angesiedelt sind, die sich beziehen auf die Mobilisierung der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit, statt auf Staat und Kapital. Dann muß aber gerade fortschreitend, statt den Status quo zu erhalten zu suchen, an den Inhalten der Bezeugung der Werftarbeiter ge-

rüttelt werden und an ihren Erfahrungen mit den Vorstellungen von Sozialpartnerschaft, deren Zeiten sie als passé erlebt haben. Die Illusion, sie wäre machbar hat etwa die AG Weser-Belegschaft seit 1976 zu beständigen Selbstkasteiungen geführt der Gesundheitschumpfung von 6000 Köpfe auf heute noch 2020 wurde zwar nicht unter Selbstaufgabe, aber doch mit Ohnmacht und Hoffnung zugestimmt. Da wurde der Lohn zwangsweise, aber auch mit freiwilligen Illusionen abgebaut, bis man gesundgeschrumpft, der Patient tot ist, die Verbliebenen entlassen werden.

Wenn er eins begriffen habe, sagt der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende der AG Weser Ziegenfuß, dann daß man sich alle Vorstellungen von Sozialpartnerschaft völlig schenken kann, sie nichts als eine politische Droge seien. Die Werftarbeiter und hier insbesondere die bei der AG Weser verteidigten Elemente von Produktion, die hier und heute kaum zu halten, aber selbst Elemente einer anderen, besseren Zukunft sind der zukünftigen Arbeit wie der zukünftigen Gesellschaft, die in der Bremer Räterepublik bereits im Ansatz einmal probiert wurde. Und das ist auch kein unwichtiger Aspekt: Für die Bremer revolutionäre Bewegung ist der Verlauf seit 139 Jahren immer mit der AG Weser Werft verbunden gewesen, sie hat hier ihre Speerspitze gehabt.

Wer kann, sollte die Bremer Werftarbeiter unterstützen. Trotz der Konkurrenz und trotz der Blöcke gibt es auch internationalen Zusammenhalt der Werftarbeiter Lech Wale sa hat „Solidarność“ telegraphiert. Nicht zuletzt der Druck der Bremer Werftarbeiter hatte dafür gesorgt, daß die vom Kriegszustand in Westdeutschland überraschte Delegation der „Solidarität“ vom Senat ein Büro erhielt.

Peter Dobberkau

Ik heff mol en Hamburger Veermaster sehn . . . ünnergehn

Von S. Haddock

**Our bark was far, far from
the land,
when the bravest of our gallant band
went deadly pale an' pined away
like the light of an autumn day**

**With a splash and a plunge
and our task was o'er,
and the billows rolled as
they rolled before,
as he sank deep to a
sailor's grave.**

(E. Cook, English: Forbitter)

Die Schiffe, welche heutzutage die Meere bevölkern, verursachen beim Einlaufen keine Menschaufläufe, wie es die stolzen Parade-Windjammer vermögen, beim alljährlichen Treffen ihrer Art in der Kieler Bucht. Keine Galionsfigur schmückt den plumpen Steven eines modernen Containerriesen und keine Hundertschaft

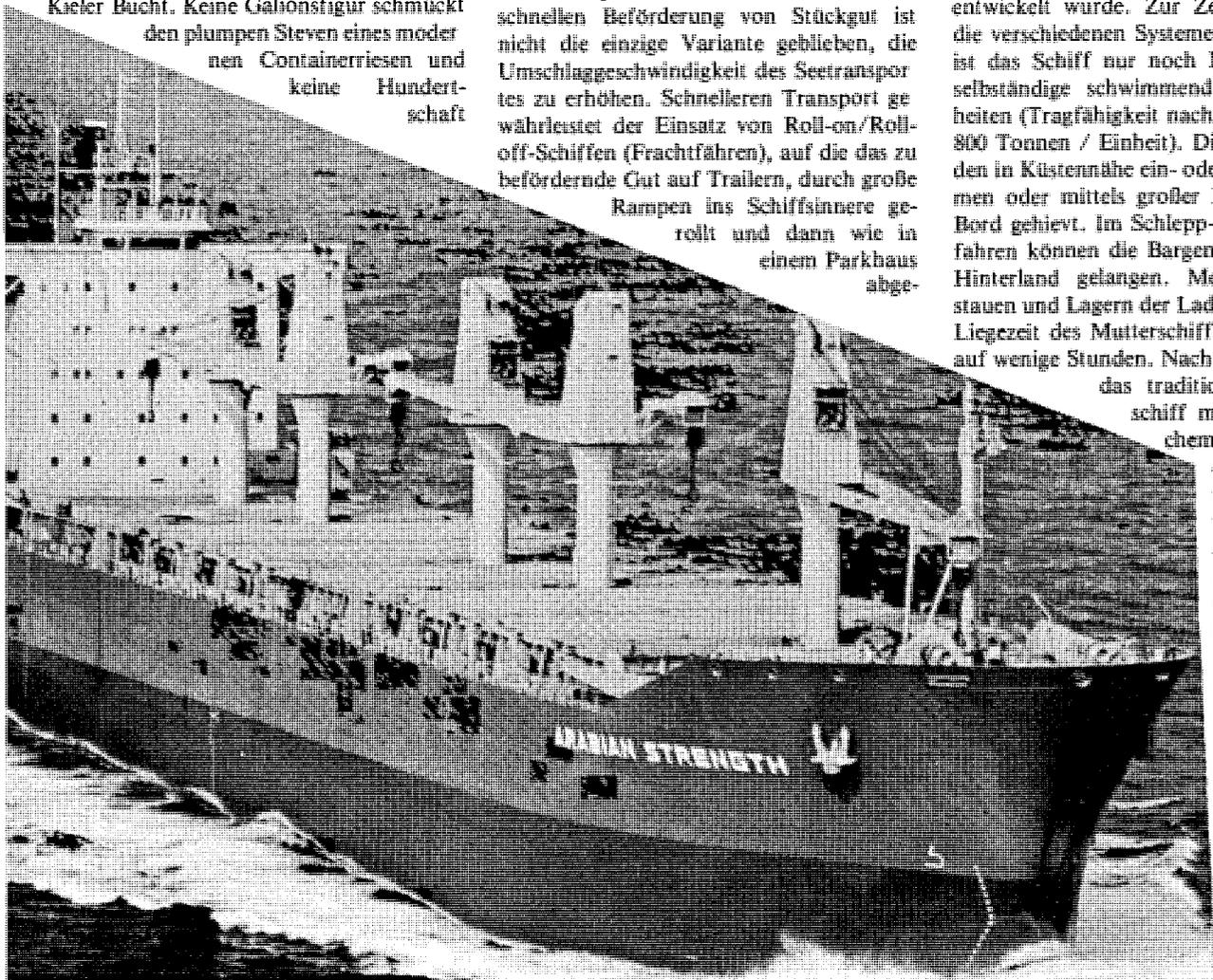
blauer Jungs steht Spalier an Deck beim Einlaufen in den Hafen. Wenn überhaupt an Bord ein Mensch zu sehen sein mag. Wie von Geisterhand gesteuert passiert er den Irrgarten gigantischer Hafenanlagen, um hinter irgendwelchen Bauten und Silos zu verschwinden. Und nur aus der Nähe sind beim Festmachmanöver einzelne Köpfe hinter der hohen Verschanzung zu erspähen, Seeleute, damit beschäftigt, die riesige Transportmaschine zu vertäuen. Der Arbeitsvorgang jedoch bleibt von der Pier aus verborgen.

An diesen modernen Frachtschiffen ist nichts mehr zu erblicken, was die Herzen der alten Fahrensleute höher schlagen läßt. Der Frachtraum erstreckt sich in jedem Fall fast über die gesamte Schiffslänge. Die Unterkünfte der Besatzung sind meist in einem engen hohen Wohnturm untergebracht, auf dem am Ende die Kommandobrücke installiert ist, damit man freie Sicht über die hohe Containerdeckslast erhält. Doch die Einführung von Vollcontainerschiffen zur schnellen Beförderung von Stückgut ist nicht die einzige Variante geblieben, die Umschlaggeschwindigkeit des Seetransportes zu erhöhen. Schnelleren Transport gewährleistet der Einsatz von Roll-on/Roll-off-Schiffen (Frachtfähren), auf die das zu befördernde Gut auf Trailern, durch große Rampen ins Schiffsinnere gerollt und dann wie in einem Parkhaus abge-

stellt und seefest gelascht wird. Durch mehrere Rampen und interne Aufzüge zu den einzelnen Decks ist es möglich, gleichzeitig zu be- und entladen. Die Kombination aus Vollcontainer und Ro-Ro-Schiff ist die Krönung dieser Transportart. Während unter Deck die rollende Ladung (Trailer, LKWs, PKWs etc.) gestaut wird, besteht an Deck Stellfläche für Container in mehreren Lagen. Der Einsatz und die Größe der jeweiligen Container, Ro-Ro- Con-Ro-Schiffe richtet sich nach dem befahrenen Gebiet und dem entsprechenden Ladungs-aufkommen.

Zumindest der Containerlinienverkehr setzt in den Fahrtgebieten eine intakte Infrastruktur zwischen Hafen und Hinterland voraus. So ist das Aufkommen an Containern in vielen unterentwickelten Regionen der Welt noch gering. Wie in Indien, Teilen Südamerikas, Asiens und Afrikas. Noch nicht ganz durchgesetzt hat sich der Güterverkehr mittels Barge-Carrier der speziell für solche unerschlossenen Fahrtgebiete entwickelt wurde. Zur Zeit konkurrieren die verschiedenen Systeme. In diesem Fall ist das Schiff nur noch Mutterschiff für selbständige schwimmende Transporteinheiten (Tragfähigkeit nach System: 376 bis 800 Tonnen / Einheit). Diese Barges werden in Küsternähe ein- oder ausgeschwommen oder mittels großer Hebeanlagen an Bord gehievt. Im Schlepp- oder Schubverfahren können die Barges über Flüsse ins Hinterland gelangen. Mehrmaliges Umstauen und Lagern der Ladung entfällt. Die Liegezeit des Mutterschiffes reduziert sich auf wenige Stunden. Nach wie vor existiert das traditionelle Stückgut-

schiff mit unterschiedlichem Mehrzweck-Ladegeschirr weiter. Geschätzt von Seeleuten aller Herren Länder. Die modernen Einheiten sind als Semi-Containerschiffe ausgelegt, d.h. Deck und Luken sind geeignet, zum teilweisen wie auch ausschließlichen Transport von Containern.





Da man zum Glück nicht alles in die ge- normten Blechkisten rein tun kann, gibt es weitere unzählige Schiffstypen für die Beförderung aller möglichen und unmöglichen Frachtgüter; eine riesige Anzahl Spezialschiffe für den Off-shore-Einsatz. Und die Spezialisierung schreitet fort. Nicht mehr alles, was wie ein Tanker dahergefahren kommt, transportiert ausschließlich Rohöl. Eine wachsende Palette hochindustrieller Produkte, in flüssiger, fester oder gasförmiger Form, wird verschifft. Hochgiftig, explosiv und sogar radioaktiv. Da ticken einige Zeitbomben rund um den Globus und regelmäßig geht eine hoch. Seit einiger Zeit verweist die ÖTV auf den Zusammenhang der schweren Schiffskatastrophen der letzten Jahre mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Seeleute an Bord.

Dabei gilt ein wichtiger Punkt der Kritik der gängigen Praxis der deutschen Seeämter, die wahren Ursachen, die zu einem Seeunfall führen, im Interesse des Reederkapitals zu verkleistern. Aufbau und Dramaturgie des Seeamt-Theaters sind stets gleich. Die Trivialität des Stückes ist dem entsprechenden Inhalt unangepaßt. Die Rollen werden stets mit den gleichen Charakteren besetzt. Das Rezept ist einfach. Man nehme einen etwas betagten Vizeadmiral oder ähnliches als Bundesbeauftragten und stecke ihn ins Heldenkostüm. Wenn er schon etwas tüdelig ist, um so besser. Hauptsache, er ist noch nie auf einem Frachtschiff gefahren und weiß nicht, wo vorn und achtern ist. Sodann einen Volljuristen als Vorsitzenden und einige Beisitzer, ehemalige Kapitäne, die inzwischen Reedereinspektoren sind, gemischt mit einigen Vertretern der Reederverbände. Die Vertreter der Gewerkschaften werden nicht berufen, damit der Boden der „Tatsachen“ nicht verlassen werden kann. Die Rolle des Schurken übernimmt der zur Tatzzeit verantwortliche Kapitän oder Schiffsoffizier, sofern er noch am Leben ist. Im günstigsten Fall hat

am besten keiner das Unglück überlebt. Dann kann man sich ein paar Tage über die Unbilden der Natur, die unbezwingbare und unendliche See auslassen, der auch mit modernster Technik noch nicht beizukommen ist. Dann wird es etwas still im Saal, wenn die greulichen Stories von allesverschlingenden Jahrhundertwellen und tropischen Stürmen durchs Bermuda-Dreieck feigen. Und draußen rasselt der „Blanke Hans“ an Türen und Fenstern. Wenn die Meuterei auf der Bounty endlich beendet ist und der Weiße Wal alles verschluckt hat, kann der Reeder meist die endlich fällige Versicherungssumme kassieren und der Vorhang fällt.

Beispielhaft für die Schlamperei der letzten Seeamtsverhandlungen und den von der ÖTV zu recht beklagten Dilettantismus der Bundesbeauftragten ist der Untergang des Hamburger Containerfrachters „E.L.M.A. Tres“ (Chartername für „Corina Drescher“). Die drei Jahre alte „Elma Tres“ ist am 26. November 1981 gesunken. Sie war mit 457 Containern beladen und befand sich auf der Reise von Brasilien nach Boston (USA). Nach Ausfall der Hauptmaschine und dem Verlust einiger an Deck gelaschter Container, war sie in schwerem Sturm bei den Bermuda-Inseln gekentert. Nach zwanzigstündiger Suchaktion konnte nur der 1. Offizier gerettet werden. Das Seeamt Hamburg konnte im Verlaufe der Verhandlung keine Mängel oder Verstöße feststellen. Freispruch! Das war zuviel. Im nachhinein wurden hiermit die seit Jahren praktizierten Verstöße des „Abschreibungsreeders“ Drescher (die FAZ vom 1. August 1983: „Zahnarztreeder“) gegen die bestehenden Schiffssicherheitsvorschriften und SBAO (Schiffsbesetzungs- und Ausbildungsordnung) von der Anklage befreit. Das Interesse des Seeamtes wie der Aufsichtsbehörden richtet sich weniger darauf, unter welchen mörderischen Bedingungen die menschliche Arbeitskraft an

Bord vernutzt wird, als vielmehr darauf, die Schuld einem greifbaren Schiffsoffizier in die Schuhe zu schieben. Schichtarbeit und Unterbesetzung, kurze Hafenziegezeiten der Schiffe lassen oft nicht die Zeit, alle zur Schiffssicherheit notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Geschweige, daß qualifizierte Seeleute dafür ausreichend zur Verfügung stünden. Die Gespräche mit ehemaligen Angehörigen der Besatzung des untergegangenen Lash-Carriers „München“ zeigten, daß auch bei vorgeschriebener Besetzung und qualifizierter Crew Rettungsboote zeitweise nicht einsetzbar waren. Zur Begründung individuellen Versagens der Schiffsleitung wird dann nicht selten darauf hingewiesen, daß die betroffenen Schiffe ja schon viele ähnliche Reisen gemacht hätten, ohne daß etwas passiert sei.¹

Im Fall des Untergangs der „Elma Tres“ gab es nach Recherche der ÖTV folgende Punkte zu beanstanden, für die der Reeder verantwortlich war.

- Alle fünfzehn Mannschaftsdienstgrade kamen von den Philippinen. Keiner mit Matrosen- oder Facharbeiterbrief. Keiner besaß die für den Erwerb des Facharbeiterbriefes notwendigen Kenntnisse. Im Decksbereich mußten wichtige Arbeitsgänge von den Schiffsoffizieren demonstriert und überwacht werden. Im Maschinenbereich konnte der sichere Betrieb der anfälligen und wartungsintensiven Maschinenanlage wegen der mangelnden Qualifikation der Besatzungsmitglieder auf Dauer nicht gewährleistet werden. Weder die 15 Mannschaftsdienstgrade noch der 3. Offizier besaßen einen Feuerschutz- oder Rettungsbootschein. Dem Einwand, die übrigen Schiffsoffiziere hätten einen F- und B-Schein gehabt, ist entgegenzuhalten, daß in Untergangssituationen Kapitän und Schiffsoffiziere vorrangig versuchen werden, den Schiffsuntergang abzuwenden und deshalb selbst keine Boote oder Rettungsinseln ausbringen können. Keiner der philippinischen Seeleute besaß deutsche Sprachkenntnisse. Nur einige von ihnen sprachen Englisch.

- Verstoß gegen Stau- und Zurrplan. Danach durften nur drei Lagen Container an Deck gefahren werden. Auf der „E.L.M.A. Tres“ wurden in der Regel vier Lagen Container gefahren. Für die vierte Lage befand sich ferner kein zulässiges Laschmaterial an Bord.

- Stabilität. Insbesondere bei Teilladungen mußte die „E.L.M.A. Tres“ „weich“ gemacht werden. Wenn das Schiff zu „steif“ war, traten beim Überholen enorme Beschleunigungskräfte auf. Auf der Unglücksreise befanden sich mit 457 Containern bei einem Ladungsaufkommen von insgesamt 591 Containern eine Teilladung an Bord.

(Heute fehlen der Schiffsleitung oft noch die genauen Angaben über Gewicht und Inhalt des Containers. Eine rechtzeitige Stabilitätsvorberechnung ist dadurch nicht oder nur sehr ungenügend möglich. Einer offensichtlichen Falschdeklaration war die Führung der „Elma Tres“ darüber hinaus aufgesessen: Entgegen dem Chartervertrag hatte das Schiff – ohne daß es die Schiffsleitung wußte – schwere Maschinenteile geladen, in Containern gestaut. Der Theorie eines Reederei-Sachverständigen zufolge könnten diese Teile sogar, wenn sie schlecht ge-

staut waren, bei entsprechenden Rollbewegungen des Schiffes ins Rutschen gekommen sein und wie ein Geschoß die Bordwand durchschlagen haben.)²

● Aufschwimmen eines Lukendeckels. Die Lukendeckel hatten ein Gewicht von 33 Tonnen. Trotz der Paßstücke kam es vor, daß der Lukendeckel nicht richtig abgesetzt war. In diesem Fall konnten die Schnellverschlüsse der Luke später, nachdem die Container an Deck standen, nicht mehr richtig geschlossen werden.

● Ausfall der Maschinenanlage. Zur Reparaturanfälligkeit der Maschinenanlage kam die mangelnde Qualifikation der Mannschaftsdienstgrade und die unzureichende Belieferung mit Ersatzteilen.³

Dem Überlebenden der Schiffsleitung, dem 1. Offizier, ist nur aus dem Grund ein Vorwurf zu machen, daß er nicht schon vor dem Unglück auf die Praxis an Bord der Drescher-Schiffe hingewiesen hat. Doch aus eigener Erfahrung weiß ich, wie unmöglich es ist, einem Reeder gegenüber die Einhaltung der ohnehin ungenügenden Vorschriften zur Schiffssicherheit durchzusetzen. Es gehört viel Mut dazu, Ladung an der Pier stehen zu lassen, Unwetter zu umfahren, das Schiff wegen mangelnder Seetüchtigkeit nicht auslaufen zu lassen. Die toten Kollegen der „München“, „Elma Tres“ und „Rugwardersand“ haben es einmal zu oft unterlassen. Dem Reeder Drescher kann es egal sein, auf welche Art und Weise die Seeleute in Zukunft optimal gebeutel werden und welche Dampfer als nächste absaufen. Inzwischen ist er pleite. Mit ihm verlieren auch über 300 Privatanleger, Kaufleute, Ärzte, Professoren und Anwälte ihre Einlagen. Ferner drohen ihnen Steuerrückzahlungen. Sie haben sich an Schiffen beteiligt, die alle mit Verlust gefahren sind, um über hohe Verlustzuweisungen Steuern zu sparen. Als Mitreeder droht ihnen sogar, daß sie in Höhe ihrer Schiffsparte (Einlage) auch mit ihrem persönlichen Vermögen für alle Verbindlichkeiten haften, die nach dem Zwangsverkauf der Schiffe nicht gedeckt sind.⁴ Es sei ihnen von Herzen gegönnt.

Allenthalben schreitet die Entwicklung, den Seetransport noch schneller und rationeller zu gestalten, fort. Die alte, gerade noch moderne Tonnage wird in wenigen Jahren gänzlich ausgeflagt oder an Reeder in Substandard-Ländern verkauft sein. Das heißt, in absehbarer Zeit wird der größte Teil der Mitte der 70er Jahre gebauten Supertanker von schlecht bezahlten und unterqualifizierten Besatzungen gefahren werden.

Gleichzeitig läuft in der BRD das Projekt „Schiff der Zukunft“. In der Projektgruppe arbeiten BVM, Reederverbände und Gewerkschaften paritätisch zusammen. Ziel ist es, den Betrieb auf zukünftigen Schiffen so zu automatisieren, daß ein Bruchteil der heute üblichen Schiffsbesatzungen in der Lage ist, ein Schiff von der Größe eines

Containerriesen der dritten Generation zu fahren. Zur Zeit läuft die Versuchsphase auf vier Hapag-Lloyd Schiffen mit einer 18-Mann Mehrzweck-Crew. Angestrebtes Ziel der Reeder sind 12 Mann Besatzung und weniger. Die Befragung der Seeleute im Mehrzweckeinsatz zeigte eine ablehnende Haltung, obwohl die vier speziell präparierten Dampfer eine Vielzahl von Freizeiteinrichtungen an Bord haben, die nicht zum Standard auf deutschen Schiffen gehören: Video, Sportraum, Schwimmbad, Fotolabor, Bücher. Ferner wurde ein eigener Manteltarifvertrag unterzeichnet, der eine regelmäßige Ablösung, mehr Urlaub und die Mitreise von Ehefrauen oder Verwandten vorsieht. In dem Vorwort des Buches „Freizeit an Bord“⁵ beklagt der Chefanimateur, daß die meisten befragten Seeleute in ihrer Freizeit am liebsten pennen würden. Doch was nützt der schönste Videoporno, wenn man infolge Schichtdienst und Besatzungsreduzierung fast keinen von der Besatzung mehr zu sehen bekommt. Die Wachgänger ihre Freiwache fast ausschließlich zum Ausschlafen benötigten. Man hockt mutterseelenallein in einer großzügigen Einzelkammer und findet kaum noch einen Kollegen, dem es während der gleichen Zeit möglich ist, am gemeinsamen Landgang teilzunehmen.

In einer solchen Atmosphäre ist es kaum noch möglich, Spannungen abzubauen, sich auszusprechen und zu beraten. Aggressivität, Suff, Frust und Individualismus gibt es seit je her genug. Sowieso ist es oft nicht das psychisch stabilste Menschennmaterial, das es auf See zieht. Ein Mensch, den man zur See treibt, damit endlich ein „ganzer Kerl“ aus ihm wird, ist dort gewiß am verkehrtesten aufgehoben. Wenn man bedenkt, daß ein ausgebildeter Matrose im 1. und 2. Jahr eine Bruttoheuer von 1730 DM bezieht und ihm die Einzelüberstunde mit 11,26 DM vergütet wird, ist klar, daß dies noch nicht einmal mit Geld aufgewogen ist. Damit sich die Seefahrerei für ihn zumindest etwas lohnt, ist er gezwungen, 100 bis 120 Überstunden im Monat zu machen. Mit den Etatbeschlüssen, die Neubauhilfen für Reeder 1984 von 230 auf 250 Millionen DM aufzustocken, hat Dollinger selbstverständlich keinerlei Bedingungen verbunden, die soziale Lage auf bundesdeutschen Schiffen zu verbessern oder die Schiffssicherheit zu erhöhen. □

- 1 Seeamtsverhandlung Fischtrawler „Schütting“ Drei Hochseefischer verloren ihr Leben, als sie beim Fang bei schwerem Wetter über die Heckpforte gespült wurden. ÖTV Seefahrt 1/82
- 2 Schiffahrt International 8/83
- 3 ÖTV Seefahrt 2/82
- 4 FAZ vom 1. August 1983
- 5 „Freizeit an Bord“ Anregung zur sinnvollen Freizeitgestaltung an Bord, herausgegeben vom Sozialwerk für Seeleute (SFS)

Kurzinformation

Seeamt

In der BRD von den Ländern eingerichtete Untersuchungsstellen (Emden, Bremerhaven, Hamburg, Lübeck, Flensburg). Zusammengesetzt aus Vorsitzendem und vier Beisitzern. Der Vorsitzende ist Volljurist. Zwei der Beisitzer müssen das Kapitänspatent auf großer Fahrt besitzen. Die öffentlichen Belange nimmt der Bundesbeauftragte wahr, der – aus Gründen der Neutralität meistens ein ehemaliger höherer Marineoffizier – vom Bundesminister für Verkehr ernannt wird.

Untersuchung

Die Untersuchung durch das Seeamt soll die Ursachen des Seeunfalls klären und insbesondere feststellen, ob Fehler im Schiffahrtsbetriebe oder Mängel am Schiff oder an öffentlichen Einrichtungen vorgelegen haben oder ob gegen das Seestraßenrecht verstoßen worden ist – ferner, ob gegen einen verantwortlichen Beteiligten auf Feststellung eines schuldhaften Verhaltens oder beim Fehlen der erforderlichen körperlichen, geistigen oder moralischen Eigenschaften auf Entziehung der Gewerbebefugnis erkannt werden muß. Bei letzterem hat der Spruch die Wirkung eines Verwaltungsaktes; im übrigen ist der Spruch weder eine gerichtliche Entscheidung noch ein Verwaltungsakt, sondern lediglich ein fachmännisches Gutachten.

Seeunfall

Der Begriff ist im Gesetz nicht fest umrissen, doch findet *in der Regel* eine Untersuchung statt, wenn ein öffentliches Interesse besteht – *kann* stattfinden, wenn ein Seefahrzeug einen Schaden erlitten oder angerichtet hat oder jemand im Schiffsbetriebe stark verletzt worden ist – *muß* stattfinden, wenn ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben oder verschollen ist oder jemand bei einem Unfall getötet wurde oder wenn die oberste Bundesbehörde (Bundesverkehrsminister) sie angeordnet hat.

Hauptverhandlung und Spruch

nach der Beweisaufnahme erhält zunächst der Bundesbeauftragte das Wort, um seine Anträge, z.B. auf Feststellung eines schuldhaften Verhaltens, zu begründen – zum Schluß zieht sich das Seeamt – also nur Vorsitzender und Beisitzer – zur Beratung zurück und beschließt über den Spruch.

Bundesoberseeamt

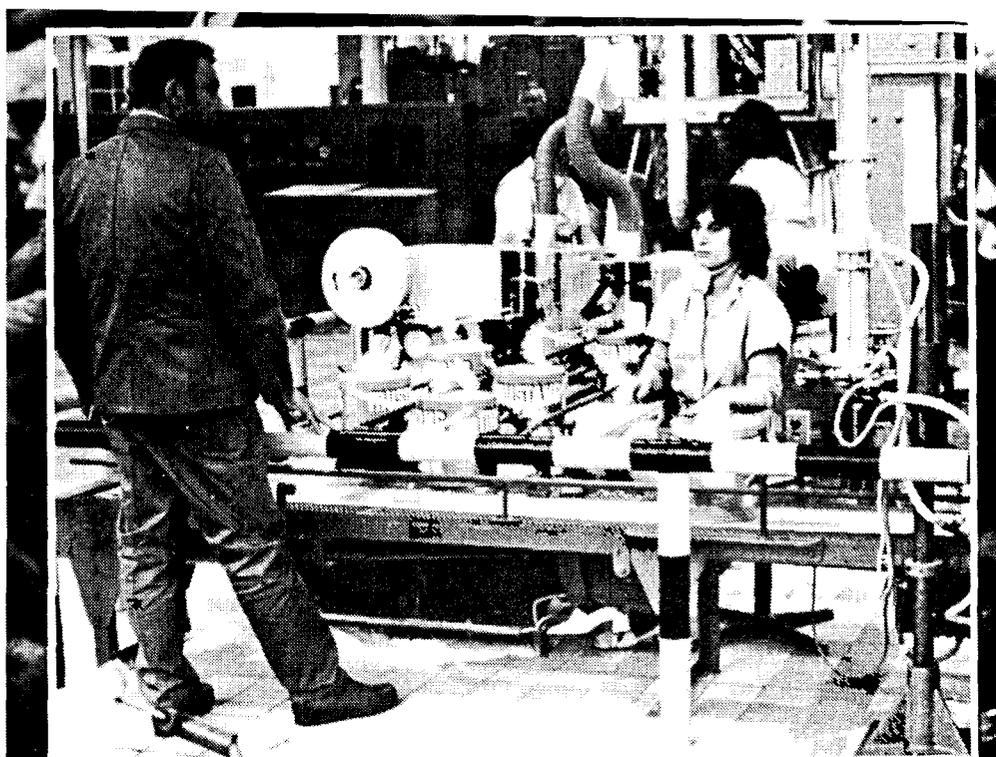
ist die einzige Berufungsinstanz (Hamburg oder Bremerhaven). Mit einem Vorsitzenden, einem ständigen Beisitzer und fünf weiteren Beisitzern. Kollisionsprozesse werden vor Zivilgerichten ausgetragen. Der Spruch des See- oder Oberseeamtes wird dabei aber nur als Gutachten gewertet und ist nicht bindend.

Quelle: Müller/Krauß: Handbuch für die Schiffsführung, 8. Auflage, Band 2

Nach der Wende in Bonn scheint es so, als wollten Kohl und seine Regierungsmannschaft den Stellenwert von Mutterschaft und Familie für die Frau gegenüber ihrer Berufstätigkeit moralisch und auch materiell aufwerten (vgl. *Kommune* 6/83 und 7/83). Doch moralische Festtags- und Parteitagereden und versprochene Anreize wie Erziehungsgeld hin und her – in der Realität sieht es so aus, daß die Frauenerwerbsquote über 50 Prozent beträgt (bezogen auf die Frauen im erwerbsfähigen Alter) und 93 Prozent der Frauen irgendwann einmal in ihrem Leben erwerbstätig waren. Dies läßt sich nicht mit einigen ideologischen Reden einfach verdecken und erst recht nicht überwinden. Vor allem sind die Bestrebungen der CDU/CSU auch nicht so eindimensional in Richtung „alle Frauen zurück an Heim und Herd“ Es gibt innerhalb des konservativen Lagers eine Reihe von Widersprüchen, wie sie gerade wieder beim Streit um das Mutterschaftsgeld auftreten. Der Kern der propagierten „Heim- und Herd“-Ideologie ist vor allem, so viele gesellschaftliche Aufgaben wie möglich in die Familie zurückzuverlagern, um damit die Versorgungsleistungen unter dem Mäntelchen der Entlastung des Staatshaushalts erheblich zu verbilligen.

Es geht also bei der gegenwärtigen konservativen ideologischen Propagierung eines „neuen“ Frauenbildes und auch in der praktischen Politik der Wende nicht einfach um einen Rückschritt ins 19. Jahrhundert oder auch nur in die 50er Jahre, denn die ökonomisch notwendig gewordene und teilweise auch gesellschaftlich erkämpfte Einbeziehung der Frauen ins Erwerbsleben kann und soll nicht einfach rückgängig gemacht werden. Selbst in einer Serie in dem katholischen Kirchenblatt *Frau und Mutter* wird konstatiert, daß immer „mehr Frauen erwerbstätig werden, weil ihnen der Beruf Freude macht, weil sie dort ihre eigenen Fähigkeiten zusammen mit anderen weiter entwickeln Kontakte bekommen oder aus finanziellen Notlagen“ Interessant an der Serie ist, daß sie nicht versucht, die Frauen zurück in die Familie zu locken, sondern das Aufheben der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie anzuheben will.

Die CDU/CSU macht das, was jede andere bürgerliche Partei, zwar in unterschiedlicher ideologischer Hülle, in der Krise auch getan hat und getan hätte – eine Politik, die darauf hinausläuft, einen Teil



Frauenarbeit

der Frauen als disponible Reservearmee je nach Arbeitsmarktlage zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zur Verfügung zu halten und für einen anderen Teil unter den Verhältnissen von Krise und Arbeitslosigkeit die Bedingungen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft weiter zu drücken.

Eine solche Politik wird ideologisch verbrämt und ist deswegen nicht erfolgreich, weil sie sich auf ein gesellschaftlich vorherrschendes Bewußtsein über die Rolle der Frauen stützen kann, wo die Mütterlichkeit als die höchste Tugend einer Frau gepriesen wird und eine vernünftige Kleinkinderziehung doch nur bei individueller Betreuung durch die Mutter gewährleistet erscheint. Zudem ist es, wenn die Arbeit schon „knapp“ ist, nach dieser vorherrschenden Auffassung nur richtig, daß der Mann der „Ernährer“ der Familie ist.

Dieses Bewußtsein, auf das die CDU/CSU-Propaganda und -Politik abzielt, kann in der Krisensituation verstärkt mobilisiert werden, es bildet aber auch die Grundlage für eine materielle Situation, die sich in „Nicht-Krisen-Zeiten“ herausbildet

und die es ermöglicht, daß eine solche Politik in Krisenzeiten greifen kann. So bekommen Mädchen häufig keine qualifizierte Berufsausbildung, werden in Berufe gedrängt, die ihrer „Rolle“ entsprechen, müssen Frauen eine geringere Bezahlung in Kauf nehmen, da ihr Lohn ja nur als „Zuerdienst“ gesehen wird, geben Frauen ihre Arbeit auf, weil die Kinder nicht versorgt sind, sind Frauen bereit, neben der eh' schon schrecklichen Lohnarbeit auch noch die ganze Belastung der Hausarbeit und Kindererziehung zu übernehmen und und und

Um dieses gesellschaftlich vorherrschende Bewußtsein, durch das viele Männer gestärkt werden, sich vor der lästigen Arbeit, die zur Reproduktion der Familie nötig ist, herumzudrücken, und das viele Frauen sich in ihr Schicksal fügen läßt, sich der Doppel- und Dreifachbelastung zu unterwerfen, aufzubrechen, bedarf es zunächst einmal der Veränderung einiger materieller Bedingungen. Dabei ist die Auseinandersetzung um die Verwirklichung dieser Bedingungen schon Teil der Durchbrechung des gesell-



Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit, geteilter Arbeitsmarkt und Frauenarbeitslosigkeit – die konkrete Darstellung dieser Komplexe soll Grundlagen schaffen, auf deren Hintergrund Fragen der Frauenemanzipation, hier vor allem die Frage der Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der dazu erforderlichen materiellen wie bewußtseinsmäßigen Veränderungen besser diskutiert werden können. Die folgenden Untersuchungen decken allerdings nur einen Teilbereich ab. Hinzukommen müßte die Beschäftigung mit der Entwicklung der Hausarbeit, ihrer Bedeutung für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion, der geänderten Bedingungen, unter denen sie verrichtet wird, ebenso wie die Untersuchung der Funktion und Veränderung der Familie und ähnliches mehr. Frauen, die auf diesen Gebieten gearbeitet haben, sind eingeladen, mit uns die Auseinandersetzung über solche Fragen fortzusetzen, unter anderem mit dem Ziel, sie der Leserschaft der *Kommune* zugänglich zu machen.

schaftlich vorherrschenden Bewußtseins über die Frauenrolle, da die Durchsetzung dieser materiellen Bedingungen schon eine Veränderung des Bewußtseins voraussetzt wie eine weitere ermöglicht.

Die im folgenden zusammengestellten Punkte, die die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Privatsphäre verbessern werden, sind sicher nicht vollständig und sollen nur einige Probleme anreißen. Sie werden in der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung diskutiert und mehr oder weniger stark vertreten. Auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Regierungspolitik erhalten sie eine neue Aktualität. Erreichen müßten wir mindestens:

- Möglichkeiten für eine qualifizierte Berufsausbildung für alle Mädchen und Frauen,
- Quotierung der Arbeitsplätze, um die rollenspezifische Berufsfestlegung aufzubrechen und den Frauen Zugang zu Berufen zu verschaffen, die bisher Männern vorbehalten waren,
- Arbeitsbedingungen, die nicht den letzten Nerv und die letzte Lebenskraft töten,

wie es gegenwärtig bei Akkord- und Bildschirmarbeit der Fall ist,

- Abschaffung von Arbeitszeitsystemen, die „für“ Frauen eingerichtet sind, wie Kapovaz, Job-sharing etc.
- Arbeitszeiten, die es Eltern ermöglichen, ihre Kinder nicht nur „gerade noch so“ zu versorgen, sondern noch Freude an ihnen zu haben z.B. durch Verkürzung des Arbeitstages für Eltern,
- Verbesserung der gesellschaftlichen Versorgung der Kinder, wobei die betroffenen Einrichtungen zu gesellschaftlichen werden müssen, in denen die Eltern über die Erziehung bestimmen und nicht der Staat,
- Veränderung der Reproduktionsformen, z.B. durch einen anderen Wohnungsbau, Verbesserung der Kantinen etc.
- Da diese materiellen Bedingungen sehr eng mit dem gesellschaftlichen Rollenverständnis von Frauen zusammenhängen, wird ein wichtiger Punkt die Durchsetzung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes sein, wodurch den Frauen Vorteile eingeräumt werden, die eine Gleichstellung mit den Männern erst ermöglichen, und zum ande-

ren eine Bewußtseinsveränderung eingeleitet wird, die die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung angeht.

Ich habe nicht die Illusion, daß durch solche gesetzliche Maßnahmen und einige Änderungen an den Arbeitsbedingungen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung oder der geteilte Arbeitsmarkt aufzuheben wären – dazu ist als Grundbedingung schon eine bewußte umfassende Umwälzung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse nötig, damit die Arbeitenden über den von ihnen geschaffenen Reichtum und die Organisierung ihrer Arbeit selbst bestimmen können. In einer solch neuen Gesellschaft wäre allerdings die traditionelle Rollenfestschreibung auch nicht einfach aufgehoben, aber sie schuf bessere Bedingungen dafür. Die Durchsetzung der oben genannten materiellen Veränderungen bildete aber *jetzt* die Voraussetzung dafür, die Ausgangsbedingungen in dem alltäglichen Kleinkrieg der Frauen mit ihren Männern, ihren Chefs etc. zu verbessern, wobei dieser Kleinkrieg auch ein wesentlicher Teil der Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins ist und damit Voraussetzung einer grundsätzlichen Aufhebung der Rollenfestschreibungen.

Die in den folgenden Artikeln untersuchten Fragen der Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Frauen und des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkts geben ein düsteres Bild von der gegenwärtigen Situation der Frauen im Erwerbsleben. Einer der Hauptgründe für die Erwerbstätigkeit ist offensichtlich das geringe Familieneinkommen (außer bei den Akademikerinnen); die Arbeitslosenstatistiken machen deutlich, daß Frauen in besonderem Maße den Wechselfällen des Lohnabhängigen-Daseins unterworfen sind; und die Untersuchung über den geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt zeigt, daß Frauen wirklich unter den übelsten Bedingungen arbeiten müssen, stumpfsinnige Akkordarbeit, repetitive Teilarbeit, zu der die Männer nicht fähig sind, verrichten, und je nach Bedarf der Kapitalisten zu Stoßzeiten eingesetzt werden. Die sogenannten „weiblichen Fähigkeiten“ sind von den Kapitalisten klar erkannt worden und werden ihren Zwecken gemäß ausgenutzt, wobei ansonsten alle Werte und Maßstäbe der Arbeitswelt wie Konkurrenz, Leistungsstreben usw. von Männern und „männlichen Normen“ bestimmt sind. Hieraus resultieren dann auch die berechnete Ablehnung von Lohnarbeit für Frauen überhaupt wie der manchmal nicht nur teilweise Rückzug aus der Lohnarbeit.

Die Diskussion über die Bedingungen weiblicher Erwerbstätigkeit, über weibliche Fähigkeiten und Produktivität hat, über die hier angesprochenen konkreten Probleme

hinaus, auch eine strategische Komponente, die an dieser Stelle nur benannt werden kann. Innerhalb der Frauenbewegung, sowohl bei den autonomen Frauen wie den Frauen in linken, grünen, alternativen Organisationen und Projekten gibt es seit geraumer Zeit eine Diskussion über die Bedeutung der Teilnahme von Frauen an der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit für ihre eigene Emanzipation wie für ihre Beteiligung an der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse (vgl. z.B. diesbezügliche Artikel in *Probleme des Klassenkampfes*, *Emma*, *MOZ*, *links*, *Das Argument*). Eng verknüpft vor allem für die Linke ist diese Fragestellung mit der Debatte über die Emanzipationstheorie von Marx und Engels und den Erkenntniswert der marxistischen Theorie für die Analyse des Geschlechterantagonismus.

Mit den vor allem von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen nach „gleichen Chancen“, „Gleichbehandlung“ und ähnlichem ist es offensichtlich nicht getan, ebensowenig aber auch mit dem Verweis auf den Sozialismus als Lösung der Probleme der Frauenemanzipation, wie er in linken Organisationen üblich war und oft noch ist.

Bei der Diskussion der Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit und eines alternativen Wirtschaftsprogramms, das sich nicht in reformistischen Forderungen erschöpft, müssen Fragen aufgeworfen und gelöst werden, die darauf zielen, die absolute Trennung von Produktions- und Reproduktionsbereich zu überwinden und die Festschreibung aufzubrechen, daß Männer für den Produktionsbereich, Frauen für den Reproduktionsbereich zuständig sind; geprüft werden muß, wie Frauenfertigkeiten und weibliche Produktivität in die Arbeitswelt eingehen können, ohne ausgenutzt zu werden bzw. welche Bedingungen geschaffen werden müssen, damit sowohl Frauen als auch Männer ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse auch in der Arbeit entfalten und entwickeln können.

Diese Fragen waren der Ausgangspunkt der Beschäftigung mit den in den folgenden Artikeln behandelten Fragen. Wir beschränken uns hier allerdings darauf, erst einmal die konkrete Lage zu untersuchen, weil häufig in der Debatte über diese Probleme sowohl die angenommene Situation der Frauenerwerbstätigkeit wie die daraus abgeleiteten politischen und strategischen Schlußfolgerungen nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. Unsere Befunde sollen die Diskussion erleichtern, indem sie vor allem Material über die weibliche Erwerbstätigkeit liefern; sie können insofern nur vermittelt zu den grundsätzlichen und langfristig zu lösenden Fragen der Überwindung der Frauenrolle und der Frauenemanzipation beitragen. □



Lebenslänglich „Heim und Herd“ – Perspektive für kaum eine Frau

Zur Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in den letzten 30 Jahren

Von Luise Wagner

Den Statistiken über die Frauenerwerbstätigkeit zwischen 1950 und 1981 ist zu entnehmen, daß der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der Gesamtheit der Erwerbspersonen relativ gleich geblieben ist und etwa bei einem Drittel liegt (35 bis 38%). Bezieht man allerdings die Zahl der erwerbstätigen Frauen auf die weibliche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre), so steigt ihr Anteil von 44,3% 1950 auf 50,6% im Jahre 1981. Nur zum Vergleich: Bei den Männern sank die Quote der Erwerbspersonen zwischen 15 und 65 Jahren an der entsprechenden männlichen Wohnbevölkerung von 92,2% (1950) auf 83,5% (1981). (siehe Tabelle 1)

Dies sind Durchschnittswerte, die sich auf das gesamte Bundesgebiet beziehen; in den großen Städten und Industriezentren liegen die Quoten um einiges höher

Das Schaubild zeigt einige Vergleichsdaten aus anderen Industriestaaten.

Wie aus dem Schaubild ersichtlich, liegt die Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Bundesrepublik deutlich unter der in anderen Ländern. 1977 lag sie im EG-Durchschnitt bei 43,2%; mit 44,7% lag sie in der BRD – dem in der EG führenden Industrieland – nur knapp darüber. In Frankreich dagegen waren 50,7, in England 53,4 und in Dänemark 57,5% der weiblichen Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig. Die höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen in diesen Ländern hängt unter anderem mit dem Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen – darin ist England führend – und/oder mit außerhäuslichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten zusammen. (Hierzulande gab es 1979 nur für 1,6% der unter dreijährigen Kinder Krippenplätze und Hortplätze nur für 1,3% Kindergartenplätze standen zwar für 78% der Kinder zur Verfügung, in der Mehrzahl jedoch nur für halbe Tage. Beeinflusst wird die Quote der weiblichen Erwerbsbeteiligung auch durch das Steuersystem; in Schweden, dem Land mit der höchsten Quote in Europa, werden berufstätige Ehefrauen mittels des Einkommensteuerrechts „belohnt“

Zur genaueren Untersuchung der Frauenerwerbstätigkeit sollen im weiteren einige Strukturdaten genauer analysiert werden, denn gerade die Strukturmerkmale wie Alter, Familienstand, Kinder, Beschäftigungsart, Qualifikation, Einkommen, Arbeitszeit und Erwerbsdauer haben sich in der Geschichte der Bundesrepublik zum Teil stark verschoben.

Eingehen will ich zunächst auf die Altersstruktur, um im weiteren die Veränderungen bei den Strukturmerkmalen Familienstand, Frauen mit Kindern, Beschäftigungsart und Erwerbsdauer zu untersuchen. (siehe Schaubild 2)

Aus dem Schaubild wird deutlich, daß die Erwerbsquote der Männer ihren Höchststand bei den 30- bis 45jährigen hat; bei den Frauen liegt er dagegen bei den 20- bis 25jährigen, danach erfolgt ein „Einbruch“, da die Frauen in diesem Alter meistens Kinder bekommen. Wenn allerdings die Frauenerwerbsquoten zwischen 1970 und 1981 verglichen werden, so zeigt sich ein deutlicher Wandel: Die Erwerbsquote stieg gerade bei den Altersgruppen, in denen die Frauen früher zu Hause blieben, um die Kindererziehung zu übernehmen, nämlich bei den 25- bis 45jährigen. Das heißt, daß das traditionelle Drei-Phasen-Modell der Frauenerwerbstätigkeit – Berufstätigkeit, Ausstieg aus der Lohnarbeit zur Kindererziehung, Rückkehr in den Be-

ruf – heute nicht mehr in dem Umfang zu trifft.

Die auffallendsten Veränderungen sind bei den erwerbstätigen Frauen nach ihrer Stellung im Beruf zu verzeichnen. (siehe Tabelle 2)

Betrachtet man auf diesem Hintergrund nochmal die eingangs genannten Zahlen über die Erwerbsquoten, so versteckt sich dahinter in Wirklichkeit ein viel größerer Anstieg der lohnabhängigen erwerbstätigen Frauen. Standen 1950 38,3% Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen 61,7% lohnabhängige Frauen (Beamtinnen, Angestellte, Arbeiterinnen) gegenüber, so waren es 1981 nur noch 12,3% gegenüber 87,6%. Während die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen

Weibliche Erwerbstätigkeit

	weibl. Erwerbspersonen in Tsd.	Erwerbsquote 1* (%)	Erwerbsquote 2** (%)	weibl. Erwerbstätige in Tsd.	weibl. Arbeitslosenquote	männl. Arbeitslosenquote
1950	7 724	44,3	35,2	7 267	11,5	10,8
1954	8 465	48,6	35,8	8 050	8,6	7,2
1958	9 313	46,4	36,9	9 088	3,8	3,7
1962	9 877	49,0	36,8	9 825	0,7	0,7
1966	9 745	46,7	36,1	9 700	0,6	0,8
1970	9 638	46,2	35,9	9 582	0,8	0,7
1974	9 885	48,3	36,9	9 627	3,1	2,2
1978	9 881	49,0	37,7	9 377	5,8	3,4
1981	10 338	50,6	38,4	9 719	6,9	4,5

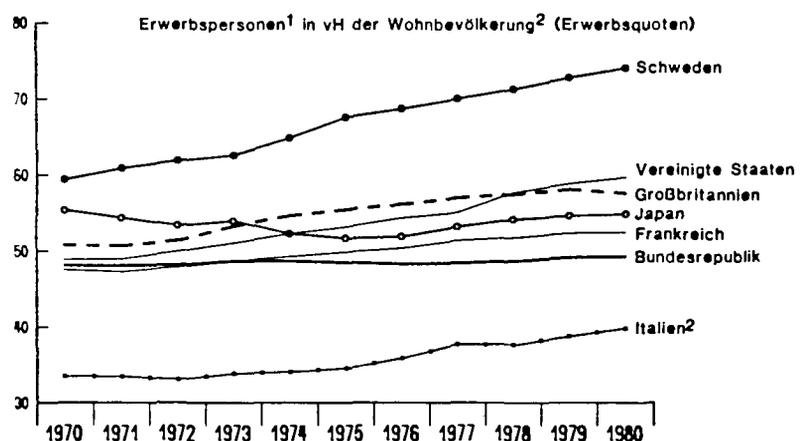
* Erwerbsquote 1: Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der weiblichen erwerbsfähigen Wohnbevölkerung (zwischen 15 und 65 Jahren)

** Erwerbsquote 2: Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der Gesamtheit der Erwerbspersonen

Quellen: Statistisches Bundesamt: Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung 1982, Wiesbaden 1982, S. 40; Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.11: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1981, Wiesbaden 1982, S. 98; Die Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft 1975, Wiesbaden 1975, S. 87; Statistisches Jahrbuch, verschiedene Jahrgänge; (teilweise eigene Berechnungen)

DIE VERÄNDERUNG DES FRAUENERWERBSVERHALTENS IN AUSGEWÄHLTEN OECD-LÄNDERN

1970 bis 1980

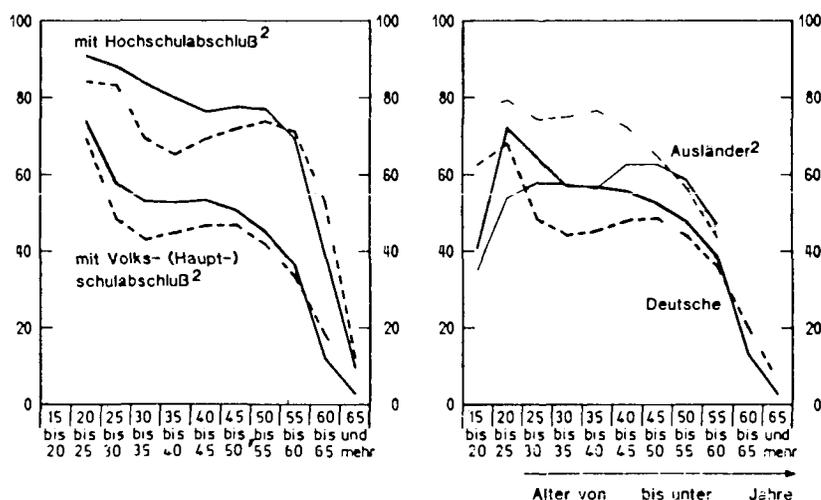
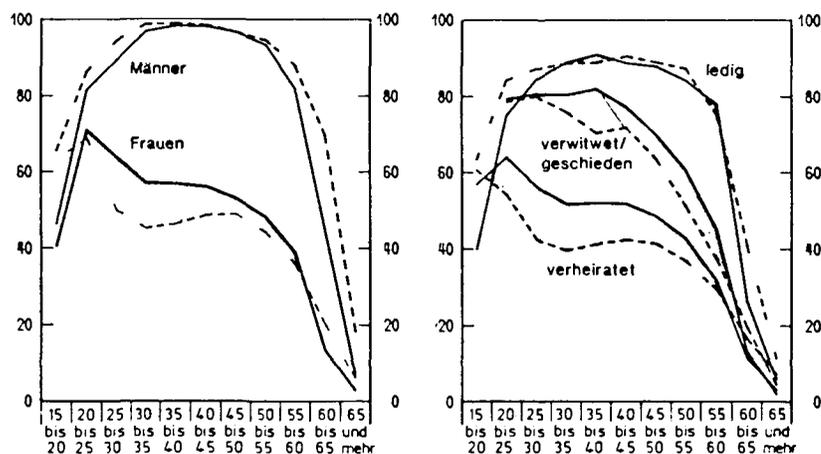


Nach Angaben der OECD. 1) Total labour force. 2) Im Alter von 15 (Italien 14) bis 64 Jahren.

ZUR ABHÄNGIGKEIT DES ERWERBSVERHALTENS DER FRAUEN VOM ALTER UND ANDEREN PERSÖNLICHEN MERKMALEN

1970 und 1981

Erwerbspersonen in vH der Wohnbevölkerung (Erwerbsquoten)¹



--- 1970
— 1981 (Schulabschluß: 1980)

Altersgruppen mit gestiegener Erwerbsbeteiligung

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.-1) Nach der Altersjahrmethode berechnet. 2) 1970 nach der Geburtsjahrmethode berechnet.

rigen häufig ihren Haushalt und die Kinderbetreuung quasi neben der Arbeit erledigen konnten (wobei die Belastung nicht abgeschwächt werden soll), drückt der Anstieg der lohnabhängigen Frauen kraft die steigende Doppelbelastung der Frauen aus, die neben der Lohnarbeit, auch wenn sie häufig in Teilzeitarbeit besteht, noch Haushalt und Kinder zu versorgen haben – wobei die Zahl der erwerbstätigen Frauen, die verheiratet sind und/oder Kinder haben, stärker steigt als die der weiblichen Erwerbstätigen insgesamt. (siehe Tabelle 3)

In der Tabelle ist neben der zeitlichen Entwicklung in den jeweiligen Sparten der Anteil der Frauen, die Kinder haben und/oder verheiratet sind und der bezogen ist auf die Gesamtheit der Frauen, zu vergleichen mit dem jeweiligen Anteil bei den erwerbstätigen Frauen (rechter Teil der Tabelle). Deutlich wird dabei, daß 1957 die Quote sowohl der erwerbstätigen Frauen, die verheiratet waren, als auch die der erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter ihrem jeweiligen Anteil an der Gesamtzahl der Frauen lag. 1981 hat sich dieses Verhältnis demgegenüber umgekehrt. Bei dem Vergleich der beiden Faktoren wird deutlich, wie groß der Anstieg der erwerbstätigen Frauen ist, die verheiratet sind und/oder die Kinder haben, und daß sich hinter den anfangs gegebenen nüchternen Zahlen über die Frauenerwerbstätigkeit, die auf keine allzu großen Veränderungen schließen lassen, erhebliche Verschiebungen verbergen.

Meiner Einschätzung nach ist zu erwarten, daß die Quote der Frauen, die außer Haus arbeiten bzw in den Beruf zurück kehren wollen, trotz aller Propaganda der CDU für die Hausfrauen- und Mutterrolle steigt, soweit der Arbeitsmarkt es eben zuläßt. Schließlich werden die Familienverpflichtungen auch geringer wenn die Durchschnittsfamilie nur noch ein Kind hat und zugleich eine Zunahme kinderloser Ehepaare zu verzeichnen ist. Die Fertilitätsrate (das ist die Gesamtzahl der Lebendgeborenen je 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren) hat sich von 85 im Jahre 1965 auf 47 im Jahre 1980 nahezu halbiert.

Doppelverdienerinnen?

Nach Erhebungen der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) ist das Erwerbsverhalten von Ehefrauen sehr stark von der Einstellung der Ehemänner abhängig. Ich denke jedoch, daß diese Einstellung wiederum vor allem abhängig von der materiellen Situation ist, in der sich die Familie befindet. Einer der Hauptgründe für die Erwerbstätigkeit von Frauen ist eben die Höhe oder besser die Niedrigkeit des Familieneinkommens. Die BfA kommt bei ihren Untersu-

Weibliche Erwerbstätige nach ihrer Stellung im Beruf

	Selbständige		Mithelfende Familienang.		Beamte / Angestellte		Arbeiterinnen	
	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%
1950	643	7,6	2604	30,7	1806	21,3	3434	40,4
1957	713	7,3	2260	23,1	2746	28,1	4054	41,5
1960	757	7,6	2104	21,2	3146	31,7	3930	39,5
1964	635	6,5	1901	19,4	3614	36,9	3653	37,3
1968	591	6,2	1706	17,8	3823	39,8	3488	36,3
1972	525	5,3	1261	12,6	4588	46,8	3433	35,0
1976	487	5,1	1020	10,6	4991	52,1	3083	32,2
1980	482	4,8	798	7,9	5639	55,9	3173	31,4
1981	480	4,7	772	7,6	5772	56,7	3149	30,9

Anmerkung: bis 1970 Erwerbspersonen, ab 1972 Erwerbstätige (d.h. ohne Arbeitslose)
Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Wirtschaft 1872—1972, Wiesbaden 1973; Statistisches Bundesamt, Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.11: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1981, Wiesbaden 1982

chungen unter anderem zu folgendem Ergebnis (siehe Tabelle 4):

Aus den Prognosen der BfA geht auch hervor, daß die Unterbrechungszeiten in der Erwerbstätigkeit, die z.B. die Frauen für die Kinderversorgung in Anspruch nehmen, kürzer werden. 77% aller Unterbrechenden kehren nach spätestens acht Jahren ins Berufsleben zurück. Ein großer Teil der Frauen kehrt also bereits zu einem Zeitpunkt ins Erwerbsleben zurück, zu dem die Kinder noch im schulpflichtigen Alter sind. Allerdings streben drei Viertel aller Rückkehrwilligen eine Teilzeitbeschäftigung an. Zum anderen wurde festgestellt, daß von den Frauen mit Kindern, die 35 Jahre und älter sind, ein Drittel die Erwerbstätigkeit überhaupt nicht unterbrochen hat. Aus den Untersuchungen der Unterbrechungszeiten der Frauen zeichnen sich zwei Tendenzen ab: daß einmal Frauen in ihrem gesamten Leben länger erwerbstätig sind und daß zum anderen die Dauer der Unterbrechung nicht mehr so lang ist.

Festzustellen ist also, daß die Angabe: 50% Erwerbstätige, 50% Hausfrauen nichts Statisches ausdrückt, sondern daß gerade bei den Frauen eine ständige Umschichtung stattfindet zwischen Zeiten der Berufstätigkeit und von Hausfrauentätigkeit und Kindererziehung. Daraus läßt sich ein noch größerer Anteil von erwerbstätigen Frauen insgesamt ableiten. Nach einer BfA-Veröffentlichung von 1979 wollen zwischen 1977 und 1982 mindestens 190000 und höchstens 476000 mehr Frauen ins Erwerbsleben zurückkehren als daraus ausscheiden möchten bzw werden. (Auch dieser Punkt hängt eng mit der Ausbildung und dem Haushaltseinkommen zusammen.)

Von den erwerbstätigen, verheirateten Frauen wollen 30% „auf alle Fälle“ und weitere 32% „vielleicht“ bis zur Rente/Pension erwerbstätig bleiben. Dieser Anteil liegt bei älteren Frauen, bei Frauen mit qualifizierter Ausbildung, bei niedrigem Haushaltseinkommen, bei Frauen, die mit ihrer beruflichen Tätigkeit zufrieden sind, über dem Durchschnitt.

Von den nichterwerbstätigen verheirateten Frauen wollen 16% „auf alle Fälle“ und weitere 28% „vielleicht“ wieder in das Erwerbsleben zurückkehren. Der Anteil der Frauen, die wieder eine Berufstätigkeit aufnehmen wollen, liegt bei Frauen ohne Berufsausbildung und bei Arbeiterinnen unter dem Durchschnitt.

Drei Viertel aller Rückkehrerinnen streben eine Teilzeitbeschäftigung an. Die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen war sicher auch ein Grund für die Zunahme der erwerbstätigen Frauen mit Kindern.

Bei den Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, ist das häufig mit einem Bruch im Berufsleben verbunden, d.h. daß

Tabelle 3

Frauen im Alter von 15 Jahren und mehr unterschieden nach Familienstand, Kindern und Beteiligung am Erwerbsleben

Jahr	Insgesamt				darunter Erwerbstätige				
	zusammen (in Tsd.)	dar. mit Kinder u. 6 Jahren (%)	dar. mit Kinder u. 18 Jahren (%)	verh. Frauen (%)	zusammen (in Tsd.)	dar. mit Kinder u. 6 Jahren (%)	dar. mit Kinder u. 18 Jahren (%)	verh. Frauen (in Tsd.)	verh. Frauen (%)
1957	23069	14,3	33,7	56,9	9373	10,7	26,7	3940	42,0
1961	23332	15,3	32,9	59,0	9562	11,7	28,3	4528	47,4
1966	24296	15,9	32,5	60,8	9452	11,8	28,9	4980	52,7
1970	24356	16,8	34,7	60,1	9285	14,0	33,1	5649	60,8
1974	25424	13,8	33,7	60,9	9776	12,5	36,1	5940	60,8
1978	26046	10,8	32,1	58,9	9678	9,9	35,9	5855	60,5
1981	26759	10,0	30,2	57,3	10178	9,6	34,9	6065	59,6

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 3: Haushalt und Familie, 1977 und 1981, Wiesbaden 1977 und 1982, S. 129, S. 169 f. (eigene Berechnungen)

Tabelle 4

Haushalts- einkommen	1 Kind		2 Kinder		3 u.m.Kinder		keine Kinder	
	VZ	TZ	VZ	TZ	VZ	TZ	VZ	TZ
unter 1250	44	24	38	34	37	26	67	11
1250-1500	26	12	20	16	11	20	61	7
1500-2000	16	20	13	16	6	15	46	8
2000 u.mehr	16	12	10	10	10	8	48	8

VZ = Vollzeit, TZ = Teilzeit; Angaben in Prozent (eig. Zusammenstellung n. Mitt. AB 2/79)

Lesebeispiel: Von 100 Frauen mit einem Kind in Haushalten mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 1250 DM sind 68 erwerbstätig, davon gehen 44 einer Vollzeit- und 24 einer Teilzeitarbeit nach.

die Frauen, wenn sie ins Erwerbsleben zurückkehren, nicht mehr an die vorhandenen beruflichen Fähigkeiten und Kenntnisse anknüpfen können. Der Anteil der Frauen, die einen Beruf nicht aufgrund ihrer Berufsausbildung ausüben, ist bei den Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen haben, dreimal so hoch wie bei Frauen, die kontinuierlich beschäftigt waren (nach Mitt. AB 2/1978).

Ursachen und Motive für die wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen

Die Untersuchung der Erwerbsbeteiligung von Frauen zeigt, daß nicht nur die Erwerbsquote der Frauen, bezogen auf die erwerbsfähigen Frauen steigt, sondern vor allem die Zahl der Berufstätigen unter den Frauen wächst, von denen es am wenigsten erwartet wird, nämlich bei verheirateten Frauen und/oder Frauen mit Kindern. Bisher war dieser Tatbestand meist ein Grund dafür, nicht mehr außer Haus zu arbeiten; und die Erziehung von Kindern ist auch objektiv nach wir vor schwer mit einem 8-Stunden-Tag in außerhäuslicher Tätigkeit vereinbar, selbst wenn die Versorgung der Kinder in gesellschaftlichen Einrichtungen

gut wäre. Wenn wir uns ansehen, welche Frauen vor allem berufstätig sind, läßt das einerseits den Schluß zu, daß der „Familienlohn des Mannes“ keiner mehr ist und besonders die finanziellen Mehrbelastungen durch Kinder nur durch einen „Zuversicht“ der Frauen ausgeglichen werden können; andererseits, daß nicht nur die Frauen in Akademikerberufen, die sowieso häufiger arbeiten gehen, weil sie sich mehr mit dem Inhalt ihrer Arbeit identifizieren können, sondern auch die Frauen insgesamt ihre Identität stärker aus der außerhäuslichen Tätigkeit, dem Umgang mit Kolleg/inn/en usw ziehen.

„Die Ehe wird nicht länger als ‚Versorgungseinrichtung‘ betrachtet; die Familie als der Lebensbereich, der überwiegend die soziale Situation der Frauen bestimmt, wird generell in Frage gestellt. Neben der finanziellen Unabhängigkeit sind Selbstbestätigung durch den Beruf und Kontakte zur Umwelt weitere entscheidende Motive für die Ausübung eines Berufs.“ (C. Pust, P Reichert u.a.. Frauen in der BRD, Hamburg (VSA) 1983, S. 22) Eine Bewußtseinsänderung der Frauen wurde auch bei verschiedenen Befragungen deutlich, in denen viele Frauen als Motiv für ihre Erwerbstätigkeit

tigkeit die größere Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Ehemann und die eigenständige Alterssicherung, also den eigenen Rentenanspruch, angeben. Darauf deutet auch die Zunahme der erwerbstätigen Frauen ab 40 Jahren hin.

Das wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut des DGB stellt fest: „Die Ursachen der wachsenden Erwerbsbereitschaft und -beteiligung von Frauen sind vielfältiger Natur. Von entscheidender Bedeutung dürfte allerdings sein, daß Frauen als Folge ihres geänderten Selbstverständnisses und Selbstbewußtseins immer weniger in der gesellschaftlich isolierten, privaten Hausarbeit ihre Lebens- und Entfaltungsperspektive erkennen. Auch die langsam verbesserte schulische und berufliche Ausbildung sowie der Rückgang der Geburtenhäufigkeit sind Faktoren, die den Willen nach Teilnahme am Erwerbsleben in Zukunft noch weiter forcieren werden.“ (WSI-Mitteilungen 4/1981, S. 195)

Diese und ähnliche Gründe geben auch die Bundesanstalt für Arbeit und die Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ der Bundesregierung an. Die Befragungen über die Rückkehrwilligkeit machen deutlich, daß es vor allem die miesen Arbeitsbedingungen für Frauen sind, die den Wunsch nach Erwerbstätigkeit einschränken. Natürlich ist es ein erheblicher Unterschied, ob die Frau ihren Tag mit einer Arbeit verbringt, mit der sie sich inhaltlich einigermaßen identifizieren kann, oder ob sie unter extremem Lärm im Akkord schafft oder unter sonstigen schlechten

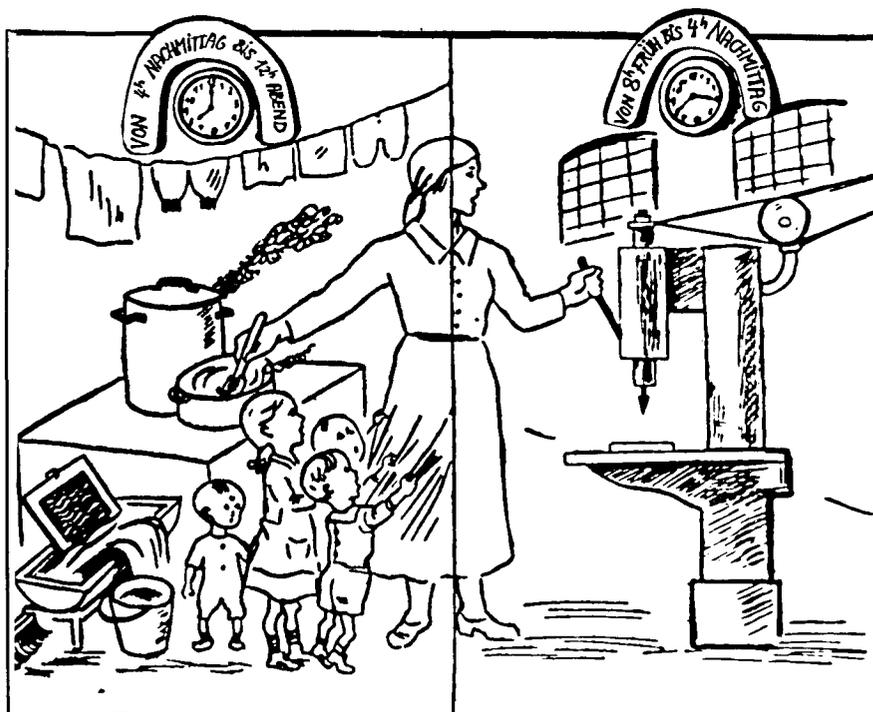
Verhältnissen ihr Geld mühsam verdient. Denn für die Frauen endet der Arbeitstag nicht wie für die Männer, wenn sie den Betrieb verlassen, ganz im Gegenteil, dann haben sie sich noch weiter abzuheizen mit Arbeiten, die die Reproduktion der Familie sichern.

Hinzu kommt, daß das gesellschaftliche Bewußtsein natürlich auch das subjektive Bewußtsein der Frauen prägt. Danach ist die primäre Aufgabe der Frau, die Reproduktion der Familie zu sichern; daß sie dann zusätzlich durch ihre Lohnarbeit auch noch zum Unterhalt der Familie beitragen muß, wird geflissentlich sowohl von den meisten Ehemännern als auch von dem „gesellschaftlichen Bewußtsein“ (personifiziert betrachtet, zum großen Teil geprägt von ersteren) übersehen. Verwahrlosung und mangelnde Versorgung der Kinder wird erstmal immer den Müttern angelastet und nicht etwa den Vätern, die zu wenig Geld oder Arbeit in die Familie einbringen. Diese gesellschaftliche Rollenzuweisung erzeugt bei den Frauen ein permanent schlechtes Gewissen, führt häufig dazu, daß sie wegen ihrer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit zu Hause alles noch besser zu machen versuchen, was die Belastungen noch vergrößert und Nerven und Gesundheit ruiniert.

Daraus kann nur der Schluß gezogen werden, daß nicht nur eine Verbesserung der materiellen Bedingungen wie Arbeitszeit, -belastung etc. notwendig ist, sondern die Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen und des Bewußtseins ebenso dringlich ist. □

Männerarbeit ist nicht Frauensache-

Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt



Von Anne Knapp

„Die AEG-Telefunken hat in Berlin 16 Fabriken, in denen 24000 arbeiten. Das Zweigwerk, in dem ich gearbeitet habe, ist eine Frauenfabrik mit 2100 Arbeiterinnen, 500 Arbeitern, 400 Angestellten. Die Arbeiterinnen leisten die produktive Arbeit. Die Arbeiter sind als Spezialisten, Meister, Einrichter, Werkzeugmacher, Zubringer im Zeitlohn tätig. Die Arbeiterinnen stellen Radio- Fernsehröhren und Halbleiter im Akkord her.

Über diese Akkordarbeiterinnen will ich schreiben. In der Fabrik gibt es keine Männerakkordabteilung. Die Konzernleitung hat zwei Jahre lang versucht, junge deutsche Arbeiter und später junge ausländische Arbeiter für die Produktion von Röhren im Akkord anzulernen; nach zwei Jahren wurde der Versuch abgebrochen. Die Frauen sagen: die konnten einem richtig leid tun, die hätten den Akkord nie geschafft. Die Arbeiterinnen sitzen weiter da, schaffen weiterhin den Akkord, sie müssen ihn schaffen, denn Frauenfabrikarbeit heißt für 70 Prozent aller Arbeiterinnen Akkordarbeit.“¹



Daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – Männer leisten produktive, Frauen die Reproduktions-Arbeit – sich mit dem Kapitalismus, mit dem Entstehen der großen Industrie aufheben ließe, war die Hoffnung der Theoretiker der Arbeiterbewegung. Doch eine Arbeitsteilung gibt es nach wie vor im gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Es gibt einen nach Geschlechtern geschiedenen Arbeitsmarkt, der engen Gesetzmäßigkeiten unterliegt.

Die Verteilung erwerbstätiger Frauen nach Berufsgruppen zeichnet das klassische Bild „typischer Frauenberufe“: Laut Statistik arbeiten von 100 Frauen 22,9 als Bürofach- und -hilfskräfte, 12,4 als Warenkäufer, 7,1 im Gesundheitsdienst, 5,9 in Reinigungsberufen und 5,5 in der Landwirtschaft. Mehr als die Hälfte der berufstätigen Frauen findet sich in fünf Berufsbereichen wieder, insgesamt stehen nur etwa

zehn Berufsbereiche überhaupt den Frauen offen.

Meistens wird das als ein Problem von Vorurteilen abgetan, von Frauen-Vorurteilen versteht sich. 1978 startete die damalige SPD-Regierung den Modell-Versuch „Mädchen in Männerberufen“; in 21 Modellprojekten werden Mädchen in gewerblich-technischen Berufen ausgebildet, meist in Lehrwerkstätten von Großbetrieben, zusätzlich unter sozialer und pädagogischer Betreuung der Projektleitung.

In der Werbebroschüre schrieb Antje Huber, Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit:

„Wir haben zwar schon einige Schritte vorwärts getan: Mädchen zeigen zunehmend ein großes Interesse an einer qualifizierten Berufsausbildung. Mädchen und Frauen wehren sich, sogar mit Hilfe der Gerichte, wenn sie mit den alten Vorurteilen abgespeist werden sollen. Die

Ergebnisse der Modellvorhaben „Gewerblich-technische Ausbildungsberufe für Mädchen“ und die Resonanz in der Öffentlichkeit zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Wenn es nach mir ginge, könnte aber der Wandel des Bewußtseins noch schneller gehen. Jetzt profitieren von dieser neuen Einstellung zum Beruf und zur technischen Arbeitswelt meist die Mädchen, die besonders mutig sind. Ich hoffe, daß ihr Beispiel möglichst viele anregt, die jetzt noch ohne Ausbildung bleiben oder die, ohne viel nachzudenken, in einem traditionell weiblichen, für sie eigentlich weniger attraktiven Beruf landen.“²

„Mädchen in Männerberufen“ war eine Reaktion der SPD auf die Schlappe der Bildungsreform: Zwar erreichten durch sie die Mädchen dieselben Schulabschlüsse wie Jungen, und doch blieben noch 1976 60% der Mädchen ohne Berufsausbildung. Aber auch bei denen, die einen Ausbildungsplatz erhielten, blieb die berufliche unter der schulischen Qualifikation, vor allem änderte sich an der frauenspezifischen Zuteilung zu Berufen nahezu nichts. (Siehe *Schaubild auf der folgenden Seite*)

Heute steht der Modellversuch recht kläglich da. Wenn Mädchen nach der Ausbildung überhaupt übernommen werden, so meist in wenig zukunftsträchtigen Berufen, die weniger Qualifikations- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten, d.h. in denen eine Dequalifizierung der Männer schon stattgefunden hat. Mangelnde Ausbildungsbereitschaft, Angst vor „der Technik“ ist also offensichtlich nicht die Schranke, die den Zugang zu qualifizierten Industriebereufen versperrt. Vielmehr besteht die darin, daß die Kapitalisten ein spezifisches Interesse an der weiblichen Arbeitskraft haben, nämlich daß sie billig und flexibel ist, und daß sie alles tun, den Zustrom weiblicher Arbeitskraft nahezu ausschließlich entsprechend diesem Interesse zu lenken.

Zu diesen Erkenntnissen ist Lothar Lappe in seinem Buch „Die Arbeitssituation erwerbstätiger Frauen“³ gekommen, auf das ich mich hier im wesentlichen stütze.

In der Untersuchung von sechs Industriebereichen, in denen der Frauenanteil absolut und relativ am höchsten ist, kristallisiert er bestimmte Mechanismen der sogenannten „Segmentierung“ des Arbeitsmarktes heraus. Es handelt sich um die Bereiche:

	Arbeitsrinnen abs.	Anteil an Besch.
Elektrotechn. Industrie	301 736	44,2%
Bekleidungsindustrie	263 210	87,7%
Textilindustrie	205 602	58,0%
opt. u. feinmech. Ind.	49 410	47,0%

Alle Zahlen von 1972

Es sind dies auch die Industrien, in denen die „Leichtlohngruppen“ eine spezifische

links lesen

Sondernummer Frieden

Interview mit Dorothee Sölle
 Ute Volmerg: Kriegsangst
 C. Leggewie: Friedensbewegung
 in Frankreich
 W.-D. Narr: Widerstand üben
 H. Dahmer: Hattenbach und
 atomare Gefahr
 K. Segbers: Sowjetunion und Frieden
 G. Krum: Friedensbewegung und Linke
 E. Jahn: Gewaltfreie Aktionen
 T. Blanke: Demonstrationsrecht
 D. Diner: Streit um die nationale Frage

Sonderheft DM.4.- Einzelheft DM.3.-
 Jahresabo DM.35.-inkl. Versand
 Probeexemplare kostenlos.
 Bezug Sozialistisches Büro
 Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Einzelhefte
 im linken Buchhandel

Behandlung der weiblichen Arbeitskraft signalisieren. Dazu noch weiter unten.

Mit der Fragestellung, was das Gemeinsame an diesen Industrien ist, daß hier insbesondere Frauen eingesetzt werden, hat Lappe Abstand genommen von der üblichen Betrachtungsweise, die daran rumrät, warum gerade Frauen in diese Industrien gehen, um damit der spezifischen Verwertung weiblicher Arbeitskraft auf die Spur zu kommen.

Er findet heraus, daß es Industriebereiche sind, bei denen sogenannte Mechanisierungslücken bzw Hindernisse in der Mechanisierung bestehen. Eine Automation von Arbeitsvorgängen ist zum Beispiel deswegen nicht möglich bzw nicht rentabel, weil die Produktform häufig wechselt (Bekleidungsindustrie), weil Produkte von saisonalen Veränderungen abhängig sind (Nahrung), weil der „moralische“ Verschleiß der Produkte hoch ist und häufige Typenänderung notwendig macht (Unterhaltungselektronik) bzw die Produkte starken Nachfrageschwankungen unterliegen. Entsprechend wird in diesen Bereichen wenig konstantes Kapital pro Arbeitsplatz eingesetzt und in hohem Maße Handarbeit verlangt. Die Produktivitätssteigerung der Arbeitskraft wird durch minutiöse Zerlegung der Arbeitsgänge und Taylorisierung der Arbeit (zum Beispiel Verkürzung der Arbeitswege) erreicht.

„Bei Refa wird der jeweilige Arbeitsvorgang mit der Stoppuhr gemessen und danach das Produktionstempo für Dauertätigkeiten festgelegt. An dieser Zeitvorgabe orientiert sich der Leistungslohn.“

Bei MTM und WF werden Tausende von Arbeitsabläufen durch Zeitlupenaufnahmen in ihre ‚Grundbewegungen‘ (wie Hinlangen, Greifen, Bringen) zerlegt und durch Addition der Einzel-

zeiten ‚Normzeitwerte‘ tabelliert. Durch Umgestaltung von Arbeitsplätzen werden ‚unwirksame‘ Bewegungen eingespart und somit die Stückzahlen gesteigert.

Im Fertigungsbereich Verpacken‘ errechneten die MTM-Leute für den Arbeitsgang ‚Durchzugsschachtel verpackungsbereit machen‘ – eine typische Frauenarbeit – 282 Gesamt-TMU (time measurement units), also 10,152 Sekunden. In dieser Zeit muß die Arbeiterin bewältigen: Zuschnitt im Arbeitsbereich, Lasche hochstellen, 1. Falz bilden, 1. Falz glätten, 2. Falz bilden, 2. Falz glätten, Schachtel aufnehmen, Schachtel aufrichten, Lasche einstecken und durchziehen, wegstellen. 360mal am Tag – darin erschöpft sich, möglicherweise für ein ganzes Arbeitsleben, die Aufgabe einer Frau in diesem Produktionsbereich.“⁴

Der starken Zerlegung der Arbeitsgänge entspricht die Monotonie der Arbeit. Frauen gelten als „monotonieresistent“, für sie werden die Arbeitsplätze mit „repetitiver Teilarbeit“ reserviert. Die Verurteilung auf solche geisttötenden und aufreibenden Arbeitsplätze gibt gleichzeitig die scheinheilige Begründung für die Leichtlohngruppen ab.

„Die elektrischen Schreibmaschinen werden an Takt- oder Schiebebändern montiert. Das Taktband bewegt sich automatisch in einem vorgeschriebenen Zeitrhythmus; in dem Fall der Schreibmaschinenmontage alle sechs Minuten, unaufhaltsam. Kleinere Reparaturen werden vom Arbeiter selbst ausgeführt. Die nötige Zeit muß er sich vom 6-Minuten-Takt abknapsen, in mehreren Etappen von etwa 0,5 Minuten. Gearbeitet wird im Akkord, 72 Maschinen pro Tag und Arbeitsplatz. In der Abteilung 323, Taktband für elektrische Typenhebel-Maschinen, Fertigstellung, Endmontage, wird an zwei Bändern mit je 32 Montageplätzen gearbeitet. Zehn Männer, 22 Frauen. Vor vier Jahren war der Arbeitstakt noch 12 Minuten, aber das wissen die meisten sowieso nicht mehr. Allgemein herrscht die Auffassung, daß man diese Arbeit sowieso nicht länger als drei Jahre aushält.“⁵

AUFSÄTZE ZUR DISKUSSION

Eine das Proletariat seine Siege auf Barrikaden und in Schächtingen erringt kündigt es seine mächtigste Durchhalte-Rolle internationaler Siegen. (Karl Marx)

Nr 23 voraussichtl. Sept 83

Friedensbewegung und deutsche Frage

- Geschichte der Friedensbewegung in der BRD
- Deutschlandpolitik der Sowjetunion
- Konsequenzen der sozialdemokratischen Ostpolitik
- DKP und westdeutsche Friedensbewegung
- Rezensionen zum Thema

VTK*POSTF 16741*6 FRANKFURT

Am stärksten besetzte Ausbildungsberufe

Anzahl der Auszubildenden

1979

JUNGEN		MÄDCHEN	
Kfz-Mechaniker	93947	114465	Verkäuferin
Elektroinstallateur	54054	69803	Friseurin
Maschinenschlosser	43699	39808	Bürokauffrau
Tischler	39090	34566	Industriekauffrau
Maler	37251	33331	Arzthelferin
Maurer	36874	24833	Einzelhandelskauffrau
Gas- u. Wasserinstallateure	31998	23797	Zahnarzthelferin
Grosshandelskaufm.	29030	21758	Bankkauffrau
Bäcker	25544	19718	Grosshandelskauffrau
Fleischer	23003	18489	Bürogehilfin

Arbeiten, die noch nicht restlos mechanisiert werden konnten, werden – bei entsprechender technologischer Erneuerung – ja nicht unbedingt überflüssig, sondern mit Einsatz anderer Maschinerie rationeller ausgeführt. Grundsätzlich, so weist Lappe nach, werden Frauen dabei dequalifiziert, nicht an der neuen Maschinerie angelernt bzw. untergeordneten Tätigkeiten zugeteilt. Das „Humankapital“, durch Ankauf nach „Leichtlohnkriterien“ schon niedrig angesetzt, wird so auf niedrigem Niveau gehalten. Die Stammebelegschaft rekrutiert sich grundsätzlich aus der männlichen Belegschaft, die mit zusätzlichen Ausbildungs- und Anlernmaßnahmen die neue Maschinerie zu bedienen lernt.

„Im Unternehmen wurde bisher der Sohlenschnitt bei der Schuhproduktion in Handarbeit gefärbt von einer sogenannten Schnittfärberin. Es handelte sich bei der Schnittfärberin um eine qualifizierte Spezialarbeiterin, die zur Ausübung ihrer Tätigkeit erhebliche Arbeiterfahrung und vor allem manuelle Geschicklichkeit benötigte. Durch die Einführung einer Schnittfärbemaschine sowie durch arbeitsorganisatorische Maßnahmen, die Transportwege reduzierte und eine Intensivierung der eigentlichen Arbeit am Produkt zuließ, wurde die Arbeitssituation der Schnittfärberin erheblich verschlechtert. Der Übergang von der Handarbeit zu einer Maschinentätigkeit bedeutete für sie, daß sie nur noch eine rein mechanische Arbeit zu verrichten hat. Diese Veränderungen hatten u.a. zur Konsequenz, daß die längere Ausbildung, die die Schnittfärberin ursprünglich zur Ausübung ihrer Arbeit benötigte, heute weitgehend wegfällt.“⁶

Nicht zur Stammebelegschaft zu gehören heißt leichter entlassbar zu sein – ohne Verlust für die Kapitalisten, die in Frauen erst gar nicht investieren in Form von Einarbeitung, Fortbildung oder Umschulung. In diesem Sinne werden Frauen disponibel gehalten.

„Im Unternehmen der Dauerbackwarenindustrie wurden die Verpackungsarbeiten von Hartkeks, Salzgebäck, Kräcker-Gebäck usw., die herkömmlich im Fließbandverfahren manuell durchgeführt wurden, von hochmechanisierten Maschinen weitgehend übernommen. Während die bisher in diesem Bereich tätigen Frauen auch an den gering qualifizierten Arbeitsplätzen vom Typ der Maschinenbedienung und Automatenkontrolle eingesetzt wurden, bevorzugte die Betriebsleitung an jenen Anlagen Männer, deren technische Komplexität als sehr hoch eingeschätzt wurde und deren Arbeitsplätze dem Typ der Maschinenführung entsprachen. Nach der Vorstellung der Betriebsleitung bevorzugten die Frauen selbst die herkömmlichen kurzzyklischen reinen Handarbeiten. Die ständige Bereitschaft, bei Störungen des normalen Ablaufs in der Maschine einzugreifen, beanspruche die Frauen stärker und solche Maschinenführungsarbeiten seien deswegen für Frauen ungeeignet.“⁷

Entsprechend werden Frauen nur in bestimmte Eingangspositionen zugelassen, die keine Aufstiegsmöglichkeiten (Mobili-



tätskette) beinhalten oder nur eine horizontale Mobilität erlauben, zum Beispiel von der Montage zur Qualitätskontrolle. Das entspricht einer Lohnsteigerung von maximal zwei Lohngruppen. Aber allen Frauen-Lohngruppen ist mit dem Ecklohn der jeweiligen Branche die oberste Grenze gesetzt.

„Frau Heinrich ist seit zwölf Jahren Akkordarbeiterin bei AEG-Telefunken. In der Zeit hat sie am Band gearbeitet, Schicht gemacht, in der Zeit hat sie ihr Kind gekriegt und am wenigsten verdient, weil sie keinen Akkord arbeiten konnte, anschließend hat sie für AEG-Telefunken Heimarbeit gemacht, und nachdem sie einen Krippenplatz bekommen hatte, ging es wieder los mit dem Akkord.“

Frau Heinrich arbeitet mit der Hoffnung, irgendwann einmal Prüferin zu werden. Das ist die Hoffnung aller Akkordfrauen: vom Akkord runterzukommen. Einmal im Monat ist es schon Wirklichkeit bei ihr. Einmal im Monat hilft Frau Heinrich der Vorarbeiterin bei der Inventur.⁸

Heute sind es außerhalb des Fertigungsreiches vor allem die Bereiche Handel und Organisations- Büro- und Verwaltungsberufe, in denen weibliche Arbeitskraft angekauft wird. (Den Bereich der Dienstleistungen und der erzieherischen, pflegerischen und Sozial-Berufe habe ich außer acht gelassen, wiewohl „typische“ Frauenarbeit. Da es sich dabei um vergesellschaftete Reproduktionsarbeit handelt, liegt das Auswahlkriterium „weiblich“ zu offensichtlich auf der Hand, als daß es nochmal gesonderter Untersuchung bedürfte, um dort die Segmentierung des Arbeitsmarktes nach Geschlechtern nachzuweisen.)

Die Organisations- Büro- und Verwaltungsberufe haben zwischen 1960 und 1980 einen realen Personalzuwachs von 23% erfahren. Der Frauenanteil bei den Angestellten ist überdurchschnittlich hoch (1967 = 49,2%, 1980 = 65%); es hat eine regelrechte Wanderung von den Frauenindustrien zu den Frauenbüroberufen gegeben, verbun-

den mit der Hoffnung auf sozialen Aufstieg und Verbesserung der Lohn- und Arbeitssituation:

„Ich hab durch die Gewerkschaft einen Schreibmaschinenkursus gemacht, abends, ein Vierteljahr bin ich einmal in der Woche drei Stunden rein und hab dann oben im Betrieb auch gesagt: ‚Also, wenn irgendwie was mit einer Schreiberin ist, die Löhne ausrechnet oder so, dann sollen sie mich hernehmen!‘ Und dann haben sie mir im Herbst gesagt, da im Verkaufsbüro wäre jetzt eine Stelle frei, weil die Sekretärin es allein nimmer schafft. Sie muß ja die ganze Auslandskorrespondenz machen, und da bräuchten sie je mand, der die internen Sachen macht. Hab ich gesagt: ‚Gut, das ist interessant, ich schau mir’s an. Aber so ein Karteikasten, mir ist ganz zweierlei geworden. Da hab ich schon ein bißl Angst gehabt, muß ich ehrlich sagen. Aber ich hab’s jetzt ganz gut geschafft, nächsten Monat mache ich die Prüfung, die interne Angestelltenprüfung. In der Fertigung habe ich ungefähr 740, 750 Mark brutto gehabt, das ist netto 550 ungefähr. Und das werde ich jetzt im Angestelltenverhältnis auch wieder bekommen, zumindest im ersten halben Jahr. Und dann, wenn ich mal fest im Sattel bin, werde ich dann schon kommen und sagen: ‚Ja, Moment mal, entweder ich krieg mehr, oder ich hör auf. Das muß man machen, ich meine, ich muß die zwei Kinder großziehen, da nützt alles nicht.‘“⁹

Sicherlich, das Angestelltenverhältnis bringt gegenüber dem Arbeiterinnendasein sichtbare Vorteile (Wochen-/Monatslohn gegenüber Leistungs-/Stücklohn, längere Kündigungsfristen, spätere Anfangszeiten, Gleizeit, kleine Arbeitseinheiten usw.), jedoch – die Mechanismen im Einsatz der weiblichen Arbeitskraft bleiben im wesentlichen dieselben wie in der Industrie auch. Schon 1955 erscheint folgende Meldung:

„... Auch die Damen an den Schreibmaschinen sind in Gefahr. Das finanziell verführerische ‚Prämien-schreiben‘ zwingt oft zur doppelten Tagesleistung. Anstatt 50000 bis 80000 Typen werden heute bis zu 130000 angeschlagen. Der Werksarzt von Siemens-Reiniger in Erlangen hat

unter 900 Stenotypistinnen 130 berufskranke Damen festgestellt. 30 mußten von ihren Schreibmaschinen Abschied nehmen. Ein einziger Anschlag auf einer durchschnittlichen Büromaschine kostet bis zu 4 Pfund Kraft. Ungalante Erfinder haben dem kleinen Finger der Damen die schwerste Arbeit zugeschoben: das Niederdrücken der Umschalttaste für Großbuchstaben und Satzzeichen "10

Und 1980 zitiert die Frankfurter Rundschau unter der Überschrift „Tätigkeit in zentralen Schreibbüros ist harte Akkordarbeit“ das Angestellten Magazin des DGB, das 50 Verwaltungen untersucht hatte:

„In einem Viertel der untersuchten Verwaltungen gibt es ein Prämien- und Leistungssystem, in einem Drittel eine Leistungsvorgabe und in drei Viertel der Verwaltungen ständige Leistungsmessungen daß Personalabteilungen von einer nur fünf bis sieben Jahre währende Tätigkeitsdauer im zentralen Schreibdienst ausgehen und in der Regel nur jüngere Frauen unter 30 Jahren eingestellt würden.“¹¹

Der Beruf der Stenografin/-typistin wird zu nahezu 100% (97,4% im Jahr 1980) von Frauen ausgeübt. Bis in die 70er Jahre hinein wurde eine Produktivitätssteigerung im Bereich der Textverarbeitung im wesentlichen durch Zerlegung der Arbeitsgänge, arbeitsorganisatorische Maßnahmen und Leistungslohn erreicht, weil eine Mechanisierung und Automatisierung dieser Tätigkeit von der technologischen Entwicklung her

noch nicht effizient war. Mit der Einführung der EDV auf breiter Ebene werden Frauen restlos in die noch nicht technisierten Lücken gedrängt, in die Informations- bzw. Textfassung und -aufbereitung. Daß die unternehmerische Strategie bei solchen technologischen Veränderungen bzw. Rationalisierungen gezielt auf die Dequalifizierung weiblicher Arbeitskräfte abhebt, hat der Forschungsbericht „Frauenarbeit und technischer Wandel“ zum Beispiel für den Handel festgestellt:

„... im Bereich des Einzelhandels (führt) die Umstellung auf Selbstbedienung zu einer zunehmenden Polarisierung zwischen Tätigkeiten mit dispositivem Charakter (die vornehmlich von Männern ausgeübt werden) und repetitiven Handelstätigkeiten (Verkäuferinnen, Kassiererinnen)

Während Einzelhandelskaufleute durch die innerbetriebliche Schulung eine Erweiterung ihrer Qualifikation erfahren, führt die innerbetriebliche Schulung im Bereich der ‚repetitiven Handelstätigkeiten‘ gerade entgegengesetzt zu einer einengenden Spezialisierung und Entwertung der in der Lehrzeit erworbenen Kenntnisse (Kassiererinnen).“¹²

Krasser Ausdruck des Interesses der Kapitalisten an der Disponibilität weiblicher Arbeitskraft ist die Behandlung der Teilzeitarbeit, die fast ausschließlich von Frauen gemacht wird (97%), und zwar vor allem in den Bereichen Reinigung (58% der Beschäftigten), Einzelhandel (25%) und in



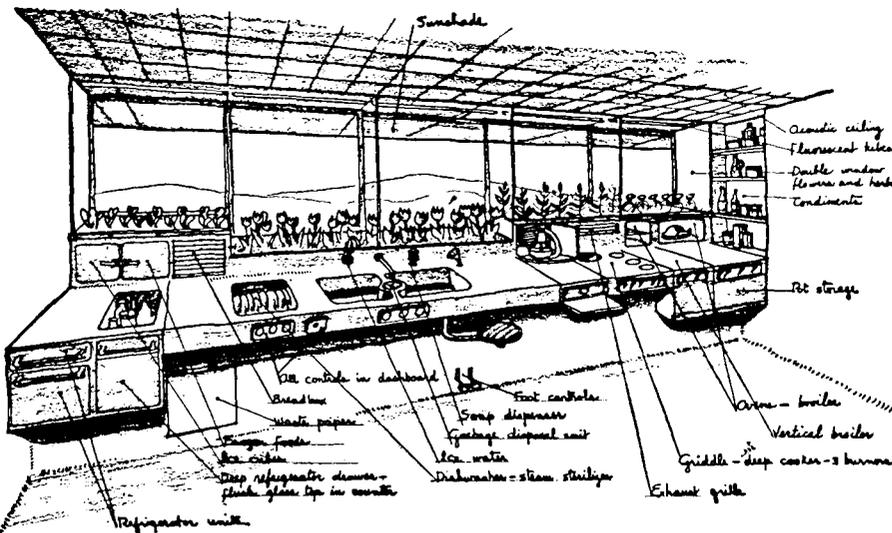
den Büroberufen (15%). In der Fertigung sind es nur 10% der Beschäftigten, die Teilzeitverträge haben.

Teilzeitarbeit – für die Frauen ein Muß, solange Haushalt und Kindererziehung ihre Angelegenheit bleiben – ist das entrechtete Lohnarbeitsverhältnis (erst ab 15 Stunden / Woche besteht Versicherungspflicht) und zielt tendenziell immer auf die höchstmögliche Variabilität im Einsatz von Arbeitskraft (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, Job-sharing, Schichtarbeit).

Die geschlechtsspezifische Zuteilung von Arbeit resultiert – so Lappe – aus unternehmerischen Strategien, sich flexible Reaktionsmöglichkeiten im Einsatz von Arbeitskräften offen und/oder den dort noch hohen Einsatz lebendiger Arbeit billig zu halten.

Dabei muß den Unternehmensleitungen nicht einmal ein bewußtes Vorgehen unterstellt werden, weil das Rekrutierungsmerkmal „weiblich“ schon im allgemeinen gesellschaftlichen Verständnis „geringe Lohnerwartung“, „Zuverdienen“, „keine Aufstiegserwartung“, „Bereitschaft zu Einfachsttätigkeiten“ usw. signalisiert und weil sowieso in Zeiten geringen Arbeitskräftebedarfs in zuverlässiger Regelmäßigkeit die öffentliche Benennung der Frau als Hausfrau und Mutter“ erfolgt.

Nun können wir natürlich nicht an der Tatsache vorbei, daß Frauen offensichtlich zu weniger Konkurrenzverhalten bereit sind, weniger für berufliche Fortbildung tun, sich seltener gewerkschaftlich organisieren (1982 stellten sie 21% der im DGB Organisierten), entsprechend auch eine geringere Rolle im Lohn- und im Kampf um



436a. Küchenarbeitszentrum von George Nelson. 1944. *Be reich für die Essenszubereitung. Das Problem, das der Architekt zu lösen hatte, bestand darin, die Funktionen der großen Einheiten kühlschrank, Herd usw. wie sie gewöhnlich genutzt werden, zu zerlegen, und sie auf eine solche Art wieder anzuordnen, daß sie einen ähnlichen Arbeitsablauf wie an einem Fließband zulassen.* (Fortune Magazine 1944)

436b. Küchenarbeitszentrum von George Nelson. 1944. *Grundriß. Leichte Vorratsschränke als Raumteiler trennen den aneinandergrenzenden Koch- und Eßbereich voneinander* (Fortune Magazine 1944)



Arbeitsbedingungen spielen Lappe vertritt ausdrücklich, daß dieses Verhalten wie auch die „Eignung“ für „weibliche Tätigkeiten“ ein *Resultat* des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes seien.

Zu einer etwas anderen Einschätzung kommt Elisabeth Beck-Gernsheim in ihrem Buch „Der Geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt“ Sie entwickelt, wie Frauen, traditionell mit Reproduktions-Arbeit betraut, ein spezifisches Arbeitsvermögen entwickeln, das sich, weil für private Arbeit erforderlich, an Gebrauchswerten orientiert und nicht an Tauschwerten wie die gesellschaftlich organisierte warenproduzierende Arbeit.

Inhaltliche Identifizierung, Überschaubarhalten des Arbeitsbereichs, ordnende und organisierende Funktion und altruistische Haltung sind Bestandteile dieses Arbeitsvermögens, das, durch geschlechtsspezifische Sozialisation anerzogen und garantiert, einerseits zu (geschlechtsspezifischer) Lohnarbeit herangezogen wird, andererseits aber auch hindert, sich in den Bedingungen der Lohnarbeit zu behaupten:

„Weil für die ‚weibliche Kultur‘ einerseits bestimmte inhaltliche Fähigkeiten und Dispositionen, andererseits ein Überwiegen der inhaltlichen Aufgabenbindung gegenüber der sozialhierarchischen Interessenorientierung charakteristisch sind – deshalb werden diejenigen Berufe, die den inhaltlichen Fähigkeiten und Dispositionen der ‚weiblichen Kultur‘ entsprechen und darum überwiegend von Frauen ausgeübt werden, i.d.R. zugleich auch ein Defizit an Interessenvertretung für Tauschwertansprüche aufweisen und in der Hierarchieskala erheblich unterbewertet. Die eigentümliche Verbindung von beruflicher Hierarchisierung und geschlechtsspezifischer Verteilung erweist sich auf dem Hintergrund dieser Überlegungen dann aber als ein Moment massiver *Benachteiligung*: Insofern Frauen weniger geeignet und geneigt sind, ihren beruflichen Einsatz rücksichtslos nach Gesichtspunkten der Eigeninteressenwahrung zu betreiben – werden ihre Eigeninteressen im Berufssystem rücksichtslos übergangen. Insofern sie die in der ‚weiblichen Kultur‘ angelegte Bereitschaft bewahren, für inhaltliche Aufgabenanforderungen sich einzusetzen und damit sich zu identifizieren – wird dies ‚honoriert‘ mit geringem Ansehen, geringem Einkommen, minimalen Aufstiegschancen. Ihre nicht-berufliche Dispositionen werden im Berufssystem rigoros ausgenutzt, zu ihrer Unterordnung und Unterbezahlung eingesetzt; ihr Festhalten an der Gebrauchswertorientierung wird gegen sie gewandt, zur Minimierung ihrer Tauschchancen verwandt.“¹³

Weibliches Arbeitsvermögen als Chance und Perspektive der Emanzipation der Arbeit im Sinne von Arbeit nach Bedarf und Bedürfnissen – die Frauenfrage so herum zu betrachten, mußten wir uns auch erst durchringen. Sich von verselbständigten Leitbildern und Strategien in der Frauenforschung zu lösen, hat Ulrike Prokop in ihrem Buch „Weiblicher Lebenszusammen-

hang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche“ gefordert, Leitbildern, die etwa für die weibliche Erwerbstätigkeit¹⁴ prinzipiell davon ausgehen, daß es darum ginge, „Defizite“ abzubauen, um die weibliche Arbeitskraft zu integrieren.

Frauen entwickeln eine „kommunikative Produktionsweise“, gekennzeichnet durch emotionale Beziehung zur Tätigkeit, Bedürfnisorientierung in der Arbeit, Leistungsverhalten, das nach Liebe und Anerkennung – nicht nach „Aufgabenstellung“ und Karriere strebt, Gruppenbezogenheit. Solche Produktivkräfte müssen in einer von Waren-Beziehungen bestimmten Arbeitswelt untergehen, als „defizitär“ ausgerechnet werden; andererseits aber entstehen sie im „weiblichen Lebenszusammenhang“, der Familie, unter ungemein beschränkten, miefigen und unterentwickelten „Produktionsverhältnissen“

Frauen können diesen Widerspruch: ihre eigenen produktiven Fähigkeiten entweder unentfaltet in der Familie verkümmern zu lassen oder aber im gesellschaftlichen Produktionsprozeß unterzuordnen, einzustampfen, nur mit Ambivalenz und Kompromissen lösen.

Die Emanzipation der Frau wird, so hat die Betrachtung des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes noch einmal in aller Brutalität bestätigt, über die Teilhabe am gesellschaftlichen Produktionsprozeß nicht hergestellt. Eine Rollengleichheit als quantifizierbare Übereinstimmung von Arbeits- und Leistungsverhalten, von Konkurrenz- und Karrierefähigkeit kann ebensowenig unser Wunsch sein wie der Verbleib in der Familie. Versuche, weibliches Arbeitsvermögen in gesellschaftlicher Arbeit wirksam werden zu lassen, stehen noch ganz am Anfang. □

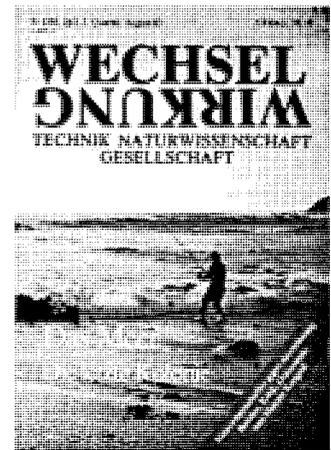
- 1 Marianne Herzog: Akkordarbeiterinnen bei AEG Telefonen, in: Kursbuch 21 (1970)
- 2 Berufe für Männer und Frauen, hrsg.: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1981
- 3 Frankfurt (Campus) 1981
- 4 Der Spiegel v. 25.1.1971, zit. nach: Renate Wiggershaus: Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung, Wuppertal 1979
- 5 Kommunistische Volkszeitung Nr. 9 v. 23.2.1981, Triumph-Adler, Frankfurt
- 6 Forschungsberichte des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) „Frauenarbeit und technischer Wandel“ Göttingen 1973
- 7 Ebenda
- 8 Marianne Herzog, a.a.O.
- 9 Erika Runge: Frauen. Versuche zur Emanzipation, Frankfurt (edition suhrkamp) 1970
- 10 Die Welt v. 15.11.1955, zit. nach: Frauenalltag und Frauenbewegung im 20. Jahrhundert. Materialsammlung zur Abteilung 20. Jahrhundert im Historischen Museum Frankfurt, 1980
- 11 Frankfurter Rundschau v. 17.7.1980
- 12 SOFI, a.a.O., S. 63
- 13 E. Beck-Gernsheim: Der Geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt, Frankfurt (Campus) 1981, S. 145
- 14 U. Prokop: Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche, Frankfurt (Suhrkamp) 1980

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift

für

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler Ingenieure und Techniker
WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

Schwerpunkt:

Das Meer – die letzte Kolonie: Im Blick des Meeresforschers * Das neue Seerecht * Meerwirtschaft im Pazifik * Leben im Watt * Eindeichungen der Nordstrander Bucht * Weitere Themen:
Westliche Technologien in Polen * Der scheintote Darwin * Sex – eine Evolutionskrankheit * Frauen in den Ingenieurwissenschaften * Verantwortung für den Frieden: Der Mainzer Kongreß * Naturwissenschaftler beziehen Stellung * Friede mit der Naturwissenschaft? * Friedensbewegung von oben *

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
DM 5.– Einzelheft
DM 20.– Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten).
erscheint vierteljährlich



Frauen- arbeitslosigkeit

Von Dagmar Mlynczak

Eine entscheidende Grundlage zur Beurteilung der Stellung der Frau in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat ist der Grad ihrer Beteiligung am Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit und ihre Stellung in diesem Prozeß. Die Analyse der objektiven Fakten ergibt, daß die kapitalistische Produktionsweise mit ihren wiederkehrenden Wirtschaftskrisen die diskriminierte Stellung der Frau stets aktualisiert und zuspitzt. Dementsprechend sind die Frauenar-

tigt wurden. Seit die Wirtschaft stagniert und die „große Wende“ eingeläutet wurde, preisen Presse, Funk und Fernsehen vielmehr das alte traditionelle Frauenideal der aufopfernden, tüchtigen Hausfrau und liebenden Mutter

Mit der hohen Arbeitslosigkeit hat sich die Stellung der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik einschneidend verschlechtert. Zwar lasten die härtesten Auswirkungen auf den Arbeitslosen, aber auch

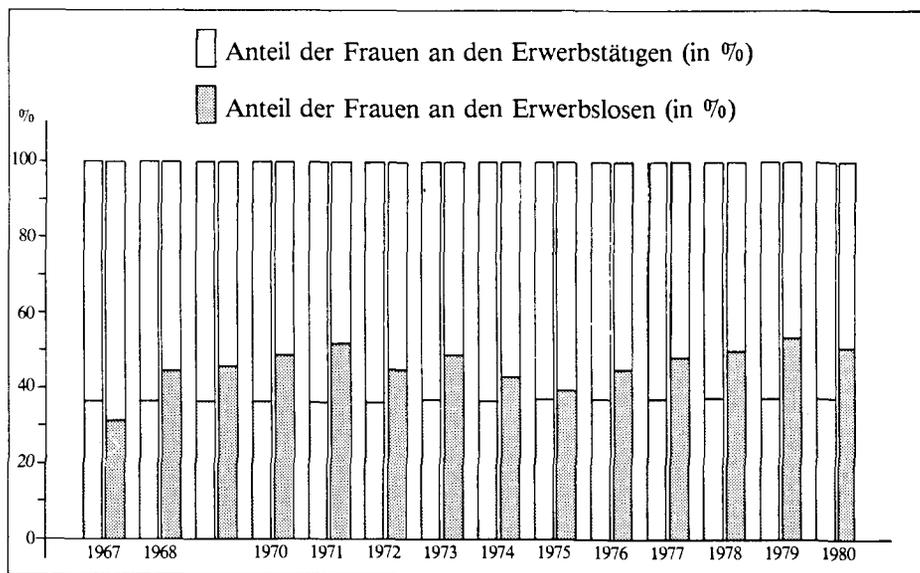
auf, die durch einen Eintritt in das Erwerbsleben ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung verbessern wollen. Somit werden durch die hohe Arbeitslosigkeit von Frauen ihre Gleichberechtigungs- und Emanzipationsbestrebungen erheblich eingeeengt. Wir halten es daher für erforderlich, einen Überblick über Umfang, Struktur und Ursachen der Frauenarbeitslosigkeit zu geben. Hierbei ist allerdings die große Zahl der nicht registrierten weiblichen Arbeitslosen zu beachten (nach Schätzungen der Gewerkschaften etwa 600000), die nicht in die Untersuchungen eingehen.

Obwohl Frauen nur etwas mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen stellen, liegt ihr Anteil an den Arbeitslosen seit 1978 über 50%, d.h. jeder zweite Arbeitslose in der Bundesrepublik ist eine Frau. Frauen sind damit überproportional von den einschneidendsten Auswirkungen der kapitalistischen Krisen betroffen. Das *Schaubild 1* zeigt die Entwicklung seit 1967

Dieses Schaubild zeigt auf, daß seit 1968 von 100 Arbeitslosen zwischen 45 und 55 Frauen sind, obwohl von 100 Erwerbstätigen nur rund 36 Frauen sind. Betrachten wir die Zunahme der weiblichen Arbeitslosen in den verschiedenen Jahren und die Zahl der Vermittlungen von weiblichen Arbeitskräften, so bestätigt sich, daß die Frauen in größerem Ausmaß den Wechselfällen auf dem Arbeitsmarkt ausgeliefert sind. Seit 1973 werden mehr Frauen im Laufe des Jahres arbeitslos als es ihrem Anteil an den Erwerbstätigen entspricht. Dieser Trend verstärkt sich bis 1979 wo die Frauen 42,8% an den neu zugegangenen Arbeitslosen ausmachen. Bis 1981 ist die Tendenz dann rückläufig. (siehe *Tabelle 1*)

Die Zahl der Arbeitsvermittlungen entspricht dieser größeren Betroffenheit nicht. In dem betrachteten Zeitraum (1971 bis 1981) werden die Frauen hier deutlich zurückgesetzt. Nur zwischen 27% und 28% der Arbeitsvermittlungen betreffen Frauen. Eine leichte Besserung zeigt sich 1981 (28,8%).

Die statistischen Zahlen vermitteln jedoch nur ein höchst unvollständiges Bild vom Ausmaß der Arbeitslosigkeit unter den weiblichen Erwerbspersonen, da sie außer dem auch den größten Teil der sogenannten stillen Reserven stellen. So fehlen Angaben über weibliche Arbeitskräfte, die sich nach Verlust ihres Arbeitsplatzes nicht arbeitslos melden, über Hausfrauen, die ihre Absicht, in den Beruf zurückzukehren, aufgegeben haben, weil sie bei der gegebenen Lage auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigungsmöglichkeit sehen. Es fehlen Angaben über die längerfristig arbeitslosen Frauen, die zur stillen Reserve zählen, weil ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld die zeitliche



beitslosenquoten, die Betroffenheit durch Rationalisierungen, Dequalifizierungstendenzen der Arbeitskraft, die Verdrängung vom Arbeitsmarkt, Reallohnseinbußen usw. noch größer als bei den männlichen Kollegen. Von weiblicher Emanzipation vom Kochtopf und von lohnender Erwerbstätigkeit besonders der verheirateten Frauen war nur so lange die Rede, wie zur Aufrechterhaltung hoher wirtschaftlicher Zuwachsraten zusätzliche Arbeitskräfte benö-

die Beschäftigten bleiben nicht ungeschoren. Die berufstätigen Frauen werden gleich von zwei Seiten in die Zange genommen, von der wachsenden Arbeitshetze im Betrieb und von einer Familienpolitik, die alle Reproduktionsarbeiten zurück in die Familie verlagern will, die ihnen ein ständiges schlechtes Gewissen einimpft, wenn sie diesen Anforderungen nicht gewachsen sind. Und insbesondere bauen sich für jene Frauen nahezu unüberwindliche Barrieren

Höchstgrenze erreicht hat und sie darüber hinaus keine Arbeitslosenhilfe erhalten, da hierbei das Einkommen ihres Ehemannes in Rechnung gestellt wird. Nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit sind das etwa ein Viertel der über ein Jahr lang arbeitslosen Frauen. Nach Schätzungen erhöht sich dadurch der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen um etwa 10%.

Von Kurzarbeit sind Frauen dagegen geringer betroffen als Männer – zum Beispiel im November 1977 etwa um das Dreifache weniger. Das ist darauf zurückzuführen, daß im produzierenden Gewerbe, in dem vor allem kurzgearbeitet wird, nur etwa 30% der weiblichen Erwerbstätigen beschäftigt sind. Kurzarbeit dient dazu, in Krisenzeiten die Stammebelegschaft zu erhalten. Da Frauen jedoch selten zur Stammebelegschaft gehören, zählen sie überdies eher zu den Entlassenen.¹

Ein weiteres wichtiges Merkmal der Frauendarbeitslosigkeit ist ihre Dauer. Der Anteil der arbeitslosen Frauen, die zwischen sechs Monaten und einem Jahr ohne Beschäftigung waren, betrug 1980 40,1% gegenüber 34,9% bei den arbeitslosen Männern. Über Langzeitarbeitslosigkeit von mehr als einem Jahr läßt sich aus oben genannten Gründen keine korrekte Aussage machen.

Die hohe Konzentration der erwerbstätigen Frauen auf wenige Berufe und wenige Wirtschaftszweige (mitunter bis zu 90% Frauenanteil an den Beschäftigten) begünstigt eine verstärkte Frauendarbeitslosigkeit. Dazu kommt die Tatsache, daß die typischen Frauenberufe größtenteils Branchen angehören, die sich in Strukturkrisen befinden: die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Leder und Schuhindustrie, der Einzelhandel und in jüngster Zeit verschiedene Bereiche des Dienstleistungssektors. 1980 arbeitete jede zweite Frau im Dienstleistungssektor (Handel; Dienstleistungen, soweit nicht anderweitig genannt; Organisation ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte; Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen), jede vierte Frau im verarbeitenden Gewerbe (hier wiederum in wenigen Wirtschaftsgruppen wie Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Textil- und Bekleidung, Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Nahrungs- und Genussmittel). Demgegenüber verteilen sich die erwerbstätigen Männer gleichmäßiger auf die einzelnen Wirtschaftszweige. Ein Vergleich mit der Struktur der Frauendarbeitslosigkeit zeigt auch hier die spezifische Konzentration auf den Dienstleistungssektor (44,6%) und das verarbeitende Gewerbe (26,6%). Noch deutlicher konzentrieren sich Frauenerwerbstätigkeit und Frauendarbeitslosigkeit, schlüsselt man sie nach Berufsgruppen auf.

Tabelle 1

Jahr	Zugang an Arbeitslosen			Arbeitsvermittlungen		
	insgesamt	weibl.	%	insgesamt	weibl.	%
1967	2545	735	28,9			
1968	1790	550	30,7			
1969	1369	448	32,7			
1970	1296	463	35,7			
1971	1563	567	36,3	2706	745	27,5
1972	1662	606	36,5	2583	728	28,1
1973	1877	693	36,9	2653	728	27,4
1974	2795	1040	37,2	2239	624	27,9
1975	3450	1302	37,7	2127	598	28,1
1976	3256	1317	40,5	2327	639	27,5
1977	3315	1372	41,4	2290	626	27,3
1978	3080	1306	42,4	2138	592	27,7
1979	2844	1217	42,8	2111	581	27,5
1980	3084	1305	42,3	1905	538	28,2
1981	3531	1425	40,4	1622	467	28,8

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), verschied. Jahrgänge
Bemerkung: Der Zugang an Arbeitslosen enthält die neu ins Erwerbsleben Eingetretenen.

Tabelle 2

Berufsgruppen	1970		1973		1980	
	Anteil*	Anzahl	Anteil*	Anzahl	Anteil*	Anzahl
Chemiearbeiter						
Kunststoffverarbeiter	0,8%	80200	0,8%	75000	0,6%	61000
Montier- und Metallberufe	1,3%	125300	1,6%	158000	1,4%	139000
Textil- und Bekleidungsberufe	5,2%	501500	5,0%	499000	3,6%	364000
Ernährungsberufe	2,0%	188200	2,0%	200000	4,3%	433000
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	2,5%	216100	2,5%	248000	2,1%	215000
Warenkaufleute	2,0%	196500	12,3%	1226000	14,4%	1449000
Organisations- Verwaltungs- und Büroberufe	23,2%	2228000	24,7%	2469000	49,1%	4955000
Gesundheitsdienstberufe	4,5%	435600	5,9%	586000	10,7%	1080000
Reinigungsberufe	5,0%	480900	6,0%	603000	5,5%	554000
Pflanzenbauer, Tierzüchter						
Fischereiberufe	9,6%	921000	10,0%	1002000	6,2%	634000
Insgesamt	56,1%		70,8%		97,9%	

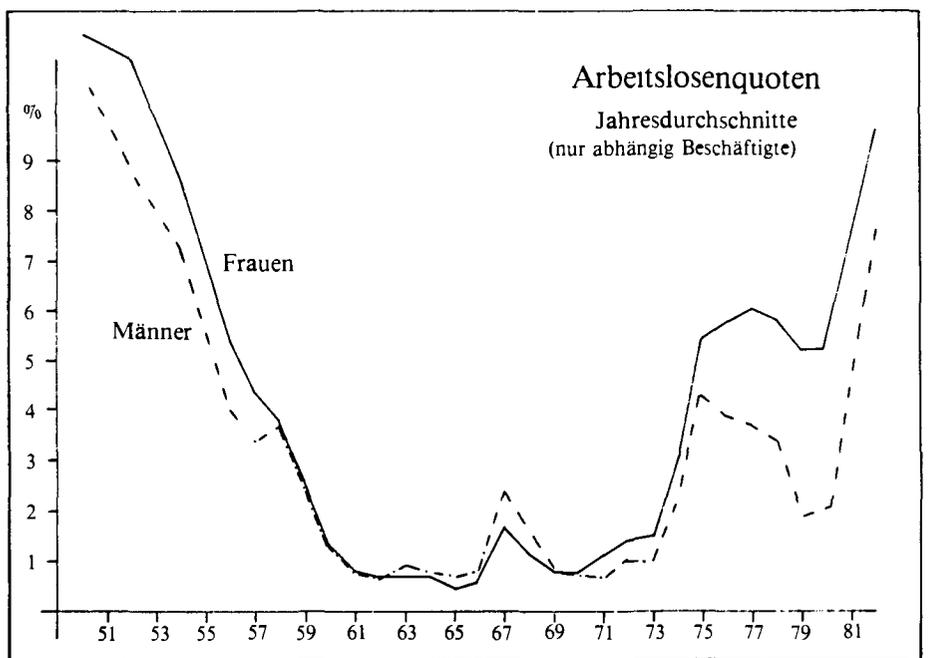
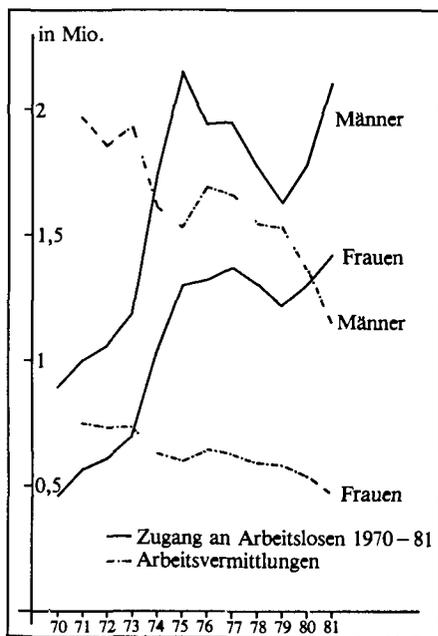
* Anteil an den erwerbstätigen Frauen

Quelle: Statistische Jahrbücher / Mikrozensus

Tabelle 3

	1970—73		1973—76		1976—78		1978—80		1980—81	
	m/%	w/%								
Zunahme der Erwerbspersonen	+4,0	+4,9	-2,9	-0,6	+0,6	+1,5	+2,2	+3,1	+0,8	+2,1
Zunahme des Anteils der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen	+0,1	+0,1	+2,5	+3,3	-0,3	+0,4	-0,5	-0,7	+0,8	+1,3

Quelle: Statistisches Jahrbuch



Verfolgt man die Verteilung der erwerbstätigen Frauen auf verschiedene Berufsgruppen seit 1970, so läßt sich eine zunehmende Konzentration auf bestimmte Berufsgruppen ablesen. So waren in zehn von uns herausgegriffenen Berufsgruppen (s. Tabelle 2) 1970 56,1% der erwerbstätigen Frauen beschäftigt, 1973 waren es schon 70,8% und 1980 dann 97,9%.

Es hat sich in diesem Zeitraum ein frauenspezifischer Teilarbeitsmarkt herausgebildet, der durch geringe Qualifikation, niedrige Bezahlung, fehlende Aufstiegsmöglichkeiten, geringe Arbeitsplatzsicherheit gekennzeichnet ist. Mit seiner Herausbildung ging eine Dequalifizierung der weiblichen Arbeitskraft einher. Frauen finden sich hauptsächlich in der Gruppe der Ungelernten wieder, nur teilweise in der Gruppe der Angelernten und kaum in der Facharbeitergruppe.

Neben der Tatsache, daß in diesen Berufsgruppen der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen höher liegt als es ihrem Anteil an den Erwerbstätigen entspricht, zeichnet sich ein Teil dieser Berufsgruppen als Ganzes betrachtet durch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote aus.

Ich will im letzten Teil dieser Betrachtungen versuchen, einige Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Frauenarbeitslosigkeit in den letzten Jahren aufzuzeigen. Das folgende Schaubild gibt einen Einblick in die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Anzahl der im Laufe eines Jahres arbeitslos gewordenen Frauen verändert sich im Rhythmus der krisenhaft verlaufenden wirtschaftlichen Entwicklung. Die Anzahl von Vermittlungen weiblicher Arbeitskräfte dagegen liegt gleichbleibend niedrig und scheint kaum beeinflusst von Krise oder Aufschwung. Während in den Auf-

schwungzeiten der 60er Jahre, als Arbeitskräfte knapp waren, Frauen in den Betrieben willkommen waren, zeigt sich nun in den Jahren der Stagnation ein deutliches Desinteresse, Frauen einzustellen. Diese niedrige Zahl der Arbeitsvermittlungen hat im Zusammenhang mit der erhöhten Arbeitslosigkeit zu einer stetigen Verschlechterung der Lage der berufstätigen Frauen geführt.

Die höheren Arbeitslosenquoten für Frauen können zwei Ursachen haben, entweder werden im Vergleich zu den Männern mehr Frauen entlassen oder die Frauen, die berufstätig sein wollen, nehmen zu. Um den Einfluß der beiden Faktoren geht es im folgenden. (siehe auch Tabelle 3)

Im Zeitraum 1970 bis 1973 wollen 4,9% mehr Frauen eine Arbeit annehmen, dagegen steigt der Anteil der arbeitslosen Frauen um nur 0,1%. Die zusätzlichen weiblichen Arbeitskräfte wurden also nahezu alle eingestellt. In den Krisenjahren 1973 bis 1976 nehmen die weiblichen Erwerbspersonen um 0,6% ab, die Arbeitslosigkeit unter den Frauen steigt jedoch trotzdem um 3,3%. Es finden also offensichtlich Entlassungen in größerem Umfang statt. Die männlichen Arbeitskräfte sind noch stärker von Entlassungen betroffen. Da jedoch 2,9% aus dem Erwerbsleben ausscheiden, erhöhen sich die Arbeitslosenzahlen nicht entsprechend. In den folgenden Jahren 1976 bis 1978 nehmen die arbeitslosen Frauen weiter zu (0,4% mehr Erwerbspersonen sind arbeitslos). Jetzt wirkt im Aufschwung nach der Krise der Wunsch vieler Frauen, wieder oder erstmals ins Berufsleben einzutreten. Die weiblichen Erwerbspersonen nehmen um 1,5% zu (Männer um 0,6%). Im Vergleich zu den Männern werden mehr Frauen eingestellt. 1978 bis 1980 werden insgesamt alle hinzugekommenen Erwerbstätigen vom Arbeitsmarkt aufges-

gen, und darüberhinaus sinkt die Arbeitslosigkeit. Auch jetzt werden mehr Frauen eingestellt. Im Zeitraum 1980 bis 1981 wächst der Wunsch, berufstätig zu werden, bei den Frauen weiter an. von den 2,1% neu hinzugekommenen Frauen bleiben jedoch mehr als die Hälfte arbeitslos.

Die hier beschriebenen Vorgänge drücken sich auch im Verlauf der Arbeitslosenkurven aus. (siehe Schaubild 2)

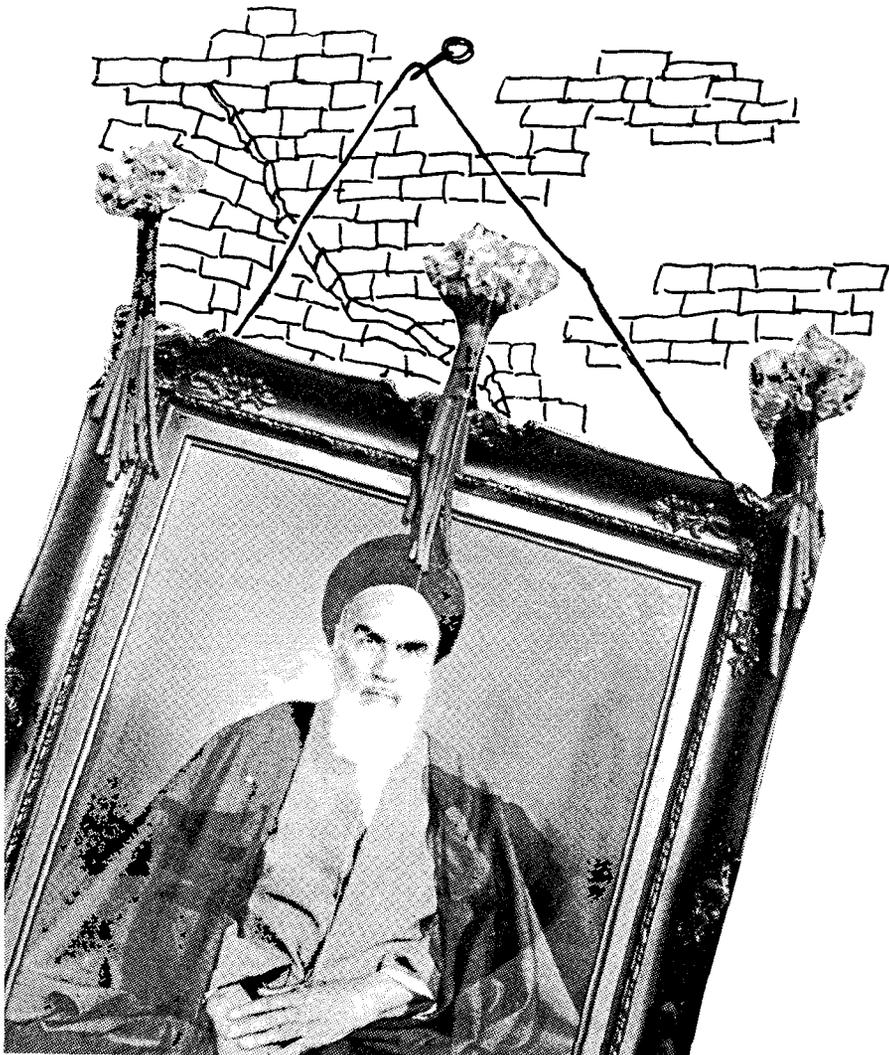
Diese Untersuchungen zeigen, daß die zunehmende Bereitschaft der Frauen, berufstätig zu werden, ein Faktor ist, der die Arbeitslosenquoten ansteigen läßt (dabei ist die Rotation auf dem Arbeitsmarkt, das Wechselspiel von Entlassungen und Einstellungen quer durch verschiedene Wirtschaftsabteilungen, unberücksichtigt). „Diese Frauen sind zum großen Teil für einige wenige frauenspezifische Berufe ausgebildet und finden nicht genügend Arbeitsplätze vor. Auch mit der Übernahme von Mädchen in Männerberufen sieht es nicht so rosig aus. Andere Aspekte sind die Angewiesenheit vieler Frauen auf Teilzeitarbeitsplätze (das sind circa ein Drittel aller arbeitslosen Frauen), die stark verschlechterten Bedingungen einer späteren Rückkehr in den Beruf; Unterbrechung der Berufstätigkeit für längere Zeit bedeutet Dequalifikation und häufig den Zwang zum Berufswechsel. Durch familiäre Eingebundenheit und damit zusammenhängende Ansprüche an Arbeitszeiten, Entfernung vom Arbeitsplatz etc. werden Frauen zur sogenannten ‚schwer vermittelbaren‘ Problemgruppe.“² □

1 Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation, hrsg.. Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSP), Frankfurt

2 Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs- Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 6 (März 1983)

„Das System Khomeinis funktioniert nicht“

Vafa Kermanshani gehört zu den Führern der linken Oppositionsströmung im Iran, die im Sturz des Khomeini-Regimes die Lösung der Entwicklungsprobleme des Landes sieht. Vafa Kermanshani, 1937 in der Provinzhauptstadt Kermanshah geboren, beteiligte sich schon als Jugendlicher in den Jahren 1949 – 53 an der Bewegung Mossadeghs zur Nationalisierung des iranischen Öls. Von 1950 an gehörte Kermanshani der Moskau-orientierten Tudeh-Partei an, aus der er jedoch 1960 wieder austrat, um sich für den Aufbau eines demokratischen und unabhängigen Iran einzusetzen. 15 Jahre seines Lebens verbrachte Kermanshani im Untergrund. Sein Studium der Ökonomie und Rechtswissenschaften verhalf ihm vorübergehend zu einer Tätigkeit als Lehrer. Heute lebt Vafa Kermanshani in den von der Regierungsarmee nicht kontrollierbaren kurdischen Widerstandsgebieten.



Was steckt hinter dem Streit über die Nachfolge Khomeinis? Welche Fraktionen streiten mit welchen Zielen um die Herrschaft?

Hauptsächlich streiten sich im Iran gegenwärtig zwei Gruppen: Eine nennt sich „Linie des Imam“ (Khat-e-Iman), repräsentiert durch die „Islamisch-Republikanische Partei“; die andere nennt sich „Hodjatiéh“ – auch eine religiöse islamische Gruppe, deren Geschichte in die Schah-Zeit und die sogenannten „Anti-Baha’i-Gesellschaften“ zurückgeht. Sie wollten die islamische Schia gegen die Baha’i-Bewegung mobilisieren, die im 19. Jahrhundert im Iran entstanden war und sich dann ausbreitete. Zum sozialen Hintergrund dieser beiden Gruppen: Zuerst einmal ist die „Hodjatiéh“ gegen die Verstaatlichung der Industrie, des Handels und die Kollektivierung des Bodens und glaubt mehr oder weniger an eine liberale kapitalistische Marktwirtschaft.

„Khat-e-Iman“ ist fundamentalistisch und für die Verstaatlichung besonders des Außenhandels, für einen Staatskapitalismus und für eine sogenannte „radikale“ Außenpolitik – sie will den Islam weltweit verbreiten. Sie ist anti-amerikanisch und neigt der Politik Syriens und Libyens zu, die ja mit der Sowjetunion zusammenarbeiten.

„Hodjatiéh“ hat darüberhinaus in religiösen Fragen eine andere Auffassung: Sie ist dagegen, Khomeini als Stellvertreter Allahs anzuerkennen. Das tut sie natürlich nicht offen, sondern setzt dem alleinigen Führungsanspruch Khomeinis die Wiedererscheinung des 12. Imams (des verschwundenen Imams) entgegen. Das drückt sich in der Parole aus „Eile, eile, Imam, komm zur Erde zurück“, dies betont das Kommen des Imams, der nicht Khomeini ist.

Wie funktioniert das Herrschaftssystem der Mullahs und Ayatollahs in politischer wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht? Wie ist es zu erklären, daß die iranische Bevölkerung sichtlich diesem System folgt? Offenbar funktioniert das doch?!

Ich stimme dem nicht zu, daß das System Khomeinis „funktioniert“. Es hängt davon ab, was Sie unter „funktionieren“ verstehen! Auch während der Schah-Zeit gab es westliche Journalisten, die glaubten, daß die Regierung des Schahs die größte, mächtigste und stabilste sei. Aber weil das System im innersten faul war, veränderte sich innerhalb von ein, zwei Jahren die Situation vollständig. Eine nicht sehr gut organisierte Massenbewegung stürzte diese starke Regierung. Khomeinis Regime funktioniert im wesentlichen genauso wie das des Schahs. Die Geschichte unseres Landes zeigt, daß brutale Regierungen funktionieren können. Sogar brutalere Regime als das Khomeinis funktionierten. Aber genauso regelmäßig wurden solche Regierungen durch sehr gewaltsame Gegner gestürzt; sie sind niemals freiwillig abgetreten. Das Funktionieren

* Das Interview führte J. Horlemann mit ihm in Paris.



"CHILE KÄMPFT"

10 JAHRE

Militärdiktatur
Arbeitslosigkeit
Bankrott
Unterdrückung

10 JAHRE

Nach dem Putsch des Diktators Pinochet kämpft Chile auf den Straßen für »Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit«

medico international ruft auf zur Unterstützung von Selbsthilfeprojekten in den Slumgebieten Chiles.

Wir bitten um Spenden!

medico international

Hanauer Landstraße 147 149
6000 Frankfurt/Main 1

Stadtparkasse Frankfurt
Konto-Nr 182

Buchvertrieb Hager GmbH

Mitteilung zu unserem Lieferprogramm

Liebe Kundinnen und Kunden

Leider müssen wir Euch mitteilen, daß wir ab Oktober aus finanziellen Gründen nur noch als Auslieferer für die Verlage Sandler und Kühn tätig sind. und den Vertrieb von Literatur aus anderen Verlagen einstellen werden.

Schwer gefallen ist uns diese Entscheidung bei den chinesischen Publikationen, die ja auch nicht in jeder Buchhandlung zu erhalten sind. Es besteht für Euch aber die Möglichkeit, Literatur aus China über folgenden Vertrieb zu bestellen:

China Studien- und Verlagsgesellschaft mbH
Eschenheimer Anlage 28 · 6000 Frankfurt 1
Tel. 0611 / 5970205

Die CSV wird auch in einiger Zeit unsere Abonnenten der Zeitschriften aus China übernehmen. Bücher, die wir auf Lager haben, werden von uns noch verschickt. Neubestellungen bei anderen Verlagen werden nicht mehr ausgeführt.

Viele Grüße

Euer BUCHVERTRIEB HAGER

der Khomeini-Regierung hängt gegenwärtig von drei Faktoren ab: erstens von der Gewalt. Khomeini verfügt über 120000 „Pasdaran“ („Wächter der Revolution“), die religiös erzogen sind und sich durch Fanatismus gegen andere Gruppen durchsetzen. Sie sind nicht die „Staatssicherheit“, sondern der Vollstrecker der religiösen Gedanken Khomeinis.

Zweitens: Khomeinis religiöse Gefolgschaft besteht in einem Netz von Mullahs in der ganzen iranischen Gesellschaft, sowohl auf dem Land als auch in der Stadt, die über besondere Geheimverbindungen verfügen, gewöhnlich ihre Privatarmeen besitzen, die wiederum aus arbeitslosen und deklassierten Menschen bestehen, die sich von der Zugehörigkeit zu diesen religiösen Gruppen ihr Heil versprechen. Sie sind ein Faktor, der das System stabilisiert.

Drittens: die große Bürokratie im Iran. Die Schah-Bürokratie wurde von Khomeini nicht aufgelöst, sondern übernommen und solange reformiert, bis sie für die Regierung Khomeinis taugte. Es gibt ungefähr zwei Millionen Beamte, die mit den Staatseinnahmen aus dem Öl (in diesem Jahr 24 Milliarden Dollar) bezahlt werden. Das ist eine große Kraft, die für Khomeini ist. Aber außerhalb dieser Gruppen gibt es eine Masse von Leuten, die gegen die Diktatur Khomeinis sind. Es ist nicht wahr, daß sich Khomeini der breiten Unterstützung der Massen erfreut. Als Khomeini vom Exil in den Iran zurückkam, da waren 90% der Leute für ihn. Aber schon nach einem Jahr änderte sich diese Einstellung. Heute können wir mit Bestimmtheit sagen, daß 80% der Menschen die Khomeini-Regierung ablehnen.

Welche Bedeutung haben religiöse Fragen im Iran wirklich?

Man kann sagen, daß alle in der Gesellschaft stattfindenden Kämpfe, das heißt sowohl die Kämpfe der Unterdrückten als auch die Unterdrückungsmaßnahmen der Herrschenden, jeweils eine religiöse Begründung finden. Alle Bewegungen vor der großen bürgerlichen Revolution fanden einen solchen religiösen Ausdruck. Die Geschichte des Kampfes der Iraner um ihre Identität als Nation, als unabhängige Kultur gegen die arabische Besetzung des Landes nach dem 8. Jahrhundert, drückte sich immer in einer religiösen Form aus. Um von den Arabern unabhängig zu werden und um ihre persische Kultur zu bewahren, gründeten die Iraner sogar eine religiöse Bewegung, die sich von der anderer arabischer Länder vollständig unterscheidet, die Schiia-Bewegung oder Schiia-Strömung des Islam. Ein Grund, weshalb sich die Menschen heute noch in religiösen Formen ausdrücken, besteht in der Existenz dieser Diktatur, dieses orientalischen Despotismus. Die Menschen haben gar keine andere

Möglichkeit, sich auszudrücken, als sich auf Allah zu berufen gegen die andere Richtung, die sich auch auf Allah beruft, die Richtung der herrschenden Klasse. Der Grund, weshalb es Khomeini während der Schah-Zeit gelang, die Leute hinter sich zu bringen, hat auch etwas mit dem orientalischen Despotismus zu tun. Es gab keine Demokratie. Deshalb bestand die einzige Möglichkeit der Menschen, sich zu organisieren, ohne daß der Schah unmittelbar dagegen vorgehen konnte, in der Religion.

Wenn man sich den noch immer andauernden Krieg mit dem Irak ansieht: Was sind die Beweggründe?

Vom Standpunkt der iranischen herrschenden Klasse war es in den vergangenen Jahrzehnten so – ob man nun den Schah ansieht oder Khomeini – daß die Größe des Iran, sowohl im Hinblick auf seine Ausdehnung, als auch die Zahl seiner Bevölkerung, die Größe seiner Kultur usw., ihn zur Hauptmacht der Region machte. Besonders während der letzten zehn Jahre der Herrschaft des Schah stilisierte er den Iran als stärkste Macht des Mittleren Ostens; er erklärte, daß keine Entscheidung ohne die Zustimmung des Iran getroffen werden könne – besonders, was den Persischen Golf und die angrenzenden Staaten angeht. Der Schah bediente sich dabei des iranischen Nationalismus. Er betonte immer wieder, daß wir ein Land mit einer zweieinhalbtausendjährigen Geschichte seien, erinnerte an die Herrschaft der Schah, das Kaiserreich Iran usw. Khomeini hat die gleichen Ideen, aber er begründet sie mit der Schiia. Er glaubt, daß der schiitische Islam der beste und wahrste Islam ist. Er sagt, daß die Schiia eines Tages den ganzen Islam bestimmen müsse. Er betont immer diese seine Mission.

Irak ist eines der Länder, das für die Schiiten von ganz besonderem Interesse ist. Denn ein Teil der dortigen Bevölkerung sind Schiiten, ganz abgesehen davon, daß sich die Schreine der wichtigsten Imame der Schiiten im Irak befinden. Besonders in Najav, Karbala usw. sieht man Zentren des schiitischen Islam. Auch Khomeini war ja 14 Jahre lang in Najav. Deshalb wünscht sich Khomeini im Irak eine schiitische Regierung, die engste Beziehungen zum Iran unterhält. Ganz abgesehen davon hat Khomeini vor gut einem Monat noch eine weitere Begründung dafür geliefert, weshalb der Krieg fortgesetzt werden müsse. Er sagte, wenn wir den Krieg nicht fortsetzen, bedeutet dies einen Schritt zurück, und wenn wir einen Schritt zurück gehen, bedeutet dies, daß wir alles verlieren. Wenn Sadam Hussein nicht besiegt wird, greift er uns wieder an. Wenn wir diesen Krieg nicht gewinnen, werden sich die beiden Supermächte auf uns stürzen. Er sagte sogar daß auch die

iranische Bevölkerung sein Regime angreifen werde. Er hat also die Frage der Fortsetzung des Krieges und des Sieges zur Schlüsselfrage seines eigenen Überlebens gemacht.

Und was denken nun die Iraner davon? Sind die auch dieser Überzeugung?

Dieser Krieg kann nicht mehr lange fortgesetzt werden, besonders wenn man erkennt, daß er sinnlos ist und es keine sozialen oder patriotischen Gründe dafür gibt.

Als sich die irakischen Truppen auf unserem Boden befanden, gab es eine Berechtigung für den Krieg. Aber seit über einem Jahr ist dies nicht mehr der Fall, da die Iraker ihre Truppen zurückgezogen haben und Frieden schließen wollen. Das Beharren Khomeinis auf der Fortsetzung des Krieges hat bei den Menschen Reaktionen hervorgerufen, besonders denjenigen, die ihre Kinder in den Krieg geschickt haben und unter denen es Tausende gibt, die nicht wissen, daß aufgrund der schlechten iranischen Taktik ihre Kinder schon tot sind. Deshalb wird Khomeini den Krieg nicht mehr lange fortsetzen können. Anfangs war es so, daß die iranischen Truppen alle ein oder zwei Monate einen großen Angriff durchführten. Inzwischen haben sich die Abstände vergrößert, und der letzte Zeitraum zwischen den Angriffen betrug drei Monate. Das Hauptreservoir Khomeinis, die Kinder und Jugendlichen, geht langsam zu Ende. Er kann nicht mehr so viele mobilisieren wie zu Anfang des Krieges. Statt wie Khomeini zu rufen „Krieg, Krieg bis zum Sieg“ sagen die Leute „Krieg, Krieg, wo ist der Sieg?“ Sie sagen das oder schreiben es an die Häuserwände. Früher ging die Regierung auch in die Fabriken, um Geld für den Krieg zu sammeln. Jetzt geben die Arbeiter kein Geld mehr. Es gibt auch keine Freiwilligen mehr. Die Polizei muß in den Krieg ziehen. Wegen der Haushaltslage ist auch die materielle Situation der Soldaten an der Front sehr schlecht. Auch sind viele Militärführer tot, und das Chaos in der Armee wird daher immer größer. Auch mit den alten Militärführern kann Khomeini nicht mehr rechnen.

Deshalb kann die iranische Regierung den Krieg nicht mehr wie in der Vergangenheit fortsetzen, und es gibt eine große Friedensbewegung zur Beendigung des Krieges.

Diese Friedensbewegung ist Teil der Opposition. Wie kann man die Lage der Oppositionellen heute beschreiben? Wie existieren sie?

Ich will ganz allgemein davon sprechen, denn es gibt sicherlich Hunderte von Oppositionsgruppen. Man kann die Opposition gegen Khomeini in drei große Strömungen einteilen:

1. Die eine ist die monarchistische Strömung. Das sind die Angehörigen der herr-

schenden Schicht, die mit dem Schah gestürzt wurden. Sie gingen in die Opposition zu Khomeini und organisierten außerhalb des Iran Radiostationen und Zeitungen. Schrittweise gelang es ihnen, innerhalb des Iran einige Unterstützung zu erhalten. Als sich die Massen der Leute gegen Khomeini wandten, stellten sich auch die Monarchisten offener gegen Khomeini. Ihr Ziel ist es, Rhesa Pahlevi, einen Sohn des Schah, wieder an die Macht zu bringen. Sie erklären, für eine konstitutionelle Monarchie zu sein. Manchmal kritisieren sie sogar einige Maßnahmen des Schah in der Vergangenheit. Aber innerhalb dieser Strömung gibt es große Differenzen. Kürzlich schloß sich Bakhtiar, der letzte Premierminister unter dem Schah, dieser monarchistischen Strömung an. Diese Leute sind, was die Wirtschaft des Iran angeht, prowestlich. Sie kritisieren aber auch den Westen, weil er sich beim Sturz des Schah zurückhielt. Mehr oder weniger warten sie auf grünes Licht aus den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern. Jetzt sind sie enttäuscht, weil viele westliche Regierungen Khomeini unterstützen. Wenn westliche Regierungen einige kritische Worte verlieren, schöpfen sie wieder Hoffnung für die Zukunft. Aber in der Bevölkerung genießen sie noch keine große Unterstützung.

2. Die zweite Strömung sind die Volksmujahedin und Bani Sadr, die eine Organisation mit dem Namen „Rat des Nationalen Widerstands“ gebildet haben. Ihre Vorsitzenden sind Masud Rajavi und Bani Sadr. Sie haben im Iran eine Opposition aufgebaut, die grundsätzlich Anschläge organisiert und viele Funktionäre des Khomeini-Regimes getötet hat. Sie hofften, durch diese Aktionen die Unterstützung der Massen der Bevölkerung zu gewinnen, um einen Aufstand zum Sturz Khomeinis herbeizuführen. Diese Hoffnung konnte sich nicht erfüllen. Man kann grob sagen, daß sie selbst eine Sektion der herrschenden religiösen Kräfte darstellen, die sich jetzt in der Opposition befinden. Sie wollen eine islamische Republik, aber, wie sie sagen, mit einem demokratischen Gesicht. Sie wollen keine Diktatur nach der Art Khomeinis. Weil Khomeini alles unter dem Vorzeichen der Religion gemacht hat, gibt es heute im Iran eine Tendenz, Staat und Religion zu trennen. Obwohl die meisten Menschen gläubige Mohammedaner sind, meinen sie doch, man sollte staatliche und religiöse Angelegenheiten nicht miteinander vermischen. Der Einfluß der Volksmujahedin ist nicht in dem von ihnen erwarteten Maße gewachsen.

3. Die dritte Strömung ist die Linke. Im Iran gibt es, wie Sie wissen, zwei Arten von Linken: die der Tudeh-Partei, die moskauabhängig ist und die jetzt unter Beschuß

durch Khomeini geraten ist – die meisten Kader und die Führung sind verhaftet worden – und die anderen Linken, die sich aus Opposition gegen die Führung der Tudeh-Partei gebildet haben und als unabhängige Linke bezeichnet werden. Sie sind in den letzten 20 Jahren stark geworden und haben versucht, sich dem Marxismus von einem unabhängigen Standpunkt aus anzunähern. Sie bekennen sich mehr oder weniger zum Marxismus. Sie fühlen sich der arbeitenden Bevölkerung und auch den Bauern verbunden. Aber es ist weder der Tudeh-Partei noch den anderen Linken gelungen, sich wirklich mit der arbeitenden Bevölkerung zu verbinden. Die unabhängige Linke hat damit begonnen, gegen Khomeini den bewaffneten Kampf zu organisieren. Zum Beispiel in Kurdistan, wo es eine starke linke Guerilla-Organisation gibt, die einige tausend Mitglieder zählt; es gibt auch noch andere militärische Stützpunkte dieser Linken im Iran, z.B. der „Komehleh“ (Revolutionäre Organisation der Werktätigen Kurdistans) oder der „Sazemane Cherik Hai Fedajie Khalge Iran“ (Volksfedajin des Iran, Minderheit), „Hezbe Randjbarane Iran“ (Partei der Werktätigen des Iran) oder der „Artesche Rahai Bachsche Iran“ (Freiheitsarmee der iranischen Völker). Auch die kurdische Demokratische Partei, die mehr als 4000 Guerillas hat, bezeichnet sich irgendwie als links, gehört jedenfalls nicht der Rechten an.

Nun, welche der drei genannten Strömungen ist denn die stärkste oder die aussichtsreichste?

Das kann jetzt überhaupt noch nicht gesagt werden. Die Bevölkerung hat sich noch für keine der drei Strömungen entschieden. Wenn sie sich eines Tages entscheidet, einer dieser Strömungen zu folgen, gibt es die Möglichkeit einer großen Veränderung. Wie sich diese Situation entwickeln wird, ist nicht klar. Denn, als die Bevölkerung sich während der Schah-Zeit einer Strömung anschloß, kam nichts Gutes dabei heraus. Von daher ist es sehr zweifelhaft, ob sich die Bevölkerung nur einer der genannten Strömungen anschließen wird. Ich persönlich glaube, daß alle drei Strömungen eine Chance haben. Von daher wird der Wechsel nicht so schnell wie in der Vergangenheit erfolgen. Aber wenn es einen Wechsel geben soll, dann muß es auch eine Form von Koalition geben, in der sich alle Kräfte vereinen, die Khomeini und sein Regime stürzen wollen und gleichzeitig für die Verbrechen der Vergangenheit nicht verantwortlich sind. Ich sehe eine gute Chance für eine Koalition zumindest der Volksmujahedin und der Linken. Nicht sehr bald, aber in der Zukunft. Bestimmt werden diese beiden Strömungen sich gegen die monarchistische Alternative stellen wollen. □



Der Weg der Dollarmacht

Zur Entwicklung des Weltwährungssystems
nach dem II. Weltkrieg

Die meisten marxistischen Untersuchungen zum internationalen Geld- und Kreditsystem der bürgerlichen Welt enden irgendwann in den siebziger Jahren mit der Ableitung des Zerfalls des Systems von Bretton Woods aus den ökonomischen Fundamentalfaktoren. In eigentümlichem Kontrast dazu wird die Entwicklung danach vor allem auf der „oberflächlichen“ Ebene der Konkurrenz der Nationen und vor allem weltpolitisch gesehen, insbesondere seit Reagan. Im folgenden geht es darum, vor dem Hintergrund der

Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren zu einigen Fragestellungen und Thesen über die Entwicklung des internationalen Währungssystems in den letzten zehn Jahren zu kommen, in denen der Zusammenhang von ökonomischen Strukturen und Tendenzen und den geld- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen insbesondere in den USA im Mittelpunkt steht.

Von Joachim Fischer Hansjörg Herr
Klaus Voy
Mitglieder der Gruppe ALSO

Ihre ökonomische und politische Vormachtstellung erlaubte es den USA, nach dem Zweiten Weltkrieg ein Währungssystem ganz nach ihren Interessen zu gestalten. Die 1949 abgeschlossenen Verträge von Bretton-Woods beruhten auf zwei zentralen Elementen: Der Dollar wurde zur Leitwährung erklärt und es wurden feste Wechselkurse vereinbart. Darüberhinaus verpflichteten sich die USA, im Handel zwischen Zentralbanken Dollars jederzeit in Gold umzutauschen. Der private Goldmarkt wurde durch staatliche Interventionen auf 1 Unze Feingold = 35 Dollar gehalten. Faktisch entstand dadurch ein Gold-Devisen-Standard.

Angesichts der Tatsache, daß der Dollar Weltgeldfunktionen zu erfüllen hatte, ist es nicht erstaunlich, daß nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit eine Dollarknappheit herrschte. Da die ganze Welt Dollars wegen ihres Weltgeldcharakters nachfragte, konnten sich die USA als einziges Land eine permanent defizitäre Zahlungsbilanz¹ leisten. Dieses Privileg der USA, ausländische Ver

pflichtungen mit selbstgedruckten Noten² bezahlen zu können, kollidierte anfänglich nicht mit den Interessen der meisten anderen kapitalistischen Länder. Während die Zahlungsbilanz insgesamt nahezu die gesamten 50er und 60er Jahre hindurch defizitär war, wies die Handelsbilanz einen Exportüberschuß auf. Die Zahlungsbilanz der USA war also deshalb defizitär, weil Kapital exportiert wurde, nicht aber wegen der durch Waren- und Dienstleistungsverkehr bedingten Geldströme. Die USA waren während dieser Zeit ein Waren- und Kapitalexport-Land. Dieser Kapitalexport erfolgte zum einen als privater und zum anderen in der Form staatlicher Vermögens- oder Kredithilfen, wobei sich die politische Dimension des Dollarimperialismus auch darin zeigt, daß der Einfluß der staatlichen Transaktionen auf die Zahlungsbilanz bis zum Jahre 1972 beständig stärker war als der der gesamten privaten Kapitalexporte.

Das Zahlungsbilanzdefizit der USA bzw. der Dollarabfluß aus den USA in die übrige Welt hat wesentlich die Finanzierung der Nachkriegsexpansion ermöglicht. Darüber hinaus ist mit dem Zufluß von Dollars in die gesamte westliche Welt nicht nur ein bedeutender Beitrag zum Export des amerikanischen Lebensmodells geleistet, sondern zugleich die Stabilität der internationalen politischen Beziehungen garantiert worden. Große Teile der sogenannten Dritten Welt konnten so – z.B. durch Militär- und Entwicklungshilfe – auf elegante Weise im Einflußbereich des Westens gehalten werden.

Weltwirtschaft und Welthandel expandierten in den 50er und 60er Jahren wie nie zuvor. Die Interessenharmonie zwischen den verschiedenen westlichen Ländern in bezug auf die Währungsbeziehungen ließ sich in dieser historisch außergewöhnlichen Phase relativ leicht herstellen.³

Der Zusammenbruch des Systems von Bretton-Woods und seine Ursachen

Als zentrale Ursachen für den Verfall des Weltwährungssystems ab Mitte der 60er Jahre sind anzusehen die Relativierung der ökonomischen und politischen Hegemoniestellung der USA und in der Endphase des Systems fester Wechselkurse der zunehmende Mißbrauch des Privilegs, Leitwährungsland zu sein. Im Verhältnis zur EG und Japan hat die Bedeutung der USA für den Welthandel ständig abgenommen. Auch der Anteil der USA am Bruttoinlandsprodukt der OECD verringerte sich. Zudem lag etwa die BRD in den 50er und 60er Jahren mit ihren Steigerungsraten der Produktivität insgesamt deutlich vor den USA. Bei festen Wechselkursen aber erhöht eine derartige Konstellation den Im-

port von in anderen Ländern billig(er) produzierten Waren und vermindert relativ den Export.

Die Dollarschwemme ab Mitte der 60er Jahre signalisiert, daß die USA ihr Privileg, mit dem Dollar die Leitwährung selbst produzieren zu können, zunehmend mißbrauchten. Die Zentralbanken der anderen westlichen Länder waren so gezwungen, durch enorme Dollarkäufe den Dollarkurs zu halten. War eine Zeitlang aufgrund der Weltgeldfunktion des Dollars ein gewisses Zahlungsbilanzdefizit der USA durchaus im Interesse aller Beteiligten, so konnten und wollten die anderen Nationen bzw. ihre Zentralbanken ab einem bestimmten Punkt diese Währungspolitik der USA nicht mehr mittragen.

Für die Dollarschwemme selbst gab es mehrere Gründe. Die Ausfüllung der Rolle einer westlichen Weltpolizei erforderte verstärkt staatliche Vermögens- und Kredittransaktionen in die bei der Stange zu haltenden Länder. Im Inland gab es zudem zaghafte Versuche, die immer schon relativ hohe Arbeitslosigkeit und das Elend der marginalisierten Schichten zu bekämpfen. Steigende Staatsausgaben für soziale Zwecke ebenso wie die zugleich zunehmenden Militärausgaben (Vietnam-Krieg etc.) führten zu einer gewaltigen Stimulierung der Nachfrage, die wiederum eine Welle der Inflation auslöste.

Neben diesen innen- und weltpolitischen Motiven hatte die Zinspolitik der USA einen entscheidenden Einfluß für den Zusammenbruch des Systems von Bretton-Woods. Die erste Dollarkrise gab es schon 1960, und während der ganzen 60er Jahre war der Dollarkurs unter sich laufend verstärkendem Druck. Die USA versuchten durch verschiedene Programme⁴ ihr Zahlungsbilanzdefizit zu begrenzen, waren aber nicht bereit, das Mittel einer Zinserhöhung anzuwenden. In den 50er und 60er Jahren war das Zinsniveau der USA beständig unter dem anderer Industrienationen⁵ und war eine beständige Belastung der US-Zahlungsbilanz. Höhere Zinsen wären für die USA das marktkonforme Mittel gewesen, ihre Zahlungsbilanz zu ordnen. Die Konstruktion des Systems von Bretton-Woods, welches andere Nationen zur Dollarstabilisierung zwang, erlaubte es den USA, nationalegoistisch auf Zinserhöhungen zu verzichten. England, welches im 19. Jahrhundert unter dem Goldstandard die Währungshegemonie besaß, war beständig gezwungen, durch eigene Zinsvariationen das Pfund zu stabilisieren und dadurch Goldabflüsse zu vermeiden.⁶ Dabei zeigte sich auch im System von Bretton-Woods das Gold als Frühindikator der mangelnden Währungsdisziplin der USA. Die USA mußten während der 60er Jahre hohe Gold-

abflüsse hinnehmen und ihren Goldbestand fast halbieren. Schließlich zwang die Entwicklung, die Bindung des Dollars ans Gold schrittweise aufzuheben. Dies zeigt, daß die Wertaufbewahrungsfunktion des Dollars schon früh infrage gestellt war.

Die an sich notwendige und nicht durchgeführte Zinserhöhung in den USA hatte auf die Weltwirtschaft der Nachkriegszeit stark expansive Effekte. Neben den durch die Binnenkonjunktur angeregten Exporten vergrößerte das Zahlungsbilanzdefizit die Weltgeldmenge und über Kreditschöpfungsprozesse die Weltnachfrage. Eine mit der realen Expansion sich aufbauende Inflationswelle war die Folge. Die Weltwirtschaft hätte sich wohl ohne die US-Zinspolitik in den 60er Jahren weitaus gedämpfter entwickelt.

Als letzter Todesstoß des Systems von Bretton-Woods ist die Passivierung der Handelsbilanz der USA Anfang der 70er Jahre anzusehen. Dies geschah schon vor der sogenannten Ölkrise.

Kein Land der Welt kann sich auf Dauer gleichzeitig einen Netto-Kapitalexport und einen Netto-Warenimport leisten, da dies zu einem ungebührlichen Geldabfluß führen muß. Die Umkehrung der US-Handelsbilanz hatte zwei Ursachen. Einmal war die Inflationsrate in den USA höher als in den meisten anderen Industrienationen. Unter den Bedingungen fester Wechselkurse erhöhen sich gerade bei überdurchschnittlichen Inflationsraten im Aufschwung die Importe, was entsprechende Effekte in der Handelsbilanz hat. Zum anderen waren die Konkurrenten der USA bei wichtigen Welt-handelsgütern an das technologische Niveau der USA herangekommen oder hatten dieses sogar überschritten.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die relative Interessenharmonie in bezug auf Währungsfragen, die nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit durchaus eine ökonomische Basis hatte, zerbrochen war. Insbesondere für Europa und Japan ergaben sich aus der Leitwährungsfunktion des Dollars und der währungspolitischen Vormachtstellung der USA keine Vorteile für ihre interne Entwicklung mehr. Damit trat automatisch die Konkurrenz zwischen den Nationen wieder stärker in den Vordergrund.

Zu einer Neuordnung des Währungssystems im Rahmen fester Wechselkurse kam es trotz einiger Versuche nicht. Für die USA hätte eine Neuordnung das faktische Festschreiben ihrer Schwächung und den Zwang zum Tragen empfindlicher eigener Lasten bedeutet, und die restliche Welt war nicht bereit, den alten Zustand von Bretton-Woods nur wiederzubeleben. Eine Einigung war deshalb unmöglich geworden.

Die Entwicklungen der Weltwirtschaft und des Währungssystems nach dem Zusammenbruch von Bretton-Woods

In der Phase nach dem Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse bis zur Zuspitzung der Währungskrise 1978/79 überlagerten sich verschiedene Konfliktlinien.

Zunächst waren alle Industriemetropolen von einer Abschwächung ihrer Akkumulationsdynamik betroffen. Die überzyklischen Wachstumsraten sind ab den 70er Jahren geringer als in früheren Dekaden. Dieser Trend belastete die einzelnen Staaten intern als auch den gesamten Weltmarkt. Intern baute sich in allen westlichen Industrienationen die Staatsverschuldung auf. Sie war die Folge bewußter keynesianischer Beschäftigungspolitik, aber größtenteils dem krisenbedingten Auseinanderfallen der Einnahmen und Ausgaben der Staatshaushalte und Sozialversicherungssysteme geschuldet. Diese interne öffentliche Kreditexpansion hat zweifellos auf die Krise der 70er Jahre durch Nachfragestützung stabilisierend gewirkt.

Eine Belastung der Handelsbilanzen bedeuteten die sprunghaften Preiserhöhungen beim Erdöl und anderen Rohstoffen ab der sogenannten Ölkrise 1973. Exportstarke Länder wie die Bundesrepublik konnten die Belastungen durch das Öl relativ leicht bewältigen. Speziell die schon zuvor angeschlagene Handelsbilanz der USA wurde völlig zerrüttet. Die USA wurden zum größten Erdölimporteur der Welt.⁸ Bei Entwicklungsländern ohne wichtige Rohstoffe kam es zu drastischen Verwerfungen ihrer Handelsbilanzen. Neben dem Öl war dies der stagnierenden Nachfrage auf dem Weltmarkt geschuldet, die die Entwicklungsländer besonders hart traf.

Die Probleme der Dritten Welt konnten teilweise durch ein rasantes Ansteigen ihrer Auslandsverschuldung aufgefangen werden. Die Verschuldung verlief, historisch neu, hauptsächlich über private Geschäftsbanken auf dem schnell expandierenden Eurogeldmarkt. Besonders sogenannte Schwellenländer wie Brasilien, Mexiko oder Süd-Korea zeigten der Weltwirtschaft zum Trotz noch enorme Wachstumsraten, die sich später aber als schuldenfinanzierte Schwindelblüten herausstellen sollten. Die externe Aufblähung des Kreditüberbaus hatte wie die interne Staatsverschuldung eine weltweit stimulierende Wirkung. Zusammen mit der kräftigen Nachfrage der OPEC, die ihre Gelder großteils zu Warenkäufen benutzte, gingen von den Entwicklungsländern in den 70er Jahren gewichtige stabilisierende Nachfragewirkungen auf die Industrienationen aus. Nach der Weltwirtschaftskrise 1974/75 zeichnete sich dann auch ein halbherziger Aufschwung ab.

Die oben skizzierten Entwicklungen wurden von Veränderungen des Weltwährungssystems überlagert. Die Weltgeldfunktionen des Dollars waren nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton-Woods angeschlagen. Zwar war der Dollar immer noch die wichtigste Transaktionswährung – vor allem bei Rohstoffen –, aber die reduzierte Bedeutung der USA im Welthandel gefährdet diese Position. So werden die Exporte und Importe Europas und Japans vorwiegend in deren eigenen Währungen fakturiert. Auch die OPEC hat mehrfach angedroht, Erdöl nicht mehr in Dollars abzurechnen.

Die Stellung der USA als Gläubigerland wurde ebenfalls relativiert. Die Schweiz, die BRD und Japan traten zunehmend als internationale Gläubiger auf.⁹ Anders als die USA boten diese Länder bessere Voraussetzungen als Gläubiger, da sie hohe Handelsbilanzüberschüsse aufwiesen und diese durch Kapitalexport ausgleichen konnten. Schließlich war besonders die Wertaufbewahrungsfunktion des Dollars bedroht.

Die Dollarschwemme und die damit verbundene Werteinbuße des Dollars führten zum Bedürfnis, auch andere Währungen als Wertaufbewahrungsmittel zu halten. D-Mark, Schweizer Franken und Yen wurden neben dem Dollar zu Reservewährungen. Dieser Diversifizierungsprozeß der Währungsreserven hat sich nach dem Zusammenbruch von Bretton-Woods beschleunigt.

Insgesamt zeigt das Weltwährungssystem die Entwicklungstendenz zu einem Multi-Währungsstandard. Es gibt keine eindeutige Leitwährung mehr, sondern verschiedene konkurrierende Währungen, die wechselseitig voneinander abhängig sind. Das System läßt sich am besten in der Weise charakterisieren, daß der Dollar zwar nach wie vor den größten Pol im Weltwährungssystem darstellt, aber von verschiedenen anderen Polen abhängt.

Ein Multi-Währungsstandard im Rahmen freien Kapitalverkehrs funktioniert wesentlich anders als ein Währungssystem mit einer eindeutigen Hegemoniewährung. Eine Hegemoniewährung kann als Dirigent des internationalen Orchesters das gesamte Währungsgeschehen lenken und bei keiner allzu einseitigen nationalen Politik stabilisieren. Ein Multi-Währungsstandard ist wesentlich instabiler. Er gleicht quasi einem Oligopolfall, dessen Ergebnis indeterminiert ist. Ein Währungspol – unter Umständen auch ein kleiner – kann mit rigoroser Zinspolitik und einer geringen Inflationsrate die Wirtschaftspolitik der anderen Nationen maßgeblich beeinflussen. Währungskämpfe werden wahrscheinlicher, und Stabilität hat internationale Kooperationsbereitschaft aller zur Voraussetzung.

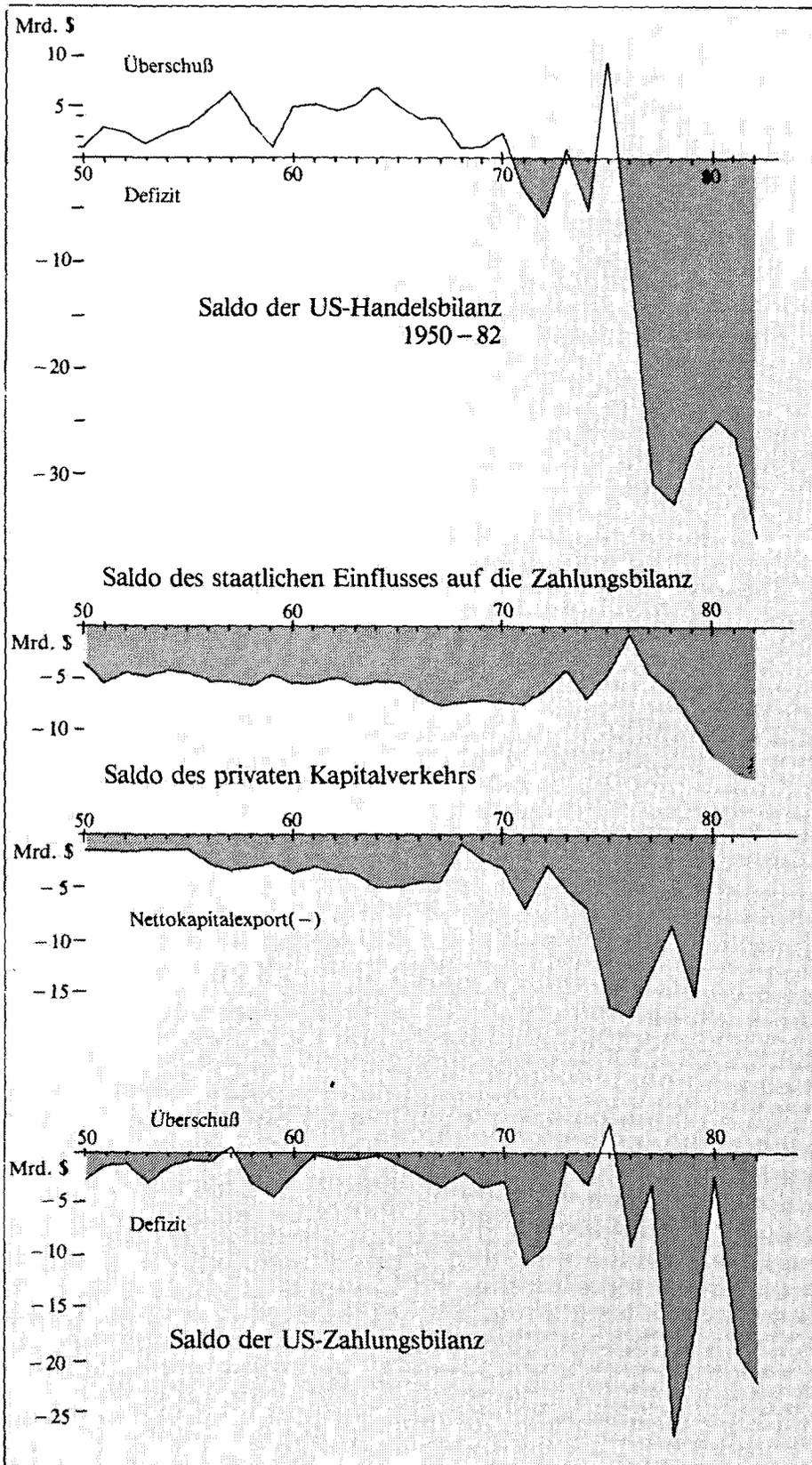
Die Entwicklung zu einem Multi-Währungsstandard spitzte sich 1978 mit einem weiteren Verfall des Dollars zu. Allenthalben wurde von einem Zusammenbruch des Währungssystems gesprochen, welcher durch einen fluchtartigen Ausstieg aus dem fallenden Dollar in andere Währungen und Gold ausgelöst werden könnte. In der Tat war das Währungssystem zu diesem Zeitpunkt in einer kritischen Phase. Im Grunde gab es drei Möglichkeiten:

- die Fortführung der bisherigen Politik mit der Konsequenz extremer Währungsturbulenzen und dem damit verbundenen weiteren Niedergang der Hegemonie der USA,
- eine Kooperation zwischen den industriellen Metropolen zur Neuordnung des Währungssystems. Auch dies hätte die geschwächte Position der USA festgeschrieben;
- eine harte Verteidigungspolitik des angeschlagenen Dollars zur Wiedererlangung einer eindeutigen Hegemoniestellung. Wie bekannt wurde die dritte Alternative gewählt.

Egal welche Lösung der Währungskrise gewählt worden wäre, die Politik der USA wäre immer von entscheidender Bedeutung gewesen. Als stärkster Pol des Währungssystems haben sie den stärksten Einfluß auf das internationale Währungsgeschehen. Es wird im folgenden Abschnitt darum gehen, die Währungspolitik der USA nach dem Zusammenbruch von Bretton-Woods innerhalb der für sie neuen Konstellation eines Multi-Währungsstandards nachzuzeichnen.

Das währungspolitische Dilemma der USA und ihr Kurswechsel der Währungspolitik 1978

Seit dem Zusammenbruch des Systems von Bretton-Woods unterliegt der Dollar starken Schwankungen. Trotz vorheriger Abwertungen in der Endphase des Systems sank nach der Freigabe der Wechselkurse der Dollar gegenüber der D-Mark von 2,90 DM auf 2,29 DM. Nach einer kurzen Phase relativer Stabilität fiel er im Oktober 1978 auf den Tiefpunkt von 1,73 DM. Die Jahre nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton-Woods müssen als eine Periode hoher Instabilität in den Währungs- und daher auch in den internationalen ökonomischen Beziehungen angesehen werden. Der zu befürchtende Fall des Dollars ins Bodenlose wurde allerdings aufgehalten. Seit 1978/79, seit der Wende der amerikanischen Wirtschaftspolitik, steigt der Dollar-Kurs wieder an und liegt derzeit bei etwa 2,50 DM. Dieser Zeitpunkt – 1978/79 – stellt eine entscheidende Zäsur in der Entwicklung dar, denn seither kann von einer Flucht aus dem Dollar nicht mehr die Rede sein. Trotz des Weiterbestehens



Die Angaben über den staatlichen Einfluß auf die Zahlungsbilanz setzen sich zusammen aus: Militärausgaben im Ausland, unentgeltliche Transfers, staatliche Kredite sowie andere staatliche Ausgaben. Der private Kapitalverkehr setzt sich zusammen aus Direktinvestitionen sowie anderen kurz- und langfristigen Kapitalströmen. Der Währungssektor ist unberücksichtigt. In der Zahlungsbilanz sind alle wirtschaftlichen Transaktionen mit dem Ausland zusammengefaßt. Positive Werte führen zu einer Abnahme der im Ausland gehaltenen Dollarbestände, negative Werte zu einem entsprechenden Abfluß von Dollars ins Ausland.
 Quelle: Balance of Payments Yearbook des IMF versch. Jg., eigene Umrechnungen

von Spannungen und massiven Krisenerscheinungen hat die kapitalistische Wirtschaft und insbesondere ihr Geldsystem eine erstaunliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gezeigt.

Die USA versuchten nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton-Woods zunächst sich ganz wie gewohnt ihren nationalen Interessen entsprechend zu verhalten. Der Kapitalexport blieb beim gegebenen – aus konjunkturellen Gründen niedrig gehaltenen – Zins weiterhin hoch. Berücksichtigt man daneben die gewaltigen Defizite der US-Handelsbilanz, so pumpten die USA mehr Dollars denn je in den Rest der Welt. Der entscheidende Unterschied zu den Zeiten von Bretton-Woods war nun aber der, daß der Dollarkurs um so mehr unter Druck geraten mußte, je reichlicher das Dollarangebot auf den Devisenmärkten wurde. Die anderen Zentralbanken kauften nur im Notfall und in begrenztem Umfang noch Dollars auf. 1978 fiel der Dollar daher auf seinen Tiefpunkt.

Prinzipiell hat ein Land längerfristig zwei Möglichkeiten, ständige Devisenströme in nur eine Richtung zu vermeiden: Es kann ein Kapitalexport und gleichzeitig ein Warenexport-Land werden, wie dies z.B. für die BRD gilt. Umgekehrt kann ein Land Warenimport und Kapitalimport verbinden, wie dies z.B. Kanada praktiziert.¹⁰ Auf die Situation der USA mit ihrer defizitären Zahlungs- und Handelsbilanz angewendet, bedeutet das: Entweder wird durch eine Unterbewertungspolitik des Dollars versucht, die Handelsbilanz umzudrehen, also den Export von Waren zu erleichtern, gegebenenfalls verbunden mit der Drosselung der Warenimporte; oder es wird versucht, die Kapitalverkehrsbilanz umzudrehen, also verstärkte Kapitalimporte mit dem Import von Waren zu verbinden. Beide Strategien sind für eine Großmacht allerdings problematisch.

Das Dilemma der Unterbewertungspolitik – ein gescheiterter Versuch

Die US-Wirtschaftspolitik bis etwa Ende 1978 kann als Versuch gewertet werden, durch Unterbewertung des Dollars die Handelsbilanz umzudrehen, die eigenen Warenexporte zu erleichtern, um damit mittelfristig auch wieder Spielräume für Kapitalexporte zu bekommen und dies mit Maßnahmen zur ökonomischen Expansion zu kombinieren. Diese Strategie kann als gescheitert angesehen werden. Der Importüberschuß in der Handelsbilanz stieg eher noch weiter an. Zudem hätte der Dollarkurs noch weitaus stärker fallen müssen, damit das anvisierte Ziel hätte erreicht werden können. Die Gefahr eines internationalen Abwertungswettlaufs wäre nicht auszuschließen gewesen. Zudem gibt es natürlich

grundsätzlich keine Garantie für den Erfolg einer Unterbewertungsstrategie. Denn je nachdem, welche Elastizitäten auf der Angebots- und der Nachfrageseite bei Export- und Importgütern bestehen, kann die Ausweitung der Menge exportierter Güter einhergehen mit weiter steigenden Defiziten aus dem Import von Waren. Die Ausrichtung des nationalen Produktionsapparats auf eine Exporterfolge versprechende, d.h. zugleich das Zahlungsbilanz-Defizit mindernde Produktion und die gegebenenfalls notwendige Umstrukturierung der Nachfrage bei den importierten Gütern sind im übrigen Prozesse, die nur über sehr viel längere Zeiträume wirksam werden können. Im nationalen Rahmen hätte es ferner weitere Beschneidungen der Realeinkommen geben müssen, da der Zwang zur Kostensenkung bei gleichzeitiger Bekämpfung der Inflation die internen Verteilungsspielräume weiter eingeengt hätte.

Die USA steckten damit in einem bislang unbekanntem Dilemma: Sollten die gewaltigen Importüberschüsse, die zum guten Teil die Dollarschwemme bewirkt hatten, abgebaut werden, mußte der Dollar abgewertet werden. In dieser Perspektive kam der Verfall des Dollarkurses der Carter-Regierung nicht ungelogen. Andererseits widerspricht eine Unterbewertungspolitik aber diametral der amerikanischen Großmachtspolitik. Die Stabilisierung von Einflußsphären mittels Kapitalexport wird durch einen eher unterbewerteten Dollar erheblich erschwert. Denn ein unterbewerteter Dollar macht private Kapitalexporte unattraktiv und staatliche Transaktionen ineffektiv. Durch den Zwang, den Dollar knapp halten zu müssen, geraten die USA in ein Dilemma, das den ungehemmten Dollarimperialismus bedeutend einschränkt. Wie die Strategie der Unterbewertung ist aber für die Großmachtinteressen der USA auch eine Politik der Überbewertung prekär. Unter anderem dies zeigt die Entwicklung seit etwa 1978/79.

Die Wende

Schwer zu beantworten ist die Frage, ob die von der Carter-Administration geforderte „Lokomotivstrategie“ einen wirtschafts- und währungspolitischen Ausweg hätte bedeuten können. An dieser Frage entzündete sich damals bekanntlich ein wirtschaftspolitischer Konflikt innerhalb der westlichen Welt: die berühmte Carter/Schmidt-Kontroverse.¹¹ Die USA forderten von den Exportüberschuß-Ländern, insbesondere von der BRD und Japan, durch Zinssenkungen und Konjunkturprogramme die Weltwirtschaft zu stimulieren. Das Ergebnis dieser Lokomotivstrategie sollte eine Anpassung der Inflations- und Zinsraten und auch ein Abbau der passiven US-

Handelsbilanz sein. Auf diesem Wege sollte zugleich der Dollarkurs stabilisiert werden. Ob eine solche gemeinsame Expansionsstrategie zu mehr als einem Aufschwung der Inflationsraten hätte führen können, muß hier dahingestellt bleiben. Jedenfalls waren Europa und Japan zu dieser Politik nicht bereit, und auch die USA wollten aus konjunkturpolitischen Gründen nicht von ihrer Politik abrücken. Der Dollarkurs verfiel daher 1978 schlagartig.

An diesem Konflikt über die angemessene wirtschaftspolitische Strategie läßt sich die eingeschränkte Autonomie der USA nach dem Verfall des Bretton-Woods-Systems verdeutlichen. Das mit diesem System verbundene Privileg, die Anpassungslasten andere tragen zu lassen, ist verschwunden. Es gibt keine „natürliche“ Knappheit des Dollar mehr und es wird sie auch nicht mehr geben. Die USA müssen nun selbst für das Knapphalten des Dollar sorgen und können diese Aufgabe nicht mehr den anderen Nationen zuschieben.

Da nun Europäer und Japaner nichts zur Lösung der Probleme unternahmen bzw. unternehmen wollten, sondern die USA zwingen wollten, die vermeintlich nur USA-spezifischen Schwierigkeiten nicht mehr nur per Zahlungsbilanzdefizit und Inflation auf andere Nationen zu übertragen, blieben der amerikanischen Wirtschaftspolitik prinzipiell nur zwei Möglichkeiten: entweder durch rigide Eingriffe in die ökonomischen Außenbeziehungen, z.B. staatliche Kapitalverkehrskontrollen o.ä., oder durch konsequente Hochzinspolitik als der marktwirtschaftlich adäquaten Form den Erosionsprozeß des Dollars zu stoppen. Bekanntlich ist dem zweiten Weg, der Anregung von Kapitalimporten und der Drosselung der Inflation der Vorzug gegeben worden – und dies auch schon bevor Mr. Reagan die Bühne betrat.

Damit waren die USA erstmals in ihrer Geschichte vom Ausland bzw. von ihren Konkurrenten zu einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel gezwungen worden. Diese neue, für manche schmerzliche, für andere erhebende Konstellation wurde bis in die Physiognomien der dramatis personae – Carter und Schmidt – deutlich.

Aber auch diese Strategie beschert den USA elementare Probleme: Intern droht die Hochzinspolitik die Konjunktur zu erstickern und verschärft die sozialen Probleme. Das Importdefizit wird nicht abgebaut, sondern tendenziell erhöht, da US-Waren teurer und Importwaren billiger werden. International wird auch in diesem Fall der Spielraum für den Dollarimperialismus reduziert, da der amerikanische Kapitalexport zumindest relativ zum Kapitalimport vermindert wird. Einige Erfolge hat die Hochzinspolitik ohne Zweifel gebracht.

Nach der Wende 1978/79 ist die Flucht aus dem Dollar beendet, und es ist auch reichlicher als zuvor privates Kapital in die USA geflossen. Die Handelsbilanz indes hat sich in keiner Weise verbessert, das Gegenteil ist der Fall. Der Importüberschuß besteht weiterhin und verstärkt, und neue Felder für den Export sind nirgendwo auszumachen. Weder in Südamerika, wo Expansionsmöglichkeiten angesichts der schwierigen Lage der nationalen Ökonomien nicht bestehen, noch im Raum der EG, wo kaum jemand z.B. erhöhte Agrareinfuhren aus den USA wünscht, hat der US-Export Chancen.¹³ Es verbleiben die Waffenlieferungen ins Ausland. Auf der anderen Seite darf auch nicht verkannt werden, daß die Effekte der widersprüchlichen Entwicklung der US-Zahlungsbilanz der gesamten ökonomischen Entwicklung im Weltmaßstab noch einen eher positiven Grundton verleihen, denn die Drosselung der Importe würde auch die Wirtschaften der anderen Länder destabilisieren. Letztlich könnten die USA nur aus ihrem Dilemma herauskommen, wenn es gelänge, über eine Industrialisierungs-Offensive technologisch und preislich bei wichtigen Welthandelsgütern wieder eine Spitzenstellung zu erlangen. Dies ist allerdings eine Sache, die sich nicht von heute auf morgen macht. Stattdessen sind Importkontrollen (das schöne und tragische Beispiel Harley-Davidson) und Exportsubventionen eingeleitet worden, und ein Wettlauf des Protektionismus erscheint wahrscheinlich.

Es hat sich zunächst gezeigt, daß mit einer nur kurzfristig orientierten Abwertungspolitik die Struktur der Importe nicht verändert werden kann. Wenn auch die industriellen Exporte der USA in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben, so kann doch von einer gefestigten Stellung seit der Phase der Hochzinspolitik nicht die Rede sein. Nicht zufällig waren es bislang zumeist die ökonomisch eher schwächeren Länder, die den Weg der strikten Hochzinspolitik beschritten haben.

Die Hochzinspolitik war einerseits aufgezungen; und dies charakterisiert die neue Abhängigkeit der USA vom Verhalten der anderen Länder; sie war andererseits eine bewußte und wirtschaftspolitisch gewollte Politik vor allem der Reagan-Administration. Binnenwirtschaftlich war und ist mit ihr ein restriktiver Kurs verbunden. Diese Zinspolitik war dann auch ein wesentlicher Grund für die Doppelrezession in den USA 1979/80. Insoweit wird die Anpassungslast in der Tat von den USA selbst getragen; sie wird allerdings intern umverteilt, so daß Arbeitslosigkeit und Verarmung in den USA zunehmen.

Den USA gelang es mit ihrer Hochzinspolitik den weiteren Verfall des Dollars zu

stoppen. Ebenso wurde der Trend zu einem Multi-Währungsstandard gestoppt, und in diesem Sinne hat die aggressive Politik der USA das Währungssystem paradoxerweise wenigstens kurzfristig stabilisiert. Die gegenwärtige Situation ist aber insgesamt äußerst prekär. Keines der weltwirtschaftlichen und währungspolitischen Probleme ist gelöst.

Die Weltwirtschaft unter dem „Verteidigungskampf“ der USA

Ein Hauptproblem der Dollarschwemme war die defizitäre Handelsbilanz der USA. Dieses Problem hat sich keineswegs entschärft, sondern weiter zugespitzt. Wollen die USA einen erneuten Dollarverfall verhindern, müssen sie die über das Importdefizit abfließenden Dollars über Kapitalimporte ausgleichen. Schon aus diesem Grunde ist auf absehbare Zeit kaum mit fallenden Zinsen in den USA zu rechnen. Weiterhin hohe amerikanische Militär und Wirtschaftshilfe führen ebenfalls zu Dollarabflüssen, die – wenn keine Kaufverpflichtung in den USA vereinbart ist – ebenfalls über private Kapitalströme ins Inland zurückgezogen werden müssen.

Die amerikanische Hochzinspolitik drückt weniger die Stärke, sondern die nach wie vor angeschlagene Hegemoniestellung der USA aus. Die USA sind nun nicht mehr dieses an der Spitze der industriellen Entwicklung stehende Gläubigerland mit hohen Exportüberschüssen, das die „automatische“ Knappheit des Dollars herstellen könnte. Die reale Basis der Hegemonie ist angeschlagen und muß künstlich über hohe Zinsen verteidigt werden. Ob dies gelingt ist mehr als fraglich.

Intern haben die USA mit hoher und wachsender Staatsverschuldung zu kämpfen. Sollen die Staatsausgaben nicht durch zusätzliche Kreditschöpfung, die sofort die Gefahr der Inflation beleben würde, finanziert werden, muß sie durch eine restriktive Politik der Zentralbank ausgeglichen werden. Auch von der Staatsverschuldung gehen deshalb Impulse für hohe amerikanische Zinsen aus.

Die amerikanische Hochzinspolitik ab 1978 hat die Weltwirtschaft schwer belastet. Sie hat nicht nur die Wirtschaftsentwicklung in den USA intern gedrosselt – die Doppelrezession 1980/81 war wesentlich der Zinspolitik geschuldet –, sondern über den internationalen Zinszusammenhang alle wichtigen Industrienationen zu restriktiven Maßnahmen gezwungen. Die zuvor schon krisenhafte Situation der Entwicklungsländer kam zur Eskalation. Enorme Zinszahlungen¹⁴ zwangen ein Land nach dem anderen zur Umschuldung seiner Auslandsverbindlichkeiten. Das Fallen der Rohstoffpreise auf das Niveau der 50er Jahre und weiter schwindende Exportmöglich-

lichkeiten von industriellen Produkten taten ein übriges und brachten selbst OPEC Staaten zur Zahlungsunfähigkeit.

Der neuerlich beschworene Zusammenbruch des Weltwährungssystems durch die Zahlungsunfähigkeit von Entwicklungsländern konnte durch bislang erfolgreiche Umschuldungsmaßnahmen verhindert werden. Es zeichnet sich ab, daß die Kooperation zwischen Banken und internationalen Organisationen genügend Flexibilität besitzt, auch in Zukunft einen Zusammenbruch zu verhindern. Damit sind keineswegs die Probleme gelöst. Die Situation der Entwicklungsländer ist und bleibt ausweglos, wenn nicht strukturelle Änderungen innerhalb des Welthandels (ausgeglichener Warenverkehr mit Entwicklungsländern, Preisgarantien für Rohstoffe etc.) stattfinden. Für eine solche Reform fehlt jeglicher Ansatz. Permanente Umschuldungen werden deshalb zur Normalität des nächsten Jahrzehnts gehören. Man wird dabei zwischen restriktiven Auflagen und deren Lockerung bei sozialen und ökonomischen Zuspitzungen der betreffenden Länder pendeln. Eine stabilisierende Nachfragewirkung seitens der Entwicklungsländer ist nicht mehr zu erwarten. Exporterfolge können sich die Industrienationen im Vergleich zu den 70er Jahren nur noch ausschließlich selbst abjagen.

Insgesamt ist die Weltwirtschaft durch eine Reihe ungelöster Probleme belastet und nur durch kosmetische Eingriffe über tüncht. Die USA sind und bleiben ein destabilisierender Faktor. Sie werden sich vermutlich noch lange auf die Verteidigung ihrer angeschlagenen Hegemonie versteifen und eine Neuordnung des Währungssystems verhindern.

Welche Möglichkeiten hat unter der gegebenen internationalen Situation eine alternative Wirtschaftspolitik einer einzelnen Nation? Eingriffe in die Außenwirtschaftsbeziehungen werden zur absoluten Voraussetzung für einen eigenen wirtschaftspolitischen Kurs. Dabei muß zunächst der Kapitalverkehr, der auch bei flexiblen Wechselkursen langfristige Ungleichgewichte schaffen kann, kontrolliert werden. Aber auch beim Warenverkehr muß gegebenenfalls durch Importquoten mit einzelnen Ländern oder ähnlichen Mitteln ein Ausgleich erzwungen werden. Es gibt nur diese Möglichkeit, einen relativ eigenständigen Weg zu beschreiten. Dies ist nicht unmöglich, wie die Wiederbelebung der relativ isoliert wirtschaftenden Nationen nach der Weltwirtschaftskrise 1929/30 zeigt. Autarkie soll dabei kein Ziel sein; durch geregelte Beziehungen zu anderen Nationen kann eine vernünftige Weltarbeitsteilung angestrebt werden. Besonders Entwicklungsländer dürften an solchen geregelten Beziehungen interessiert sein. □

- 1 In der Zahlungsbilanz eines Landes sind die ökonomischen Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern zusammengefaßt. Die wichtigsten Teilbilanzen sind a) die Handelsbilanz, d.h. die Gegenüberstellung von Warenexporten und -importen, b) die Leistungsbilanz, die zusätzlich zur Handelsbilanz noch Faktor- und Dienstleistungen sowie Übertragungen berücksichtigt, und c) die Kapitalverkehrsbilanz, d.h. die Gegenüberstellung von gegebenen und empfangenen Krediten und ihrer Rückzahlungen. Defizitär ist eine Zahlungsbilanz, wenn Devisenabflüsse zu verzeichnen sind.
- 2 Die Vorstellung, daß tatsächlich Dollarnoten ins Ausland fließen und sich in den Kellern der Zentralbanken ansammeln, ist zu einfach. Fast alle Dollardevisen werden in der Form von US-Staatspapieren (Schatzwechsel etc.) gehalten. Hinter diesen steckt dann letztlich amerikanisches Zentralbankgeld.
- 3 Vgl. B. J. Cohen, *Europe's Money, America's Problem*, in: *Foreign Policy* Nr. 35 (1979)
- 4 Unter anderem wurde zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz 1963 eine Zinsausgleichsteuer (gültig bis 1974) eingeführt, durch die ausländische Geldanlagen belastet wurden. Verschiedene Maßnahmen folgten bis zu direkten Kapitalverkehrskontrollen für Direktinvestitionen 1968 (ebenfalls gültig bis 1974).
- 5 Das traditionell niedere Zinsniveau der USA hatte verschiedene Gründe. Mitentscheidend war die Regulation Q des Banking Act von 1933, die vorsah, daß Sichteinlagen nicht verzinst werden und Termineinlagen bis zu einem Jahr nicht über einen staatlich fixierten Satz verzinst werden durften. Die Regulation Q wurde erst 1970 entscheidend entschärft. Andere Gründe für das niedere Zinsniveau den USA waren ein im Vergleich zur restlichen Welt relativ geringes Wachstum und ein geringeres Einsetzen der Zinspolitik zur Konjunktursteuerung in der USA. Die staatlichen Eingriffe waren übrigens mit einer der Hauptgründe für das Entstehen des Eurodollarmarktes, da außerhalb der USA die gesetzlichen Regelungen umgangen werden konnten. (Vgl. G. Junne, *Der Eurogeldmarkt*, Frankfurt 1976, S. 28 ff.).
- 6 Vgl. J. M. Keynes, *Indian Currency and Finance*, London 1913, S. 15 ff.
- 8 Die Importe an Öl- und Erdölprodukten stiegen von 8,4 Mio. Dollar (1973) auf 26,6 Mio. (1974) und verdreifachten sich bis 1980 auf 79,4 Mio. Dollar. Der entsprechende Anteil an den gesamten Importen betrug 1973 ca. 12%, 1974: 26% und erhöhte sich in 1980 auf 32%.
- 9 Bei der Ausgabe von Auslandsanleihen hatten die USA 1978 nur noch einen Anteil von 29%, die Schweiz 28%, die BRD und Japan je 19%. Auf dem Eurobondmarkt, dem langfristigen Euromarkt, hatten die USA einen Anteil von 52%, die BRD immerhin von 38%. Auf dem Eurogeldmarkt, dem kurzfristigen Euromarkt, dominiert der Dollar 1978 noch mit einem Anteil von 70%.
- 10 H. Riese bezeichnet die Koexistenz von Kapitalimportüberschuß und Warenimportüberschuß als stabilen aktiven Merkantilismus, während die Verbindung von Kapitalexportüberschuß und Warenexportüberschuß stabilen passiven Merkantilismus ausmacht. Vgl. H. Riese, *Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft*, Manuskript Berlin 1983, S. 48 ff. Vergleiche auch H. J. Stadermann, *Schritte zu einer Theorie der internationalen Geldwirtschaft*, Manuskript Berlin 1983.
- 11 Vgl. zur damaligen Kontroverse zwischen Carter und Schmidt: E. Thiel, *Das Verhältnis von Dollar und D-Mark; Analyse und Bewertung eines zentralen Bereichs deutsch-amerikanischer Beziehungen*, Ebenhausen 1981.
- 13 Wie auf der Importseite das Öl hat insbesondere der relative Rückgang der landwirtschaftlichen Exporte, eigentlich eine traditionelle Domäne der USA, die Probleme der Handelsbilanz verschärft.
- 14 Nach Schätzungen des Morgan Guaranty Trust nahm die Außenverschuldung der sieben größten Schuldnerländer zu etwa 40% wegen gestiegener Zinsen zu. (Vgl. *Wirtschaftswoche* Nr. 29 vom 15.7.1983, S. 59)



Nach der ersten Betroffenheit

Der Tod von Cemal Kemal Altun darf nicht umsonst gewesen sein. Diese Forderung muß die Konsequenz nach der ersten Betroffenheit sein und wurde auf den Demonstrationen nach dem Tod und bei der Beerdigung artikuliert. Die Asyl- und Auslieferungspraxis der BRD wurde einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, während sich vorher nur wenige darum gekümmert hatten. Mit der Türkei besteht ein Auslieferungsabkommen. Dabei werden zwei Einschränkungen gemacht. Erstens darf dem Auszuliefernden keine Todesstrafe drohen. Zweitens soll der Grundsatz der „Spezialität“ gewährleistet sein, um politische Verfolgung auszuschließen. Das heißt, der ausliefernde Staat bestimme, für welche Straftat der Betroffene vor Gericht gestellt werden darf. Im Falle Altuns wäre das der Vorwurf der Strafvereitelung gewesen, weil er angeblich Attentätern des Ministers Sazak bei ihrer Flucht geholfen hatte. Nach deutschem Recht gibt es hierfür maximal fünf Jahre, nicht mehr hätte dann das türkische Gericht verhängen dürfen. Die Bundesregierung sieht die Einhaltung des Grundsatzes der Spezialität durch die Türkei gewährleistet. Eine Interpretation des Charakters des türkischen Regimes, die durch den Wunsch nach „Ausländer raus“ und nach dem Militär und der Wirtschaft zuträglichen Beziehungen zur Türkei bestimmt ist. Nicht erst seit dem Fall Beken ist klar daß die türkische Militärregierung „normale“ Straftatbestände vorschiebt, um exilierter Gegner habhaft zu werden. Diesem Auslieferungsrecht ist ein Asylverfahren untergeordnet. Weder ein schwebendes noch ein erfolgreiches Asylverfahren kann gegen eine Auslieferung schützen, die zur Aburteilung eines angeblich unpolitischen Strafbestandes

erfolgt. Soll der Tod von Altun nicht umsonst gewesen sein, so muß zumindest bewirkt werden, daß ein laufendes Asylverfahren wie auch ein gewährtes Asyl jegliche Auslieferung verhindert und daß an die türkische Militärjunta grundsätzlich nicht mehr ausgeliefert wird.

Einflußgebiete erneut abgesteckt

Erwartungsgemäß begann mit dem Teilrückzug der Israelis im Libanon ein weiteres Gefecht im langanhaltenden Bürgerkrieg. Gestützt auf die PLO hatten die Drusen bis 1982 im Chouf-Gebirge eine starke Position gegenüber den falangistischen (christlichen) Milizen. Als die Israelis in den Libanon einmarschierten und die PLO vertrieben, konnten sich die Falangisten in einigen ehemaligen Stützpunkten der PLO im Chouf-Gebirge einnisten, im Schatten der israelischen Truppen. Im Vorfeld des israelischen Abzuges war den christlichen Milizen schon klar daß sie diese Positionen gegenüber den Drusen, die hauptsächlich das Chouf-Gebirge bevölkern, nicht würden halten können. Sie konnten auch nicht einfach auf die von den Maroniten (Christen) beherrschte libanesische Armee hoffen, die ihren Bewegungsspielraum eher einschränken soll. Noch vor dem Teilrückzug errichteten falangistische Milizen „Büros“ in den von Schiiten bewohnten südlichen Stadtteilen Beiruts und besetzten sie mit bewaffneten Kräften. Damit war ein Konflikt mit der schiitischen Miliz Amal angelegt, der auch zum Ausbruch kam, als die Amal ihren (vermutlich vor fünf Jahren ermorderten) Führer Imam Mussa Sadr feierte. Wahrscheinlich von Falangisten beschossen, griff die Amal bewaffnet

ein, und diese wurde wiederum von der libanesischen Armee zusammen mit der internationalen Friedenstruppe angegriffen. Schiitische Kräfte besetzten daraufhin Teile Westbeiruts, woraus sie aber wieder vertrieben wurden. Dann begann der Teilrückzug der Israelis, womit ein Machtvakuum entstand. Im Chouf wird mit ca. 15000 drusischen Milizionären und mit 4 6000 Falangisten gerechnet. Der Plan von Gemayel war im Einverständnis mit den Drusen ein Kontingent von 8000 Soldaten der libanesischen Armee unter Führung eines drusischen Kommandeurs in den Chouf zu schicken. Die Drusen lehnten ab, vor allem aus der Befürchtung, die falangistischen Milizen könnten gegen die drusische Miliz gestärkt werden. Nach dem Rückzug der Israelis griffen die Drusen an und erreichten nach einem Gegenschlag

der libanesischen Armee eine Linie, die in etwa den neuen Kräfteverhältnissen entsprechen dürfte. Soweit der militärische Aspekt. Politisch dürfte Syrien weiter auf dem Weg zu seinem Großsyrischen Reich sein, das die heute von den Syrern besetzten Gebiete einschließt, dem vielleicht einmal ein drusischer Ministaat im Chouf angegliedert sein wird. Der Rest bleibt unter Herrschaft Israels, in welcher Form auch immer die maronitische Mehrheit sich mit ihm arrangieren wird.

Wildost

Fängt so der Weltkrieg an? Als unmittelbarer Anlaß reichte für den Ersten Weltkrieg ja schon ein Kronprinz, und wenn das Deutsche Reich einige Tage vor dem 1. September 1939 von einem ähnlichen Vorfall wie jetzt dem Abschuß eines südkoreanischen Großflugzeuges z.B. durch Polen betroffen worden wäre, dann hätten die Nazis den Kriegsbeginn sicher vorverschoben. Die Frage läßt sich natürlich auch anders stellen. Warum hat damit jetzt nicht der Dritte Weltkrieg begonnen? Wenn die Weltkriegsgefahr noch nie so hoch war wie jetzt, warum haben die Amis die Gelegenheit nicht gleich ergriffen und mit dem angefangen, womit eh viele rechnen? Für die andere Supermacht gilt das gleiche bei einem anderen Vorfall vom gleichen Kaliber. Wollen die beiden nicht, oder können sie nicht?

Merkwürdig. Die Friedensbewegung, die sonst so sensibel auf Anspannungen der Weltkriegsgefahr reagiert, hört man gar nicht. Damit gibt sie beruhigend bekannt, daß sie nicht davon ausgeht, daß die beiden Supermächte beginnen wollen oder können. Je nach Schattie-

rung wird die Betonung eher auf dem Nichtwollen oder dem Nichtkönnen liegen. Das ist der manchmal uneingestandene Grund dafür, daß über diesen Vorfall vergleichsweise cool hinweggegangen wird. Was überhaupt beunruhigt ist der Irrtum, das Versehen. Da wird ein Passagierflugzeug abgeknallt, weil man es für ein Spionageflugzeug hält. Hat es E.P. Thompson nicht schon vor einiger Zeit offen ausgesprochen? Die Mächte sind nicht mehr fähig, ihre Vernichtungsmittel zu beherrschen, und daraus resultiert die Kriegsgefahr. Wer garantiert, daß die Russen nicht demnächst eine Salve ihrer Interkontinentalraketen loslassen, weil ihnen ihr Computer was vortäuscht oder sie sich selber. Ja, wenn sie noch nicht mal eine Boeing 707 von einer 747er unterscheiden können! Wer darin die Ursache für die Kriegsgefahr sieht, für den müßte es doch eigentlich das Beruhigendste sein, wenn sich herausstellt, daß die sowjetische Luftabwehr genau wußte, was sie vor dem Visier hatte, und die sowjetische Führung jederzeit die Lage im Griff hatte.

tm



Joscha Schmierer

Krise des sowjetischen Staatsmonopolismus

Sind durchgreifende Reformen zu erwarten?

Aufregendes scheint sich in der Sowjetunion abzuspielen, „Geheimpapiere“ sollen kursieren und werden obendrein auch noch westlichen Pressevertretern in die Hände gespielt. Andropow, der neue Generalsekretär, spricht von „großangelegten Experimenten“, die in der Planung, dem Management und im sowjetischen Wirtschaftsmechanismus begonnen hätten. Steht in der Sowjetunion eine Reformära bevor, nachdem Breschnew in die Grube gefahren ist und etliche

seiner nächsten Kumpane in den Hintergrund gedrängt worden sind? Bringt ausgerechnet der Mann von der Spitze des KGB einen frischen Wind in die festgefahrenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des sowjetischen Staatsmonopolismus? Als Ökonomik des „Durchwurstelns“ hatte H.H. Höhmann¹ die Wirtschaftspolitik Breschnews während der letzten Jahre charakterisiert. Soll es damit jetzt vorbei sein?

Auch wenn es Breschnew noch eine Weile gemacht hätte, der Machtantritt Andropows hat die unausweichliche Auseinandersetzung um den weiteren Weg der sowjetischen Ökonomie höchstens beschleunigt. Die Krisenerscheinungen der sowjetischen Wirtschaft machen eine solche Auseinandersetzung unumgänglich, und die Frage ist bloß, ob man sie einigermaßen mitkriegen kann oder ob sie nur an ZK und Politbürobeschlüssen im nachhinein ablesbar ist.

Schon im Februar 1982 sprach das Akademiemitglied Aganbegian, Ökonom, in der *Prawda* von einem „nicht nur relativen, sondern absoluten Rückgang des Wachstums“. In *Le monde diplomatique* vom Dezember 1982 hatte Jean-Marie Chauvier ein Klima der Unsicherheit festgestellt und eine „Reformdebatte“ prognostiziert:

„Das abweichende (dissidente) Denken ist schonungslos unterdrückt worden, aber das Nachdenken hat deshalb nicht ebenfalls aufgehört und hat vielleicht an Ausdehnung gewonnen, was es an Schärfe des Ausdrucks verloren hat. Niemals früher hat sich das Bewußtsein von Mängeln, von Enttäuschung und moralischer *Malaise* so in der Literatur und in der Presse, hier vor allem über Leserbriefe, niedergeschlagen. Die Diskussion über die Zukunft der Landgebiete oder die großen ökologischen Gefahren hat beinahe den Charakter einer politischen Debatte angenommen.

Die jüngsten Alarmrufe von Ökonomen wie Aganbegian und Trapeznikow – die gleichen wie am Vorabend der Reform von 1965 – sind sicherlich ein Indiz. Das gilt auch für das Interesse, das an den ungarischen Erfahrungen besteht und den ‚Hauch von Reform‘ der in der Landwirtschaft spürbar wird. Auch wenn die Änderung unvorhersehbar ist, so wird sie nichtsdestotrotz schon mehr und mehr als notwendig empfunden.“²

Der Hinweis auf die Reform von 1965 ist angebracht, wenn man

sich keinen Täuschungen darüber hingeben will, was bei sowjetischen Reformdebatten an Reformen schließlich herauskommt. Schließlich reduzierte sich die Reform damals auf einige Änderungen bei den Plankennziffern, die am Charakter der Planung als Befehlswirtschaft in Naturalgrößen³ nichts änderten, und auf einige „großangelegte Experimente“, die schließlich im Sand verliefen. Die „Reform in der Reform“ während der 70er Jahre wirkte dann dahin, daß überall dort, wo es zu Friktionen zwischen dezentralen Tendenzen und der zentralistischen Befehlswirtschaft gekommen war letztere gefestigt wurde. An ihr, daran läßt weder Andropow noch der Planungschef Baibakow irgendeinen Zweifel, soll trotz aller „großangelegten Experimente“ auf keinen Fall gekratzt werden. Das kann auch bei den sowjetischen Reformen von oben gar nicht anders sein. Ein bißchen radikaler geht es da schon in dem „Nowosibirsker Papier“⁴ zu, wo die zentrale Befehlswirtschaft dafür verantwortlich gemacht wird, daß der Sowjetunion bisher der Übergang von einer extensiven zu einer intensiven Expansion nicht gelungen sei und wo ein gesellschaftliches Bündnis jener „Gruppen“, die an diesem Übergang ein Interesse haben, gegen die „Gruppen“, die ihn aus eigenen Interessen verhindern wollen, gefordert wird.

Charakter der gegenwärtigen Krise des sowjetischen Staatsmonopolismus

Zunächst ist es angemessen, die Krise der staatsmonopolistischen Ökonomie gemäß ihren eigenen Intentionen und Kriterien zu beschreiben. Der sowjetische Staatsmonopolismus intendiert die Konzentration einer wachsenden Masse von Produktionsmitteln und Produkten in der Hand des Staates, wachsende Akkumulation hat absoluten Vorrang ge

genüber der erweiterten Reproduktion der gesellschaftlichen Produzenten und Individuen, deren individueller Konsum aus dem Staatsmonopol herausfällt, dessen Akkumulation schmälert und seine Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum einschränkt. Innerhalb der Reproduktion der Bevölkerung hat deshalb auch stets die sogenannte „gesellschaftliche Reproduktion“ Vorrang, weil hier die Mittel der Befriedigung der Bedürfnisse in der Hand des Staats und die Individuen unter seiner Kontrolle bleiben. Die Verbesserung der individuellen Reproduktion der Individuen wird vom Staatsmonopol nur in dem Umfang angestrebt und zugelassen, als sie zur erweiterten Reproduktion des Staatsmonopols unumgänglich erscheint oder aufgrund von tatsächlicher Macht der gesellschaftlichen Individuen auch unumgänglich ist. Erweiterte Reproduktion der Individuen ist nur Mittel des Staatsmonopols für das notwendige Wachstum der Arbeitsproduktivität, insofern sie dessen Voraussetzung bildet, also selber ein Faktor der Akkumulation des Staatsmonopols ist.

Kriterium einer erfolgreichen Entwicklung ist deshalb der wachsende Umfang des stofflichen Reichtums in der Hand des Staatsmonopols, woraus sich auch die Wertschätzung der Bruttonproduktion als Maß des Fortschritts erklärt. Wie im Kapitalismus nur die Arbeit und die Produktion in das Bruttosozialprodukt eingehen, die sich in Geldumsätzen niederschlagen, so zählt im Staatsmonopolismus nur jene Arbeit und Produktion, deren Produkt in die Hand des Staatsmonopols fällt. Ist im Kapitalismus jene Arbeit produktiv, die dem Kapital Profit bringt, und gilt alle andere Arbeit nur als Einschränkung der Verwertung des Kapitals, so gilt im Staatsmonopol nur jene Arbeit als produktiv, die die Verfügung des Staatsmonopols über den gesellschaftlichen Reichtum erweitert. Alle andere Arbeit ist bestenfalls geduldet, weil unerlässlich, oder illegal, weil außerhalb der staatlichen Kontrolle verausgabt, auch wenn sie nicht direkt verfolgt wird.

In den eigenen Kriterien gemessen, drückt sich die Krise des sowjetischen Staatsmonopolismus zunächst in einem Rückgang der Wachstumsraten der staatsmonopolistischen Produktion und in der wachsenden Diskrepanz zwischen den geplanten und den tatsächlichen Wachstumsraten aus. Könnten sinkende Wachstumsraten einfach nur Ausdruck vorübergehender Schwierigkeiten sein, die relativ leicht und in angemessener Frist durch die „Vervollkommnung“ der Planungsinstrumente etc. überwunden werden, so weist die laufende und wachsende Diskrepanz zwischen geplanten und tatsächlichen Wachstumsraten auf einen tieferen Widerspruch hin, auf Widersprüche der staatsmonopolistischen Produktionsweise selber. Dabei legen wir keinerlei dem Staatsmonopolismus fremde, also menschliche oder natürliche Maßstäbe an, sondern nur seine eigenen. Auffällig ist, daß beide Krisensymptome – Rückgang der Wachstumsraten und wachsende Diskrepanz zwischen geplanten und tatsächlichen Wachstumsraten – besonders bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität ins Auge springen. (s. Tabelle) Offenbar konnte die staatsmonopolistische Produktionsweise nur solange mit beachtlichen Wachstumsraten aufwarten, als diese durch rigorose Einschränkung der Reproduktion der Individuen und speziell ihrer individuellen Konsumtion einerseits und die quantitative Aufhäufung von sachlichen Produktionsmitteln andererseits gewährleistet werden konnte, als über eine Masse menschlicher Arbeitskräfte und natürlicher Ressourcen verfügt wurde, die ihrerseits keiner Pflege bedurften. Jetzt wo die Arbeitskraft rarer wird und im Rohzustand nur noch teilweise wachstumsfördernd vernutzt werden kann und wo die leicht zugänglichen natürlichen Ressourcen sich erschöpfen, treten die spezifischen

Schwächen der sowjetischen Produktionsweise nicht nur gegenüber einer denkbaren sozialistischen Produktionsweise, sondern auch gegenüber dem realen Kapitalismus hervor

Gegenüber dem Kapitalismus fällt sie nicht nur in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität ab, sie übertrifft ihn gleichzeitig bei der Materialverschwendung und der Unterhöhung der natürlichen Ressourcen. In der kapitalistischen Produktionsweise wird über den Markt- und Preismechanismus, also in der Form von sachlichen Zwängen, eine gewisse Ökonomie der Zeit wie auch eine gewisse Ökonomisierung des konstanten Kapitals, d.h. etwa der Rohstoffe und der Energie, erzwungen. Appelle und Befehle der sowjetischen Machthaber waren und sind zwar wirksam, wo es um die Fertigstellung gewisser zentraler Projekte geht oder um die quantitative Ausdehnung bereits entwickelter Produktionen, aber ein Wachstum der Arbeitsproduktivität und eine Verringerung der Material- und Energieverschwendung können sie nicht wirksam erzwingen. Die versachlichte Form ökonomischer Zwänge, wie sie in der kapitalistischen Produktionsweise wirken, ist hier offensichtlich wirkungsvoller als die Befehlswirtschaft der Personifikationen des Staatsmonopols.⁵

Erscheinungsformen der sowjetischen Wachstumsschwierigkeiten

Hans-Hermann Höhmann, einer der sorgfältigsten Beobachter der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung, faßt die Ursachen der Wachstumsschwierigkeiten der sowjetischen Ökonomie in der laufenden elften Fünfjahresplanperiode als eine Reihe von Engpässen zusammen, den Produktivitätsengpaß, den Investitionsengpaß, den Energieengpaß, den Landwirtschaftsengpaß und den Konsumgüterengpaß.⁶ Diese Engpässe liegen freilich nicht einfach auf verschiedenen Feldern, sondern heben nur unterschiedliche Aspekte der gegenwärtigen Krise des sowjetischen Staatsmo-

Entwicklung Bruttonproduktion und Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft

	1961-65	1966-70	1971-75	1976-80	1976-78	1979-82
Industrie						
Bruttonprod.	8,6	8,4	7,4	4,4	5,1	3,3
Gruppe A (Produktionsmittel)	9,6	8,6	7,9	4,7	5,4	3,
Gruppe B (Konsumgüter)	6,3	8,3	6,5	3,9	4,2	3,3
Arbeitsproduktivität	4,6	5,7	6,0	3,2	3,5	2,3
Landwirtschaft						
Bruttonprod.	2,3	4,3	0,8	1,5	4,5	-0,6
Arbeitsproduktivität	3,4	6,5	1,4	2,5	6,3	-0,4

Abweichung der Arbeitsproduktivität in der Industrie vom Plan (1975 = 100)

	1976	1977	1978	1979	1980
Arbeitsproduktivität	103	107	111	114	117
Abweichung v. Plan	-0,4	-1,8	-3,7	-7,8	-13,6

nopolismus hervor. Durch die Bevölkerungsentwicklung in der Sowjetunion – Rückgang in den russischen Gebieten, Bevölkerungswachstum in den asiatischen Randgebieten, insgesamt Stagnation – ist Wachstum mittels Unterwerfung neuer Arbeitskräfte unter das Staatsmonopol erstmal abgeschnitten. Verschiebung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die städtische Industrie ist ohne größere Fortschritte der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit nicht zu machen, da die landwirtschaftliche Produktion selber einen Engpaß darstellt, der wiederum die Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung behindert, was seinerseits auf die Arbeitsproduktivität negativ zurückschlägt. Während einerseits große Investitionen in der Landwirtschaft notwendig sind, die sich aber nicht in einer entsprechend steigenden Produktion niederschlagen, sind gleichzeitig absteigende Investitionen in der Industrie notwendig, um die sachlichen Grundlagen für eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu verbessern. Wird aber das Investitionsvolumen bei stagnierender Produktion auf Kosten der Konsumtion ausgedehnt, verschärft dies wieder die Engpässe bei der Nahrungsmittelversorgung und bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Der Energieengpaß seinerseits macht große Investitionen erforderlich. Ein grundlegendes Problem ist der wachsende Anteil der Rüstungsproduktion, der der Akkumulation wie der Konsumtion Mittel entzieht.

In dieser festgefahrenen und komplizierten Situation ist es für die sowjetischen Staatsmonopolisten wichtig, das „Hauptkettenglied“ herauszufinden, um die Überwindung der verschiedenen Engpässe in Angriff nehmen zu können. Dies ist um so wichtiger als die sowjetische Wirtschaftsweise ihre Stärke gerade in einer Konzentration der Kräfte auf wenige Schwerpunkte hat und sich als zentralistische Befehlswirtschaft auch nur dann einigermaßen bewähren kann, wenn die Schwerpunkte feststehen, über die das Ganze vorangebracht werden kann.

Seit längerem liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Gerade die aber hängt von vielen, auch nicht bloß ökonomischen Faktoren ab. Die Katze beißt sich also in den Schwanz. Das Hauptkettenglied kann gerade nicht schwerpunkt- und kampagnenmäßig bearbeitet werden.

Um über bloße Appelle zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität hinauszukommen, hat Breschnew noch in seiner letzten Regierungszeit ein Schwerpunktprogramm zur Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung festlegen lassen. Das „Lebensmittelprogramm“⁷ soll mit mehr Investitionen, verbesserter Organisation und durch Ausbau materieller Anreize bis 1990 eine wesentliche Expansion der Erzeugnisse ermöglichen. Es war aber seinerseits schon eine Reaktion darauf, daß die Ziele des Fünfjahresplans für die Landwirtschaft sich als illusorisch erwiesen. 1981 und 1982 wurden sie weitgehend verfehlt. Wie gut die anscheinend gute Ernte von 1983⁸ letzten Endes sein wird, wird sich erst noch erweisen müssen, weil dafür nicht nur die Entwicklung der Früchte auf dem Feld ausschlaggebend ist, sondern Einbringen, Lagerung, Transportverluste etc.⁹ Wenn aber das Wachstum der Arbeitsproduktivität das Hauptkettenglied für das Wachstum insgesamt bleibt und die Arbeitsproduktivität nicht durch dieses oder jenes Schwerpunktprogramm dauerhaft und in gesellschaftlichem Maßstab gesteigert werden kann, dann ist es nicht verwunderlich, wenn erneut Wirtschaftsreformer die Bühne betreten und eine Reform des gesamten Wirtschaftssystems als Ausweg aus der Krise vorschlagen.

Darauf läuft das Nowosibirsker Papier hinaus, wenn es eingangs heißt: „Bei der Analyse der Ursachen, die hinter diesen negativen

Trends in der Wirtschaft stehen, legen gewisse Gruppen von Wirtschaftlern die Betonung auf verschlechterte Bedingungen im Bergbau, strukturelle Ungleichgewichte in der nationalen Wirtschaft, wie rückläufige Investitionen, Mängel im Transportwesen, fehlendes Interesse von Teilen der Arbeiterschaft an den Resultaten ihrer Arbeit, schlechte Arbeitsdisziplin, häufige Trockenjahre für die Landwirtschaft usw. Alle diese erwähnten Faktoren spielen in der Tat bei den negativen Tendenzen ihre Rolle. Aber das hat nur Teilcharakter. Zugleich bedrängen schlechter werdende wirtschaftliche Indikatoren die Mehrzahl der Branchen und der Industriegebiete. Daher muß es hinter all diesen Phänomenen eine gemeinsame Ursache geben. Nach unserer Ansicht ist es die überholte Natur des Systems industrieller Organisation und liegt es an dem staatsökonomischen Management, das dieses System widerspiegelt. Oder offen ausgesprochen, es liegt an der Unfähigkeit des Systems, die vollständige und effektive Nutzung des intellektuellen und Arbeitspotentials der Gesellschaft zu garantieren.“¹⁰

Die Autorin bzw. die Autoren¹¹ gehen davon aus, daß die „Grundzüge des bestehenden staatlichen wirtschaftlichen Managements“ als sie vor rund 50 Jahren entwickelt wurden, in Übereinstimmung mit der Entwicklung der Produktivkräfte gestanden hätten, das System seither nur wiederholt ergänzt, renoviert und vervollständigt wurde, aber nie eine qualitative Veränderung erfahren habe, die den grundsätzlichen Wandel beim Zustand der Produktivkräfte widerspiegelte. Der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der unveränderten Beibehaltung des bestehenden staatlichen wirtschaftlichen Managements drücke sich als Widerspruch zwischen dem neuen gesellschaftlichen Status der Arbeiter der zu einem freieren wirtschaftlichen Verhalten der Arbeiterschaft und damit zu einer verstärkten Rolle subjektiver Faktoren in der Wirtschaftsentwicklung geführt habe, und dem starren Wirtschaftssystem aus.

„Das Resultat all dieser Veränderungen ist einerseits, daß höhere Anforderungen an die technologischen Fähigkeiten der Arbeiter gestellt werden. Auf der anderen Seite gibt es eine Erosion der Effektivität des zentralisierten Managements, das sich auf administrative Kontrolle untergeordneter Einheiten durch höhere Organe gründet. Dies alles scheint die Tatsache zu bezeugen, daß die bestehende industrielle Organisation erheblich hinter dem Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte herhinkt. Anstatt die Effektivität der Produktivkräfte zu verstärken, verwandelt sich das System immer mehr in eine Bremse. Ein Zeichen für die Unfähigkeit der gegenwärtigen Industrieorganisation bei der Gewährleistung des erforderlichen Verhaltens in der Arbeiterschaft ist der Rückgang der Wachstumsraten.“

Als Konsequenz tritt das Papier für eine Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen, für einen Abbau administrativer Maßnahmen und für materielle Anreize und mehr Beteiligung der Arbeiter am Wirtschaftsprozess ein:

„Der Übergang zu einer intensiven Wirtschaftsentwicklung ist aber undenkbar ohne ein Anzapfen aller gesellschaftlichen Reserven und des ganzen schöpferischen Potentials der Arbeiterschaft. Die sozialistische Gesellschaft hat also ein dringendes Interesse daran, den Arbeitern in ihrem Wirtschaftsverhalten einen größeren Freiraum zu geben und die Reglementierung auf die Schlüsselfragen von Wirtschaft und Gesellschaft zu beschränken. Das bedeutet wiederum die Notwendigkeit, das gegenwärtige wirtschaftliche Verhalten zu formen. Subjektive Einstellungen der Arbeiter müssen in gesellschaftliche und wirtschaftliche Unternehmungen umge-

gegossen werden. Und hierbei sind rein administrative Methoden wirkungslos. Man kann ein derartiges Verhalten nur indirekt fördern, und zwar mit Hilfe von Anreizen, die sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen Bedürfnisse der Arbeiter berücksichtigen und ihre Interessen in eine für die Gesellschaft nützliche Richtung lenken. Um dieses Problem zu lösen, ist aber eine tiefgreifende Umstrukturierung des staatlichen Systems des Wirtschaftsmanagements erforderlich. Administrative Managementmethoden müssen zugunsten eines Übergangs zu wirklich wirtschaftlichen Managementmethoden aufgegeben werden.“

Welche Rolle dabei die Selbstverwaltung der Betriebe, der Markt, die Preisbildung etc. spielen sollen, welche gewerkschaftlichen und politischen Rechte gewährt werden sollen, all das bleibt im dunkeln. Die These jedoch, daß das gegenwärtige staatliche Management in Widerspruch zu den Produktivkräften und insbesondere zu den Interessen der Arbeiter geraten sei, ist für sowjetische Verhältnisse ziemlich kühn.

Die Kühnheit wird dadurch gemildert, daß behauptet wird, die Partei hätte schon lange entsprechende Veränderungen eingeleitet, sei damit aber nicht durchgekommen. Darauf folgt aber gleich die nächste kühne These, daß es nämlich Gruppen gebe, die an der Aufrechterhaltung des bestehenden Systems ein Interesse hätten, wie es überhaupt falsch sei zu behaupten, „daß es im Sozialismus keine Gruppen gebe, die an der Bewahrung eines unzulänglichen Systems industrieller Organisation interessiert seien, und daß deshalb eine Revolution nicht mit sozialen Konflikten einhergehe“, wie etwa das sowjetische Lexikon für Philosophie behauptet.

„Für einige Gruppen bedeutete eine Veränderung zugleich eine Verbesserung ihrer Position, für andere dagegen eine Verschlechterung. Daher müssen Versuche der zentralen Machtorgane zur Verbesserung der Industrieorganisation und zur Anpassung an neue Bedingungen und Erfordernisse zwangsläufig Konflikte produzieren. Eine erfolgreiche Lösung dieses herausfordernden Problems ist nur auf der Grundlage einer wohlgedachten Strategie möglich, die darauf zielt, jene Gruppen, die ein Interesse an einer Veränderung haben, zusammenzuschmieden, und jene Gruppen zu neutralisieren, die blockieren.“

Das sei in der Vergangenheit bei den Versuchen, Wirtschaftsreformen durchzusetzen, vernachlässigt worden. Dabei lassen die Autoren auch durchblicken, auf welche Gruppen der Hierarchie sie setzen und welche sie neutralisiert wissen wollen:

„Unter sowjetischen Ökonomen besteht Übereinstimmung darin, daß das bestehende System gekennzeichnet ist durch eine Schwächung der Machtorgane, welche die Staatsinteressen repräsentieren (d.h. die staatliche Planungskommission) und durch einen parallelen Niedergang des Einflusses der nachgeordneten Einheiten, d.h. der unmittelbaren Hersteller, Vereinigungen und Unternehmen.“

In starkem Kontrast dazu sind die Funktionen der Mittlerorganisationen im Management, in den Ministerien und Behörden überproportional gewachsen. Das führte zu Ressortdenken, zu Ungleichgewichten in der Volkswirtschaft und zu einem Wachstum von Unternehmungen, die außerhalb der formalen Wirtschaftsstruktur stattfinden.“

Gestärkt werden sollen also die „produktiven“ Abteilungen der Bürokratie, während die an der Unfähigkeit des Systems schmarotzenden Abteilungen geschwächt werden sollen.

Welche Chancen haben Reformen? Welchen Charakter und welche Reichweite können sie haben?

Das Geheimnis der Entwicklungsfähigkeit und der Lebenskraft des Kapitalismus scheint in den Menschentypen zu bestehen, die er hervorbringt, dem freien Lohnarbeiter und dem freien Unternehmer *und* der sachlichen Form, die ihre gegensätzlichen gesellschaftlichen Beziehungen auf dem Markt annehmen. Der Staatsmonopolismus mißt seine Leistungsfähigkeit weder theoretisch noch praktisch an einer Gesellschaft frei assoziierter Produzenten, sondern am entwickelten Kapitalismus, von dem er sich jedoch ebenso grundlegend unterscheidet wie von einer sozialistischen Gesellschaft. Theoretisch mißt sich der Staatsmonopolismus am entwickelten Kapitalismus, weil für ihn die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und realem Sozialismus als den beiden letzten gesellschaftlichen Formationen, die die Geschichte hervorgebracht hat, das Endstadium der Vorgeschichte der Menschheit ist, bevor sie ins staatsmonopolistische Korsett ausläuft. Praktisch mißt sich der Staatsmonopolismus am Kapitalismus, weil dessen Entwicklung der äußere Antrieb bleibt, um die staatsmonopolistische Akkumulation voranzutreiben, den Kapitalismus einzuholen und zu überholen, auf jeden Fall aber schließlich zu vernichten.

Da sich der Staatsmonopolismus einerseits grundlegend vom Kapitalismus unterscheidet, sich aber andererseits laufend an dessen überlegener Ökonomie mißt und messen muß, da sich der Staatsmonopolismus also nicht in Kapitalismus verwandeln kann, aber mit dessen überlegener Ökonomie konkurriert und konkurrieren muß, können ökonomische Reformen innerhalb des Staatsmonopolismus zunächst keinen anderen Inhalt haben, als bestimmte Formen der kapitalistischen Ökonomie in die eigene Produktionsweise äußerlich einzuführen und auf diesem fremden Boden zu simulieren. Dabei tritt immer wieder der doppelte Effekt auf, daß diese Formen auf dem fremden Boden nicht die gewünschten Effekte haben und es deshalb nicht erlauben, mit dem Kapitalismus gleichzuziehen, *und* daß sie die Tendenz haben, sich zu verselbständigen und damit die Grundlagen des Staatsmonopolismus zu gefährden, indem sie auf diese zersetzend wirken. Der typische Reformzyklus innerhalb des sowjetischen Staatsmonopolismus sieht deshalb so aus: breite Erörterung der relativen Rückständigkeit, Erörterung der Übernahme von Formen der kapitalistischen Ökonomie, die dessen Effektivität ausmachen, eingeschränkte Simulation einiger dieser Formen (etwa Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen). Dann werden die widersprüchlichen Effekte dieser simulierten kapitalistischen Formen innerhalb der staatsmonopolistischen Ökonomie festgestellt (etwa inflationäre Tendenzen oder Friktionen zwischen den Anforderungen der Entfaltung von Ware-Geld-Beziehungen und der zentralistischen Befehlswirtschaft). Es beginnt die Debatte darüber ob die Schwierigkeiten auf die mangelnde Tiefe der Reform oder auf ihren verfehlten Charakter zurückzuführen sei, und am Ende stand bisher stets eine Reform in der Reform, die die zentralistische Befehlswirtschaft festigte und die simulierten Formen kapitalistischer Ökonomie wieder einschränkte. Diesen Verlauf von Reformdebatten und Reform kann man bisher am reinsten in der Ära Breschnew studieren und in dem Reformzyklus von 1964/65 folgende, der in den 70er Jahren in Festigung der zentralistischen Befehlswirtschaft und wirtschaftliche Stagnation auslief, bis sich gegen Ende der 70er Jahre und Anfang

der 80er Jahre wieder erste Ansätze einer neuen Reformdebatte zeigten. Bevor sich diese Debatte bisher überhaupt entfalten konnte, ging Andropow daran, ihr mit einigen ganz beschränkten Maßnahmen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Reformzyklus, der mit Stalins Tod begann und dann mit dem Machtantritt Chruschtschows Gestalt gewann, verlief im Prinzip ähnlich, war aber durch größere Zick-Zack-Bewegungen gekennzeichnet und durch die Tatsache bestimmt, daß das Terrain möglicher Reformen und ihre prinzipiellen Schranken erst noch abgetastet werden mußten, bevor die Agenten des Staatsmonopols sich des spezifischen Charakters der Produktionsweise vollends bewußt wurden. Dafür steht die Breschnewära und ihr „realer Sozialismus“ in dem sich weder nach vorn noch nach hinten was rühren soll, stehen ihre beschränkten Wirtschaftsreformen ebenso wie ihre „Reform in der Reform“, d.h. die staatsmonopolistische Reaktion auf die Friktionen zwischen zentralistischer Befehlswirtschaft und den winzigen Ansätzen selbständigen Wirtschaftens der Unternehmen.

Wenn der Kern der Lebens- und Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus in der Ausbildung des freien Lohnarbeiters und des freien Unternehmers und in der Verhüllung ihrer gegensätzlichen gesellschaftlichen Beziehungen unter sachlichen Formen besteht, dann fragt sich zunächst, worin sich darin der Staatsmonopolismus vom Kapitalismus unterscheidet.

Der Staatsmonopolismus beruht nicht einfach auf staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln. Staatliches Eigentum an Produktionsmitteln gibt es auch in kapitalistischen Gesellschaften, etwa in der Bundesrepublik. Dabei unterscheidet sich der Staat als Eigentümer nicht wesentlich von anderen Aktienbesitzern, und die Unternehmen in staatlichem Eigentum fungieren wie andere kapitalistische Unternehmen auch als einzelnes Kapital, das durch die Konkurrenz mit anderen Kapitalien entsprechend den Gesetzmäßigkeiten des Kapitals im allgemeinen fungiert. Staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln könnte man sich auch als eine Eigentumsform unter anderen in einer genossenschaftlichen Produktionsweise denken, wobei dieses Eigentum (etwa an der Eisenbahn) gegenüber den genossenschaftlich organisierten und selbstverwalteten Unternehmen zur Basis von bestimmten Kontrollrechten und Zinsansprüchen werden könnte. Jedenfalls ist die Besonderheit des sowjetischen Staatsmonopolismus nicht das Staatseigentum an den Produktionsmitteln, sondern die Tatsache, daß dieses Staatseigentum zur Basis einer zentralistischen Befehlswirtschaft in Naturalgrößen wird, die sich beileibe nicht nur auf die Unternehmen in Staatseigentum erstreckt, sondern von vornherein auch die Unternehmen erfaßt, die formell Eigentum von Kollektiven sind, die Kolchosen also vor allem. Als zentralistische Befehlswirtschaft in Naturalgrößen unterscheidet sich der sowjetische Staatsmonopolismus grundlegend von der kapitalistischen Produktionsweise einerseits und von einer genossenschaftlich-kommunalen Produktionsweise freier assoziierter Produzenten auf der anderen Seite. Dadurch ist auch den kapitalistischen Formen von Ware-Geld- von Marktbeziehungen der Boden entzogen. Der sowjetische Rubel ist nicht allgemeine Wertform in stets schlagfertiger Form, wie jeder Sowjetbürger weiß, wenn er seinen täglichen Tauschgeschäften nachgeht, obwohl er Rubel in der Tasche hat. Umgekehrt existieren auch keine Vergesellschaftungsformen einer genossenschaftlich-kommunalen Produktionsweise, in der wahrscheinlich Ware-Geld- und Marktbeziehungen auf veränderter gesellschaftlicher Grundlage noch eine ganze Zeit lang fortexistieren würden.

Innerhalb des Kapitalismus greift der Staat mannigfach in die

Marktbeziehungen zwischen den Unternehmen und Branchen ein, aber die Ware-Geld-Beziehungen bleiben doch die allgemeine Form der gesellschaftlichen Produktions- und Distributionsverhältnisse. Die Ökonomie der Zeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit werden über den Markt und Marktpreise vermittelt, die um den Produktionspreis (Kostpreis plus Durchschnittsprofit) schwanken. Der Zwang, Profit zu machen, ist die sachliche Form, in der sich die Ökonomie der Zeit durchsetzt. Die zahlungsfähige Nachfrage auf Grundlage antagonistischer Produktionsverhältnisse regelt in letzter Instanz die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige.

Der sowjetische Staatsmonopolismus reguliert die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige durch direkte zentrale Anweisung und erzwingt die Ökonomie der Zeit durch Normen. Seine theoretische Voraussetzung ist, daß die Produktionsweise für das befehlende Zentrum vollkommen durchsichtig ist in allen wesentlichen Verhältnissen und daß sich die Verhältnisse von Menschen untereinander und zwischen den Menschen und der Natur in der Produktion von mechanischen Verhältnissen zwischen Sachen im Prinzip nicht unterscheiden. Zu Recht weisen die Autoren des Nowosibirsker Papiers darauf, daß im Rahmen des staatsmonopolistischen Wirtschaftssystems „die Menschen als ‚Zahnräder‘ des ökonomischen Mechanismus angesehen“ werden, und fügen hinzu, „und sie verhielten sich dementsprechend – gehorsam (passiv), gerade wie Maschinen und Material“ Statt daß die gesellschaftlichen Beziehungen wie im Kapitalismus als Beziehungen von Sachen erscheinen (Ware-Geld-Beziehungen), werden die Menschen als Gebrauchswerte den Sachen direkt gleichgestellt und als solche behandelt. Sie zählen als Produktionsmittel und nur als das. Daß die staatsmonopolistische Produktionsweise, weil sie direkt auf die Produktion von Gebrauchswerten abzielt, eine Produktionsweise sei, die die Befriedigung der konkreten Bedürfnisse der konkreten Menschen zum Ziel hätte, ist natürlich gezielte Täuschung. Die sowjetische Produktionsweise, obwohl Weise der Produktion von Gebrauchswerten, beruht gerade auf der systematischen Abstraktion von konkreten Bedürfnissen der konkreten Menschen. Wenn sie die Menschen bloß als Produzenten und die Produzenten wie sachliche Produktionsmittel betrachtet und behandelt, ist das nicht nur eine Abstraktion, insofern der Produzent auch Konsument ist mit individuellen Bedürfnissen, sondern weil er halt Mensch und nicht Sache ist.

Aber auch bei der Produktion der Gebrauchswerte selber wird von den konkreten Bedürfnissen und der Beziehung der Gebrauchswerte zu diesen Bedürfnissen abstrahiert. Wenn Gebrauchswerte über eine ihrer stofflichen Eigenschaften einander gleichgesetzt werden, wird eben von einer ganzen Reihe von Qualitäten, die sie erst zu Gebrauchsgegenständen für die Befriedigung konkreter Bedürfnisse machen, abstrahiert, zum Beispiel, wenn Maschinen über ihr Gewicht einander gleichgesetzt werden oder auch Kleidungsstücke. Diese Abstraktion ist aber ganz unvermeidlich, wenn die Produktion von Gebrauchswerten als staatsmonopolistische zentrale Befehlswirtschaft betrieben wird. Ebenso unvermeidlich wird damit die Gleichsetzung der Arbeit in Abstraktion von ihren konkreten Eigenschaften, konkrete Bedürfnisse zu befriedigen. Also: auch wenn die staatsmonopolistische Produktionsweise direkt Weise der Produktion von Gebrauchswerten ist, überwindet sie nicht die Verdinglichung der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander, sondern verwandelt die Menschen direkt in Dinge. Auch überwindet sie den Doppelcha-

rakter der Ware nur insofern, als sie den Widerspruch direkt in den Gebrauchswert verlagert, von dessen konkreten Eigenschaften, konkrete Bedürfnisse zu befriedigen, abstrahiert wird. Damit hebt sie auch nicht den Widerspruch von abstrakter und konkreter Arbeit auf. Da sie damit die Triebkraft einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Produktion der Befriedigung der konkreten Bedürfnisse konkreter Menschen dient, noch mehr ausschaltet als die kapitalistische Produktionsweise, indem sie die sachliche Form der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen freien Unternehmern und freien Lohnarbeitern auf dem Markt durch die unmittelbare Unterwerfung aller Produktionsagenten unter den Mechanismus der zentralistischen Befehlswirtschaft ersetzt, hat die staatsmonopolistische Intention der Akkumulation von Reichtum in der Hand des Staates keine anderen interessierten Agenten als die zentralen Machthaber selber, während sich der Rest der Gesellschaft in eine Hierarchie von Befehlsempfängern auflöst, die ansonsten ihr Schäfchen ins Trockene bringen wollen. Alle Reformen können nun in nichts anderem bestehen als in dem Versuch, den persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen von Befehlshabern und Befehlsempfängern künstlich eine objektive Form zu verleihen und darüber und in Verbindung mit materiellen Anreizen ein allgemeines Interesse zu simulieren. Diese Form kann nur in Ware-Geld-Beziehungen und in Marktbeziehungen bestehen, die aber auf Grundlage der staatsmonopolistischen Produktionsweise nichts anderes sein können als die Einkleidung von zentralen Anweisungen in die Form eines bloß scheinbar objektiven Mechanismus. Ware-Geld- und Marktbeziehungen unterscheiden sich in staatsmonopolistischen Verhältnissen grundsätzlich von entsprechenden Formen im Kapitalismus oder umgekehrt auch in einer denkbaren genossenschaftlichen Produktionsweise. Sie sind nur in Ware und Geldform übersetzte Zeichen für vorab festgelegte Beziehungen von Naturalgrößen im zentralen Plan. Im Grunde geht es letztlich auch nicht darum, Ware-Geld- und Marktbeziehungen zu simulieren, sondern mittels dieser Beziehungen die Eigenschaften von freien Unternehmern und freien Lohnarbeitern hervorzurufen, ohne gesellschaftliche Verhältnisse zuzulassen, auf denen sich dieser antagonistische Typ von Produktionsagenten des Kapitals entwickelt.

Spezifisch staatsmonopolistische Formen der Reform

Das Hauptproblem der staatsmonopolistischen Produktionsweise ist, daß sie dem Typus von gesellschaftlichem Individuum, das die auf Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte wie ihrer destruktiven Tendenzen notwendigen

gesellschaftlichen und technischen Umwälzungen bewußt vorantreiben könnte, noch weniger Spielraum einräumt als der entwickelte Kapitalismus mit seinem parlamentarisch-demokratischen Überbau. Die Simulierung von Ware-Geld- und Marktbeziehungen, um die Eigenschaften von freien Lohnarbeitern und Unternehmern auf Basis staatsmonopolistischer Produktionsweise hervorzukitzeln, ist denn auch nur eine Spielart, mit diesem Problem fertig zu werden. Eine andere Spielart, die dem Staatsmonopolismus wahrscheinlich auch angemessener ist, sind die Bemühungen, die Gesellschaft mittels außerökonomischer Maßnahmen in Sektoren aufzuspalten und in bestimmten Sektoren einen Typus von Produzenten unter Treibhausbedingungen heranzuzüchten, den die staatsmonopolistische

Produktionsweise zu einer ihr angemessenen „technisch-wissenschaftlichen Revolution“ braucht. Verschiedene Autoren haben auf den dualen Charakter der sowjetischen Produktionsweise mit ihrer Spaltung in einen militärischen und einen zivilen Komplex hingewiesen, so vor allem Cornelius Castoriadis. Wahrscheinlich ist diese Sichtweise zu einfach, weil es insgesamt eher um eine Reproduktion der der sowjetischen Produktionsweise von vornherein eigentümlichen Spaltung in Produktion für das Staatsmonopol und Konsumtionsmittelindustrie geht, wobei der Durchorganisation der Produktionsmittelindustrie, in der der Zweck der staatsmonopolistischen Produktionsweise, die Akkumulation von gesellschaftlichem Reichtum in der Hand des Staatsmonopols, direkt und in ungebrochenem Kreislauf verwirklicht wird, die Hauptrolle zukommt. Auf eine Form der staatsmonopolistischen Durchorganisation dieses Bereiches, der sich keineswegs auf die Rüstungsindustrie beschränkt, auf die „geschlossenen Betriebe“ hat jüngst Victor Zaslavsky in seinem Buch „In geschlossener Gesellschaft“ aufmerksam gemacht. Zaslavsky beschreibt die gesellschaftliche Funktion geschlossener Betriebe folgendermaßen:

„Ein geschlossener Betrieb unterscheidet sich von einem offenen oder normalen Betrieb grundsätzlich dadurch, daß dort etwas produziert wird, das in die recht verschwommene Kategorie des Militär und Staatsgeheimnisses fällt. In der geologischen Industrie sind die geschlossenen Betriebe vor allem jene, die dicht an den Landesgrenzen gelegen sind oder in Gebieten, wo man nach ‚strategisch wichtigen‘ Bodenschätzen gräbt. Derartige Betriebe werden von offizieller Seite als Regime-Betriebe bezeichnet, da dort alle Arbeiter und Angestellten speziellen Sicherheitsvorschriften (rezhim sekretnosti) unterworfen sind. Um in einem solchen Betrieb angestellt zu werden, muß ein Arbeiter sich einer Sicherheitsprüfung unterziehen und besondere Verpflichtungen eingehen. Arbeiter in geschlossenen Betrieben stehen fortwährend unter strenger Kontrolle; sie verlieren das Recht auf freien Arbeitsplatzwechsel, zumindest ist dieses Recht stark eingeschränkt; sie werden für das politische Verhalten ihrer Verwandten und engen Freunde verantwortlich gemacht. All diesen Einschränkungen zum Trotz jedoch bewerben die Arbeiter sich in so großer Zahl um die Stellen in den geschlossenen Betrieben, daß sie darüber in eine scharfe Konkurrenz geraten.

Folgende Punkte machen einen geschlossenen Betrieb attraktiv: Der Lohn für die Arbeit ist beträchtlich höher als anderswo (in unserer Studie lag das Grundgehalt für die Arbeiter der geschlossenen geologischen Firmen um 30 bis 40% höher als in den offenen Betrieben, die ihren Standort gleich in der Nähe hatten). Die Lohndifferenz ist weitgehend auf die höhere Produktivität dieser Firmen zurückzuführen – die wiederum Resultat der fortgeschritteneren Technologie, die dort eingesetzt wird, und der besseren Arbeitsdisziplin ist. Die verschiedenen Sonderzuwendungen sind in der Sowjetwirtschaft mit ihrer Güternappheit außerordentlich wichtig, und während die Arbeiter der geschlossenen Firmen eben in den Genuß solcher ‚Nebeneinkünfte‘ kommen, gehen die in den offenen Betrieben leer aus. In einem geschlossenen Betrieb werden die Arbeiter als Vertrauenspersonen behandelt, was mehr als nur psychologische Anerkennung bedeutet. Den Persilschein in Sachen Sicherheit behält ein Arbeiter normalerweise fürs ganze Leben, was für ihn größere Sicherheit am Arbeitsplatz heißt. Doch sind auch die psychischen Streicheleinheiten nicht zu unterschätzen, denn alle materiellen Vorteile werden damit gerechtfertigt und geheiligt, daß diese Arbeit von besonderer Bedeutung für die Existenz der So-

Adelheid Biesecker

Vergesellschaftung der Stahlindustrie – aber wie?

Auf die Selbstbestimmung der Produzenten kommt es an

1

Die Stahlkrise hat unter Belegschaften, Gewerkschaftern, in der grün-alternativen Bewegung wie auch bei kritischen Wirtschaftswissenschaftlern die Frage aufgeworfen, wie ihr anders als über das christlich-liberale Konzept des kapitalistischen Gesundenschumpfens beizukommen sei. Als Rezept wird insbesondere in den Belegschaften und Teilen der Gewerkschaftsbewegung sowie von der

Memorandums-Gruppe Vergesellschaftung im Sinne von Verstaatlichung mit Montanmitbestimmung beraten. Nun bleibt die Diskussion um Vergesellschaftungsformen leere Hülle, wenn nicht geklärt ist, für welchen neuen Inhalt eine neue Form benötigt wird. Deshalb hier kurz ein Aufriß der Probleme, um die es geht:¹

- In der BRD bestehen gegenwärtig gewaltige Überkapazitäten in der Stahlproduktion. Die Ursachen dafür liegen in einer maßlosen, weil profitorientierten Akkumulationspolitik der Stahlkapitalisten mit dem Ergebnis, daß nur noch Massenproduktion

wjetunion ist, und nähren so das Gefühl der eigenen sozialen Überlegenheit. Diese Betriebe sind eine der wichtigsten Institutionen politischer Erwachsenensozialisation, die einen Arbeiter an das bestehende System binden.“¹²

Offensichtlich ist die staatsmonopolistische Produktionsweise fähig, auch andere Methoden denn die Simulierung von Ware-Geld-Beziehungen zu entwickeln, um einen Teil der Arbeiter zur Übereinstimmung mit den bestehenden Verhältnissen zu veranlassen und an ihrer erweiterten Reproduktion zu interessieren. Deshalb wäre es wahrscheinlich verfehlt, nur auf die Experimente mit Ware-Geld- und Marktformen zu starren und dabei die spezifischen Formen staatsmonopolistischer „wissenschaftlich-technischer Revolution“ zu übersehen. Die Ausbildung spezifischer staatsmonopolistischer Formen scheint das Grundlegende zu sein, während die Reformzyklen eher Oberflächenerscheinungen bleiben. Darauf weisen auch die Maßnahmen hin, die unter Andropow bisher durchgeführt wurden. Die einzige Maßnahme von allgemeinem Charakter sind Strafandrohungen gegen Verletzungen der Arbeitsdisziplin, wonach z.B. Arbeitsversäumnisse mit Streichung von Urlaubstagen bestraft werden und ein dreistündiges Arbeitsversäumnis mit einem Urlaubstag verrechnet wird. Die Lockerungsübungen in Industrie und Landwirtschaft bleiben eher Oberflächenphänomene, während die zentralistische Befehlswirtschaft als Grundform des Wirtschaftens bekräftigt wird.

Das aber heißt auch, daß die Tendenz zur Stagnation in der so-

wjetischen Produktionsweise wohl kaum überwunden werden kann. □

1 Die Ökonomik des „Durchwurstelns“ Probleme und Tendenzen der sowjetischen Wirtschaft am Beginn des 11. Planjahrhüftns (1981–1985), in: *osteuroopa* 5/81, S. 359–374

2 *Le monde diplomatique*, Dez. 1982

3 „Im Anschluß an viele Kritiker dieses ‚Planungs‘systems neigen wir dazu, an die Stelle von ‚Planwirtschaft‘ den Begriff *Zwangswirtschaft* zu setzen.“ A. Heller, F. Fehér, G. Markus: *Der sowjetische Weg*, Hamburg 1983, S. 97. Mir erscheint die Charakterisierung als zentralistische Befehlswirtschaft passender, weil sie auch die Form des Zwangs ausdrückt. Eine „Zwangswirtschaft“ aber eben ganz anderer Form, ist auch der Kapitalismus, in dem der „stumme Zwang“ der ökonomischen Verhältnisse die Reproduktion des Kapitals im allgemeinen am Laufen hält.

4 Ausführlich dokumentiert in *FAZ*, 10. Aug. 1983; vgl. C. Schmidt-Häuer: *Das Dossier*, das aus der Kälte kam, in: *Die Zeit*, 19. Aug. 1983; vgl. auch *Der Spiegel* Nr. 34/1983, S. 88 ff.

5 Die Arbeitsproduktivität in der Industrie stagniert im Vergleich mit den USA bei 55%, in der Landwirtschaft bei 20–25%, s. J. Schmierer: *Triebkräfte des sowjetischen Sozialimperialismus*, in: *Kommunismus und Klassenkampf* 9/81, S. 18 f.

6 Sowjetische Wirtschaftslage 1981/82. Wirtschaftslage, Stand des 11. Fünfjahresplans, Entwicklungsperspektiven, Alternative Modelle der Wirtschaftspolitik. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 32/1982; vgl. ders.: „Weiterwursteln“ oder konzeptionelle Neuorientierung? Probleme und Tendenzen der sowjetischen Wirtschaft nach dem Machtantritt Andropows, in: *osteuroopa* 5/83, S. 365–381; vgl. auch: *Die UdSSR an der Schwelle des 11. Fünfjahresplans*, DIW-Wochenbericht 19/81

7 vgl. Karl-Eugen Wädekin: *Die sowjetische Landwirtschaft zu Beginn der 80er Jahre*, in: *osteuroopa* 5/81, S. 375–391, spez. S. 383 ff., ders.: *Sowjetische Landwirtschaft in der Stagnation*, in: *osteuroopa* 2/83, S. 89–100.

8 vgl. *Der Spiegel* Nr. 31/1983

9 vgl. z.B. Elfie Siegl: *Unterwegs verfault der Erntereichtum*, *FR*, 30. Aug. 1983

10 wie alle weiteren Zitate aus dem Nowosibirsker Papier nach *FAZ*, 10. Aug. 1983

11 *Der Spiegel* Nr. 34/1983 nennt als Autorin eine Soziologin mit den Initialen T.S., im Papier selber ist von einer kollektiven Autorenschaft die Rede.

12 Berlin 1982, S. 37 f.

bei hohen Auslastungsgraden „rentabel“ ist; in der verschärften Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt durch neue Stahlproduzenten wie Südkorea, Mexiko, Brasilien; im Absinken der Stahlnachfrage infolge der Krise in den Stahl als Rohstoff verarbeitenden Industriebereichen wie Automobilindustrie, Schiffbau, Maschinenbau; im Ersetzen von Stahl durch andere Materialien. Diese Ursachen berechtigen zu der Annahme, daß auf lange Zeit (wenn nicht auf Dauer) die Produktionskapazitäten in der westdeutschen Stahlindustrie nicht auslastbar sind.

- Die Stahlkrise ist trotz ihrer Besonderheiten nur ein Element der strukturellen Wirtschaftskrise, die alle entwickelten kapitalistischen Länder erfaßt hat. Die Hoffnung auf neuerliches Wachstum, wodurch die Kapazitäten wieder ausgelastet würden, ist leerer Wahn. Und auch wenn es „wieder aufwärts ginge“ Arbeitsplätze würde das nicht retten, eher würden infolge weiterer Rationalisierung noch mehr Arbeiter freigesetzt.
- Die Stahlproduktion, wie sie gegenwärtig abläuft, ist auch unter Einhaltung aller Umweltschutzaufgaben tödlich für die Natur
- Sicherung der Arbeitsplätze in der BRD kann in dieser Lage nur heißen: Loslösen von der bisher geltenden Entwicklungslogik, die die Produktionsentscheidung dem privaten Profitdenken unterwirft; Suche nach Wegen, um zu einer anderen Entwicklungslogik zu kommen, die die Produktionsentscheidungen daran orientiert, wie gearbeitet wird (Maschinen als Hilfsmittel der Arbeit, nicht: Arbeiter als Anhängsel der Maschinen), welche Produkte gesellschaftlich nützlich und ökologisch vertretbar sind.

Für die Stahlindustrie heißt das meines Erachtens:

- Entwicklung von Stahlproduktionsverfahren, die diesen Kriterien entsprechen;
- Entwicklung von Möglichkeiten alternativer Produktion auf den Hütten;
- Suche nach alternativen Produktionsmöglichkeiten außerhalb der Hütten, um die überzähligen Stahlarbeiter mit ihren Fähigkeiten an der Umstrukturierung der Produktion zu beteiligen.

Die Initiative für eine derartige Umstrukturierung der Stahlindustrie kann meiner Meinung nach nur von den Belegschaften ausgehen. Die Antwort auf die Frage, welche Vergesellschaftungsform nötig ist, kann nur im Zusammenhang mit der Antwort auf die Frage gegeben werden, welche Rechte die Belegschaften brauchen, um diese Produktionsumstellung einleiten und durchführen zu können.

Die zentral-staatlichen Modelle führen bei der Lösung dieser Aufgaben in eine Sackgasse: denn das Eigentum an den Stahlbetrieben geht nur von der Hand der Kapitalisten in die des Staates über, die Belegschaften dürfen montan-mitbestimmen, wie bisher. Der Gegensatz zwischen Belegschaft und Kapitaleignern, zwischen eigentumslosen und dadurch fremdbestimmten unmittelbaren Produzenten und Produktionsmittel-Eigentümern wird zum Gegensatz zwischen Belegschaft und Staat. Bei diesem sind, im Gegensatz zu einigen verbreiteten Illusionen, die Interessen der Belegschaften keineswegs gut aufgehoben. Insbesondere der Zentralstaat (Bund), aber auch die Länder sind Repräsentanten von Kapitalinteressen.² Und auch über die Montan-Mitbestimmung kann es nicht gelingen, die aus dem Eigentum verbrieften Rechte der Bestimmung über das Was, Wie und Wofür der Produktion zu brechen. (Verwiesen sei nur auf die Verpflichtung der Belegschaftsvertreter auf das „Wohl des Unternehmens“, das insbesondere in Krisenzeiten gegen das Interesse an sicheren Arbeitsplätzen steht, sowie auf das besondere

Treueverhältnis einschließlich Schweigepflicht, das den Belegschaftsvertretern eine Rechenschaftslegung gegenüber ihren Kollegen verbietet.) Die Belegschaften bestimmen eben nur mit, nicht selbst.

2

In der *Kommune* 8/83 versucht Eckhard Stratmann, ein Vergesellschaftungsmodell zu entwickeln, das ausdrücklich nicht-staatlich sein will.³ Die einzelnen Stahlbetriebe sollen über öffentliche Fonds, die das Eigentum an dem jeweiligen Betrieb haben, geführt werden. Bestimmendes Organ ist der Fonds-Rat, dessen Mitglieder mehrheitlich aus Mitgliedern der jeweiligen Belegschaft, zusätzlich aus Vertretern der Gewerkschaft, von Umweltschutzverbänden, Bund, Ländern und Kommunen bzw. Gemeindeverbänden bestehen. Der Fonds-Rat wählt die Betriebsleitung. Die Betriebe konkurrieren begrenzt miteinander. Sie sind der Planung eines nationalen Stahlrats unterworfen, der ähnlich zusammengesetzt ist wie die Fonds-Räte, in dem also die Belegschaftsvertreter auch die Mehrheit haben. (Zusätzlich sollen auf nationaler Ebene die großen Zuliefer- und Abnehmerbranchen vertreten sein.) Basisdemokratische Spielregeln (Rechenschaftspflicht, Abwählbarkeit, Rotation) sollen wirkliche Demokratisierung garantieren.

Dieses Modell scheint gegenüber dem Verstaatlichungskonzept sehr viel eher die Durchsetzung von Belegschaftsinteressen zu ermöglichen. Es beansprucht, von der dezentralen Ebene her (wobei Stratmann sich für noch weitergehende Dezentralisierung ausspricht) die nationale Rahmenplanung zu entwickeln. Dennoch befriedigt es nicht. Weshalb nicht?

a) Es verbleibt in seinen Zielsetzungen der aktuell geltenden Entwicklungslogik verhaftet und ist daher defensiv. „Die Vergesellschaftung der Stahlindustrie hat zum Ziel, krisenhafte Entwicklungen, soweit sie auf das Konto einer ungeordneten Konkurrenz von Privat- und Staatskonzernen geht, zu überwinden und in Zukunft zu vermeiden; sie hat ferner zum Ziel, zu verhindern, daß Krisenlasten infolge von Unternehmermacht – sei sie privat oder staatlich – auf die abhängig Beschäftigten und auf abhängige Regionen abgewälzt werden.“⁴

Wenn man sich jedoch klar macht, daß zukünftige Krisen sowie das Abwälzen von Krisenlasten nur verhindert werden können, wenn nach ganz anderen Kriterien produziert und verteilt wird, dann ist das zu wenig. Die Krise muß genutzt werden, um eine ganz andere Entwicklungslogik einzuleiten, die der Orientierung am Wert (Profit) die am Gebrauchswert, der Fremdbestimmung der Produzenten deren Selbstbestimmung, der Zerstörung der Natur die organische Einfügung der Produktion in die Natur entgegensetzt. Von hier aus ergeben sich die qualitativen Kriterien für die Neustrukturierung der Stahlbranche: Entwicklung von genossenschaftlich-kommunal geführten Produktionsbetrieben, deren Belegschaften Stahl nur für gesellschaftlich nützliche Produkte herstellen (z.B. nicht für die Rüstungsproduktion) und deren Produktionsverfahren und Betriebsgröße entsprechend ökologischen Erfordernissen wahrscheinlich völlig neu erforscht werden müssen. Stratmanns Entwurf bleibt ohne solch qualitative Kriterien leere Hülle, formal.

b) Damit zusammen hängt meines Erachtens, daß Stratmanns Entwurf trotz gegenteiliger Absichten immer noch zu staatlich gerät.

Weshalb sollen in den einzelnen Fonds und Fonds-Räten Bund und Länder sitzen? Die Betroffenen sind die Belegschaften und die Kommunen mit ihrer Bevölkerung. Die zentralen Staatsebenen haben hier nichts zu suchen. Diese Ablehnung des Staatseinflusses rührt nicht her von einer „Schrebergartenmentalität“ sondern von meiner Auffassung über den Charakter der zentralen Staatsebenen: Sie vertreten im wesentlichen Kapitalinteressen. Die Kommune, obwohl historisch einmal Selbstverwaltungseinheit ihrer Einwohner (und Kampforgan der neu aufkommenden bürgerlichen Klasse gegen den Feudaladel), ist heute zwar auch Staatsebene, unterste Staatsebene. Insofern ist sie auch nicht einfach Repräsentant der Betroffenen. Sowohl von der direkten Betroffenheit ihrer Einwohner her als auch aus eigenem finanziellen und politischen Interesse (die Kommune trägt die größte politische und finanzielle Krisenlast, ihre Einwohner werden unzufrieden, die Gewerbesteuern sinken, die Sozialhilfeausgaben explodieren), besteht hier jedoch unmittelbar Interesse am Erhalt von Arbeitsplätzen. Die konkreten Kämpfe spielen sich in den Kommunen ab, in diesen Kämpfen gilt es, sie wieder zur Selbstverwaltungseinheit zu machen, um von dieser dezentralen Ebene aus dann die auch in meinen Augen notwendige Zentralisierung neu aufzubauen.

c) Das Konzept gibt keine Antwort auf die Frage, was mit den nach meiner Ansicht notwendigerweise freizusetzenden Stahlarbeitern geschehen soll. Das heißt es weicht dem Problem aus, daß auch von selbstverwalteten Betrieben Produktionskapazität abgebaut werden muß. Nur einmal fällt das Wort „Ersatzarbeitsplätze“ aber auch hier gibt es keinerlei Hinweise auf die Art der Ersatzproduktion.

3

Letzteres Problem sehen Conert/Müller in ihrem Beitrag zum Reader „Zukunft der Arbeit“ klarer. Sie gehen aus von einem notwendigen Kapazitätsabbau und machen sich Gedanken über erste Schritte zur Bekämpfung der dadurch entstehenden Arbeitslosigkeit⁵ wie auch über den Charakter der Ersatzarbeitsplätze:

„Zu denken ist dabei an genossenschaftlich organisierte Betriebe, in denen die Qualifikationen der Stahlarbeiter zur Entfaltung kommen können und in denen ökologisch und sozial sinnvolle Güter produziert werden.“⁶ Ihr Mangel ist jedoch, daß sie keinen weiteren Gedanken an die verbleibenden Stahlbetriebe verschwenden, so daß in ihrem Konzept für die in den Stahlbetrieben verbliebenen Arbeiter alles beim alten bleibt und nur die freigesetzten Arbeiter die Umstrukturierung der Produktionsweise anpacken können. Hier scheint der Gorzsche Dualismus offen durch.

4

Bei den im folgenden skizzierten Grundsätzen der Vergesellschaftung⁷ gehe ich von dem Anspruch aus, die notwendige Umstrukturierung in der Stahlindustrie dafür zu nutzen, Elemente einer Produktionsweise zu stärken, die den oben genannten Kriterien entspricht, d.h. Elemente einer Emanzipation der Arbeit von den kapitalistischen Zwängen. Dabei beinhaltet dieser Emanzipationsbegriff sowohl die Befreiung vom Diktat des Kapitals qua Eigentum

und von der Unterwerfung des Arbeiters unter die Maschinerie im Produktionsprozeß als auch die Befreiung von der staatlichen Kontrolle und Gängelung im Lebensprozeß der arbeitenden Menschen. Positiv meint sie Wiedergewinnung der Selbstbestimmung über die Produktion durch entsprechende Eigentumsformen und Umgestaltung der Produktion gemäß den Bedürfnissen der Arbeiter nicht der Maschinerie; sie meint Wiedergewinnung der Entscheidungsbezugnis über die gesellschaftlichen Belange, d.h. Entstaatlichung dieser Bereiche, Entwicklung von wirklicher Gesellschaftlichkeit.

Bezüglich der Kriseneinschätzung teile ich die Auffassung von Conert/Müller sowie der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen, daß auch bei einer zur kapitalistischen Lösung alternativen Krisenlösung der Abbau von Kapazitäten unumgänglich ist.

Außerdem halte ich es für richtig, zumindest vorläufig den Erhalt aller Stahlstandorte zu fordern. Denn für die betroffenen Belegschaften und Kommunen wäre die Schließung ganzer Produktionsstätten kurzfristig unzumutbar. Wieweit das möglich ist bei dem notwendigen Kapazitätsabbau, müssen die Betriebe klären. Inwieweit aus dem neu zu entwickelnden Produktionskonzept neue Kriterien für die Stahlstandorte folgen, zentral oder dezentral, kann ich nicht abschätzen.

a) Meine Vorstellungen weisen in die Richtung einer genossenschaftlich-kommunalen Produktionsweise, d.h. einer Produktionsweise, die auf der Selbstbestimmung der Produzenten und der gesellschaftlichen Einbindung der Produktionseinheiten über die Kommune beruht. Dabei ist die Bestimmung des gesellschaftlichen Einflusses ausschließlich über die Kommune nicht einer abstrakten Dezentralisierungs-Idee geschuldet, auch nicht Effektivitäts-Überlegungen (Stratmann z.B. begründet seine Forderung nach Dezentralisierung mit der Forderung nach einem „Höchstmaß an Flexibilität und Überschaubarkeit der Produktion“⁸), sondern der Auffassung, daß die Umwälzung der Gesellschaft, die Wiederaneignung der gesellschaftlichen Angelegenheiten durch die Gesellschaftsmitglieder, wozu die Ersetzung des Staatsapparats durch gesellschaftliche Organe nötig ist, nur in der Kommune beginnen kann (wobei, wenn entsprechender politischer Einfluß auf den zentralen politischen Ebenen z.B. über eine grün-alternative Fraktion möglich ist, hierüber Hilfestellung gegeben werden kann).

b) Das Eigentum an den einzelnen Stahlwerken sollte meines Erachtens den Produzenten selbst (genossenschaftlich) unter Beteiligung der Kommune (bzw. von Gemeindeverbänden) übertragen werden. (Weil die Kommunalparlamente jedoch heute nicht einfach „die Bevölkerung“ repräsentieren, ist die Beteiligung von Zusammenschlüssen Betroffener z.B. von Anwohnerräten, zusätzlich nötig.) Einer Fonds-Lösung, wie Stratmann sie vorschlägt, stehe ich deshalb skeptisch gegenüber weil hier wieder das Eigentum von der Belegschaft getrennt wird. Richtig finde ich die Überlegung, die gesellschaftlichen Belange neben der Belegschaft durch kommunale Vertreter zur Geltung zu bringen, aber das geht auch anders: Die Belegschaften, die meines Erachtens ihre Betriebsleitungen selbst wählen sollten, wählen z.B. in die Leitung auch kommunale Vertreter. Die Betriebsleitungen sind den Belegschaften rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar und entscheiden über die Betriebsbelange einschließlich Gewinnverwendung. (Die engere Verknüpfung zwischen Betrieb und Kommune ist im übrigen auch in umgekehrter Richtung denkbar indem nämlich der Betrieb eine Delegation in das Kommunalparlament entsendet. So wird z.B. in Jugoslawien verfahren.⁹) Die Belegschaften werden auch bei einer solchen Lösung einen Betriebsrat brauchen, denn Konflikte zwi-

schen Belegschaft und Geschäftsleitung wird es weiterhin geben. Erste Aufgabe der Betriebsleitungen ist es zu klären, wieviel Stahl aufgrund der technischen Auslegung in dem jeweiligen Betrieb produziert werden muß und wie die Kapazität abgebaut werden kann. Geklärt werden muß dabei, ob und in welchem Ausmaß alternative Produktion auf den Hütten möglich ist. Untersucht werden muß drittens, welche Möglichkeiten alternativer Produktion außerhalb der Stahlwerke möglich ist, worüber die freigesetzten Stahlarbeiter neue Betätigung finden.

c) Die Koordinierung der verschiedenen betrieblichen Vorstellungen, insbesondere der Austausch von Forschungsergebnissen über ökologischen und sozialen Kriterien entsprechende Stahlproduktionsverfahren – sowie alternative Produktion in und außerhalb der Stahlwerke läuft über einen Koordinationsausschuß, in den die Betriebsleitungen und betroffenen Kommunen ihre jeweiligen Vertreter entsenden. Dieses Gremium hat ausschließlich beratende Funktion. Insbesondere in der Übergangszeit hat es die Aufgabe, zu klären, wieviel Stahl überhaupt noch in den westdeutschen Stahlwerken produziert werden soll, um durch Absprache mit den einzelnen Betrieben die jeweiligen Produktionsmengen herauszufinden. Durch eine derartige Kompetenzenbestimmung wird meiner Meinung nach gewährleistet, daß die Initiative der Belegschaften und der betroffenen Einwohner nicht durch bürokratische Vorschriften eingeschränkt wird. Abnehmer und Lieferanten sind in diesem Koordinierungsausschuß nicht vertreten. Bei ihren Entscheidungen müssen sich die Betriebsleitungen mit Lieferanten und Abnehmern besprechen, Entscheidungskompetenz sollten diese aber nicht haben, insbesondere nicht bei der gegenwärtigen kapitalistischen Struktur dieser Industriebereiche. Umweltschutzverbände sollten die Rolle von Beratern haben. Wenn die Belegschaften nicht die ökologischen Belange zu ihren eigenen machen, wird auch das Stimmrecht dieser Verbände in einem Koordinationsgremium sie nicht durchsetzen können. Auch die Gewerkschaften sollten nicht als eigene Verbände, sondern über die gewählten Belegschaftsmitglieder vertreten sein.

d) Bund und Länder sehe ich in der Rolle von Instrumenten bei der skizzierten Umstellung: Sie müssen, da sie gegenwärtig die benötigten juristischen und finanziellen Kompetenzen haben, Hilfestellung leisten bei der juristischen und (falls überhaupt notwendig) finanziellen Sicherung der Eigentumsübertragung auf die Belegschaften, bei der finanziellen Unterstützung von arbeitslosen Stahlarbeitern, die neue Produktionsprojekte entwickeln, sowie bei der Unterstützung der Forschung bezüglich neuer Stahlproduktionsverfahren. Über Bund und Länder wird weiterhin der Lastenausgleich organisiert, der dadurch nötig ist, daß einige Regionen von der Stahlkrise gar nicht, andere stark betroffen sind. Insofern wird hier wirklich der gesellschaftliche Charakter dieser Staatsebenen eingefordert.

5

Die Umstellung auf eine solche Stahlproduktion benötigt Zeit und daher Übergangsschritte. Einige haben Conert/Müller angeben.⁶ Bis auf den Abbau der Schichtarbeit halte ich sie für sinnvoll. Die Schichtarbeit, so zerstörerisch sie für den arbeitenden Menschen ist, kann erst in dem Maße, wie die skizzierten Alternativen entwickelt sind, abgebaut werden. Ansonsten stiege die Arbeitslosigkeit an den Stahlstandorten drastisch.

6

Ein Hauptproblem ist auch in diesem Konzept einer genossenschaftlich-kommunalen Produktionsweise nicht gelöst: Wie wirtschaften die Betriebe? Wie entfliehen sie dem Zwang, sich kapitalistisch zu verhalten, d.h. wie entfliehen sie den Zwängen des Marktes, der Konkurrenz in einem kapitalistischen Umfeld? Die bisherigen historischen Erfahrungen der Genossenschaftsbewegung haben gezeigt, daß es darauf bis heute keine Antwort gibt. Die Genossenschaften haben in der Vergangenheit häufig über Konzentration und Zentralisation die Konkurrenz mit den kapitalistischen Betrieben aufgenommen und dadurch Eigeninitiative und Selbstbestimmung der Produzenten bzw Konsumenten beiseite geworfen.¹⁰ Hier muß noch viel ausprobiert und erforscht werden.

7

Wie kann man sich vorstellen, daß dieses Konzept durchgesetzt wird? „Modelle“ entwerfen ist eine einfache Sache im Vergleich mit der Veränderung der Gesellschaft. Einfache Aktionsvorschläge helfen da schon gar nicht weiter Grundsätzlich gilt jedoch: Nur wenn die hauptsächliche Initiative von den betroffenen Belegschaften selbst ausgeht, ist überhaupt eine Entwicklung denkbar die an den Interessen der Belegschaft und nicht an irgendwie gearteten Eigentümerinteressen ausgerichtet ist. Und nur von den Betroffenen der kapitalistischen Krise kann erwartet werden, daß sie ihre Kräfte auf eine andere, an der Selbstbestimmung der Individuen orientierte Produktionsweise richten. Soweit staatliche Unterstützung erforderlich ist, wird sie auch nur auf Druck aus den Belegschaften erfolgen. Und der Kampf um die Kommune als Selbstverwaltungsorgan der Einwohner kann auch nur von diesen geführt werden. Deshalb sollten meines Erachtens alle „Modelle“ diesen Aktionen der Betroffenen so weiten Raum wie nur möglich schaffen. □

1 Zur genaueren Analyse der Stahlkrise vgl. J. Conert und J. Müller: Die Strukturkrise in der Stahlindustrie, in: Kongreß „Zukunft der Arbeit“ Wege aus der Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. Materialienband, Bielefeld 1982, S. 45 – 55; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen: Krise ohne Alternativen?, Bremen Januar 1983. Zur Vergesellschaftungsproblematik vgl. das Diskussionspapier dieser Arbeitsgruppe, der ich angehöre, zum Werften-Seminar der Memorandums-Gruppe in Bremen im Juni 1983 mit dem Titel: Vergesellschaftung der Werften als Ausweg aus der Krise? Kritik am Modell der Memorandums-Gruppe und Überlegungen zu einer selbstbestimmten und gebrauchswertorientierten Produktion, unveröff.

2 Eine genaue Analyse dessen, was der Staat ist, kann hier nicht geleistet werden. Vgl. dazu meinen Aufsatz: Verstaatlichung, Entstaatlichung oder was? Plädoyer für die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft, in *Kommune* Nr. 5, Mai 1983, S. 39 – 48

3 E. Stratmann: Nicht privat nicht staatlich. Vergesellschaftung der Stahlindustrie, in *Kommune* Nr. 8, August 1983, S. 16 – 18

4 ebenda, S. 17

5 Conert und Müller, a.a.O., S. 53

6 ebenda

7 Ich möchte ausdrücklich kein „Modell“ entwerfen, um nicht gleich wieder Initiative zu kanalisieren. Vieles muß von den Belegschaften ausprobiert werden.

8 Stratmann, a.a.O., S. 17

9 Vgl. dazu G. Herbert: Das Einfache, das schwer zu machen ist. Selbstverwaltung in Jugoslawien. Ein Beispiel für die Probleme von Übergangsgesellschaften, Frankfurt 1982, S. 59 ff.

10 Darauf weisen K. Novy und J. Uhlhig hin in ihrem Aufsatz: „Wirtschaftsarchäologische“ Bemühungen zur Vielfalt verschütteter Formen der Gegenökonomie, in H. J. Wagners (Hrsg.): Demokratisierung der Wirtschaft, Möglichkeiten und Grenzen im Kapitalismus, Frankfurt, New York 1980, S. 166 – 189, S. 182/183

Foto, Film, Radio:

Die Arbeiterbewegung



im Kampf um die Medien

Historisches aus aktuellem Anlaß



Von Rolf Surmann

Wir erinnern uns, daß noch im Jahre 1912 bei einer in Zürich in der Arbeiterbewegung eröffneten Diskussion über die Verwendungsmöglichkeit der Kinetographie von namhaften Führern der Vorschlag gemacht wurde, den Film zu boykottieren und zu verhindern, daß Arbeiter und Arbeiterfamilien irgendeine Filmvorstellung, selbst zu Bildungszwecken, besuchten. Diese Erinnerung gehört zu den einleitenden Sätzen einer Broschüre, in der Willi Münzenberg mit dem programmatischen Titel „Erobert den Film!“ das Konzept des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung zur Nutzung dieses neuen Mediums popularisierte. Foto, Film, Radio, Massenpresse im Boulevardstil und Buchgemeinschaft zielten nicht mehr nur aufs (Bildungs- und) Kleinbürgertum, sondern drangen auch ins Proletariat, zwangen die Arbeiterbewegung in den zwanziger Jahren, Stellung zu nehmen zu diesem ersten großen Schub in der Entwicklung von „Massenmedien“

Angesichts der Debatte über die Einführung der „Neuen Medien“ ist für uns nicht nur von Interesse, welche Haltung die Arbeiterbewegung gegenüber dieser Entwicklung eingenommen, sondern auch welche

Erfahrungen sie hierbei gemacht hat. Denn an dem Münzenberg-Zitat wird schon deutlich, daß sie sich auf diese Herausforderung einließ, sich das Ziel der „Eroberung“ dieser Medien setzte. Diese Erfahrungen erneut bewußt zu machen, ist um so notwendiger als die aktuelle Diskussion bisher weniger Erfahrungen aufzuarbeiten und zum Bestandteil der Analyse zu machen sucht, sondern eher dahin tendiert, an aktuell erfolgreiche Verweigerungsstrategien anzuknüpfen.

„Neues Motto für sozialdemokratische Medienpolitik: „Konstruktiver Republikenschutz““

1913 konstatierte die SPD zum erstenmal einen Rückschlag in der Auflagenentwicklung ihrer Zeitungen. Trotz des Aufkommens der „Generalanzeigerpresse“ im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts hatte es bis dahin keine nennenswerte Diskrepanz zwischen dem Anwachsen der Mitgliederzahlen und der Auflagenhöhe der Parteipresse gegeben. Auf dem Parteitag in Weimar im selben Jahr versuchte sie eine erste Antwort auf diese Negativbilanz zu geben. Mit dem Stichwort „Herankommen an die Indifferenten“ war das Thema, wie der bürgerlichen Massenpresse zu begegnen sei, ge-

stellt. Neben der Verstärkung der Kolportage war der Vorschlag, die „Generalanzeigerpresse“ nachzuahmen oder sich doch zumindest zu öffnen für deren journalistische Formen, eine erste – umstrittene – Antwort.

Nach dem I. Weltkrieg verschärfte sich dieses Problem. Zu Film und Radio hieß es Stellung zu beziehen, die Boulevardpresse amerikanischen Typs eroberte Terrain. Nicht nur in theoretisch-konzeptioneller sondern auch in unmittelbar praktisch-politischer Hinsicht war zudem die Stellung zum bürgerlichen Staat Ausgangspunkt sozialdemokratischer Medienpolitik. Sah sie einerseits grundsätzlich in der Errichtung der parlamentarischen Republik die Ablösung des alten „Obrigkeitsstaates“ und damit auch die Aufhebung kapitalistischer Macht im staatlichen Bereich, so mußte sie andererseits wegen ihrer Regierungsbeteiligung die Regierungspolitik gegenüber der Arbeiterbewegung auch im Detail verteidigen. Verteidigung und gleichzeitig auch die Nutzung des Staatsapparates machte sie deshalb zum zentralen Ansatzpunkt ihrer Medienpolitik. „Pflanzstätten verfassungsmäßiger republikanischer Gesinnung“ zu schaffen, darauf kam es ihren Repräsentanten im Einklang mit den anderen Regierungsparteien unter dem Motto „konstruktiver Republikenschutz“ vor allem an.

Über diese neue Aufgabenstellung und

das Problem, die bisherigen Leser dennoch nicht zu verprellen, schrieb der *Vorwärts* in seiner Abendausgabe vom 19.3.1919 zum erstenmal offen: „Es gibt viele Arbeiter deren Stimmung bisher verhindert hat, sich auf das politisch in Deutschland Neugewordene geistig einzustellen. In ihrer Erinnerung lebt die grundsätzlich oppositionelle Haltung der Sozialdemokratie und ihrer Organe so stark, daß sie auch heute in einer Zeit ganz anderer politischer Machtverteilung zwar mit dem Herzen am Neugewordenen, aber stimmungsmäßig doch noch an ihrer früheren Haltung hängen. Wir lehnen es ab, nur um Opposition zu machen, der Radautaktik der linksradikalen Blätter zu folgen, wir wollen die Arbeiterschaft zu positiver Arbeit und zu der Fähigkeit erziehen, als vollwertige Staatsbürger aus eigener Kraft das zu leisten, wonach ihre Hoffnungen streben.“

Daß die sozialdemokratische Parteipresse auf diese Weise ihre Situation nicht verbessern konnte, machen die Beiträge auf der Redakteurskonferenz des „Vereins Arbeiterpresse“ 1926 deutlich. Dort stellte man fest, daß die sozialdemokratische Presse nicht nur der bürgerlichen zahlenmäßig unterlegen, sondern auch, daß ihr Verbreitungsgrad gesunken sei. Verstärktes Nachahmen der bürgerlichen Presse, Reduzierung des politischen Teils der Zeitung wurden auch jetzt als ein Ausweg angesehen, bedingungsloser Kampf um die Anzeigen als ein weiterer. Den Leserprotesten etwa gegen Anzeigen von Kriegervereinen oder von Filmen mit „historisch-patriotischem“ Charakter entgegengeten die Experten: „Wir müssen unseren Genossen beibringen, sozialistische Politik und Ethik im redaktionellen Teil zu suchen und den Inseratenteil zu beurteilen wie einen anderen Markt auch.“

Weitere Zurücknahme der politischen Information war unter dem Schlagwort „Wir müssen an die politisch Obdachlosen heran“ auch in den folgenden Jahren die Haupttendenz. Dennoch sank nach einem vorübergehenden Ansteigen der Auflagenziffern die Abonnentenzahl ab 1930 um ca. ein Viertel. Gegenüber der bürgerlichen Massenpresse hatte die sozialdemokratische Presse also den Rückgang ihrer Verbreitung hinzunehmen, mehr noch: In Inhalt und Form glaubte sie sich ihr immer stärker angleichen zu müssen. Damit setzte der Niedergang dieser Presse ein, dessen Endpunkt wir aktuell miterleben.

Stärker noch wird diese Politik des „konstruktiven Republiksschutzes“ bei den neuen Medien Film und Radio deutlich. Finanzieller Grundstock hierfür waren 75 Millionen Mark, die mit dem 5. Republiksschutzgesetz vom Juli 1922 zur Verfügung gestellt wurden. Geplant war mit diesem Geld auf

privatwirtschaftliche Unternehmen Einfluß zu nehmen, ohne daß staatliche Stellen dabei öffentlich in Erscheinung traten. So verhandelte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Heilmann zunächst mit dem „Verein Deutscher Zeitungsverleger“ über eine Subventionierung von deren Nachrichtenbüros. Diese Art von Aktivitäten wurde dann im Frühjahr 1923 durch die Gründung der „Aktiengesellschaft für Buch und Presse“ koordiniert.

Neben manchen anderen Aktivitäten beteiligte sie sich auf dem Gebiet des Films an der Gründung der „Europa-Film AG“ die außer Dokumentarfilmen – unter anderem Auftragsfilme der Regierung über die besetzten Gebiete – eine Wochenschau herausgab. Charakteristisch für diese Art Medienpolitik ist jedoch, was als „Emelka-Skandal“ in die Pressegeschichte eingegangen ist: der Zugriff des Staates auf eine der größten Filmgesellschaften des Reichs durch Kontrolle von 51% des Aktienpakets. Fazit eines zeitgenössischen Beobachters: „Durch die Übernahme der Emelka bestehen in Deutschland zwei große Filmgesellschaften – die andere ist die Ufa – mit kaum verhülltem politischen Gesicht. Beide verfügen über Produktion, Verleih, aber auch über eine Unmenge von Theatern. Die zwei monopolartigen Gesellschaften werden wohl – entsprechend den kapitalistischen Gruppen, deren Vertreter sie sind – miteinander einen Kampf führen. Einig werden sie im Kampf gegen den proletarischen Film.“ Zwar gab es auch eine parteieigene Filmzentrale, den „Film- und Lichtbilddienst“ doch deren Bedeutungslosigkeit wird nicht zuletzt durch so flammende Appelle wie „Von der Filmkritik zur Filmproduktion“ und „Schafft die Produktionsstätte des sozialistischen Films“ wie sie in der kulturpolitischen Zeitschrift der SPD „Kulturwille“ selbst 1930 noch unverdrossen verbreitet wurden, unterstrichen.

Um Einfluß auf das Radio zu bekommen, beantragte „Buch und Presse“ zwei Wochen nach der Gründung beim Reichsinnenministerium 100 Millionen Mark zur richtigen Einordnung dieser Summe sei an die Inflation zu dieser Zeit erinnert aus dem Fonds zum Schutz der Republik für die „Organisation und Verbesserung der parlamentarischen Berichterstattung eines Nachrichtenschnelldienstes durch telephonischen Rundspruch“ Nachdem dann das Reichsinnenministerium vom Reichspostministerium ultimativ gefordert hatte: „Eine entsprechende Konzession soll auch an eine Gesellschaft erteilt werden, bei der dem Reichsministerium des Innern die Möglichkeit gegeben ist, die Interessen seines Ressorts sicherzustellen“ erhielt sie gegen den Widerstand von Strömungen, die einen völlig unpolitischen und nur kom-

merziellen Interessen dienenden Rundfunk wollten, die Übertragung von „Tagesnachrichten und Darbietungen politischen Inhalts“ zugesprochen. Damit war dem Republiksschutz Genüge getan, nach Ansicht von sozialdemokratischen Politikern wie Grzesinski auch der publizistischen Vertretung von Arbeiterinteressen. Er hielt – wie aus Archivadokumenten hervorgeht – diese Form von Medienpolitik für besonders effektiv in seiner Eigenschaft als Innenminister versuchte er lediglich, einige „Verbesserungen“ zu erreichen, indem er auch durch eine gezielte Personalpolitik auf den Rundfunk Einfluß nehmen und durch Aufrechterhaltung der Zensur selbst bei Wahlen jeden Angriff auf die Regierung im Keim ersticken wollte. Flankiert – dies sei noch hinzugefügt wurde diese Politik von der Forderung nach Mitbestimmung auf parlamentarischem Weg, Mobilisierung und Kampf hierfür wurden jedoch konsequent vermieden. Daß Rundfunk eine Sache sei, die „von oben“ geregelt werden müsse, stand dabei nie in Frage.

Mit der Aufgabe proletarischer Klassenpolitik schwand aber den Sozialdemokraten die Fähigkeit, in bezug auf die neuen Medien Film und Radio eine Politik im Interesse der Arbeiterbewegung zu entwickeln. In ihrer Konzeption der staatlichen Kontrolle und Verfügung über diese Medien bei gleichzeitigem Versuch, die Arbeiterbewegung auf parlamentarischem Wege durch „Mitbestimmung“ in diese Konstruktion zu integrieren, zeigen sich historische Vorformen der heutigen „öffentlich-rechtlichen“ Rundfunkverfassung.

**Kommunistische Medienpolitik:
Schaffung eines publizistischen
„Gegengewichts“ zu den
bürgerlichen Massenmedien
oder Entwicklung „spezifischer
proletarischer Formen“**

Im Vergleich zur sozialdemokratischen Medienkonzeption nimmt sich die kommunistische beinahe wie ein gebrauchtes Modedesign – Modellversuch für eine „Publizistik von unten“ aus. Mit dem Abflauen der revolutionären Kämpfe in der Nachkriegszeit begnügte sich die KPD nicht mehr mit der Analyse und Demaskierung bürgerlicher Politik, sondern setzte auch zur Analyse der Methoden jener Demagogie an, mit der bürgerliche Politiker und bürgerliche Presse an die Erfahrungen der Massen anknüpfen und sie in die Richtung ihrer Politik „verbiegen“ Teil dieser Analyse war auch die Wirkung von Kino und Massenpresse auf die Arbeiterbewegung. Trotz großer Bedenken wegen wirtschaftlicher und politischer Hindernisse (Zensur),

die besonders am Beispiel der Filmproduktion artikuliert wurden. Willi Münzenberg sprach von einem „Netz von Stacheldrahtverhauen“ – , wollte man ihnen nun Gleichwertiges entgegenstellen.

Konzentrationspunkt für diese Bemühungen war nicht die kommunistische Parteipresse, sondern es waren publizistische Unternehmungen, die im politischen Kontext der „Internationalen Arbeiterhilfe“ (IAH) entstanden waren. Zwar privatwirtschaftlich organisiert, begriffen sie sich dennoch als „Konzern einer proletarischen Organisation unter der Kontrolle und zur unmittelbaren Unterstützung dieser proletarischen Organisation“. Der politische Charakter der IAH als Einheitsfrontorganisation in dieser Hinsicht war sie allerdings den Wechselläufen der KPD-Politik unterworfen – sollte eine genügende politische Breite sichern, um die Konkurrenz mit den bürgerlichen Medienkonzernen aufnehmen zu können. Filmgesellschaften wie „Prometheus“ und „Weltfilm“ oder Illustrierte wie die „A-I-Z“ (Arbeiter Illustrierte-Zeitung) wurden nicht als Gegensatz zur kommunistischen Parteipresse gesehen, sondern als breiter, ihr vorgelagerter Ring. Sie sollten sowohl durch ihre verschiedenen publizistischen Möglichkeiten die politische Aussage deutlicher machen als auch durch die stärkere Berücksichtigung von unterschiedlichen Lesegewohnheiten und Denkweisen für die politischen Ziele der revolutionären Arbeiterbewegung mehr Aufmerksamkeit schaffen. Speziell die Nutzung des Films wurde als Möglichkeit begriffen, diejenigen zu erreichen, die man mit dem gedruckten Wort bisher nicht hatte gewinnen können – eine Zielsetzung, die mit dem Aufkommen des Faschismus gerade von Clara Zetkin hervorgehoben worden war.

Obwohl bei dem Versuch, neue journalistische Formen zu nutzen, unter anderem der „Reklamewissenschaft“ sicher zuviel Bedeutung beigemessen wurde, ist für diese publizistischen Unternehmungen aber doch typisch, daß sie auf die Unterstützung ihrer Leser und auf sogenannte „technische Hilfsorganisationen“ der Arbeiterbewegung bauten – die „A-I-Z“ etwa auf die Arbeiterfotografen, die „Weltfilm“ auf die Arbeiterfilmgruppen oder die satirische Zeitschrift „roter Pfeffer“ auf die Arbeiterzeichner.

Die publizistischen Unternehmungen der IAH hatten mit dieser Konzeption sicherlich einen gewissen publizistischen und politischen Erfolg. Das wird nicht zuletzt an den heftigen Angriffen deutlich, die Ende der zwanziger Jahre gegen sie unternommen wurden. So äußerte sich ein sozialdemokratischer Pressefachmann: „Münzenberg hat offenbar den Ehrgeiz, mit dem toten Stinnes und dem lebenden Hugenberg



Die Berliner Schuhpolizei ist auf ihren Streifengängen mit Radioempfangsgeräten ausgerüstet worden, um bei Unruhen, Demonstrationen, wie Verbrechen u.f.w. schnell einzuschreiten.



7 Das Symbol des ARBD Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V., aus: Arbeiterfunk vom 21. 8. 1928

Reichskanzler Adolf Hitler

hörte am 5. März 1933 das Ergebnis der Reichstagswahl durch einen Apparat!



50 Titelblatt „Der Film“ zum „Panzerkreuzer Potemkin“ 11. Jg., Nr. 18, 1926

auf die gleiche Stufe gestellt zu werden“ und prägte damit ein noch heute gültiges Stereotyp. Münzenberg als der „rote Hugenberg“ – das auch in dem Begriff „Münzenberg-Konzern“ mitschwingt.

Der Kurs der KPD ging aber in eine andere Richtung. Sie strebte in der Agitproparbeit eine neue Schwerpunktsetzung an. „In der letzten Woche wird die Bourgeoisie mit ihren Stützen in der Agitation und Propaganda viel mehr leisten können

Wir haben doch nicht die Möglichkeit, Gleiches entgegenzustellen. Wir haben nur

die Möglichkeit neuer Methoden aus der massenschöpferischen Initiative des Proletariats, weil wir mit den Geldmitteln der Bourgeoisie zu konkurrieren nicht in der Lage sind.“ Hieraus folgte jedoch nicht die Auflösung der IAH-Unternehmungen, sondern eine teilweise Neustrukturierung ihrer Arbeit verbunden mit der Aufgabe von Teilbereichen – und eine stärkere Einbettung in die Politik und Publizistik der revolutionären Arbeiterorganisationen.

So stellte die „Prometheus“, die neben dem kommerziellen Verleih von sowjeti-

Kreativität dem bürgerlichen Polit-, Kultur- und Unterhaltungseinerlei begegnen und so in freier Konkurrenz Gefühl und Verstand der Zuhörer und Zuschauer gewinnen wollen, seien deshalb daran erinnert, daß es auch heute noch die von Müntzenberg angesprochenen „Stacheldrahtverhaue“ gibt und daß insgesamt auf dem Mediensektor alles andere herrscht als freie Konkurrenz, eher schon ein Kampf der Giganten, denen mit publizistischem Florett wohl nur schwer beizukommen ist.

Fazit für die aktuelle Diskussion über „Neue Medien“

Lohnender dürfte allerdings das Nachdenken über die Erkenntnisse sein, die zur medienpolitischen Kurskorrektur Ende der zwanziger Jahre führten. Sie können in dem Satz zusammengefaßt werden: Medienapparat gegen Medienapparat – da ziehen wir unter kapitalistischen Verhältnissen den kürzeren; aber unsere Stärke liegt darin, daß wir viele sind. Die Konsequenz hieraus, Entwicklung „spezifisch proletarischer Mittel“ mit der mündlichen Agitation im Zentrum, sprengt den Rahmen der Mediendiskussion, erweitert ihn zur Frage nach den kommunikativen Formen von Informationsaustausch und -vermittlung. Sie sprengt auch den Rahmen unserer aktuellen Debatte über die „Neuen Medien“ und könnte so die Sicht öffnen für eine Diskussion über die Möglichkeiten von Selbstverständigung und Verständlichmachen in dieser Gesellschaft, über Kommunikationspolitik.

Andererseits: In der Zeit der revolutionären Kämpfe um 1920 formulierte Clara Zetkin ihre Absage an eine spezielle Kulturpolitik mit den Worten „Unser ganzes Programm ist Kulturprogramm“ bezeichnete den politischen Kampf als das „Werkzeug, um Kulturarbeit für das Proletariat zu leisten“ So einseitig und verkürzt die Aussage Zetkins inmitten des revolutionären Kampfs gewesen sein mag, so weist sie doch gerade in ihrer Prononciertheit auf den Bereich hin, in dem vorrangig neue Einsichten und Einstellungen, damit auch kulturelle Bedürfnisse entwickelt werden können. Deshalb sollte man gegenüber Kommunikationspolitik als Politik der Betroffenen nicht zu hohe Erwartungen hegen. Doch hat gerade die weitere politische Entwicklung in Weimar diese Zetkinsche Position relativiert, hat sie selbst dazu veranlaßt, vehement für revolutionäre Kulturpolitik einzutreten, die nicht nur die Forderungen der Arbeiterbewegung gegenüber dem bürgerlichen Staat artikulierte, sondern die Volksmassen gleichzeitig befähigte, unter bürgerlichem Einfluß verkümmerte Fähigkeiten

und Bedürfnisse in diesem Kampf für kulturelle Rechte zu entwickeln.

Es soll also gar nicht geleugnet werden, daß die Medienfrage letztlich auch einen pädagogischen Aspekt hat. Aber warum sollte dies dazu führen, daß man die Stellung zu den „Neuen Medien“ als pädagogische Frage betrachtet und so tatsächlich Gefahr läuft, die Haltung eines Oberlehrers einzunehmen. Diese Politik ist nicht nur deswegen falsch, weil sie von der illusionären Vorstellung ausgeht, es sei in einigen Jahren durch zentrale Kontrolle noch zu regeln, welche Fernsehprogramme empfangen werden können – spätestens mit der Einführung von Satellitenfernsehen ist sie überholt. Sie ist vor allem deswegen falsch, weil Teile der Linken gerade in einem Augenblick, in dem sozialdemokratische Medienpolitik mit ihrem Kernstück der zentralen Steuerung des Programmangebots gegen die Anarchie des Marktes an ihren Endpunkt gekommen ist, nicht eine Konzeption entwickeln, die über sozialdemokratische Vorstellungen hinausweist, sondern sich Grundelemente dieser Politik zu eigen machen. Zudem gibt sie politischen Kräften wie CDU/CSU, die sich in zynischer Weise auf die freie Entscheidung der Bürger berufen, den Weg frei, die Linke als Zensor hinzustellen, die dem Bürger das Recht auf die eigene Entscheidung nicht zugestehen will.

Die „Neuen Medien“ sollten deshalb in erster Linie unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, was sie leisten können, um Kenntnisse zu vermitteln, das kulturelle Leben zu bereichern, die gleichberechtigte Teilnahme aller Interessierten zu ermöglichen. Sind diese Möglichkeiten unter kapitalistischen Verhältnissen so nicht zu realisieren, dann sollte dies nicht zur prinzipiellen Ablehnung der „Neuen Medien“ führen, sondern den Blick über den Bereich der Medienpolitik hinauslenken, sollte ihn lenken auf die Bedingungen von Kommunikation in dieser Gesellschaft, auf ihre ökonomische und politische Bestimmtheit.

Dies muß nicht zur Untätigkeit führen, sondern kann im Gegenteil die Richtung einer politisch-kulturellen Massenbewegung verdeutlichen, ohne die weder eine demokratische Medienstruktur noch das bescheidenere Ziel der Einrichtung von unabhängigen Lokalradios in einer Lage, in der ein ganzes Heer von Wirtschaftskonzernen und Verlagsunternehmen Radio und Fernsehen für sich reklamiert, durchgesetzt werden kann. Dieser Kampf hilft jedoch nicht nur, die politische Kraft für die Erreichung der gesteckten Ziele zu entwickeln, er trägt auch dazu bei, neue Bedürfnisse und Fähigkeiten zu entwickeln, Verkümmierungen und Verbiegungen zu überwinden und somit nicht zuletzt Medienpolitik und Basisdemokratie wieder unter einen Hut zu bringen. □

Aus aktuellem Anlaß wieder lieferbar:



Vierfarbplakat,
DIN A 3

Preis:

1 Stück 3 DM

5 Stück 10 DM

10 Stück 15 DM

jeweils plus

1,50 DM

(Versand gefaltet)

bzw. 3 DM (Versand

in Rolle)

für Porto.

Lieferung nur gegen
Vorauszahlung (Scheck
oder Überweisung auf
unser Postscheckkonto
38668-606 Frankfurt)

Bestellungen an:
UMBRUCH
Mainzer
Landstraße 147
6000 Frankfurt/M. 1



Nach Anschauung des Autors ist der Wohnungsbau in den letzten Jahren erheblich vorangekommen. Vor allem auf dem Lande gibt es Fortschritte. Die Chinesen sind stolz darauf, daß in den Wohngebieten auch die Kinder- und Schulversorgung gesichert ist.

BESUCH IN CHINA, BAHRO IM GEPÄCK

Von Matthias Tomczak

Auf alles waren wir vorbereitet. Daß unser Besuch in China wie eine Reise in die Heimat beginnen sollte, wäre aber im Traum nicht eingefallen. So rieben wir uns bei unserer Ankunft in Qingdao erst einmal die Augen. Rote Ziegeldächer, Villen im Göttinger Stil, in den Gärten Stiefmütterchen, Ringelblumen und Stockrosen – nach vier Jahren in Sydney kamen wir uns vor, als wären wir statt nach China nach Deutschland gereist.

Vier Wochen konnten wir uns in China umsehen. Eigentlicher Zweck des Besuches war, im Rahmen des australisch-chinesischen Austauschabkommens Chinas ozeanographische Institute kennenzulernen. Neben Qingdao (Tsingtau), wo wir zwei Wochen verbrachten, sahen wir noch Beijing (Peking), Hangzhou (Hantschou) und Guangzhou (Kanton). Das Stadtbild Qingdaos, das um die Jahrhundertwende für drei Jahrzehnte zum deutschen Kolonialgebiet Kiautschau gehört hat, erwies sich dabei schnell als nicht repräsentativ. Wirtschaft und Sozialstruktur können aber als typisch für die dichtbesiedelten Ostprovinzen gelten. eine Industriestadt mit zwei Mil-

lionen Einwohnern, im Einzugsbereich weitere drei Millionen, mit eng von Dörfern durchsetztem Hinterland. Historisch wichtige Bauten gibt es wenig; das Museum war geschlossen, das Theater wird von auswärtigen Ensembles bestritten. Geprägt wird die Stadt von Arbeit – die meisten Stadtteile erinnern weniger an Göttingen als an Hamburg-Altona oder Kiel-Gaarden – und im Sommer mit von Tausenden von Badegästen.

Die zweite Überraschung, die wohl auch auf unsere längere Abwesenheit von Deutschland zurückzuführen ist, erlebten wir in Beijing, wo uns ein Freund die neueste, gerade eingetrossene *Kommune* in die Hand drückte. So lernten wir Bahros „Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts“ kennen. Über die geistigen Entwicklungen in der Heimat nur in groben Zügen orientiert (die *Deutsche Welle* ist wirklich harte Kost), waren uns Bahros Erkenntnisse echte Neuigkeiten. Sein Beitrag lieferte uns das Motto für unsere Reise: „Was werden das für ‚vier Modernisierungen‘ sein, die man

jetzt, wenn auch langsamer als vor einigen Jahren gedacht, zu verwirklichen strebt? Das metropolitane Modell scheint unentwinnbar“

Was ist das metropolitane Modell? Aus Bahros Artikel kurz destilliert, ist es die „Zerstörung der Naturgrundlage unserer Gattungsexistenz“, die Erfahrung, daß „bei jeder bisher bekannten Art von Industrialisierung immer und überall das Mittel den Zweck aufrißt, der doch Freiheit, Liebe, Glück für alle hatte sein sollen“ Die Metropolen, so Bahro, definieren, „was reifer Industrialismus ist, auf welche Weise der Mensch seine Bedürfnisse befriedigen müsse“ Das metropolitane Modell ist eine Sackgasse; denn „im weltweiten Maßstab kann die Industrialisierung nicht mehr vollendet werden, weil die Erde den materiellen Aufwand des nordamerikanischen Mittelstandes nicht für zehn und fünfzehn Milliarden Menschen des nächsten Jahrhunderts hergibt. National löst sie erst recht keine Probleme *allgemeinen* Interesses mehr“

Nun verstanden wir die „vier Modernisierungen“ eigentlich als eine nationale

Strategie zur Lösung von Problemen alle meinen Interesses. Stoff für Fragen hatten wir also reichlich. Die Chinesen, mit denen wir sprachen, sind natürlich nicht repräsentativ für das Volk insgesamt. Allein aus Sprachgründen hatten wir vor allem Kontakt mit der Intelligenz, und auch unter ihr vor allem mit zwei Gruppen. Da waren einmal die in den fünfziger und sechziger Jahren aus dem Ausland, vor allem aus den USA, nach China zurückgekehrten Wissenschaftler die während der Kulturrevolution ihre Stellungen verloren hatten und zeitweilig oft in ihrem Arbeitszimmer als Gefangene der Roten Garden gehalten worden waren. Heute nehmen sie, in Anerkennung ihrer im Vergleich mit den in China ausgebildeten Ozeanographen besseren Kenntnisse, wieder ihre alten leitenden Positionen ein. Zum anderen waren da die jüngeren Kollegen, die die Kulturrevolution in Landeinsätzen verbracht hatten und nach 1978 für einige Zeit ins Ausland geschickt worden waren, um die verlorene Ausbildungszeit nachzuholen. Mit ihnen führten wir die meisten Gespräche. Ein Kollege aus Qingdao, der erst vor kurzem zwei Jahre in Sydney mit mir gearbeitet hatte und unsere politischen Interessen kannte, hatte unseren Besuch aber gut vorbereitet, und wir konnten einige Fabriken und eine ländliche Produktionsbrigade besuchen und dort verschiedene Fragen ansprechen. Er selbst diskutierte natürlich auch jedes Thema freimütig mit uns.

Wie sieht es in der Umgebung Qingdaos aus? Vor den Toren der Stadt, wo die von uns besuchte Kommune lag, waren die Anzeichen beginnenden Wohlstands nicht zu übersehen. Haupterwerbszweig ist der Gemüseanbau für den städtischen Markt. Seit der Einführung des Systems der Eigenverantwortlichkeit hat sich nicht nur die Versorgung der Stadt dramatisch gebessert, sondern die Bauern erzielen auch mit jedem Jahr bessere Einkommen. Äußeres Zeichen dafür sind die vielen neuen Häuser auf den Dörfern. Auf dem Land sind Häuser Familieneigentum, und wo gebaut wird, kann das nur bedeuten, daß eine Bauernfamilie es sich leisten kann, ihr altes Haus abzureißen und ein oft zweistöckiges neues zu bauen (Neubauten auf bisher unbebautem Gelände sind wegen der Bodenknappheit auf dem Land verboten).

Kaum fünfzig Kilometer entfernt sieht es anders aus. Der Boden ist steinig; zerklüftete Berge lassen nur kleinste Felder zu. Entsprechend sind die Bauern recht arm. Ihre Lage hat sich zwar in den letzten Jahren gebessert, nachdem die Pflichtablieferungen an Getreide, das hier nie wachsen wollte, aufgehoben worden sind. Aber Gemüse oder Gartenbau, die auf den klei-

nen Flächen vielleicht möglich wären, sind aussichtslos, weil der Transport zur Stadt nicht möglich ist: Es fehlt an Fahrzeugen, und die Straße ist ein einziges Abenteuer an Kühlhäuser ist gar nicht zu denken. Der Reichtum der Gegend sind Steinblöcke, zum Häuser und Straßenbau, aber er geht nur in die Mauern der örtlichen Bauernhäuser ein. In der Stadt werden für Baumaterial zwar gute Preise gezahlt, aber womit transportieren? Man wundert sich, für wen die zahllosen Arbeiter die auf beiden Seiten der Straße mit nichts als Hammer und Meißel die Steinblöcke aus dem Felsen hauen, die Steine eigentlich herstellen. Dann wird einem klar daß bei der gegenwärtigen Arbeitsproduktivität selbst der Bedarf für die neuen Häuser der Bauern kaum schnell genug gedeckt werden kann. Spontan wünscht man, daß die Chinesen doch bald über moderne Steinbruchtechnologie – „westliche“ oder „metropolitane“ Technologie – und über genügend Lastwagen und moderne Straßen verfügen, damit dieser Zustand erzwungener „Kontraktion auf lokale Reproduktionszusammenhänge“ bald überwunden ist. (Damals hatten wir noch nicht *Kommune* Nr. 7 wo Bahro diese Kontraktion als Zukunftsperspektive der Industrieländer empfiehlt. Mit Blick auf Europa hätte ich, nach gewissen Begriffsbestimmungen, damit vielleicht gar keine Probleme. In Qingdao hatten wir aber nur *Kommune* Nr 5 wo Bahro jede Industrialisierung metropolitaner Art als für die Dritte Welt verhängnisvoll darstellt. Meine Hoffnungen für die Zukunft Chinas waren damit nicht in Einklang zu bringen.)

Unsere Wünsche und die Absichten der chinesischen Regierung decken sich allem Anschein nach weitgehend. China macht die größten Anstrengungen, sich die Technologie zunutze zu machen, die es in der Welt vorfindet. Mit der neuen Wirtschaftspolitik hat es Hemmnisse beseitigt, die der Entfaltung der Produktivkraft Mensch im Weg standen, die Kapitalbildung behinderten und damit die Modernisierung aufhielten. Grundlage der neuen Politik ist die Sicherstellung der im Plan vorgesehenen Produktion durch Verträge mit selbständig wirtschaftenden Einheiten. Die Fabriken gehen mit dem staatlichen Abnehmer ihrer Produkte Verträge ein, in denen Preise, Mengen und Termine festgelegt werden. Wie und mit welchen Kosten sie ihre Verträge erfüllen, liegt in der Verantwortung der Fabriken selbst. Die ländlichen Produktionsbrigaden schließen mit der Großhandels-gesellschaft Lieferverträge ab. Teile des Vertrags können sie an Bauernfamilien oder -gruppen weitergeben. Daneben können die Bauern von der Kommune Land per Vertrag zugewiesen bekommen, für dessen Nutzung sie einen bestimmten

Pachtbetrag zahlen; die Entscheidung, was darauf angebaut werden soll, steht den Bauern dann frei, und nach Abzug der Pacht sind alle Einnahmen ihre eigenen.

Die neue Politik bewirkt dreierlei. Erstens stellt sie den Plan auf eine solide Grundlage, indem das Wertgesetz des Marktes als Leitlinie benutzt wird und Abweichungen Ausnahmen bleiben. Zweitens läßt sie der Initiative der einzelnen und ihren Fähigkeiten Raum bei der Produktion im Plan nicht oder nicht ausschließlich – vorgesehener Güter und Dienstleistungen. Drittens hat sie zu einer dramatischen Steigerung des persönlichen Konsums geführt, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Die Leute kaufen nicht mehr jedes Fahrrad, sondern nur noch die guten Fabrikate. Immer weniger Lebensmittel werden gegen Marken verkauft, und auf dem freien Markt gibt es große Auswahl. Das Angebot an Möbeln, Radio- und Fernsehgeräten, Waschmaschinen und ähnlichen Konsumgütern ist breit, teilweise durch japanische Importe aufgestockt, aber überall im wesentlichen durch eigene Produkte vertreten. Mit anderen Worten, die neue Politik bewirkt die Verbindung von Planung nach gesellschaftlichen Bedürfnissen, Beseitigung von Hemmnissen für die Produktivkräfte, und um mit Bahro zu reden Schaffung der Bedingungen für die Entfaltung freier Individualität und die Aneignung der zeitgenössischen Kultur

Wie kommt es, daß eine Entwicklung, die in der Praxis mit Bahros Zielvorstellungen für die Zukunft der Menschheit weitgehend übereinstimmt, ihm in der Theorie so vollständig widerspricht? „Abkoppeln, aber nicht für bessere Industrialisierung, sondern für einen anderen Typus der Zivilisation“ was soll das konkret heißen? Ich wiederhole, mit Blick auf die entwickelten Industrieländer westlicher wie östlicher Prägung habe ich da keine weittragenden Differenzen. Die Anwendung auf die Dritte Welt will mir aber beim besten Willen nicht gelingen. Bessere Industrialisierung – natürlich; ohne europäisches Waldsterben, ohne die biologisch toten Flüsse; das scheint mir ein vernünftiges Ziel. Ein anderer Typus der Zivilisation, also Steinerzeugung weiter mit Hammer und Meißel, aber mit anderem Bewußtsein? Niemand sage: Das muß so sein; denn für eine bessere Industrialisierung reichen die Ressourcen der Erde nicht. Es geht hier ja nicht um den materiellen Aufwand des nordamerikanischen Mittelstandes, der ja nur eine Möglichkeit ist, die Voraussetzung für die Entfaltung des Individuums zu schaffen, und noch dazu eine pervertierte, da er in der Dritten Welt täglich unzählige Möglichkeiten der Entfal-

Seit 12 Jahren bringen die „blätter des informationszentrum 3. Welt“ achtmal im Jahr auf 60–68 Seiten Berichte und Analysen u.a. zu Ausbeutung und Imperialismus, Befreiungsbewegungen, Ursachen der Unterentwicklung, Entwicklungstheorien, Solidaritätsarbeit, Verteidigung der Grundrechte in der BRD.

- ich abonniere zum Preis von 40 DM / Jahr (8 Hefte)
- ich bin Student, ZDL, Azubi od. arbeitslos und kann nur DM 30 zahlen
- ich mochte erst mal ein kostenloses Probeexemplar

Name _____

PLZ, Wohnort _____

Straße, Hausnummer _____

Unterschrift _____

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
D 7800 Freiburg i. Br.
Telefon: (0761) 74003

tung des Individuums zerstört, während er in den USA die Möglichkeit doch nicht zur Wirklichkeit werden läßt. Es geht um die Entfaltung der menschlichen Produktivkraft, und dabei sind Elektro- und Dieselmotoren, Werkzeugmaschinen, Roboter und Elektronenrechner durch keinen anderen Zivilisationstyp zu überbieten.

Das Problem liegt, so scheint mir darin, daß Bahro Erkenntnisse und Erfahrungen aus den entwickelten Industrieländern unbedenklich auf die Dritte Welt überträgt. Im entwickelten Industrieland ist es eigentlich nicht schwer festzustellen, wohin die Reise gehen sollte (auch wenn über die Streckenführung Differenzen bestehen). Kommunalisierung des Bodens, damit die

Menschen zum Beispiel in der Nähe ihrer Arbeitsstätten wohnen können; Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs vor dem Individualverkehr; gesellschaftliche, ökologisch fundierte Planung der Produktion; Optimierung der Energie und Materialnutzung; das alles ist im Prinzip machbar. Dazu braucht man eine andere *Ausrichtung* der Technologie, aber nicht notwendig in allen Gebieten eine vollständig neue. Was in der Dritten Welt gebraucht wird, ist oft überhaupt erst einmal Technologie, um die Arm- und Beinmuskeln zu entlasten. Warum soll sie nicht aus den fortgeschrittenen Ländern übernommen werden, wenn sie vorhanden ist? Dazu müßte erst der Beweis angetreten werden, daß die Einführung einer Motorpumpe für Bewässerung den Grundwasserspiegel senken *muß*, den Boden auslaugen *muß* und damit langfristig zur Zerstörung der Naturgrundlage unserer Gattungsexistenz beitragen *muß*.

Im übrigen kommt es in der Dritten Welt darauf an, daß alle Modernisierungsmaßnahmen mit den Gesetzmäßigkeiten der Produktion in Einklang stehen. Wo das Grundwerkzeug bei der Ernte der Dreschflegel ist und nicht der Mähdrescher, ist es verfehlt, private Bauernwirtschaft durch kommunale Produktion zu ersetzen. In der Stadt ist der private Kleinhändler in seinem Dienst am Kunden jeder kommunalen Ladenkette überlegen, solange die Grundlage von Transport und Rechnungsführung das Fahrrad und das Rechenbrett sind und nicht der Container oder Tiefkühl-Lkw und das zentrale Rechnerbüro. Wirtschaften auf Grundlage privater Verantwortlichkeit wird in der Dritten Welt noch lange eine wichtige Rolle spielen. Die Übernahme moderner Technologie wird überhaupt erst die Voraussetzungen dafür schaffen, daß immer mehr Tätigkeiten in gesellschaftliche Verantwortung genommen werden können.

Wenn Sozialismus allseitig entwickelte Individualität bedeutet, dann kommt in der Dritten Welt vor dem Sozialismus allemal erst elementare Bedürfnisbefriedigung. Sozialismus ist unmöglich ohne Industrialisierung. In dieser Hinsicht unterscheidet sich China von keinem anderen Land der Dritten Welt. Was China zum sozialistischen Land macht, sind weder sein niedriger Industrialisierungsgrad noch eine grundlegend andere Art von Technologie. Sein sozialistischer Weg ist in den Eignungsverhältnissen begründet. Die Aufhebung des Privatbesitzes am Boden macht es möglich, daß moderne Technologie *nicht* zur Verelendung der Bauernmassen führt, sondern zu Wohlstand, daß Wohnungen neben Büros gebaut werden können und nicht in Vororten gebaut werden müssen, wo der Boden billig ist. Die Aufhebung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln der

fortgeschrittenen Industrie macht es möglich, die Vorteile der Großproduktion mit gesellschaftlicher Planung zu verbinden.

Ich habe mich in China oft gefragt, wie es möglich ist, daß ein industriell noch kaum entwickeltes, gerade dem Feudalismus entwachsenes Land trotz oftmals chaotischer Zustände immer wieder am Weg zum Sozialismus festhält. Dem Stand der Produktivkräfte läuft die politische Entwicklung offensichtlich voraus. Der Feudalismus mag im Bewußtsein der Menschen als historisches Übel erkannt worden sein, in der Praxis sind die Verhaltensmuster noch längst nicht ausgerottet. Alle möglichen Tricks mußte ich mir ausdenken, um an manchen Instituten mit jüngeren Wissenschaftlern über ihre Arbeit reden zu können: Sobald der Direktor dabei war und wo es sich um einen ausländischen Gast handelt, ist der Direktor immer dabei – redete nur der Direktor und auch seine jovialen Aufforderungen an die Untergebenen, auch einmal etwas zu sagen, blieben fruchtlos. Wie muß es erst im Verkehr zwi-



schen den Bauern und der Verwaltung aus- sehen, wenn es unter Intellektuellen so zu- geht? Für das Überleben des Sozialismus bieten Überbau und Basis eigentlich die schlechtesten Voraussetzungen, und doch hält die chinesische Führung an ihm fest. Der Schlüssel muß in den Eigentumsver- hältnissen zu finden sein. Trotzdem kommt es mir immer noch so vor als vollziehe sich in China etwas, was in der Theorie der Atomkraft der Wahrscheinlichkeit eines GAU gleichkommt. Die Wahrscheinlich- keit, daß nationale Befreiung in der Dritten Welt *nicht* direkt zum Sozialismus führt, ist jedenfalls sehr viel größer

Geradlinig wird Chinas Weg zum So- zialismus nicht bleiben. Die neue Politik hat richtige Weichen gestellt, aber nicht alle Probleme gelöst und neue ge- schaffen. Das Lohn- und Einkommensge- füge ist in Bewegung. Bei der Festsetzung der Vertragspreise für landwirtschaftliche Produkte wurden die Erfahrungen mit der Produktivität zugrunde gelegt, die vor der

Einführung der wirtschaftlichen Eigenve- rantwortlichkeit gemacht worden waren. Jetzt zeigt sich, welche Fessel das alte Sys- tem (der Bezahlung unabhängig vom Pro- duktionsergebnis) für die Produktivkräfte bedeutete: Die Produktivität ist in den letz- ten drei Jahren derart gestiegen, daß der frei verkaufbare Überschuß über die Ver- tragsmengen bei vielen Bauern den größte- ren Teil ausmacht. Viele Bauern verdienen zur Zeit mehr als Arbeiter oder gar Intellek- tuelle, die derzeit am Ende der Einkom- mensskala rangieren, da sich bei ihnen Be- zahlung nach Produktionsergebnis kaum einrichten läßt. Wenn man sich in den Kaufhäusern umsieht, wer eine neue Wohnzimmereinrichtung kauft, findet man in aller Regel, daß es Bauern aus der Umge- bung sind. Nun haben gerade die Bauern, die in der Vergangenheit von Chinas Wirt- schaftsaufschwung am wenigsten gespürt hatten, einen gerechtfertigten Nachholbe- darf. Über eine gewisse Zeit kann man die Intelligenz auch zufrieden stellen, indem man lediglich ihre Verfolgung und Miß- handlung beendet und ihr gute Arbeitsbe- dingungen schafft. Auf die Dauer aber wer- den Lohnkorrekturen unumgänglich. Das wird mit Revision der Vertragspreise für Landwirtschaftsprodukte verbunden wer- den müssen und deshalb nicht sehr schnell geschehen können. Regierung und Partei sind gerade dabei, auf dem Land ihr Anse- hen wiederzugewinnen. Ständige staatlich verordnete Preisbewegungen sind dabei nicht nützlich.

Die gegenwärtige Bevölkerungspolitik ist auch nicht ohne Probleme. Um die Ver- nachlässigung der Familienplanung in den fünfziger und sechziger Jahren auszuglei- chen, wird für die nächste Generation die Ein-Kind-Familie angestrebt. In den Städ- ten zeigt schon das Straßensbild zu Arbeits- schluß, wenn die Kinder vom Kindergarten abgeholt werden, daß die Politik erfolg- reich ist. Auf dem Land gibt es Gegenden, wo sie auf Widerstand stößt. Uns wurde auch berichtet, daß es Fälle gab, wo neue- borene Mädchen durch Vernachlässigung beseitigt wurden. Wir haben uns daraufhin tagelang damit beschäftigt, auf der Straße das Verhältnis Jungen/Mädchen bei Klein- kindern zu prüfen, und konnten in der Um- gebung von Qingdao keine ungewöhnliche Verteilung finden. Die Erklärung liegt wohl darin, daß die Kommunen in der Nähe Qingdaos ausgebaute Sozialeinrichtungen haben, ihren alten Leuten Rente zahlen und Unterkunft und Verpflegung stellen. Es gibt Kommunen, wo es so etwas noch nicht gibt. Dort herrscht die althergebrachte Form der Altersversorgung: Der Sohn sorgt für die Eltern. Eine Tochter die nach der Heirat das Haus verläßt, als einziges Kind der Familie ist dort eine Katastrophe.

Die Antwort auf das Problem ist anschei- nend eine Kombination aus Gesetzgebung, politischer Überzeugungsarbeit und wirt- schaftlichem Anreiz. Politisch bekämpft wurde die Einstellung, Sozialeinrichtungen der Kommune seien tote Kosten, die den gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwung be- hindern. In der englisch erscheinenden Ta- geszeitung *China Daily* wurde erwogen, ob Mädchen materiell bevorzugt werden sol- len. Was in der Praxis durchgeführt wird, ist aus der Zeitung schwer zu erfahren. Bei manchen Artikeln schien uns das Bemühen, von ausländischer Zeitungsmacherei zu ler- nen und komplizierte Sachverhalte einfach und ins Auge springend darzustellen, über den Informationswert den Sieg davon zu tragen. Die immer wiederkehrenden Bilder von Bauern beim Kauf „ihres“ neuen Trak- tors oder „ihres“ Motorkultivators irritier- ten uns doch sehr. Aber wo immer wir frag- ten, welchen Vorteil bei der Politik der Ei- genverantwortlichkeit der Privatbesitz landwirtschaftlicher Maschinen haben soll, erhielten wir zur Antwort: „Die Maschinen sind immer Eigentum der Brigade.“ Sind die Bauern auf den Fotos von *China Daily* nun Abgesandte der Brigade, die den Trak- tor abholen, oder handelt es sich wirklich um ihren ganz privaten Traktor wie die Unterschrift erklärt? Darauf mach sich ei- ner einen Reim

Dennoch, von dem, was wir gesehen und verstanden haben, waren wir beeindruckt. Die Chinesen begrüßen die neue Entwicklung natürlich auch fast alle, warten mit ihrem endgültigen Urteil aber ab. Vom Leben des nordamerikanischen Mittelstandes träumen erstaunlicherweise nur wenige. Selbst die, die dort gewesen sind, lächeln über Fernsehmanie, Mac Donalds-Kultur und Konformismus, ohne die Vorzüge besseren Wohnkomforts und privater Beweglichkeit in der Freizeit zu verhehlen. Eine Frage, die die Jugendlichen dagegen oft bewegt, ist: „Warum ist Japan heute dort, wo es ist, und wir sind immer noch hier?“ Daraus spricht viel geschichtliche Unkenntnis. Schließlich war Japan vor vierzig Jahren eine faschistische Groß- macht, während China ein von allen Seiten bedrängtes Agrarland war. Der Mythos von den gemeinsamen Wurzeln ist eben, auf das ganze zwanzigste Jahrhundert be- zogen, nur Mythos. Auch über die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse in Japan herrscht Unkenntnis. Verständlich sind die Fragen trotzdem. Aus ihnen spricht Unge- duld nach über dreißig Jahren Warten auf ein besseres Leben – aber keine Oppo- sition zur jetzigen Politik. Regierung und Partei in China sind heute die besten, die das Land seit langem hatte. Das läßt für die Zukunft günstige Prognosen zu. □



Die zunehmende Stabilisierung der Grünen als eigenständige politische Organisation, mit all den damit zusammengehörenden Problemen und auftretenden Widersprüchen, und die verschiedenen Projekte, Gruppen und Bewegungen, die unter der vagen und unbestimmten Bezeichnung „Alternativbewegung(en)“ zusammengefaßt werden und von deren Ende die einen, ihrem gegenwärtigen Aufblühen die anderen zu berichten wissen, sind zunehmend Gegenstand theoretischer Analysen, die über bloße politische und ideologische Richtungsstreitereien und Eigeninterpretationen hinausgehen.

Unter dem Thema „Deutsche Farbenlehre, Parteien und Parteiensysteme in den achtziger Jahren“ sind in der *Prokla* 51 (Juni '83) zwei Artikel veröffentlicht, die sich mit der Entwicklung der Grünen und Problemen der Grün/Alternativen befassen.

Gegenstand des Aufsatzes von Angelo Bolaffi und Otto Kallscheuer ist das Verhältnis von neuen sozialen Bewegungen und der Etablierung einer neuen politischen Partei und die daraus sich für beide Seiten ergebenden Probleme und auftretenden Widersprüche. Schon die Bestimmung „neue politische Partei“ ist gegenwärtig bei den Grünen alles andere als unumstritten. Das Selbstverständnis variiert u.a. zwischen Definitionen wie „Antipartei-Partei“, „Bewegungspartei“, „Neue Linkspartei“, „Parlamentarischer Arm“, „Frontorganisation“ etc. Bolaffi/Kallscheuer nähern sich diesem „Paradox der grünen Partei“ einmal über eine historische Nachzeichnung der Entwicklung von der Ökologiebewegung zur grünen Partei, die sie in drei Phasen untergliedern: die weitgehend unkoordinierten Aktionen der einzelnen BIs (1970–73/74); die Umweltbewegung mit generalisierten sozialen Konflikten, der Herausbildung einer kollektiven Identität und ersten Ansätzen einer ideologischen Totalisierung (1974–77); der Zerfall der Bewegung (Brokdorf 1977 Wyhl 1979, Frankfurt 1982) mit der faktischen Spaltung in autonome Gruppen einerseits und andererseits der organisatorischen Konsolidierung und institutionellen Einflußnahme in Form des BBU und der Grünen. Die zunehmende Beteiligung an Wahlen und anderen Formen institutioneller Einflußnahme und die Herausbildung einer politisch-ideologischen Identität sind notwendiges Ergebnis dieser Entwicklung. Anhand der Wahlergebnisse wird die se politisch-ideologische Formierung als eine Verschiebung von rechts nach links interpretiert und

die Grünen im politischen Spektrum etwa „Mitte-Links“ eingeordnet mit „Öffnung nach links“

In einem zweiten Schritt werden die alternative Bewegung und die bunt/alternativen Listen untersucht. Fragwürdig ist für mich hierbei vor allem die schwerpunktmäßige Zuordnung der Alternativbewegung zum Konsum- und Freizeitbereich, wo doch die Aufhebung der Trennung von Arbeit und „Freizeit“ die Vorstellung „gemeinsam arbeiten, gemeinsam leben“ eins der wesentlichen Momente der Konstituierung der Alternativbewegung ist. Für bedenklich halte ich auch die vorschnelle Konstatierung des Scheiterns der Organisierung eines bunt/alternativen Modells (mit Ausnahme von Berlin und Hamburg). Die gegenwärtige Entwicklung in Bremen oder die Vorbereitungen auf die NRW-Wahlen deuten an, daß dieses Modell durchaus von Teilen der Linken weiter favorisiert wird.

Im dritten Teil differenzieren Bolaffi/Kallscheuer die verschiedenen Strömungen bei den Grünen in bekannter Weise (rot-grüne Sozialisten, radikale Reformparla-

zeptionellen Problemen in der Weiterentwicklung des rätedemokratischen Konzepts. In seinem Artikel unterscheidet er auf programmatischer und praktischer Ebene zwei Modelle von Basisdemokratie bei den Grün/Alternativen: a) dezentralistisch-autonomistische Konzepte von Kleingruppen als Gegenbild zur „Mega-Maschine“ b) rätedemokratische Vorstellungen in bezug auf die innere Struktur wie aber auch auf das Verhältnis Partei und Bewegung und damit letztendlich als gesellschaftliches Organisationsmodell.

Über diese beiden Aufsätze hinaus enthält die *Prokla* Artikel zur CDU/CSU (Th. Greven), zum Verhältnis SPD-Gewerkschaften (H. Kastendiek) und zur „rätedemokratischen Tradition von ‚Ökonomie der Zeit‘“ (E. Seifert).

Im *Leviathan* 2/83 findet sich zu dem Thema dieser Zeitschriftenübersicht ein Aufsatz von Johann August Schüle in unter dem Titel „Normalität und Opposition. Über die Ursachen und gesellschaftliche Funktion der ‚Alternativbewegung‘“ Auf dem Hintergrund ei-

des Wohlstands“ Nach der Beschreibung von Bestandteilen des Selbstverständnisses der Alternativbewegung wird das gegenwärtige Verhältnis von Normalität und Opposition, von Gesellschaft und Alternativbewegung interpretiert. Hier sieht Schüle ein Einpendeln auf geregelte institutionalisierte Beziehungen und eine zunehmende Kommunikation von beiden Seiten, und er versteht die Alternativbewegung als mögliches „gesellschaftliches Überlebenspotential“ das von Wissenschaft und Politik stärker gefördert werden muß.

Ganz abgesehen von diesen letzten politischen Einschätzungen und Schlußfolgerungen halte ich den Artikel auch an einigen theoretischen Punkten für fragwürdig. Einmal in der „Grundkonstruktion“ – Normalität-Opposition – wo Alternativbewegungen überhistorisch gefaßt werden in idealtypischen Modellen. Konstituens der Alternativbewegung ist nicht die Gesellschaft, sondern die konkrete kapitalistische Gesellschaft, und die ist in Klassen mit unterschiedlichen Interessen gespalten, die in jeweils unterschiedlichen Beziehungen zu den Alternativbewegungen stehen. Zum anderen ist der Ansatz eindimensional beschränkt auf die Erklärung durch Sinndefizit und Identitätsfindung, die nur einen Teil der Triebkräfte der gegenwärtigen Alternativbewegung ausmachen.

In dem Heft finden sich noch Artikel unter anderem zu „Frauen als Objekt der Medizin“ (I. Vogt), der Rechtstheorie von F Neumann (F Hase, M. Ruete), zum theoretischen Hintergrund der politischen Theorie von Neumann, Marcuse und Kirchheimer in der Weimarer Republik (A. Söllner), „Variationsmuster ökonomischer Krisen“ (K.G. Zinn) und von B. Blanke zur „Krise des Marxismus“

Zu dem Thema noch ein Hinweis: Im *Freibeuter* 16 interpretiert Thomas Schmid das Ergebnis der Bundestagswahl '83 und zieht Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung der Grünen. Nachdem er sich im vorhergehenden *Freibeuter* mit Verve und Wortgewalt das grüne Programm zur Brust genommen und den darin enthaltenen „bigotten Marxismus-Leninismus“ den „parareligiösen Charakter“ und die „Versatzstücke marxistischer Katastrophentheorie“ entlarvt hat, wendet er hier seine Vorstellungen positiv – die Grünen als die Partei der Mitte, aus der eine neue Politik wächst und von wo aus der CDU und vor allem der CSU „ihr Abonnement auf Tradition und Erhalt streitig zu machen“ sind.

Bernd Wagner



mentarier, Fundamentaloppositionelle), analysieren die soziokulturelle Zusammensetzung und die politischen Einstellungen der „grünen Wähler“ und formulieren drei Hypothesen zur Zukunft der grünen Partei: Die Verselbständigung der Partei gegenüber der Bewegung wird als notwendig und auch als Chance für ihre weitere Entwicklung begriffen; es wird Verzicht auf ideologische Geschlossenheit gefordert, und die Prinzipien der Basisdemokratie als Alternativen zur indirekten parlamentarischen Demokratie werden infrage gestellt.

Zu einer anderen Einschätzung, als sie sich in der dritten Hypothese von Bolaffi/Kallscheuer findet, kommt Bodo Zeuner in seinem Artikel zum „Postulat der Basisdemokratie bei Grünen/Alternativen“ in der gleichen *Prokla*. Zeuners These ist, daß der gegenwärtige Zustand bei den Grün/Alternativen auf das Ungenügen der rein dezentralistischen Basisdemokratie verweist. Für ihn ist das aber nicht Anlaß zu einem Plädoyer für ein Repräsentativmodell nach parlamentarischem Muster, sondern er sieht einen Ausweg aus den kon-

nes allgemeinen sozialwissenschaftlichen Modells über die „Dialektik von Gesellschaft und Opposition“ und der Konstatierung eines „sozioökologischen Defizits“, als strukturellem Identitätsproblem von Industriegesellschaften, entwickelt Schüle seine These, daß die Alternativbewegungen „das Ergebnis eines hohen Integrationsverlustes einer Gesellschaft auf der Ebene sinnhafter Integration“ sind. Im folgenden umreißt er stichwortartig die Bedingungen des Entstehens der Alternativbewegung der 70er und 80er Jahre: doppelte Sinnstiftung des Wiederaufbaus, die das Sinndefizit der westdeutschen Gesellschaft überdeckt und zu einer Wohlstandsmentalität mit konservativer Haltung und ohne Opposition führte; die Studentenrevolte als Opposition, die noch vom Fortschrittsoptimismus der Nachkriegsjahre und des industriellen Wachstums geprägt war; der Bruch mit dem Bewußtwerden der Wachstumsgrenzen und dem Ende der Reformfreudigkeit. In dieser Situation kommt es nach Schüle zu einer neuen Formierung einer Alternativbewegung der „Kinder

raketenherbst

Mit dem Antikriegstag und den Blockadeaktionen bei Mutlangen und Bitburg haben die Herbstaktionen gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen begonnen. Die Gewerkschaften haben am 1. September bundesweit örtliche Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen, begleitet von einer Vielzahl von Diskussions- und Bildungsveranstaltungen, abgehalten. Ihr Nein zur Stationierung scheint jetzt festzustehen.

In Mutlangen hat die polizeiliche Einsatzleitung die Blockade ziemlich ins Leere laufen lassen. Wenn dies das Ergebnis monatelanger Tuchfühlung zwischen Poli-

Überhaupt sind um diese Zeit verschiedene Initiativen in Genf mit symbolischen Aktionen zugange. Von Ende September bis Anfang Oktober wird es in Brüssel Camps und Aktionen gegen die Waffenmesse ENS (IDEE/MEDE) geben.

Am 1. Oktober findet ein Europäischer Aktionstag der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges statt. In Bonn demonstrieren Beschäftigte in Gesundheitsberufen aus diesem Anlaß. Zahlreiche Friedensgruppen haben vor, den bundesweiten Sirenenalarm am 21. September um 10 Uhr für Aktionen gegen die Kriegsvorbereitungen im Bereich des Zivil- und Katastrophenschut-

„Heißer Herbst“ — Vielfalt und Massenhaftigkeit sind angesagt

zei-Kirchen- und Friedensmenschchen ist, dann haben sich die Ministerialen als schlitzohrige Spielverderber entpuppt, die nicht bereit sind, ihren Part im Planspiel zu übernehmen. Denn dazu hätte wenigstens gehört, der gewaltfreien und symbolischen Prominentenblockade ihren Tribut zu zollen, den Prominenten wenigstens die Genugtuung des begrenzten Konflikts, nämlich von hilflos dreinschauenden Polizisten im Blitzlichtfeuer der internationalen Medien weggeschleppt zu werden (und sei es nur symbolisch über ein paar Meter), zu gönnen. Stattdessen haben sie unsere Prominenten im wahrsten Sinne des Wortes einfach sitzenlassen.

Anders in Bitburg. Fernab vom Mediengeschehen waren hier Polizei und Blockierer sich selbst und dem naßkalten Herbstwetter überlassen. Blockadeversuche wurden mit bewährten polizeilichen Mitteln wie Wasserwerfen, Knüttelschwingen, Festnehmen und Demütigen immer wieder geräumt und vereitelt.

Aktionsplanung — wie weiter?

Die monatelange Diskussion über die adäquaten Aktionsformen, wie sie zwischen den verschiedenen Strömungen doch ziemlich schief geführt wurde, hat jetzt immerhin zu einer Gesamtplanung geführt, über die sich im großen und ganzen angenähert wurde.

Im zeitlichen Vorfeld der Aktionswoche vom 15. bis 22. Oktober wird es weiterhin zahlreiche Friedenscamps in der Nähe von Raketenbasen, auch verschiedene Blockadeaktionen geben. Mitte September wird der *Frauenfriedensmarsch Berlin-Genf* in Genf eintreffen und für eine Woche die Genfer Verhandlungen umringen.

zes zu nutzen. So wird für denkbar gehalten, daß bei Auslösen des Alarms fluchtartig die Arbeitsplätze verlassen werden und panikartig der nächstliegende Atombunker aufgesucht wird. In zahlreichen Innenstädten werden sogenannte Die-ins vorbereitet.

Die größte Aufmerksamkeit vor der Aktionswoche dürfte jedoch eine Veranstaltung besonderer Art auf sich ziehen. Am 23./24. September wollen sich in der Evangelischen Akademie Loccum Funktionäre der Friedensbewegung mit Politikern, Polizeichefs, Medienleuten, Kirchenvertretern und anderen zusammensetzen. Dieses Gespräch, seit Monaten heiß umstritten in der Friedensbewegung, wird als De-Eskalationsgespräch zur Vermeidung von Konfrontation und Gewalt bei den Herbstaktionen angekündigt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß es schon einen jahrelangen und geheimgehaltenen Dialog zu ähnlichen Fragestellungen gibt, und erst kürzlich wurde der erstaunten Öffentlichkeit ein unterschrittsreifes Dokument, die taz nannte es „Staatsvertrag zwischen Bewegung und Polizei“ vorgelegt, in dem sich „die beiden Seiten“ um die Sicherung des inneren Friedens sorgen. Ausgehend vom ehernen Gesetz: „Das Gewaltmonopol des Staates muß außer Diskussion stehen“, werden vielfache Vorschläge für die Zusammenarbeit zwischen Bewegung und Polizei gemacht, die allesamt auf den freiwilligen Verzicht auf Rechte, auf die freiwillige Einschränkung des Demonstrationsrechts hinauslaufen. Kurz und gut: Diese Fragen sollen in Loccum weitergesponnen werden. Das Bundestreffen der unabhängigen Friedensgruppen hat Ende August in Marburg beschlossen, für den 23./24.9. nach Loccum zu mobilisieren, falls die geladenen Frie-

denzbewegten ihre Teilnahme an den Gesprächen nicht noch absagen.

Aktionswoche vom 15. bis 22. Oktober

Für die Aktionswoche selbst haben sich die verschiedenen Strömungen, die im Koordinationsausschuß repräsentiert sind, auf folgendes Konzept geeinigt. Vom 15. bis 21. Oktober finden örtliche Veranstaltungen und Aktionen statt.

Die Auftaktaktionen am 15. Oktober sollen mit einem bundesweiten Startsignal symbolträchtig (wie auch anders?) „5 vor 12“ beginnen: „Überall in der Bundesrepublik sollten um 5 vor 12 die Glocken läuten, die Sirenen schrillen, mit Lärm oder Schweigen, mit Menschenteppichen, Die-ins oder Ground-Zero-Aktionen auf die Forderungen der Friedensbewegung aufmerksam gemacht werden.“ (aus dem Rundbrief des Koordinationsausschusses) In Frankfurt ist eine Fahrrad-Sternfahrt an Einrichtungen der US-Army vorbei zum IG-Farben-Hochhaus, dem Sitz des V. Korps der US Army, geplant. In Bonn will die ESG zusammen mit anderen Friedensgruppen eine Menschenkette von der US-Botschaft zur Botschaft der UdSSR bilden. Und in Berlin ist die Umzingelung der US-Kasernen „Andrew-Barracs“ vorgesehen.

Bereits am 13./14.10. sind die norddeutschen Friedensgruppen aufgerufen, an Blockadeaktionen in Bremerhaven/Nordenham (Blockade der Carl-Schurz-Kaserne und des Hafens) teilzunehmen. Am 15. Oktober wird es dann in Bremerhaven die erste überregionale Volksversammlung für den norddeutschen Raum geben. Auf diese Aktionen haben sich die norddeutschen Gruppen nach einigem Hin und Her schließlich geeinigt und sind damit der Forderung des autonomen und unabhängigen Spektrums nachgekommen, einen Aktionsschwerpunkt im Raum Bremerhaven/Nordenham zu setzen, um auf die militärische Bedeutung der Unterweserregion hinzuweisen.

Die folgenden Aktionstage stehen dann jeweils im Zeichen eines bestimmten Themas. So wird der 16.10. als Widerstandstag der Christen und Religionsgemeinschaften vorbereitet. Zur Vorbereitung des Widerstandstages der Frauen am 17.10. geben verschiedene Frauengruppen einen Frauen-Rundbrief heraus, der im Koordinationsbüro bestellt werden kann (Anschrift siehe unten).

Der Tag des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität am 18.10. ist von den beteiligten

Vorbereitungsgruppen bislang ziemlich einseitig konzipiert und auf Antimilitarismus/Kriegsdienstverweigerung beschränkt. Es wird darauf ankommen, die Kriege und Invasionsdrohungen, in die die beiden Supermächte verwickelt sind (Afghanistan, Kampuchea, Mittelamerika, aber auch Türkei, Chile und Polen) zum Aktionsgegenstand zu machen.

Der Widerstandstag der Arbeiter, Betriebe, Landwirte und sozialen Einrichtungen am 19.10. wird im Zeichen von Arbeitsniederlegungen, Betriebsversammlungen und anderen betrieblichen Aktionen stehen.

Für den Widerstandstag der Schulen, VHS und Hochschulen am 20.10. gibt es bislang keine konkreten Vorschläge seitens der Vorbereitungsgruppe. Am Widerstandstag der Parlamente, Stadträte, Verwaltungen und Parteigruppen am 21.10. gibt es vielfältige Möglichkeiten, auch auf der kommunalen Ebene Parteien, Parlamente und Verwaltungen zu Trägern und Adressaten des Widerstands zu machen. Das können Sondersitzungen der Stadtparlamente sein, aber auch direkte Aktionen vor und in den örtlichen Verwaltungen. In Bonn wird die Blockade der Hardthöhe (Verteidigungsministerium) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorbereitet. Diese Aktionen sollen dann unmittelbar einmünden in die Bonner Volksversammlung am 22.10.

Volksversammlungen am 22. Oktober in Hamburg, Berlin, Bonn, Stuttgart und Neu-Ulm

Die Planungen für die Volksversammlungen haben einige Impulse aus der Kritik an den vorausgegangenen Latschdemonstrationen in Bonn aufgenommen. Überall ist vorgesehen, Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ in die Konzeption der Volksversammlungen aufzunehmen.

In Hamburg wurden an verschiedenen militärischen Einrichtungen Aktionen vorbereitet, unter anderem die Blockade der Führungsakademie der Bundeswehr. In Bonn ist die Bildung einer Menschenkette um das Regierungsviertel und eines Menschensterns zu den Botschaften der Atommächte geplant. Die Fortführung der Blockaden der Hardthöhe und des Entwicklungshilfeministeriums ist durchaus denkbar.

Zwischen Stuttgart und Neu-Ulm wird eine 100 km lange Menschenkette gebildet, die das Eucom in Stuttgart-Vaihingen und die Pershing-II-Basis in Neu-Ulm verbinden soll. In der Mitte zwischen Stuttgart und Neu-Ulm teilt sich

Sexismus ins Lächerliche gezogen

Zum Editorial in der Kommune 9/1983

Ich hoffe, es regen sich nicht nur die Leserinnen über das Editorial der letzten *Kommune* auf. Die wahren Getroffenen, die sich beleidigt fühlen müssen bei dem salopp und wortgewandt mal eben hingeschriebenen Statement zum Sexismus in der grünen Bundestagsfraktion sind ja die Männer. Denn es liegt an ihrer Natur, genauer an der Einrichtung des „alten Adam“ – erfahren Leserinnen und Leser – wenn Männer durch Busengrabscherei Frauen lästig werden. Ein schlechtes Bild des eigenen Geschlechts, das der Autor da abgibt und womit der Anflug von Kritik an dem Tun von Klaus Hecker auch gleich wieder unter den Tisch – des allzu Menschlichen – gekehrt wird, wobei die Formulierungen auch durchaus so verstanden werden können, daß anstößig sexuelle Belästigungen *nur* gegenüber Abhängigen sind.

Der verantwortliche Redakteur, der den Grünen rät, statt an Gefühle an den Verstand zu appellieren, hätte damit am besten bei sich angefangen, statt uns mit dämlichen Plattheiten zu kommen, wenn es um männlichen Sexismus geht. Aber wahrscheinlich wäre eine sorgfältige Behandlung nur auf Kosten des arroganten Tonfalls möglich gewesen.

Konsequent könnte der Autor der grünen Bundestagsfraktion raten, ihren Männern nur männliche Mitarbeiter zuzuordnen, dann stellte sich das Problem so nicht und Moral wäre auch überflüssig, es könnte auch kein moralischer Überdruck entstehen – und der war ja sowieso das Hauptanliegen des Autors. Wie wird die Stellungnahme aussehen, wenn einer, der einem politisch besser in den Kram paßt, sich als Fummler entpuppt?

Hilde Simon, Frankfurt

Aus der Lektüre des Editorials der letzten *Kommune* kann man nur den Schluß ziehen, daß die Redaktion kein Interesse daran hat, daß Frauen die *Kommune* lesen, geschweige denn an ihr mitarbeiten (von wegen „Frauenredaktion“!). Ich habe keine Frau getroffen, die den Text nicht als Beleidigung empfunden hätte. Und mir liegt meine KBW-Vergangenheit noch so nahe, daß es mir peinlich ist zu wissen, daß einige Grüne Frauen diese *Kommune* gekauft haben. Was hier gemacht wird, ist genau das, was die Grünen Frauen an den Männern bei den Grünen kritisieren: Ihre Betroffenheit und ihre politische Kritik am Sexismus wird ins Moralische gezogen und funktionalisiert („klammheimliche Freude“, daß es den Saubermann Hecker trifft). Der alltägliche Sexismus ist keiner politischen Beurteilung wert, Männer können sich in kumpelhafter Stammtischmanier über den „alten Adam“ solidarisieren, das eigentlich Politische ist Nicaragua, wie man es seit eh und je aus Haupt- und Nebenwiderspruch kennt. Frauen finden den „Adam“ nicht lustig, weil er Macht repräsentiert: Wie überall üblich, sollten ursprünglich die betroffenen Frauen den Arbeitsplatz wechseln, nicht Hecker. Nicht, daß ich die Illusion hätte, die KBW-Redakteure würden Gewalt gegen Frauen als politisch relevantes Thema behandeln und die Interessen der Frauen unterstützen; aber daß es sich heute noch „linke“ Männer leisten können, Sexismus und Gewalt gegen Frauen ins Lächerliche zu ziehen und für ihr so hohes politisches Stüppchen zu verkochen, erstaunt mich doch. Etlichen Frauen, mit denen ich gesprochen habe, ist der Artikel zu primitiv, um darauf ernsthaft einzugehen und eine Auseinandersetzung zu führen. Das ist auch meine Meinung. Und zum „Moralischen“: Wer sich nicht um eine neue Moral bemüht und im persönlichen Verhalten auf dem „alten Adam“ besteht, den kann ich beim besten Willen auch politisch nicht ernst nehmen.

Gabi Böhmer, Frankfurt

Die bisherigen Editorials wurden vom verantwortlichen Redakteur (js) der *Kommune* geschrieben. Sie gaben seine Meinung und nicht unbedingt die der ganzen Redaktion wieder. So ist das Editorial der letzten Nummer auch in der Redaktion umstritten. In Zukunft werden die Editorials mit den Kürzeln des jeweiligen Redaktionsmitgliedes gezeichnet. Die Redaktion

gegen Mittag die Menschenkette, wobei sich der eine Teil in Richtung Stuttgart bewegt und der andere in Richtung Neu-Ulm. Dort soll bereits am 21.10. eine Blockade des Raketengeländes beginnen, aber rechtzeitig vor Eintreffen der Menschenkette am 22.10. wieder beendet werden. Die Volksversammlungen in Stuttgart und Neu-Ulm sind nach langem Tauziehen von allen Kräften als gleichberechtigte Veranstaltungen anerkannt worden.

Soweit die bisherige Planung der Aktionswoche im Überblick. Klar ist, daß die Aktionswoche nicht Höhepunkt, sondern erster Konzentrationspunkt der Herbstkampagne sein soll. Schon heute wird diskutiert, wie es nach der Aktionswoche weitergehen kann. Der Koordinationsausschuß will dazu Anfang November eine bundesweite Aktionskonferenz einberufen. Auf dem Bundestreffen der unabhängigen Friedensgruppen in Marburg wurde dagegen Ende August gefordert, noch vor der Aktionswoche eine solche Aktionskonferenz abzuhalten, damit die Aktionen nahtlos weitergeführt werden können. Das Bundestreffen der Unabhängigen schlägt vor, bereits ab 22./23.10. eine unbefristete Blockadeaktion mit rotierender Teilnahme zu organisieren und zwar entweder der Bonner Hardthöhe, der Ramstein Air Base oder der Neu-Ulmer Raketenbasis. Nach Abschluß der Genfer Verhandlungen und zum Zeitpunkt, da sich der Bundestag nochmals mit der Stationierung befassen wird, also voraussichtlich in der zweiten Novemberhälfte, soll nach Vorstellung des Bundestreffens der Unabhängigen erneut nach Bonn mobilisiert werden, um unter Verletzung der Bannmeile im Regierungsviertel und vor dem Bundestag für ein Nein zur Stationierung zu demonstrieren.

Die Friedensbewegung hat es nicht nur mit einer Regierung zu

tun, die entschlossen ist, die Stationierung mit allen politischen und staatsgewaltigen Mitteln durchzusetzen, sie muß gleichzeitig die zentrifugalen Kräfte in den eigenen Reihen abschwächen. Worauf es doch jetzt ankommt ist, möglichst große Massen in Bewegung zu bringen und den Legitimationsdruck auf die Regierung nach und nach zu verschärfen. Viel wichtiger als der Streit über mehr oder weniger Militanz, Groß- oder Kleinaktion ist die Vielfalt an Informations- und Aktionsmöglichkeiten, damit möglichst alle, die wollen, die Möglichkeit zur Teilnahme in irgend einer Form haben. „Warum denn nicht Freiheit der Aktionsformen, ungekündigte dezentrale Aktionen aller Art. Die Militanz- oder Machtfrage stellen eh nicht wir, sondern die Polizei. Heute vielleicht eine Blockade vor einem Munitionsdepot in X, morgen ein Go-in bei einem Kreiswehersatzamt in Y und übermorgen vielleicht was ganz Zersetzendes und Erschreckliches in Wanne-Eickel, Tauberbischofsheim oder Garmisch-Partenkirchen“ (Horst Schäfer im *Pflasterstrand* Nr. 164) Wenn es dann noch gelingt, den Hang, sich von allen möglichen und unmöglichen Aktionen zu distanzieren, wirklich einzuschränken, bekommt es die Bundesregierung vielleicht noch mit einer Massenbewegung zu tun, deren Dynamik, Stärke und Ausdauer für sie dann kaum mehr kalkulierbar wäre.

Willi Preßmar

Anschriften

Koordinationsausschuß für die Herbstaktionen, Estermannstraße 179, 53 Bonn 1
Von dort kann der Rundbrief bezogen werden.
Koordinationsstelle „Ziviler Ungehorsam“ Bodelschwingstr. 13, 35 Kassel
Dort wird der Rundbrief „Ziviler Ungehorsam“ herausgegeben.

Bildungswesen, b. Diskussion Grüner Beschlüsse und Arbeitspapiere zu den Alternativen im Bildungswesen, c. Reformpädagogik / Alternativpädagogik / Gegenschulbewegung. Bei letzterem

Alternativlosigkeit der westdeutschen Alternativschulkonzepte; sowie Sieben Thesen über die organisierte Willkür und willkürliche Organisation. Zur Kritik der Gegenschulbewegung.

termine

Jour fixe

Thema: Was macht Peking anders als Moskau?

Westberlin, Freitag, 23. September, 19.30 Uhr, Oranienstraße 159

Bremen, Freitag, 23. Sept., 20.00 Uhr, Gaststätte Minister, Finndorfstraße

AG Wohnungspolitik

Nächstes Treffen am Samstag, 24. September, 14.00 Uhr, in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147

Themenschwerpunkt: Raumordnung.
Kontakt: Friedemann Bleicher c/o Kommune-Redaktion

AG Bildungswesen

Auf ihrem Treffen will die Arbeitsgruppe die Auseinandersetzung mit folgenden Themen fortsetzen: a. Thesen zum

wird auf der Basis folgender Materialien gearbeitet: a. Lutz van Dick, Alternativschulen, Reinbek 1979; Argument Sonderband 21, Schule und Erziehung (VI); Elemente einer historischen Kritik der gegenwärtigen Reformpädagogik. Die

Göttlingen, 15./16. Oktober, Beginn: Samstag, 15.10., 14.00 Uhr, Anmeldung: Michael Ackermann, c/o Kommune-Redaktion, T.. 0611 / 730236. Nach Anmeldung werden auch die Materialien zugestellt.

Angebote für neue

Abonnentinnen und Abonnenten haben wir bei Abschluß eines Jahresabos ab Heft 10/1983: Jede(r) Abonnent(in) erhält drei frühere *Kommune*-Hefte (in freier Auswahl) als Geschenk.

und alte

Leser/innen und Abonnentinnen und Abonnenten erhalten folgende Möglichkeit: nämlich drei alte Ausgaben der *Kommune* für den Preis von 10 DM (incl. Versand). Damit können bisher nicht vorhandene Ausgaben preiswert bezogen werden.

- Ich möchte ab Nr. 10/1983 die *Kommune* für ein Jahr (60 DM) abonnieren und erhalte damit auch folgende drei Ausgaben umsonst
- Ich möchte ab Nr. 10/1983 die *Kommune* für ein Jahr im Förderabonnement (100 DM) und erhalte damit auch folgende drei Ausgaben umsonst
- Das Jahresabonnement Ausland kostet 70 DM
- Ich möchte drei Ausgaben der *Kommune* zum vergünstigten Preis von 10 DM (incl. Versand).
- Ich möchte ab Nr. 10/1983 nur ein Halbjahresabo für die *Kommune* (30 DM)

1 *Willfried Maier*: Mehr-Produkt kostet Lebenssteigerung. Thesen zur Kritik der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung □ *Joscha Schmierer*: Genossenschaften — politische Ökonomie der Arbeit gegen politische Ökonomie des Kapitals. □ *Zbigniew Bujak*: Die Bilanz eines Jahres Kriegesrecht in Polen. □ *Fritz Güde*: Noch immer deutsche Schuld? Nicht Bewältigung der Vergangenheit, aber Aneignung und Verarbeitung. □ *Thomas Frank*: Zimbabwe fast drei Jahre unabhängig — Jubel, Ernüchterung, Enttäuschung?

2 Dritte Welt in der Krise — Schwerpunkt. *Theo Mehlen*: Entwicklungsstrategien der Dritten Welt, der Industrieländer und ihre Krise. *Joscha Schmierer*: Abkoppelung? — Auseinandersetzung mit Ansätzen grüner Dritte-Welt-Politik. *Helmut Forster-Latsch*: Chinas Aufbauverfahren. Immer noch von China lernen? □ *Interview von Rossana Rossanda mit Samir Amin*: Ist der Krieg unvermeidlich? Und wer bedroht am meisten den Frieden? □ Grüne Politik: *Jan Kuhnert*: Die Grünen im Hessischen Landtag. Weder Blütenräume noch Katzenjammer. Gespräch mit den *Grünen im Römer*. Ansätze für Alternativen.

3 *Gerd Heinemann*: Vom Umgang mit den Neuen Medien. Kommunikation statt Distribution. ALSO: Statistik ja, aber kein Zugriff der Exekutive auf Individualdaten. □ *Pierre Kende*: Die Normalisierung Ungarns nach 1956. □ *Solidarność Heute*: Programm der Provisorischen Koordinierungskommission von Solidarność vom 22. Januar 1983. □ Linke Mehrheit aus der Traum? acht aus vierundfünfzig: Vorstellungen der grünen Bundestagsfraktion. Zu Wählerbeschimpfung kein Anlaß.

4 *Samir Amin*: Der Marxismus in Asien und Afrika. Perspektiven der Dritten Welt, Rolle des Marxismus, Übergang zum Sozialismus und klassenlose Gesellschaft. Funktion des Wertgesetzes in der Ökonomie und die Frage von Selbstverwaltung und Staat, von Markt und Plan. □ *Friedemann Bleicher*: Zum Programm der christlich-liberalen Regierungskoalition. Ein Wind von rechts für unser Land. □ *Cornelia Falter*: Frankreich — Wer befreit das »sozialistische Projekt« aus dem Krisensumpf? □ *Michael Ackermann*: SF-Film — Von der Bedrohung zur Befreiung?

5 *Adelheid Biesecker*: Verstaatlichung, Entstaatlichung — oder was? Plädoyer für die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft. □ *Rudolf Bahro*: Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts. □ Probleme der Friedensbewegung. *Günther Kruse*: In Wien und Genf — Abrüstung ohne Erfolgsaussichten. *Willi Preßmar*: Gibt es Alternativen zur Nato-Strategie? □ *Georg Duffner*: Selbstverwaltungsexperiment in Schwierigkeiten: Aspekte der jugoslawischen Krise. □ *Gabi Böhmer*: Gewalt gegen Frauen — Frauen gegen Männergewalt.

6 Naturwissenschaft + Zukunft der Arbeit. *Jens Scheer*: Kommunismus-Naturalismus-Humanismus. *Franz Dick*: Neue Ergebnisse der Naturwissenschaft und Zukunft der Arbeit. *R. Fisser, W. Heuler, F. Riemann, J. Scheer*: Entfesselung der Produktivkräfte oder Entfesselung des Menschen und der Natur. *Willfried Maier*: Wende, alternativ. *Fritjof Capras* Buch »Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild« □ *D. Arasch und W. Endler*: Was aus der islamischen Revolution geworden ist. Reisebeobachtungen und Ansatzpunkte für eine Analyse der iranischen Gesellschaft.

Vorname / Name

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Garantie: Diesen Abonnementsauftrag kann ich innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.

Datum / Unterschrift

- Scheck / Bargeld liegt bei
- Einzugsermächtigung liegt bei
- Überweisung auf das Postscheckkonto Buchvertrieb Hager Kto.-Nr. 187 490-607 Ffm.

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Ort

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Kündigungsfrist: Spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements muß die Kündigung schriftlich beim BUCHVERTRIEB HAGER (gleiche Adresse) eintreffen.

Datum / Unterschrift

Einsenden an:

Buchvertrieb Hager
Postfach 11 1162
6000 Frankfurt am Main 1

Die

Schöpfung von viel freier Zeit außer der notwendigen Arbeitszeit für die Gesellschaft überhaupt und jedes Glied derselben (d.h. Raum für die Entwicklung der vollen Produktivkräfte der Einzelnen, daher auch der Gesellschaft), diese Schöpfung von Nicht-Arbeitszeit erscheint auf dem Standpunkt des Kapitals, wie aller früheren Stufen, als Nicht-Arbeitszeit, freie Zeit für einige. Das Kapital fügt hinzu, daß es die Mehrarbeitszeit der Masse durch alle Mittel der Kunst und Wissenschaft vermehrt, weil sein Reichtum direkt in der Aneignung von Mehrarbeitszeit besteht; da sein Zweck direkt der Wert, nicht der Gebrauchswert. Es ist so behilflich, die Mittel gesellschaftlich freier Zeit zu entwickeln, um die Arbeitszeit für die ganze Gesellschaft auf ein fallendes Minimum zu reduzieren, und so die Zeit aller frei für ihre eigne Entwicklung zu machen.



Bergleute der Zeche „Erin“ in Castrop. Ende dieses Jahres soll die Zeche geschlossen werden. 3800 Bergleute werden „freigesetzt“.

Seine

Tendenz aber immer, einerseits freie Zeit zu schaffen, andererseits sie in Mehrarbeit zu verwandeln. Gelingt ihm das erstere zu gut, so leidet es an Überproduktion und dann wird die notwendige Arbeit unterbrochen, weil keine Mehrarbeit vom Kapital verwertet werden kann. Je mehr dieser Widerspruch sich entwickelt, um so mehr stellt sich heraus, daß das Wachstum der Produktivkräfte nicht mehr gebannt sein kann an die Aneignung fremder Mehrarbeit, sondern die Arbeitermasse selbst ihre Mehrarbeit sich aneignen muß.

Hat

sie das getan, – und hört damit die freie Zeit auf, gegensätzliche Existenz zu haben – so wird einerseits die notwendige Arbeitszeit ihr Maß an den Bedürfnissen des gesellschaftlichen Individuums haben, andererseits die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft so rasch wachsen, daß, obgleich nun auf den Reichtum aller die Produktion berechnet ist, die freie Zeit aller wächst. Denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen. Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die freie Zeit das Maß des Reichtums.

Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie